

dieses Gleichgewichtes zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen kommen. Denn Einfluß besonderer Arbeitsbedingungen bei Schichtarbeit auf die Gesundheitslage der Betroffenen läßt sich anhand von Zahlen aus diesbezüglichen Untersuchungen darstellen.

Beschwerden im Magen-Darm-Bereich allgemeiner Art bei Schichtarbeit 15,4 Prozent, Tagarbeit 12,9 Prozent. Gastritis 11,7 zu 6,5, Herzschmerzen 22,2 zu 3,2, niedriger Blutdruck 11,7 zu 1,6, Bandscheibenleiden 9,9 zu 3,2, Frakturen 3,1 zu 1,6 Prozent. Diese Liste könnte man fortführen. Bei Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft sollten auch diese Aspekte nicht außer acht gelassen werden. Als inhumane Maßnahme würde ich es auch werten, wenn ein medizinisch angezeigter Krankenstand nicht in Anspruch genommen wird, weil es dafür eine Prämie gibt, oder in der Dienstzeit absolvierte unbedingt notwendige Arztbesuche nachträglich eingearbeitet werden, um keine Fehlzeiten aufzuweisen, da dies wieder finanziell besonders abgegolten wird.

Zusammenfassend einige Schwerpunkte zu den Betrachtungen Gesundheit beziehungsweise Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz.

Erstens: Die weitgehendst mögliche Beseitigung der Ursachen, die zur Gefährdung der Gesundheit am Arbeitsplatz führen.

Zweitens: Forcierung des betriebsärztlichen Dienstes im Sinne einer echten Gesundheitsvorsorge, auch im Bereich des öffentlichen Dienstes. Wie wichtig dies wäre, zeigt ein Beispiel aus der Praxis, wo für Beschäftigte im Bereich des öffentlichen Dienstes, die zu einem gewichtigen Teil Nachtschicht- und Schwerarbeit beziehungsweise erschwerte Dienste leisten, ein Betriebsarzt sechs Stunden für über 8000 Bedienstete pro Woche zur Verfügung steht.

Drittens: Schaffung eines arbeitsmedizinischen Lehrstuhles auch in der Steiermark. Ich weiß, es ist Bundes-sache, aber Initiativen könnten auch von der Steiermark ausgehen.

Viertens: Weitere forcierte Ausbildung der Ärzte zu Arbeitsmedizinern.

Fünftens: Mehr Augenmerk auf die Errichtung ergonomisch richtig gestalteter Arbeitsplätze.

Sechstens: Die verstärkte Aufklärung, die gesundheitliche Vorsorge am Arbeitsplatz betreffend.

Nicht zuletzt würden all diese Maßnahmen dazu beitragen, die Kosten auf dem Gesundheitssektor zu bremsen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

**Abg. Bacher:** Frau Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Mit Entrüstung reagierten die Bediensteten auf die Zusperrpläne eines Vorstandsdirektors, die kürzlich in den Zeitungen publiziert wurden. Man fragt sich, wie kann ein Vorstandsdirektor in die Öffentlichkeit gehen, wenn er gleichzeitig den betroffenen Krankenhäusern, wie Bad Aussee, Mariazell, Bad Radkersburg, in einem Schreiben mitteilt, daß von einem Zusperrern gar keine Rede sein kann, sondern daß vielmehr in den nächsten Jahren gerade in diesen Häusern Investitio-

nen in Millionenhöhe getätigt werden. Es ist wirklich beschämend für die Betroffenen, vom Zusperrern zu reden und gleichzeitig vom Investieren zu schreiben. Daher spricht auch der Herr Aufsichtsratsvorsitzende von einem unverantwortlichen Geschwätz. Ja, es stimmt, Herr Landesrat. (Landesrat G. Heidinger: „Sie haben gesagt, ich soll zurücktreten!“) Bedienstete und Patienten dürfen nicht länger verunsichert werden. Vielmehr sollte man Konzepte und neue Ideen entwickeln und nicht über die Medien ständig die Belegschaft und Patienten verunsichern. Die Krankenanstalten sind ein zu sensibler Bereich, um Konzepte nur in den Medien zu diskutieren. Bis heute ist von diesen Konzepten noch keines auf dem Tisch. Es wurden nur einige angezogen. Man spricht aber von einem politischen Korsett und hält gleichzeitig in anderen Bundesländern Vorträge über das steirische Modell. Wir Betriebsräte bekennen uns zu einer wirtschaftlichen Führung der Krankenhäuser. Weil aber die Personalkosten den höchsten Anteil an den Gesamtkosten der Krankenanstalten haben, so kommt natürlich der Erstellung des Stellenplanes größte Bedeutung zu. Wir wollen eine leistungsorientierte Personalbedarfsberechnung, die auch auf die Besonderheiten jeder Krankenanstalt beziehungsweise Einheit Bedacht nimmt und die dann auch zur Anwendung kommt. Wir wollen die 21 Krankenanstalten erhalten und nicht gegen Helikopter eintauschen.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen aber auch ehrliche Politik. Krankenhäuser sind ohnehin dauernd der Kritik ausgesetzt, da oft sehr persönliche Erlebnisse mitspielen. Durch diese laufenden Pressemeldungen ist die Öffentlichkeit aber noch kritischer geworden. Wenn schon gemeinsam die Krankenanstalten-Ges. m. b. H. geschaffen wurde, so müssen wir auch gemeinsam die Probleme lösen und den Verantwortlichen eine faire Chance geben. Der Auftrag des Landes lautet, das medizinische Versorgungsniveau zu halten beziehungsweise auszubauen, unter Bedachtnahme aller Kriterien der Wirtschaftlichkeit. Wir brauchen einen Qualitätsvergleich mit anderen Bundesländern und dem Ausland nicht zu scheuen. Die Steiermärkische Krankenanstalten Ges. m. b. H. hat bestausgebildetes Personal übernommen. An dieser Stelle möchte ich mich beim Personal für die Leistungen im Dienst des Patienten recht herzlich bedanken. Ich glaube, man sollte alle Probleme aufzeigen, in den zuständigen Gremien diskutieren, damit im Interesse der Patienten das medizinische Versorgungsniveau erhalten bleibt. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

**Abg. Präsident Zdarsky:** Frau Präsident, Hohes Haus!

In verschiedenen Gremien wurden in den letzten Jahren von Experten Fragen der Psychiatriereform in der Steiermark diskutiert. Zuletzt hat diese Diskussion durch eine Initiative des Vereins für praktische Sozialmedizin neue Aktualität erfahren. Bei allen Diskussionen herrschte in wesentlichen Punkten, ebenso wie in den Bundesländern, in denen bereits Reformen durchgeführt wurden, Einhelligkeit über zwei wesentliche Stoßrichtungen vor:

Erstens: Die Verkleinerung sowie eine Strukturreform innerhalb des Landessonderkrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie.

Zweitens: Flankierend dazu die Schaffung regionaler Dienste, wie zum Beispiel Beratungsstellen, Wohnheime, Werkstätten und so weiter. Es ist keine Frage, daß viele Patienten mit Hilfe ausreichender psychosozialer und dislozierter Dienste ohne weiteres außerhalb eines Krankenhauses leben könnten. Der therapeutische und soziale Erfolg wäre ungleich größer, und die noch immer vorhandene Stigmatisierung dieser Patienten würde wegfallen. Eine kurze Bestandsaufnahme zeigt, daß im Landessonderkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie in den siebziger Jahren nur zwei Großprimariate vorgeherrscht haben.

Die seit 1980 vom Spitalsreferenten Landesrat Gerhard Heidinger vorgenommenen Umstrukturierungen haben dazu geführt, daß das Landessonderkrankenhaus derzeit sieben Primariate und zwei Bereiche ohne definitive Leitung umfaßt. Und zwar erfolgte folgende Teilung:

1980 die Teilung in ein Männerprimariat I und ein Männerprimariat II, 1981 Teilung in ein Frauenprimariat I und ein Frauenprimariat II, 1981 wurde der Genehmigungsbescheid für eine neue selbständige Kinderabteilung gegeben, 1982 die Einbeziehung des Beratungszentrums, 1983 wurde der Antrag auf Errichtung eines Departments für Jugendpsychiatrie gestellt, 1984 wurde die Genehmigung desselben erreicht, 1984 auch die Inbetriebnahme der neuen Kinderabteilung. Das eingeleitete sanitätsbehördliche Verfahren zwecks Errichtung der Alkoholikerabteilung wurde mittlerweile – und das tut mir besonders leid – von der Steiermärkischen Krankenanstalten Ges. m. b. H. nicht in die Tat umgesetzt. Es tut mir besonders leid, weil hier in der Steiermark das Alkoholikerproblem ein großes Problem ist. (Abg. Dr. Kalnoky: „Sie wissen, daß das im Bau ist!“) Ja, aber trotzdem, es ist nicht erreicht. Und vor allem muß ich auch sagen, daß es noch immer keine Alkoholikerstationen für Frauen gibt. (Abg. Dr. Kalnoky: „Es ist im Bau, das wissen Sie ganz genau!“) Ja, aber es gäbe auch jetzt Lösungen, und Sie wissen, wie lange schon daran gearbeitet wurde und wird, und es ist keine Initiative da, daß man auch andere Lösungen findet.

Ich darf zusammenfassend feststellen, daß das Landessonderkrankenhaus nunmehr sieben Primariate und zwei Bereiche ohne definitive Leitung umfaßt. (Abg. Dr. Kalnoky: „Das müssen Sie Ihrem Kollegen Heidinger sagen!“) Diese Umstrukturierungen sind alle im Laufe der Verantwortlichkeit des Spitalsreferenten Heidinger erfolgt. Ebenso ist nicht zu leugnen, daß der Bestand des Beratungszentrums Griesplatz vor allem durch die Übernahme in den nunmehrigen Bereich der Steiermärkischen Krankenanstalten Ges. m. b. H. gesichert wurde. Korrespondierend zu diesen Maßnahmen erfolgte mit 1. März 1985 eine Reduzierung des Planbettenstandes von 1800 auf 1558 Betten. Mit dieser Reduzierung war der Wunsch nach einer Verbesserung des Milieus verbunden. Inwiefern die Gliederung nach Geschlechtern samt gesonderten Aufnahmeabteilungen den Zwecken entspricht, muß eher kritisch betrachtet werden und ist nach Meinung von Experten eine Aufteilung in Akutabteilungen mit Behandlungsstatus sowie wohnheimartige Stationen

für Langzeitpatienten als zweckmäßiger zu betrachten. Auch einer Regionalisierung der Aufnahmeabteilungen sollte das Wort auf jeden Fall geredet werden.

Wie das Beispiel der Stadt Wien zeigt, kann eine Verbesserung innerhalb einer psychiatrischen Großkrankenanstalt nur dann erfolgreich sein, wenn die entsprechenden extramuralen Einrichtungen aufgebaut sind. Zur Überwindung der in der Steiermark bestehenden verhängnisvollen Trennung von Gesundheits-, Spitals- und Sozialreferaten hat Landesrat Gerhard Heidinger bereits vor einiger Zeit die Schaffung eines Kuratoriums für die Betreuung der psychosozialen Dienste angeregt. Ein solches Kuratorium ist deshalb erforderlich, da die bisherigen Maßnahmen keine ausreichende Basis für eine extramurale Nachbetreuung geboten haben und auch der Bereich „Prävention“ und „Rehabilitation“ sowie der Hinweis auf den Aufbau einer gemeindenahen psychosozialen Versorgung fehlen.

Zweckmäßig erscheinen zum Beispiel die Errichtung von Psychiatrieberatungsstellen in den Bezirkshauptmannschaften und eine Regionalisierung der psychiatrischen Versorgung. Mit der Errichtung einer neurologisch-psychiatrischen Abteilung am Landeskrankenhaus Bruck wurde hier ein erster Schritt gesetzt.

Also, haben wir den Mut, für eine Lösung der Psychiatrie in diesem Land über die Landesgrenzen hinauszuschauen. Der Versuch, eine stationäre psychiatrische Versorgung ohne flankierende ambulante beziehungsweise extramurale Maßnahmen planen zu wollen, wäre ein Schildbürgerstreich. Denn beide Bereiche sind wie kommunizierende Röhren miteinander verbunden und müssen gemeinsam finanziert, geplant und durchgeführt werden. Jede Mißachtung dieser Zusammengehörigkeit führt zur Fortsetzung der derzeitigen Mangel- und Fehlsituation in der Steiermark, die zu Lasten der Patienten und oft auch ihrer Angehörigen geht. Deshalb Reformen, die allen guten Erkenntnissen und Erfahrungen Rechnung tragen und in Zukunft auch noch weiter ausgebaut werden können. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Kalnoky:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Um der Spontanität willen möchte ich als erstes auf die Wortmeldung der Frau Präsident Zdarsky eingehen. Sie haben, Frau Präsident, in vielem recht: In der Steiermark ist die Psychiatriereform schon lange ausständig. Herr Landesrat Heidinger, Sie sind so sympathisch, deshalb will ich jetzt nicht anfangen, warum in der Vergangenheit nichts geschehen ist. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Ich bin nicht zuständig!“) Oh ja! Im Landessonderkrankenhaus (Landesrat Gerhard Heidinger: „Dort schon!“) – und nur von dem spreche ich, und nur von der Gliederung dort, und nur davon, daß es dort keine Alkoholikerstation gibt, und nur davon, daß dort die Frauen irgendwo eingeordnet worden sind und so fort. Davon spreche ich, und das gehört zu Ihrem Ressort.

Aber eigentlich möchte ich gar nicht in die Vergangenheit schauen, sondern ich möchte darüber sprechen, daß gerade jetzt ein Programm aufliegt, das

durch den Aufsichtsrat gehen wird – wie wir alle wissen –, und gerade dort ist diese Gliederung, von der ich glaube, daß sie die richtige ist, und nicht, weil das meine persönliche Ansicht ist, sondern das ist die Ansicht zehnjähriger Erfahrung in Europa, daß man sagt: Es gehört natürlich die klinische Versorgung und die dezentrale Versorgung letztendlich zusammen. Sie können sich an unsere Reise nach Wien erinnern, wo uns Primar Rudas sein Modell gezeigt hat. Bitte, man muß beachten: Wenn sich die Medizin und die Sozialfürsorge zu weit voneinander entfernen, dann wird der Kranke sozusagen zum Arbeitsplatz vieler, und das wäre nicht gut für den Kranken. Also, es könnte so ausschauen, wie es zum Teil in Wien ist, wo es in einem wunderschönen Wohnhaus psychisch Kranke gibt, fast eins zu eins, weil die Wiener sehr viel Geld haben – zum Teil auch unser Geld –, eins zu eins gibt es dort die Sozialarbeiter, und nach einer gewissen Zeit sind diese Menschen miteinander sozusagen verbunden, aufeinander angewiesen. Auf der einen Seite sitzen die Kranken miteinander, und im anderen Teil des Hauses sitzen die Sozialarbeiter miteinander und bauen sich gegenseitig auf, weil es eben ein schwieriger Beruf ist, der unendlich viel Kraft braucht, um ihn durchzuhalten.

Ich glaube aber, nur als Kurzinformation für die Zukunft des Konzeptes zu sagen, daß natürlich eine Regionalisierung auch heißt, daß intern eine Gliederung erfolgt. Natürlich muß es dort zu Krankenhausbetten kommen. Die Eingeweihten wissen es, aber die anderen wissen es nicht, daß bisher im Sonderkrankenhaus kein Bett Krankenhausstatus hat. Das ist eine Diskriminierung der Kranken, und das wird einer der vielen Schritte sein, die eben der Vorstand der Krankenanstalten Ges. m. b. H. auch durchsetzen muß, daß dort in der Regionalisierung, in der Gliederung selbstverständlich auch Akutfälle mit Krankenhausstatus sind. Und daß anschließend langsam das Hinausfiltern der Kranken dort ist, und daß selbstverständlich in den einzelnen Bezirken auch dann die psychische Betreuung weiter ausgebaut werden muß. In der Kollegin Minder habe ich bei ihrer ersten Rede nicht die Konkurrentin, sondern eine Mitstreiterin entdeckt. Ich freue mich sehr, daß Sie im Landtag sind. Ich glaube, daß wir in ganz weiten Bereichen wirklich der gleichen Ansicht sind, die gleichen Ziele haben. Wir werden uns in manchem unterscheiden, und ich glaube, das ist vielleicht auch zum Wohle der Menschen, weil die Wahrheit sehr oft in der Mitte liegt. Ich hoffe, daß wir darüber diskutieren. Sie haben ganz recht, die Arbeitswelt ist ein Platz, auf dem viele Menschen krank werden. Es war ein verkehrtes Konzept der Vergangenheit, daß man krankmachende Arbeit höher gezahlt hat. Damit hat man sozusagen die Menschen in die Krankheit getrieben. Man hätte sich ganz andere Konzepte ausdenken müssen. Und wir alle wissen, daß wir nicht mehr im Muskelzeitalter sind, sondern wir sind im Nervenzeitalter, und das braucht einfach andere Konzepte. Was mir bei Ihrem Referat gefehlt hat, ist, daß Sie von keiner Eigenverantwortung gesprochen haben. Aber ich nehme an, Sie haben das vielleicht nur diesmal vergessen. Ich glaube, Sie stimmen dem zu, daß der Mensch letztendlich immer auch ein Stück Eigenverantwortung beitragen muß. Es kann nicht nur auf Erschwerniszulagen ankommen, und natürlich muß die Wirtschaft mit einbezogen sein. Aber

der Mensch muß auch diese Eigenleistung bringen. Da gibt es sicher eine gewisse Diskussionsebene, aber – wie gesagt – da wird sich auch eine Lösung finden lassen.

Ich spreche hier im Hohen Haus, so lange ich da bin, jedes Mal zur Gesundheit. Das ist ein großes Ressort. Es ist auch dort ein großer Ausgabenposten. Erstaunlicherweise zeigt sich auch da die Zwiespältigkeit. Es ist überschrieben „Die Gesundheit“, aber von den gesamten Ausgaben, die in Milliardenhöhe sind – und ich habe abgerechnet den Beitrag, den der KRAZAF zurückzahlt – werden nur 3 Prozent der Ausgaben für die Gesundheit ausgegeben, bitte 3 Prozent! Und alles andere geht in die Krankheit, denn die Krankheit hat ein Krankheitssymptom. Die zwingt den Menschen zur Ausgabe, und die Gesundheit hat bis auf einige Mitstreiter keine Lobby, weil solange der Mensch gesund ist, wird er eben nicht aktiv. Mir fehlt auch in der heutigen Gesundheitspolitik sehr oft die Vision, denn in der Vergangenheit haben wir geschaut, daß die Menschen länger leben. Die Impfung ist ein gutes Beispiel dafür, wie Vorsorge in der Vergangenheit durchgeführt wurde. Man hat nicht gewartet, bis die Menschen krank werden, und hat sie dann geimpft. Das wäre die Früherkennung. Die Vorsorge ist eben ganz etwas anderes, und dazu gehört die Impfung. Die Krankheit bricht nicht aus. Wer fürchtet sich heute noch vor Scharlach, wer fürchtet sich vor Tbc? Ich habe nur eine Angst, daß mit der Furcht, natürlich ist es schön, daß wir sie genommen haben, aber gleichzeitig auch die Sorge verlorengegangen ist. Und ich glaube, diese gewisse Vorsorge, die muß erhalten bleiben. Sie hat einen Stellenwert. Um wieder auf die Gebietskrankenkasse und überhaupt auf die Kassen zu sprechen zu kommen – die Gebietskrankenkasse deckt immerhin 63 Prozent unserer Bevölkerung – aber dort ist sehr wenig davon zu spüren, daß die Vorsorge überhaupt ein Thema ist. Das gesamte ASVG in diesem Bereich gehört geändert. Man kann sich nicht ewig hinter dem ASVG verstecken, als wenn es ein Naturgesetz wäre, das für Ewigkeit besteht. Im ASVG sind die Früherkennungen zwar sehr schlecht verankert, aber immerhin sind sie gesetzlich geregelt. Die Vorsorge aber heißt, es ist freiwillig. Das heißt aber nicht, daß es deshalb nicht möglich wäre. Es kommt nur auf den Willen an.

Ich möchte jetzt hier eigentlich für die Steiermark sprechen, aber beim Obmann Sametz fehlt mir einfach der Wille, für die Vorsorge etwas zu tun. Bei ihm fängt die Vorsorge erst bei der Rehabilitation an. Das ist meiner Meinung nach unsozial und zu spät. Wir werden – wie ich schon gesagt habe – viel älter. Ich glaube, man hat heutzutage tausendmal mehr die Chance, 80 Jahre alt zu werden. Aber vielleicht leben wir gar nicht länger, vielleicht sind wir nur länger krank. Das ist nämlich unser Problem. Und das ist das Problem der Zukunft auch, der Finanzierung, weil natürlich ein Pflegefall – das wissen Sie auch – dreibis viermal mehr kostet wie ein Mensch, der im Altersheim ist. Was machen wir, damit Menschen nicht nur älter werden, sondern auch gesünder bleiben? In anderen Ländern gibt es durchaus Programme. Von Amerika und anderen Ländern weiß man, daß der Herztod, der Herzinfarkt ständig im Rückgang ist. Es wird davon gesprochen, daß im Jahr 2000 die Intensivstationen genauso leer sein können, wie es heutzutage

die Tb-Stationen sind. Also, was haben wir bisher gemacht? Bei uns steigen die Herzinfarkte noch an. Bei uns wird auch nichts dagegen getan oder einzelnen Initiativgruppen überlassen, daß junge Menschen frühzeitig anfangen zu rauchen. Es ist das Lungenkarzinom in den letzten Jahren bei seinem Ausbruch ungefähr um zehn Jahre vorgerückt. Früher haben die Menschen ungefähr zwischen 50 und 60 Jahren Lungenkarzinom bekommen, heute ist es zwischen 40 und 50. Das kommt auch daher, weil zum Beispiel in den Berufsschulen die Lehrlinge zwar als Nichtraucher hineinkommen, aber die Berufsschule als Raucher verlassen. Leider war es eine der ersten Initiativen des damaligen Unterrichtsministers Sinowatz, Rauchzimmer zu eröffnen. Ich habe schon sehr, sehr oft gesagt, ich bin gegen diese Gefälligkeitspolitik. Und man sollte jetzt sagen, wo man die Auswirkungen schon sieht, man muß etwas tun, damit junge Menschen wirklich nicht rauchen.

Ein anderer Bereich, wo man durchaus zeigen kann, daß die Vorsorge so unendlich viel bringt, ist der ganze Bereich der Kariesprophylaxe. Es gibt Länder, in denen die Zahnärzte darüber diskutieren, wie wird ihr Berufsbild ausschauen, weil ihnen die Arbeit ausgeht. Im Jahr 1985 hat in Zürich die Krankenkasse allein an 120.000 Kindern in einem Jahr 12 Millionen Schweizer Franken eingespart. Sie wissen, die Schweizer können rechnen. Solche Zahlen stimmen, es stimmt bei ihnen sehr oft in der Kasse. Und hier muß ich sagen, sieht man ganz besonders, daß der Obmann Sametz einfach nicht mit der Zeit geht, daß er in dieser Beziehung einfach versteinert ist, möchte ich sagen, denn ich habe mir erzählen lassen, daß bei Besprechungen in der Krankenkasse seine Augen aufleuchten bei jeder Erhöhung der Bewilligung von Gebissen. Das ist ja wirklich die verkehrte Welt. Früher natürlich war es einmal eine soziale Leistung, daß man Menschen, die sich neue Zähne nicht leisten konnten, dies ermöglichte. Aber die Zukunft muß doch sein, daß Menschen überhaupt keine Gebisse brauchen. (Abg. Gennaro: „Das glauben Sie wohl nur selber!“) Genau, diese Einwände sind alle furchtbar gescheit. (Abg. Schrammel: „Sametz kommt noch nicht auf dem Zahnfleisch daher!“) Nein, weil er eben findet, ein Gebiß ist richtig. Aber ich glaube, der gute Biß mit gesunden Zähnen wäre durchaus das, was wir alle wollen. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Sind Sie ein bißchen nett zum Sametz. Er hat heute seinen 63. Geburtstag!“) Ich würde wahnsinnig gerne zum Obmann Sametz hin und wieder nett sein, aber es muß sich irgendwann auszahlen. Er ist wie eine Gummiband. Er ist immer wahnsinnig nett, aber es bringt überhaupt nichts. Ich habe gesunde Zähne, ich brauche kein Gebiß, aber ich hätte gerne, daß die nächste Generation gesunde Zähne hat. Viele Menschen betrachten die Zähne und das Gebiß als etwas außerhalb des Menschen Stehendes. Sie kennen alle, daß Eltern sagen, meine Kinder sollen es einmal besser haben wie wir, oder zumindest heute sagt man gleichbleibend, aber mir sagen viele Menschen, wenn ich über Karies und Kariesprophylaxe rede, mich interessiert dieses Thema eigentlich nicht, denn ich habe schon lange keine Zähne mehr. Das ist auch eine sehr merkwürdige Einstellung. Ich glaube, da ist ungeheuer viel zu tun mit meinem Kindergartenprogramm. Ich war damals sehr glücklich, Kollege Ofner, als Sie mich darauf angesprochen haben, ich muß Ihnen das Kom-

pliment machen, daß Sie der erste Bürgermeister waren, der gesagt hat, dieses Programm in den Kindergärten, das ist das richtige. Ich werde nicht aufhören, hier zu reden, bis ich sehe, daß es endlich greift, daß eben Kinder keine Löcher mehr in den Zähnen haben. Das hängt mit dem Zuckerkonsum zusammen, es hängt aber auch damit zusammen, nachdem wir schwer die Lebensgewohnheiten der Menschen ändern können, wir werden wahrscheinlich den Zuckerkonsum nicht sehr stark senken können. Wir müssen stattdessen aufklären, wir müssen über Ernährung sprechen, auch das wird noch ein Thema sein, wir müssen über die richtige Hygiene sprechen und wir müssen natürlich auch über die Fluoridierung sprechen, wobei ich gleich sage, das ist hier in der Steiermark ein Religionskrieg. Aber wir haben ja die freie Religionsausübung, und ich glaube, deshalb werden wir dieses Kapitel der Entscheidung der Eltern überlassen und ausschließlich der Eltern, und nicht irgendwo Gremien einsetzen, die darüber entscheiden, ob die Eltern entscheiden dürfen, sondern da bin ich wirklich für eine Basisdemokratie. Die Eltern können sich entscheiden, wem sie glauben. Ich habe gerade jetzt von einer sehr guten Studie gehört, die es in England gibt, eine sehr interessante Stadt, ich glaube, sie heißt Sheelds. Dort geht ein Fluß durch, und dieser Fluß ist außerdem die Wasserscheide. Auf der einen Seite ist eine natürliche Fluoridierung, so etwas gibt es nämlich in vielen Ländern, und auf der anderen Seite ist das Wasser nicht fluoridiert. Man kann also nicht von zehn- oder zwanzigjähriger Erfahrung sprechen, sondern solange die Menschen dort leben, solange haben sie unterschiedliche Wasserverhältnisse gehabt. Man hat sehr ausführliche Untersuchungen in dieser Stadt durchgeführt. Auf welcher Seite gibt es dort Unterschiede im Anstieg des Krebses, oder gibt es irgendeine andere gesundheitliche Veränderung? Man hat als einzigen gesundheitlichen Unterschied festgestellt, daß auf der einen Seite der Stadt mit dem von der Natur aus fluoridierten Wasser die Menschen einfach gesündere Zähne haben. Keine Karies haben, heißt eben auch, später kein künstliches Gebiß haben. Das ist Zukunftsmusik, aber das sind die Visionen für die nächsten dreißig Jahre, und das ist auch ein Stück Lebensqualität.

Zur Vorsorge gehört ganz sicher auch das Thema Ernährung. Und auch hier haben wir noch ein weites Gebiet der Aufklärung. Bisher haben die ganz einfachen Erkenntnisse der Wissenschaft, und man weiß heutzutage, daß ein großer Teil der Krankheiten auch unmittelbar mit der falschen Ernährung, zu tun hat, noch keinen Einfluß auf die Essensgewohnheiten. Auch die Kantinen, nicht einmal die Spitäler reagieren leider darauf, und auch nicht die Schule mit ihrem Schulbuffet. In wie vielen Kantinen ist Mayonnaisesalat noch eine große Delikatesse. Ich bin immer noch davon beeindruckt, oder sagen wir lieber erschrocken, daß vor einem Jahr zirka der Kollege Rainer hier gestanden ist und gejammert hat, daß die armen Lehrlinge in der Früh nur eine Semmel bekommen. Bitte, das ist eine Sentimentalität aus der Vergangenheit. In der Vergangenheit war die Semmel ein Statussymbol. Wenn man Peter Rosegger liest, dann ist das ungeheuer anregend zu lesen, wie er beschreibt, wie sie zu Weihnachten oder zu Ostern, irgendwann zum Geburtstag einmal eine Semmel gegessen haben. Ich



bin auch nicht gegen die Semmel prinzipiell, aber die Semmel immer und ausschließlich und als Statussymbol, und darüber weinen, daß die armen Lehrlinge in den Berufsschulen in der Früh nur eine Semmel bekommen, das ist die verkehrte Gesundheitspolitik, und das ist die verkehrte Zielsetzung. Ich glaube, daß wir gar nicht wissen, was in unserem Gesundheitssystem, und zwar glaube ich, der ganze Bereich, der unsere Gesundheit erhalten muß, an Anforderungen auf uns noch zukommt.

Ich habe das Wort Aids hier in diesem Hohen Haus noch nicht gehört. Ich weiß, daß im Jahr 1990 50 bis 100 Millionen Menschen in der Welt an Aids erkranken. Die Erkenntnis über Aids wechselt ständig, weil man noch in der Forschung ist, aber man weiß heute, daß mindestens 50 Prozent der Infizierten sterben, wahrscheinlich sind es viel mehr. In Österreich gibt es gegenwärtig 48 Aids-Erkrankte, davon ist die Hälfte schon gestorben. Es verdoppelt sich alle neun Monate das Kontingent. Sie können sich vorstellen, welche Dynamik darin ist. Natürlich, im Anfang ist nur eine gewisse Gruppe davon betroffen. Es sind hauptsächlich die Homosexuellen, es sind auch die Drogenabhängigen, natürlich auch die, die Infusionen ständig bekommen, aber allein diese Risikogruppe, und das sind die ersten, die befallen werden, ist in Österreich ungefähr 120.000 Menschen. Stellen Sie sich das vor. Wie werden die überhaupt versorgt werden? Wie wird das sein? Wie wird man, wenn man in einem Betrieb jemanden einstellt, ihn untersuchen? Wer finanziert diese Untersuchung? Wir haben überhaupt nicht darüber nachgedacht, und das ist sicher sehr wichtig.

Ich möchte noch einmal darauf zu sprechen kommen, daß die Gebietskrankenkasse eine Krankenversicherung ist, die eigentlich den Menschen nicht auf die Krankheit hin versichern soll, sondern auf die Gesundheit hin. Die Gebietskrankenkasse, ihr Obmann Sametz, trägt das ASVG-Gesetz wie ein Schild vor sich her, aber hinten im Rücken hat er nicht das Gesetz. Natürlich ist der Ausgleichsfonds gesetzlich geregelt. (Abg. Harmtodd zeigt eine Uhr.) Ich habe eine halbe Stunde, weil ich Hauptsprecher bin. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Warum zeigen Sie auf uns? Wir haben die Uhr nicht gezeigt!“) Hören Sie nur zu, das tut Ihnen allen gut, denn vieles, was ich sage, haben Sie noch nie gehört. Das, was Ihnen andere sagen, das wollen Sie nicht hören, das wissen Sie, aber das muß man Ihnen sagen, weil Sie es nicht hören wollen. Und Sie, Kollege Gennaro, man muß glauben, daß Sie sich nicht auskennen, wenn Sie immer von gesetzlich geregelt rufen, das Hineinzahlen von 1,4 Prozent ist gesetzlich geregelt, aber das Hineingreifen ist nicht gesetzlich geregelt. Es gibt viele Posten, die freiwillig sind. Ich frage Sie alle hier, haben Sie erzählt, wie hoch denn das Budget des Hauptverbandes ist? Wissen Sie das? Ja, Sie wissen das. Aber viele wissen das nicht. Das sind jährlich 200 Milliarden Schilling. Und das ist ein Spezialtopf des Ministers Dallinger, wo er immer wieder gerne hineingreift, vor allem kurz vor der Weihnachtszeit, da macht man gerne Geschenke, und da greift er in diesen Topf hinein. Und natürlich ist es gesetzlich geregelt. Ich kenne sogar den Paragraph 447 a, Sie kennen ihn auch, dort wäre geregelt, welche Länder etwas bekommen, weil ein Ausgleichsfonds hat ja das Wort Aus-

gleich, weil man ausgleichen will. Aber in Wirklichkeit haben sie einen kleinen Absatz ganz oben drüber gesetzt, und der heißt, Illequidität steht an oberster Stelle. Für Sie ist immer noch an oberster Stelle derjenige, der verschwendet. Und diese Zeiten haben eben aufgehört. Das sind bittere Zeiten, weil auch wir verschwenden eigentlich gerne. Es wäre wunderbar. Aber wenn es nicht geht. Und wenn es letztendlich unsozial wird, dann kann man es nicht mehr machen, und dann kann man sich auch nicht mehr die Stimmen kaufen, sondern dann muß man mit den Menschen reden, und sie werden letztlich das wissen, was man ehrlich meint, und das auch akzeptieren. (Abg. Gennaro: „Ich würde Ihnen empfehlen, auch Ihre Parteikollegen sitzen dort, daß Sie sich genau informieren, dann würden Sie eine andere Meinung bekommen. Alle Voranschläge und Abschlüsse werden einstimmig beschlossen!“)

Versprechen Sie mir, wenn es nicht mehr einstimmig ist, daß es geändert wird. Wird es geändert, wenn es nicht mehr einstimmig ist? Sie fahren mit der Eisenbahn drüber, wie Sinowatz immer sagt. Wenn irgend etwas zu bestimmen ist, „und dann fahren wir mit der Eisenbahn drüber“, das ist Ihre Art. So! (Abg. Trampusch: „Wir sollen mehr für die Eisenbahn tun, hat es geheißt!“) Ja, aber nicht drüberfahren, sondern mitfahren, einsteigen. Das ist ein großer Unterschied, ob man einsteigt oder überfahren wird. Das ist ein großer Unterschied. (Abg. Gennaro: „Ihr wolltet auch mit der Eisenbahn drüberfahren, nur ist sie nicht angegangen!“) Sie, das geht sehr gut. Und der Präsident Sametz sollte sich nicht solche großen Sporen beim Hauptverband verdienen, sondern er sollte lieber für die Steirer etwas tun. Ich möchte Ihnen nur sagen, von den letzten Rechnungsabschlüssen 1984, 1985, der Ertrag, das, was wieder herausgekommen ist aus dem Ausgleichsfonds, das waren im Jahr 1984 noch 35 Millionen Schilling, aber im Jahr 1985 ist es noch schlechter geworden, obgleich wir es gesagt haben, wir haben nur noch 6 Millionen Schilling bekommen. Ja, vielleicht ist weniger drinnen im Ausgleichsfonds, weil wir haben minus 82 Prozent bekommen. Aber da lese ich, nein, eingezahlt haben wir ganz anders. Da haben wir 1984 55 Millionen Schilling gezahlt und 1985 60 Millionen Schilling. Das sind plus 7,9, fast 8 Prozent. Und da sind die großen Unterschiede. Diese Unterschiede sind zum Leidwesen der Steirer, und der Grund, warum so vieles nicht geht und warum auch zum Teil die Psychiatriereform so lange gedauert hat. Aber die kann der Präsident Sametz nicht verhindern, und letztendlich wird er mit dazu beitragen müssen, daß alles finanziert werden kann. Und natürlich nehme ich schon jetzt Ihr Versprechen in Anspruch, daß Sie sagen, wenn etwas nicht mehr einstimmig ist, dann werden Sie auch bewilligen, daß die Steiermark zumindest die Gelder bekommt, die sie einzahlt. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Heidinger.

**Landesrat Gerhard Heidinger:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf vorerst allen Damen und Herren, die sich zur Gruppe 5 „Krankenanstalten“ zu Wort gemeldet

haben, einen herzlichen Dank sagen. Es war eine breite Diskussion, neue Perspektiven wurden eröffnet. Ich muß sagen, es war wie immer eine Diskussion, die auch der Polemik, der Demagogie nicht entbehrt hat. Ich möchte sagen (Abg. Dr. Kálnoky: „Ist das ein Kompliment?“), seit 27 Jahren erlebe ich diese Debatte hier, und im Grundsätzlichen hat sich an dieser Debatte nichts geändert. Man reibt sich in dieser Krankenhausdebatte, man reibt sich politisch. Aber ich meine, das ist an und für sich das Leben und würzt – wenn Sie wollen – das Leben. Überhaupt, wenn man dann so einen listenreichen Redner hat, ich würde sagen „Bernd, der Listenreiche“. Er versteht es immer wieder, neue Millionen hervorzuzaubern, auf der anderen Seite wieder unentdeckt verschwinden zu lassen. Und das Nachrechnen, wo er sie hergenommen hat und wo sie hingekommen sind, ist manchmal etwas schwierig. Aber so ist das Leben, und mit dem muß man sich zurechtfinden.

Meine Damen und Herren, sosehr ich eine Diskussion hier in diesem Haus über die Krankenanstalten begrüße, sosehr es richtig ist, sich auseinanderzusetzen, sosehr würde ich mir wünschen, daß über dieses Problem weniger in einer Art von Ankündigungspsychose immer wieder in der Öffentlichkeit in zu vielen Pressekonferenzen über Unausgegrenztes gesprochen wird. Ich rede da nicht nur aus der letzten Zeit, sondern ich gehe zurück in den Anbeginn, zum 10. Jänner, wo zum ersten Mal Dinge in die Welt gesetzt wurden. Man hat gar nicht verlangt, daß solche Sachen ausgesprochen werden, wie Zusperrern von Krankenhäusern, Abbau von Bediensteten. Es wurde gesagt, und daran wird nun heute Maß genommen und gemessen. Ich bin aber mit dem Herrn Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher einer Meinung, man sollte wirklich zumindest das erste Bilanzjahr abwarten, um dann echt über die neue Form der Organisation unserer Krankenanstalten zu diskutieren, wenn Sie wollen, auch Bilanz zu ziehen. Nur eine Ziffer – bitte gestatten Sie mir, daß ich Sie sofort aufkläre: 109 Leute sind in der Zentralverwaltung und 18 in der Landesbuchhaltung. Es sind also frei nach Adam Riese noch immer 127. Aber bitte, die sind es. Es sind 127 Leute in der Verwaltung der Krankenanstalten, wo immer sie sich befinden. Ich sage das gar nicht polemisch. Ich war immer davon überzeugt, daß jene Mittel, die den Krankenanstalten bis zum 1. Jänner 1986 zur Verfügung gestanden sind, zuwenig sind, und von dem Ankündigungsknick, von dem Sie da reden, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, muß ich Ihnen sagen, ich habe ihn nicht verursacht. Ich hätte gerne mehr Geld für die Krankenanstalten gehabt, um es für die Menschen in diesem Land in unseren Häusern zur Verbesserung der Anstaltsqualität verwenden zu können. Es hat auch in den steirischen Krankenanstalten bis zum 1. Jänner 1986 der Ökonom kein Hausverbot gehabt. Im Gegenteil! Es ist heute erwiesen und zugegeben, die steirischen Krankenanstalten können sich – ich sage es wiederholt, aber warum soll man etwas, was richtig ist, was alle die, die in diesen Krankenanstalten tätig sind, eigentlich stolz machen müßte, nicht sagen –, die steirischen Krankenanstalten können sich mit ihrer Kostengestaltung sowohl vor dem 1. Jänner 1986 als auch heute nach dem 1. Jänner 1986 in aller Öffentlichkeit präsentieren und halten jeden nationalen und internationalen Vergleich aus. Das soll man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Und wenn man auch zur Kenntnis nimmt, daß die Krankenhausgestaltung nicht mit 1. Jänner 1986 begonnen hat, sondern daß auch vorher Leute am Werk waren, die von ihrem Handwerk etwas verstanden – ich meine hier in erster Linie jene, die in den Krankenhäusern und in der Verwaltung der Krankenhäuser gearbeitet haben –, von ihrem Metier auch etwas verstanden haben, dann wird man sich in Fortsetzung des Gespräches nach dem 1. Jänner 1986 etwas leichter tun. Aber man kann doch nicht so abrupt tun, als ob vorher alles schlecht gewesen sei und nunmehr alles, alles gut geworden wäre. Das wäre zu einfach dargestellt und entspricht auch ganz sicherlich nicht den Tatsachen. Und wie immer wir diese Krankenanstalten organisieren, und wenn auch die Meinung durchdringen würde, aus dem Aufsichtsrat müßten alle Politiker ausscheiden, so sage ich Ihnen allen hier, die Sie hier sitzen, ob Sie nun diesem Wunsch näher treten wollen, ja oder nein, der politischen Verantwortung für die Gesundheitspolitik in den Krankenanstalten werden Sie sich allesamt nicht entziehen können. Denn die Bevölkerung wird nicht fragen, war es der Herr Direktor X oder der Herr Y, der diese oder jene Maßnahme gesetzt hat, sondern die Bevölkerung wird den Abgeordneten, das Regierungsmitglied fragen, wie hältst du es mit der Krankenhauspolitik? Und dann wird man offen bekennen müssen, wie man sich dazu stellt. Wissen Sie, die Frage der Kostendämpfung ist mir ein zu billiges Schlagwort, wenn ich dem nicht ehrlich hinzufüge, Kostendämpfung ohne Leistungsdämpfung ist Augenauswischerei. Hier habe ich den Präsidenten der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Konrad Riegler, zitiert, der dies in der Deutschen Krankenhauszeitung im Oktober 1986 sehr eindeutig sagt. Ich glaube, meine Damen und Herren, diese Augenauswischerei dürfen wir keineswegs in Verantwortung gegenüber jenen Menschen, die wir politisch zu vertreten haben, begehen. Er – Riegler – sagt zum Beispiel, die Krankenhäuser sind Zentren hochtechnisierter und hochqualifizierter medizinischer und pflegerischer Leistungen. Dies muß Ausgangspunkt jeder Diskussion sein. Wir müssen dazusagen, an diese hochtechnisierten, hochorganisierten Krankenhäuser knüpfen die Menschen in diesem Land, wenn sie krank sind, all ihre Hoffnung, wieder gesund zu werden. Es ist eben ein politischer und, wenn Sie wollen, ein gesundheitspolitischer Auftrag, all jene Möglichkeiten, die wir haben, auch unter Berücksichtigung ökonomischer Fragen auszuschöpfen, um unsere Krankenanstalten auf einen Standard zu bringen, der jener Lebensqualität entspricht, die sich die Menschen in diesem Land verdienen. Wir tun es ja nicht für den Politiker, wir tun es ja nicht für irgendjemanden in diesem Land, sondern wir tun es für den Steirer oder für die Steirerin und umgekehrt. Und so gibt es eben die Frage, wie weit wir uns zu dieser Lebensqualität bekennen, wieviel Mittel wir aus dem uns zur Verfügung stehenden Einnahmentopf bereit sind, für die Krankenhauspolitik, die ein Teil der Gesundheitspolitik ist, auszugeben. (Abg. Ing. Stoisser: „Für den Patienten!“)

Ich habe auch eingangs gesagt, Herr Kollege Prof. Dr. Eichtinger, daß wir den Ökonomen nicht Hausverbot geben wollen. Und diese Aussage expliziert genau das, was Sie jetzt dazu zum Ausdruck gebracht haben. Ich will es an einem Beispiel erläutern. Wir

werden im Dezember mit dem neuen Diagnosegerät, das sich Kernspintomograph nennt, wenn Sie wollen, anfahren. Eine Untersuchung wird dort, so nimmt man an, 6000 Schilling bis 7000 Schilling kosten. Dafür gibt es mit der Krankenkasse noch keinen Vertrag. Ich weiß auch nicht, ob wir dafür einen Vertrag erreichen, aber eines ist sicher, wenn man diesen Kernspintomographen richtig auswerten kann, die Ergebnisse lesen kann, dann ist es zum Beispiel möglich, schon lange bevor jemand einen Schlaganfall erleidet, die Disposition auf einen Schlaganfall zu erkennen. Jetzt sollen wir darüber streiten, die Arbeit mit dem Gerät zu beginnen oder nicht, weil wir noch nicht wissen, wer das bezahlt. Das sind eben Entwicklungen, technische Entwicklungen, die letztendlich auch finanzielle Entwicklungen nach sich ziehen. Aber wir sollten nicht fragen, was das kostet, sondern wir sollten fragen, was bringt uns das? Wenn man das Gerät richtig einsetzt und damit einen Menschen vor dem Schlaganfall bewahren kann, so ist das volkswirtschaftlich enorm bedeutsam, wenn auch betriebswirtschaftlich ein Abgang. Und so wird es ein immerwährendes Streiten sein zwischen der Gesellschaft und jenen, die die Kostenträger sind, das heißt, die den Abgang zahlen müssen, wie der Zuschuß des Landes aussehen wird. Wir wissen heute nicht genau, ob wir mit dem Übertragungsvertrag, den wir abgeschlossen haben, das heißt, wir wissen es eigentlich schon, daß wir vielleicht noch im Jahre 1986 das Auslangen finden werden. Wir wissen aber sehr wohl, daß wir demnächst Verhandlungen über das Jahr 1987 beginnen, und wir wissen sehr wohl bereits jetzt, daß wir den Übertragungsvertrag ändern müssen. Und das sage ich jetzt, ich begehe keine Kindesweglegung, sehr geehrter Herr Kollege, vielleicht sollte man dazusagen, daß man auch geliebte Kinder erziehen muß, daß man mit ihnen reden muß und daß auch jene Kinder, die man außerordentlich liebt, nicht immer recht haben, sondern, daß man eben in einem ewigen Dialog, wenn Sie wollen, in einem ewigen dynamischen Diskussionsprozeß die Fragen der Krankenhausfinanzierung ausleuchten, ausreden und zu einem Kompromiß, aber nicht auf Kosten der Patienten, auf Kosten des Personals, kommen muß. So wird es ein ewiges Streiten sein, aber warum nicht? Es wird ein ewiges Ringen sein um die Frage, was ist die Qualität der steirischen Krankenanstalten wert, weil ich meine, daß sie ein Teil der Lebensqualität ist. Wir werden auch nicht immer einer Meinung sein. Wir wissen ja schon im Gespräch um die derzeit in Rede stehenden Krankenhäuser, daß wir hier Auffassungsunterschiede haben. Die einen meinen, es sollten nur Vier- und Zweibettzimmer sein, dann reden wir von den Folgekosten. Die anderen meinen, es könnten Sechsbettzimmer sein, und es wäre schon eine hervorragende Qualitätsverbesserung etwa für Feldbach und Bruck, die derzeit im Gespräch sind und die in einer Parteienvereinbarung abgehandelt sind, daß sie in den nächsten Jahren bis zum Jahre 1992 beide adaptiert beziehungsweise neu gebaut werden sollen. In einer Vereinbarung sind die beiden Regierungsparteien übereingekommen, daß das Land rund 1,5 Milliarden Schilling für diese beiden Krankenhäuser ausgeben will, um einen höchstmöglichen Standard zu erreichen. Aber es sind nicht nur Feldbach und Bruck. Ich bin gestern zu einer Kurzbehandlung im Landeskrankenhaus Hartberg gewesen. Wir haben dort einen moder-

nen, hochsterilen Operationsraum, aber, wenn Sie 20 Meter weitergehen, kommen Sie in einen Betten-saal, wo 19 bis 24 Menschen in einem Saal gepflegt werden. Das muß man sich erst einmal vorstellen. Und da wundert es mich oft, wenn manche in bittere Klagen darüber ausbrechen, wenn sie in einem Neunbettzimmer, Zehnbettzimmer sein müssen. Es ist nicht richtig, ist nicht gut. Aber wenn man dann sagt, Hartberg muß saniert werden, dann schreibt eine Zeitung, ja, weil dort ein Landesrat daheim ist. Nein, weil dort 60.000 Menschen ein Anrecht auf ein modernes, anständiges Krankenhaus haben. (Allgemeiner Beifall.)

Das gleiche gilt für Graz. Ich bitte allerorten um Verzeihung, wenn ich jetzt folgendes sage. Wir haben uns erst vor kurzem zu einer besonderen Kraftanstrengung in Feldbach und Bruck durchgerungen. Ich sage Ihnen gleich, wir werden uns demnächst wahrscheinlich auch zu einer besonderen Kraftanstrengung, wenn die Investitionspläne und eine Prioritätenliste für Graz vorliegt, auch zu einer zusätzlichen Anstrengung für Graz bekennen müssen, weil auch hier Zustände wie in Feldbach, Hartberg oder Bruck herrschen, also auch ändernswerte Zustände sind. Ich will hier gar nicht im einzelnen aufzählen, was verbessert gehört. Es gehört selbstverständlich auch die Kinderchirurgie dazu. Selbstverständlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber vielleicht darf ich doch dazu auch etwas sagen. Es hat jeder schon – ich bitte, mir das zu verzeihen – seine Lobby, und jeder glaubt, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo sein Problem das vordringlichste Problem ist. Ich will die Dringlichkeit wirklich nicht bestreiten. Ich sage ganz offen, gerade bei der Kinderchirurgie hätte es wirklich nicht so lange dauern müssen, wenn man sich nicht in einem fast dreijährigen Streit darum herumbalgen hätte müssen, ob wir aus der Kinderklinik, wo so viele Betten leerstehen, 50 oder 60 – ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie viele es waren – Betten der Kinderchirurgie zuführen können. Ich glaube es richtig zu deuten, daß die Gesellschaft vorhat, im Jahr 1987 die Planung zu Ende zu führen und im Jahr 1988 mit dem Bau zu beginnen. Noch dazu, wenn ich sagen darf, daß für die Kinderchirurgie 50 Millionen Schilling bereits als Anfangs- und Startkapital zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Abschluß kommen – nein, ein Wort zur Psychiatriereform muß ich schon der Frau Abgeordneten Dr. Kalnoky zuliebe sagen. Wenn Sie meinen, daß alles, was sich bis jetzt im Landessonderkrankenhaus als Strukturverbesserung ergeben hat, nicht ausreicht, bin ich mit Ihnen einer Meinung. Ich bin nicht der Meinung, daß nichts geschehen ist. Geschehen ist etwas! Aber die Frage der Psychiatriereform ist nicht eine Frage des Landessonderkrankenhauses, ist nicht eine Frage der Nervenklinik. (Abg. Dr. Kalnoky: „Auch!“) Auch, aber nicht nur und nicht ausschließlich. Die Frage der gemeinde-nahen Psychiatrie ist eben eine Frage, die sich außerhalb des Krankenhauses abspielt. Und wenn vor wenigen Tagen der Herr Primarius Dr. Rudas in Graz war, hier einen vielbeachteten Vortrag hielt, so sage ich, und Sie, Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, anführten, daß wir in Wien waren, es war sicherlich eine interessante Reise nach Wien – ich würde ungeschauter, wenn Sie wollen, das Wiener Modell der psychosozialen Dienste in die Steiermark übertragen, und eine

Voraussetzung dafür wäre das Herauslösen aus den verschiedenen Referaten zu einem gemeinsamen Kuratorium mit Fondsfinanzierung. Ja, Frau Abgeordnete, gestatten Sie mir, Sie haben Ihre Meinung geäußert und ich habe zugehört. (Abg. Ing. Stoisser: „Sie hat kein Wort gesagt!“) Schauen Sie, ich reagiere ja sofort, sogar auf ein Kopfschütteln der Frau Abgeordneten Dr. Kalnoky! (Abg. Dr. Kalnoky: „Ich erinnere mich, daß Sie Dr. Rudas sogar gefragt haben, was er im Laufe der Erfahrung gesehen hat, und was nicht so gut ist. Er hat Ihnen das dann genau gesagt!“) Ich habe nicht gesagt, daß ich ungeschauter das, was schlecht ist, übertragen möchte, sondern das, was sich jetzt als Gutes in Wien zeigt, daß wir das ungeschauter in die Steiermark übertragen würden. Ich sage Ihnen, ich hätte nur eine Bitte, anfangen sollte man endlich damit, denn die Frage der Psychiatriereform – gestatten Sie mir dieses Wort – ist fast eine steirische Schande. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich das so hart zum Ausdruck bringe, aber da geht nichts weiter, da geschieht nichts. Außer daß das Krisenzentrum am Griesplatz sozusagen dahindämmert und dahinhungert und längst gestorben wäre, wenn es nicht, auch gegen den Willen derer, die dort arbeiten, doch beim Landessonderkrankenhaus angeschlossen worden wäre.

Gesundheitspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das möchte ich abschließend sagen, ist eine hochpolitische Aufgabe. Welche Organisationsform immer gefunden wird, ich sage und wiederhole es, jene Damen und Herren, die politisch tätig sind, können sich dieser politischen Aufgabe nicht entziehen. Auch dann nicht, wenn man sozusagen, wie es eine Zeitung schrieb, eine Gesellschaft gründet, auf die die Politiker die Verantwortung abschütteln oder übertragen.

Ich möchte all jenen Damen und Herren, die sich in den steirischen Krankenanstalten um unsere Menschen, Patienten bemühen, einen herzlichen Dank sagen. Einem alten Brauch folgend, möchte ich im besonderen jene erwähnen, die aus dem Dienst, auch aus dem steirischen Dienst, auch, wenn sie in Universitätskliniken tätig waren, ausscheiden: Es ist der Vorstand der medizinischen Universitätsklinik Graz, Herr Prof. Dr. Sailer, der Vorstand der Augenklinik, Prof. Dr. Hans Hoffmann, die Primärärzte Dr. Eduard Borkenstein in Leoben, Hofrat Dr. Norbert Geier, LSKH Graz, Primarius Dr. Kurt Tissenhausen in Judenburg und Primarius Dr. Wolfgang Preininger, Bad Aussee. Wir wollen auch dem Primarius Dr. Erwin Penzl in Bruck an der Mur, der plötzlich verstorben ist, ein ehrendes Gedenken bewahren und Herrn Oberarzt Dr. Rüdiger Pichler, der interimsmäßig Hörgas-Enzenbach geleitet hat, einen herzlichen Dank sagen. Ich möchte allen Bediensteten des Landes Steiermark, auch jenen Damen und Herren, die in der Gesellschaft tätig sind, einen herzlichen Dank sagen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

**Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth:** Verehrte Damen und Herren!

Ich habe mich zu Wort gemeldet, um einem führenden steirischen Beamten, der mit Jahresende in den

Ruhestand tritt, Dank zu sagen. Es handelt sich um den Herrn Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Walter Markant. Er ist ein Angehöriger der Kriegsgeneration und hat sein Medizinstudium im Jahre 1947 abschließen können und ist im Jahre 1954 in den Landesdienst eingetreten. Er ist in die Landessanitätsdirektion, die damals noch nicht so hieß, gekommen und hat dort dem Land Steiermark 32 Jahre treu gedient. Er wurde im Jahr 1975 Stellvertreter des Landessanitätsdirektors und mit 1. Jänner 1984 Leiter der Abteilung. Zu seinen Aufgabengebieten, in denen er sich ganz besonders profiliert hat, gehörte insbesondere das Impfwesen. Er hat sich mit der Problematik der Infektionskrankheiten in Theorie und Praxis sehr stark beschäftigt, hat auch darüber publiziert, und es geht auf seine Tätigkeit sehr entscheidend zurück, daß die Infektionskrankheiten in der Steiermark sehr früh gut unter Kontrolle gebracht werden konnten durch Impfaktionen in den Bezirken und durch eine genaue statistische Verfolgung dieser Krankheiten. Ein anderes Sachgebiet, um das er sich auch sehr gekümmert hat, ist die Lebensmittelaufsicht. Ein Gebiet, das wichtig ist für ein Land, das ein Fremdenverkehrsland sein will, aber auch ein Arbeitsgebiet, das in kritischen Situationen von Bedeutung ist, wie etwa zu Zeiten der Weinkrise oder auch rund um Tschernobyl. Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß Herr Hofrat Markant neben seiner dienstlichen Tätigkeit auch immer wiederum bereit gewesen ist, sich für seine Mitmenschen in seiner Freizeit einzusetzen. Er ist seit Jahrzehnten in der Steirischen Bergrettung als Landesarzt tätig. Er hat unzählige Kurse und Vorträge in Sachen Erster Hilfe gehalten und war auch selbst aktiv in dieser Organisation immer wiederum im Einsatz. Wir begrüßen Herrn Hofrat Markant mit seiner Gattin hier im Hohen Haus. Er ist zu uns gekommen, obwohl er sehr stark verkühlt ist und eigentlich im Krankenstand wäre, aber er ist zu uns gekommen, und ich möchte Ihnen, sehr verehrter Herr Hofrat, für Ihre treuen, verlässlichen und loyalen Dienste für das Land Steiermark herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Wir kommen nun zum Kapitel „Umwelt“. Ich darf als erstem Redner Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller das Wort erteilen.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich fürchte, daß das nunmehr zu Ende gehende Jahr 1986 als Jahr der Umweltkatastrophen, als Jahr des Supergaus von Tschernobyl und der Giftkatastrophen an Rhein und Po in die Geschichte eingehen wird. Das menschliche Gedächtnis ist, wie wir wissen, mit der gütigen Eigenschaft ausgestattet, das Unangenehme zu verdrängen. Und der Herr Landeshauptmann hat es gestern bereits gesagt. Der Deutsche Physiker Dieter von Ehrenstein schreibt in der angesehenen Zeitung „Die Zeit“ am 21. November unter dem Titel „Tschernobyl war noch gar nichts“ einige ganz erschütternde Tatsachen. Er, ein Physiker, weist darauf hin, und das möchte ich Ihnen zitieren, weil es einfach ein Schreckgespenst ist. „Derzeit werden weltweit in den Atomreaktoren etwa so viele langlebige hochradioaktive Spaltprodukte produziert, wie als Fall-out durch Explosion aller Kernwaffen in der Welt entstehen würden. Jährlich wird so viel produziert, wie entstehen würde,

wenn alle Atombomben der Welt gleichzeitig explodieren würden. Und jedes einzelne Atomkraftwerk beinhaltet im Reaktor hochradioaktive Abfallstoffe, jeder einzelne bitte, wie sie bei der Explosion von 1000 Hiroshima-Bomben entstehen würden." Meine Damen und Herren, auch die chemischen Katastrophen sind nicht viel weniger dramatisch, wenn man in den letzten Wochen und Monaten gelesen hat, was sich am Rhein und am Po abgespielt hat. Es sind nicht nur die objektiven Folgen dieser Katastrophen, es ist etwas anderes auch noch passiert. Es hat ein ungeheurer Vertrauensverlust in Technik, Wissenschaft und Fortschritt eingesetzt, ein noch nie dagewesener Verlust an Glaubwürdigkeit der Experten und ein Mißtrauen gegenüber all dem, was Technik und Wissenschaft uns heute anbieten. Natürlich stellt sich auch die Frage, ob etwa diese Häufung von Chemieunfällen, wie sie bei Sandoz oder Geigy oder BASF passiert sind oder am Po, eine Häufung von Zufällen sind, oder ob die Dinge einfach erst an die Oberfläche kommen, publik werden und eigentlich schon immer passiert sind.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, daß das alles nur die Spitze des Eisberges ist, daß es mehr oder minder die spektakulären Fälle sind, mit denen wir uns auseinandersetzen, daß in Wirklichkeit aber die Veränderung, die Beeinträchtigung, die Zerstörung unserer Umwelt schon so weitgehend fortgeschritten ist und so tiefgreifend ist, daß man sich durchaus die Frage stellen kann und muß, ob wir den point of no return bereits überschritten haben. Das Waldsterben ist dramatisch fortschreitend und offensichtlich gar nicht mehr einzubremsen. Die Verschmutzung der Gewässer, ob es die Grund- und Fließwässer sind oder unsere Meere, das Mittelmeer, die Ostsee, die Nordsee, hat Ausmaße erreicht, die man sich früher nie hätte vorstellen können. Die Verunstaltung der Landschaft, der Verbrauch an Boden, der Verlust an Biotopen ist durchaus nicht gestoppt worden. Bis heute, meine Damen und Herren, wird die Tatsache ignoriert, weitgehend ignoriert, daß der Verbrauch, die Inanspruchnahme unserer natürlichen Ressourcen, der Rohstoffe, der fossilen Energien eigentlich immer nur in eine Richtung hin passiert, nämlich, daß immer nur verbraucht wird, und daß dieser Prozeß, der da in eine Richtung abläuft, eigentlich nicht rückgängig zu machen ist. Mit anderen Worten, wir sind eigentlich eines bestimmten, relativ hohen Wohlstandes und Fortschrittes wegen bereit, die eigenen Lebensgrundlagen, das Wasser, den Boden, die Luft, in Frage zu stellen. Und ich frage mich schon, wie ist es eigentlich möglich, daß in einem so rationalen, in einem so aufgeklärten Zeitalter, wie es das unsere ist, wider jede Vernunft so grundlegende und für jeden einsehbare Prinzipien, wie jene des Langzeitdenkens, der Ökologie, ignoriert und partikulären und kurzfristigen Zielen geopfert werden. Ich meine, daß das eigentlich die Kernfrage der gesamten Umweltdiskussion schlechthin ist. Wie ist es möglich, daß der Mensch ununterbrochen wider die Vernunft zu handeln vermag? Ich habe dafür drei Erklärungen: (Präsident Klasnic: „Darf ich bitten, daß im Zuschauererraum ein bißchen mehr Ruhe herrscht!“) Erstens: In der Industrie- und Konsumgesellschaft mit ihrer ausgeprägten materialistisch-mechanistischen Weltanschauung werden materielle Güter ungleich höher bewertet als immaterielle, oder mit anderen Worten ausgedrückt, ökonomische Werte höher

bewertet als ökologische. Nicht die Qualität, sondern die Quantität, das maximale Wachstum, der maximale Konsum stehen im Mittelpunkt. Und das ist eines der eigentlichen Probleme, daß die gesunde Umwelt, das gute Wasser, die vielfältige Landschaft, der unberührte Gebirgsbach eigentlich zwar einerseits eine unbestritten hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft, für die Qualität des Lebens haben, aber eben keine quantitativen Größen darstellen, nicht quantifizierbar sind und daher eigentlich in keine Kostenrechnung, in keine Kalkulation als Kostenfaktor eingehen. Bei der Inanspruchnahme unserer Ressourcen im täglichen Konflikt von Ökonomie und Ökologie bleiben daher im Zweifelsfall die ökologischen Prinzipien eher auf der Strecke als die ökonomischen.

Ein Zweites: Der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie wird, meine Damen und Herren, solange unüberbrückbar bleiben, ein Gegensatz bleiben, solange sich unsere Gesellschaft ausschließlich oder überwiegend am quantitativen Fortschritt, am quantitativen Wachstum orientiert. Der Gegensatz wird solange bestehen bleiben, solange nicht ökonomische Prozesse nach ökologischen Gesichtspunkten gesteuert werden, solange sich nicht die Bereitschaft durchzusetzen vermag, auf maximales Wachstum, auf maximalen privaten und kollektiven Konsum, auf maximale Ausschöpfung der Ressourcen zugunsten einer Langzeitwohlfahrt zu verzichten. Solange diese grundsätzliche Veränderung, meine Damen und Herren, nicht vor sich geht, werden Ökologie und Umweltschutz eigentlich immer nur bei der Schadensbegrenzung und Schadensbehebung stehenbleiben. In einem solchen Klima werden daher Umweltprobleme in einer Art von kollektivem Prozeß eher verdrängt, bagatellisiert oder aber, meine Damen und Herren, das ist auch ein „Ruhmeskapitel“ in unserer Zeit, in die dritte Welt exportiert. Schmutzige Industrien werden dann nicht mehr in Europa angesiedelt, sondern in den Ländern der dritten Welt. Produkte, die bei uns längst verboten sind, zum Beispiel Pflanzenschutzmittel, werden nach wie vor bei uns produziert und in die dritte Welt verkauft.

Und eine dritte Erklärung: Wenn man davon ausgeht, daß sich die Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft eigentlich nicht sehr verändert haben und immer noch weitgehend von quantitativem Denken bestimmt werden, wird es sehr schwierig sein, in dieser Gesellschaft einen Grundkonsens hinsichtlich der Schutzbedürfnisse unserer Welt und ihrer Ressourcen herbeizuführen, und noch schwieriger, ökologische Grundsätze dann auch gegenüber Einzel- oder Gruppeninteressen zum Tragen zu bringen. Das Problem ist mit der Information allein, die sehr notwendig ist, leider nicht lösbar, weil wir eben feststellen müssen, daß gerade auch diese aufgeklärte Gesellschaft wider besseres Wissen ihre Haltung kaum oder gar nicht verändert hat. Wir stehen vor einer großen Herausforderung in dieser unserer Zeit. Es ist eine Herausforderung für die Politik, diesen Prozeß der Veränderung des Denkens in Gang zu setzen. Und, meine Damen und Herren, wir sollten uns selbst immer wieder kritisch prüfen. Gerade in der von mir geschilderten Situation in einer Zeit, in der die partikulären Interessen, die Einzelinteressen so hoch eingeschätzt werden, ist man leicht in Gefahr, selbst der Verlockung des Populismus zu erliegen.

Mit diesem Hintergrund, mit diesen Rahmenbedingungen, die ich versucht habe, abzustecken, gilt es nun, Umweltpolitik zu machen, auch in unserem Land: Ich möchte versuchen, auf einige dieser großen Probleme, die von uns zu lösen sind, die auf uns zukommen, noch hinzuweisen, wobei ich durchaus auch sagen möchte, daß wir keineswegs bei der Stunde Null beginnen müssen. Gerade in unserem Land, und das sage ich als einer, der durchaus auch immer kritisch Positionen bezogen hat, auch eigenen Anschauungen gegenüber, hat dieser Prozeß des Umdenkens eingesetzt. Ich möchte gar nicht all das wiederholen, worauf so oft schon hingewiesen worden ist, daß uns ein wirklicher Durchbruch in der Frage der Entschwefelung und Entstickung mit Voitsberg, Mellach und Zeltweg gelungen ist. Ich möchte gar nicht ausdrücklich darauf hinweisen, daß gerade mit der Schaffung eines Umweltkoordinators, mit der Zusammenfassung aller Agenden in der Regierung bei einem Umweltsenat eine gezielte Umweltstrategie eingeleitet worden ist. Aber ich möchte auch nicht verniedlichen. Das Arbeitsfeld, das vor uns liegt, ist ein sehr reiches. Lassen Sie mich einige Themen nennen: Luftverunreinigung. Das Waldsterben, das habe ich schon angedeutet, nimmt eine beängstigende Entwicklung. Es ist zu fürchten, daß dieser Prozeß gar nicht mehr zu stoppen ist. Darüber wird noch von meinen Kollegen gesprochen werden. Wir wissen, daß die Erfolge, die wir bei der Entschwefelung erreichten und hoffentlich bei der Entstickung erreichen, trotzdem nicht genügen, weil es sich hier um einen unwahrscheinlich komplexen Prozeß handelt, an dem nicht nur diese beiden Schadstoffe, sondern die Photooxidantien und Kohlenwasserstoffe beteiligt sind. Wir haben einige wirklich wichtige Schritte im Hinblick auf den Ausbau der Meßnetze gesetzt. Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat vor kurzen den Zusammenschluß eines ersten Teiles der Meßnetze in einem zentralen Punkt mit Datenübertragung vorstellen können. Wir haben in nächster Zeit damit zu rechnen, daß die Immissionsschutzverordnung geändert wird, daß neue Schadstoffe, wie das NOX und das Kohlenmonoxid, einbezogen, die Grenzwerte heruntergesetzt werden. Das alles ist wichtig und notwendig.

Ich möchte auf den Komplex „Wasser“ hinweisen, meine Damen und Herren. Das Mur- und Raabsanierungsprogramm ist in Angriff genommen. Da ist viel geschehen, es wird auch weiter fortgesetzt werden. Wir haben in der Frage der Abwasserbeseitigung in verdichteten Siedlungsräumen wirkliche Erfolge erzielt. Es sind derzeit in der Steiermark 108 kommunale vollbiologische Kläranlagen in Betrieb, die das Abwasser von mehr als einer Million Steirer entsorgen können. Ich verhehle aber nicht, daß wir große, ernste Sorgen haben hinsichtlich der Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum. Auch da kann ich mich auf einige Hinweise, die ich schon einmal gebracht habe, beschränken. Wir werden auch diesen Bereich in Angriff nehmen müssen. Wir wissen, daß dies ungeheure finanzielle Probleme bedeutet, und wir werden neue Technologien in Anspruch nehmen müssen. Wir werden uns intensiv mit der Frage der Grundwasserbeeinträchtigung auseinandersetzen haben; auch mit dem Problem der Beeinträchtigung der Grundwasser durch Überdüngung, der Frage der Übernutzungen von Grundwassern und der Beeinträchtigung des

Grundwassers durch wilde Mülldeponien. Aber auch, meine Damen und Herren, die ganze Frage der Schottergruben im Grazer Feld ist ein Thema, um das wir uns viel zuwenig gekümmert haben. Was sich dort zum Teil abgespielt hat, ist eine Bombe auf Zeit. Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat es nicht nur angekündigt, sondern es laufen bereits die Verhandlungen über eine Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes, um auf die Abfallwirtschaft zu kommen. Das ist ein klassisches Beispiel, meine Damen und Herren, wie unendlich schwierig es ist, allgemeine Erkenntnisse, etwa in der Frage der Müllbeseitigung, in die Tat umzusetzen, weil es immer Betroffene gibt und es fast nicht möglich ist, einen Konsens herbeizuführen.

Ich möchte noch abschließend auf das Problem „Boden“ zu reden kommen. Ich habe selbst einen Antrag auf die Erlassung eines Bodenschutzgesetzes eingebracht. Wir haben vorgestern im Ausschuß die erste Lesung dieses Bodenschutzgesetzes durchgeführt und Parteienverhandlungen vereinbart. Das Problem „Boden“ ist mindesten so brennend wie die Frage „Wasser“, weil der Boden letztendlich die Endstation aller Umweltbeeinträchtigungen ist, ob es die Schadstoffe sind, die über die Luft, ob es die Schadstoffe sind, die über das Wasser in den Boden gelangen. Letztendlich landen sie alle im Boden und werden dort festgehalten auf Grund der spezifischen Eigenschaften des Bodens, der eben auf Grund seiner Speicherfähigkeit nicht nur Nährstoffe festhält und an die Pflanzen abgibt, sondern auch gefährliche Schadstoffe. Gar nicht zu reden vom Problem des Bodenverbrauchs. Es werden in Österreich im Durchschnitt alljährlich 8000 bis 10.000 Hektar landwirtschaftliche Flächen verbraucht. Das sind fast immer die besten Böden. Ein weiterer Prozeß in Richtung Verbrauch. Wir werden uns mit dem Landes-Umweltschutzgesetz auseinandersetzen haben. Das wird eines der wichtigsten Themen sein und berührt vieles, was im Hinblick auf den Umweltschutz im Land erforderlich ist, von der Umweltschutzkommission über den Umweltbeirat bis hin zum Umweltfonds. Ich weiß, das alles ist nur eine Aufzählung, keine komplette, vollständige Aufzählung jener Probleme, die auf uns zukommen oder schon da sind, die wir zu lösen haben. Sie werden uns sehr in Anspruch nehmen. Meine Damen und Herren, unser Problem ist leider auch, daß vieles von der Steiermark allein nicht lösbar ist, daß in vielen Fragen die Zuständigkeit beim Bund liegt und die Ergebnisse der Bundesumweltpolitik eher sehr mager sind. Es ist zwar einiges angekündigt, aber letztlich doch nicht realisiert worden. Wir brauchen dringend das seit langem angekündigte Luftreinhaltegesetz, wo vieles von dem, was bisher in den Dampfkessel-Emissionsgesetzen geregelt worden ist, in einem zentralen Luftreinhaltegesetz zusammengefaßt werden muß.

Wir brauchen ganz dringend das seit Jahren versprochene und bis heute nicht erlassene Chemikaliengesetz, und damit bin ich schon beim Problem Sonderabfall. Wir haben zwar ein Sonderabfallgesetz, aber kein Sonderabfallkonzept. Wir wissen nicht, wohin mit den Sonderabfällen. Sie türmen sich. Niemand ist derzeit in der Lage, mit diesen Fragen fertigzuwerden. Hier werden wir ganz sicher von der künftigen Bundesregierung einige entscheidende Initiativen erwarten müssen. Ich verhehle nicht, daß ich gerade hier gewisse Sorgen habe. Es sieht so aus, als ob wir



eine große Koalition bekämen. Wir wissen, meine Damen und Herren, daß auf die künftige Regierung fast unlösbare Probleme zukommen, wenn man nur an die Wirtschaftspolitik denkt, an die Budgetsanierung oder die Sanierung der verstaatlichten Industrie. Ich habe lange Zeit die Befürchtung gehabt, daß all das, was an Umweltfragen da ist, angesichts dieses Berges von Problemen weggeschoben, nicht diskutiert wird. Ich sage ganz ehrlich, ich bin sehr froh und sehr glücklich darüber, daß unser steirischer Umweltlandesrat Dipl.-Ing. Riegler im Verhandlungskomitee drinnen ist und den ganzen Bereich der Umwelt für die künftige Regierungspolitik verhandelt und entscheidend mitbestimmen wird. Ich bin deswegen zuversichtlich, weil ich weiß, mit welcher Konsequenz, mit welcher Hartnäckigkeit, wie konstruktiv und wie glaubwürdig Dipl.-Ing. Josef Riegler in der Steiermark die Fragen der Umweltpolitik angegangen ist. (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, die Probleme sind groß genug. Sie werden unsere ganzen Kräfte erfordern. Laßt uns gemeinsam ans Werk gehen! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Letzter Redner vor der Unterbrechung ist die Frau Präsident Zdarsky.

**Präsident Zdarsky:** Frau Präsident, Hohes Haus!

Die zunehmenden Belastungen der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verschlechterung der großräumigen Umweltsituation erfordern sachliche, rechtliche und organisatorische Aktivitäten und Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen. Wenn wir früher unsere natürliche Umwelt und manches in unserem täglichen Leben als gegeben hingenommen haben, uns keine Gedanken, geschweige Sorgen über Luft, Wasser, Wald, Abfallbeseitigung gemacht haben, so hat sich dies in den letzten Jahren wesentlich geändert. Ja, das Bewußtsein über den Stellenwert dieser Dinge wird von Tag zu Tag größer und erfaßt mehr und mehr Menschen. Unser Land steht, wie ein Großteil der übrigen Welt, immer stärker mangelhaft oder nichtbewältigten Umweltproblemen gegenüber. Mein Vorredner hat das ja schon sehr deutlich gesagt. Ende Oktober dieses Jahres hat in Berlin der derzeit größte Kongreß über Abfallbeseitigung stattgefunden. Es haben daran zirka 2500 Fachleute aus über 40 Ländern teilgenommen. Im Vordergrund standen elf Themen, wobei Tendenzen und Entwicklungsstand neuer Technologien einbezogen wurden. Erstrangig in nahezu allen größeren Städten der hochtechnisierten Länder ist die Volumensreduktion und Einsparung von Deponieraum durch Abfallvermeidungsstrategien und verschiedene Verwertungsmethoden. Die Praxis der bloßen Abfallbeseitigung genügt dem heutigen umwelt- und wirtschaftspolitischen Denken nicht mehr. Die Verknappung von Rohstoffen und von Deponieressourcen, die zunehmende Chemisierung des Mülls sowie die Schwierigkeiten der Gemeinden, auf sich allein gestellte Standorte für Entsorgungsanlagen zur Verfügung und bewilligt zu erhalten, machen das Konzept einer Abfallbewirtschaftung erforderlich. Diesen Erkenntnissen Rechnung tragend, hat die Stadt Graz im Gemeinderat am 7. Juli 1983 ein modernes Abfallentsorgungskonzept beschlossen. Bei der Realisierung dieses Konzeptes konnten beachtliche Erfolge erzielt werden und 1984 erstmals eine Abnahme des Gesamt-

müllaufkommens erreicht werden. Mit der Inbetriebnahme der Müllaufbereitungsanlage in der Sturzgasse am 1. August vorigen Jahres wurde eine weitere Voraussetzung für den Übergang von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft geschaffen. Auch ein beispielhaftes Netz für die Entsorgung von Sonderabfällen aus den Haushalten wurde geschaffen. Aber trotz der Erfolge wurden auch die Grenzen der Möglichkeiten einer Kommune deutlich sichtbar. Besondere Probleme gab und gibt es bei der Sicherung von Standorten für die zur Abfallentsorgung erforderlichen Anlagen. Hier haben Medien, sprich Zeitungen, und manche Politiker keine einwandfreie Gangart. Schlechte oder ungenügende Informationen machen es leicht, Menschen für Bürgerinitiativen zu mobilisieren. Am 25. Juni 1974 hat der Steiermärkische Landtag das Gesetz über die Abfuhr und die Beseitigung von Abfällen beschlossen, das Abfallbeseitigungsgesetz. Es wäre nun hoch an der Zeit, sehr geehrter Herr Landesrat, daß das Land Steiermark Standorte bekanntgibt beziehungsweise endlich seinen Verpflichtungen nachkommt, und neue Erkenntnisse müßten in allen neuen Konzepten eingebaut und verwertet werden. Neue Formen der Strategien für diesen wichtigen Lebensbereich müßten positivere Erfolge versprechen. Ein „Ab“ von der Volledeponie, weil es keine vollständige und technische Kontrolle geben kann! Denken wir nur an den Boden, an das Grundwasser, an Hochwasser, an die Gasentwicklung und viele andere Gefahren mehr.

In Graz fallen jährlich zirka 85.000 Tonnen Haus- und Gewerbemüll an. Das ist eine riesige Zahl. Mit dem Wohlstand nimmt der Müll zu. Es gibt in Österreich beim Müll ein West-Ost-Gefälle. Im Westen, wo der Wohlstand größer ist, gibt es auch noch mehr Müll. Private Firmen machen hiebei aus der Situation gute Geschäfte. Möglichst viel Müll in kurzer Zeit, das bringt viel Geld! Müllvermeidung wäre also auch aus diesem Grund höchst angezeigt! Bei Verpackungen wird besonders wenig auf diesen Punkt Bedacht genommen. Aber ich möchte sagen, sehr geehrte Damen und Herren, schon bei der Herstellung von Produkten müßte dies ein Kriterium sein. Freiwillig wird dies nicht geschehen. Deshalb müßte bei der Produktgenehmigung dies eine Voraussetzung sein. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Für Sonderabfälle wäre unbedingt die Errichtung einer Hochsicherheitsdeponie, das ist eine Deponie, die auf Stützen gebaut und von unten begehbar ist, notwendig, trotz der höheren Kosten. Es wäre angezeigt. Man muß immer an die Gefahr der Grundwasserverseuchung denken. Das fällt weg, und es ist eine stete und sichere Kontrolle gegeben. Bei allen Entscheidungen muß die Langzeitverträglichkeit Priorität haben, denn das Problem der Altdeponien, sehr geehrte Damen und Herren, fällt uns schwer auf den Kopf. In Deutschland rechnet man für die Sanierung der Altlasten, das sind die Altdeponien, mit 350 Milliarden Schilling, und auch dort ist die Frage der Mittelaufbringung hiefür die Kardinalfrage! Allein für die Sanierung der Deponie Georgswerder bei Hamburg, die derzeit saniert wird und bei der 105 Diplomingenieure und Techniker tätig sind, werden einige Milliarden Schilling benötigt. In Saarbrücken hat der sehr umweltbewußte Ministerpräsident Lafontaine die Suche nach Altdeponien veranlaßt. Bis jetzt wurden über 1000 gefunden. Herr Landesrat, auf

diesem Gebiet der Abfallbeseitigung, für das Sie zuständig sind, haben sie in den letzten Jahren viel verabsäumt. Ich möchte aber auch sagen, der Bund hat viel verabsäumt gerade bei der Sonderabfallbeseitigung. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Der Bund hat am meisten verabsäumt!“) Ich möchte also objektiv sein, der Bund hat viel verabsäumt bei der Sonderabfallbeseitigung, aber auch hier im Lande – Sie müssen es zugeben – wurde viel verabsäumt. Ich ersuche Sie, Herr Landesrat, raschest tätig zu werden. Der Wirtschaftshof der Stadt Graz hat eine Petition an die Landesregierung zur Erstellung eines regionalen Müllbeseitigungsplanes für Graz und Graz-Umgebung sowie zur Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes ausgearbeitet. Es ist Angelegenheit der über den Wirkungskreis der Gemeinde hinausgehenden Regional- und Landesplanung, das für eine Region geeignete Abfallwirtschaftskonzept zu erstellen. Das Grazer Konzept ist im Sektor Hausmüll international auf dem ersten Stand. Das VOEST-Alpine-Hochtemperaturverglasungsverfahren hat einen wesentlichen Vorteil gegenüber allen anderen thermischen Verfahren, da keine Flugasche zu deponieren ist und die Schlacke verglast, somit nicht auslaugbar ist. Das Hochtemperaturverglasungsverfahren, bei dem keine Dioxine gemessen werden konnten – nachweisbar –, wird in Zukunft sicherlich ein wichtiges Standbein bei der thermischen Verwertung von Bram darstellen. Wenn man bedenkt, daß Österreich, sehr geehrte Damen und Herren, heuer noch zirka 300.000 Tonnen Erden, also Komposte, die wieder durch Kompostierung gewonnen werden, Blumenerde und so weiter einführt, dann wären politische Aktivitäten auch aus ökonomischen Gründen auf dem Sektor der Abfallbeseitigung hoch an der Zeit und würden unserer VOEST und den Steirern viele Arbeitsplätze bringen, zum Wohle der jetzigen und zum Wohle der kommenden Generation.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nur in kurzen Worten habe ich Ihnen die Problematik, die Ihnen allen bekannt ist, in Erinnerung gerufen. Es wäre sicher noch sehr viel zu sagen. Eines erscheint mir jedoch noch wichtig anzuführen! Es gibt an der Universität kein Studienfach „Abfallwirtschaft“. Obwohl die hochbrisanten Gefahren bekannt sind und man nicht weiß, was in Zukunft passiert und passieren kann. Denken wir an Deponiegas, es ist hochgiftig, Sickerwasser, Hochwasser bei Deponien und so weiter, und wie man Gefahren begegnen kann! Von der Wissenschaft selbst kommt kein Studienfach zustande. Viele Vorsichtsmaßnahmen sind bekannt, doch dezentralisiert und deshalb nicht so wirkungsvoll, wie wenn sich Forschung und Lehre damit beschäftigen würden. Deshalb meine Anregung dahin: an unserer Technischen Universität ein Studienfach „Abfallwirtschaft“ zu integrieren. Diese Absolventen hätten sichere Arbeitsplätze.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die meisten Umweltprobleme werden von uns Menschen selbst geschaffen. Jeder Mensch trägt also Mitverantwortung, aber dem Politiker wird sie fast allein aufgebürdet. Es muß uns also doppelt wichtig erscheinen, durch Maßnahmen und Mittel, die in unserer Kompetenz und wirklich in unserer Verantwortlichkeit liegen, die Bedingungen für eine gute, gesunde Umwelt zu schaffen. Wir sollten uns aber auch als Politiker bei Ver-

gehen gegen die Umwelt stärker zu Wort melden. Umweltverbrechen, und da schließe ich Vergehen gegen Tiere mit ein, sind keine Kavaliersdelikte. Für jeden Menschen und für jeden Politiker müßte dieser Grundsatz bestimmend in seinem Denken und Handeln sein, dann bliebe „Grün“ weiter nichts als eine schöne Farbe, an der wir uns in der Natur erfreuen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Ich unterbreche die Sitzung bis 18.50 Uhr. Erster Redner wird Herr Abgeordneter Buchberger sein. (Unberbrechung von 18.15 Uhr bis 18.50 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Hohes Haus! Wir nehmen die Beratungen zur Gruppe 5 wieder auf. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger, dem ich es erteile.

**Abg. Buchberger:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leeres oder Hohes Haus!

Meine geschätzten Vorredner, der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller und die Frau Präsident Zdarsky, haben an und für sich schon sehr breit gefächert die Umweltfragen, die ganze Thematik der Ökologie dargelegt. Und es ist so, und es geht uns sicherlich allen gleich, wenn wir bei verschiedensten Veranstaltungen unterwegs sind, ob es im städtischen oder im agrarischen Bereich ist, daß bei jeder Veranstaltung neben den ökonomischen und wirtschaftlichen Fragen im speziellen auch die ökologischen Fragen, die Fragen des Umweltschutzes im speziellen behandelt werden. Und um es noch einmal zu sagen, der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller und die Frau Präsident Zdarsky haben sich schon sehr eingehend mit der Thematik des Umweltschutzes beschäftigt. Ich möchte nur in einigen Sätzen zwei Dinge herausgreifen. Das eine ist, daß wir uns den Grundelementen des Lebens mit besonderer Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Das sind die Luft, das Wasser und der Boden, und die Pflanzenwelt im speziellen. Etwas Wesentliches, das wir zu betreuen haben, das ein besonderes Lebenselixier bei uns im Land ist, das ist der Wald.

Wir haben schon einige Diskussionen hier im Hohen Haus abgeführt über die Fragen des Waldsterbens und dergleichen, und ich erinnere mich noch zurück, gar nicht so lange her gewesen, daß die Meinung vertreten worden ist, daß die Diskussion um das Waldsterben mehr eine Phantasie sei und das ganze bei Gott nicht so ernst zu nehmen wäre. Aber wir haben zwischenzeitig die Möglichkeit gehabt, einige Kollegen hier im Hohen Haus auch, direkt mitzuerleben in jenen Ländern, wo uns das Sterben des Waldes im besonderen Maß vor Augen geführt worden ist. Ich denke hier an einen Besuch in der Tschechoslowakei, und, Kollege Trampusch, wir haben einmal davon gesprochen, und da muß ich ehrlich sagen, da bin ich augenscheinlich überzeugt worden davon, was es bedeutet, wenn nicht nur der Wald im Sterben begriffen, sondern bereits tot ist. Und ein Bekannter hat bei dieser Exkursion zu mir gemeint, weil diese Schadensgebiete speziell im ehemaligen Sudetenland liegen, direkt an der Grenze zu Polen und Ostdeutschland, da muß eine Untat geschehen sein, daß über die Bevölkerung dieser Region ein solches Unheil hereinbricht. Es ist uns dort an Ort und

Stelle gesagt worden, daß ungefähr 600.000 bis 700.000 Hektar Wälder bereits tot sind, zusammengebrochen. Das ist ungefähr eine Waldfläche, etwas kleiner als in der Steiermark, wir haben 970.000 Hektar, und in der Tschechoslowakei sind bereits 700.000 Hektar dem Zusammenbruch nahe oder bereits zusammengebrochen. Es wird daher notwendig sein, und die Steiermark im speziellen, und ich brauche nicht im besonderen den Landesrat Dipl.-Ing. Riegler zu apostrophieren, wir haben uns bemüht im Land Steiermark, im besonderen Maße auch das Übel bei der Wurzel zu packen, um den Verursacher zu finden. Ein Zwölfpunktoprogramm bei uns im Land hat hier mitgeholfen, einige oder mehrere dieser Punkte sind bereits in Vollzug. Wir haben bereits die Möglichkeit, hier entsprechende Sanktionen zu setzen, daß man weiß, wo der Verursacher liegt. Wir haben auch von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft ein Programm zur Rettung des steirischen Waldes entworfen und verfolgen mit Argusaugen die gesamte Entwicklung. Es wird notwendig sein, ich will im Detail nicht die einzelnen Dinge behandeln, daß wir apostrophieren und in der Öffentlichkeit immer wieder aufzeigen, daß wir uns mit besonderem Augenmerk dieser Entwicklung zuzuwenden haben.

Das ist das eine, und das zweite, was mich und uns alle sorgen muß, das ist die Entsorgung des Abwassers. Dipl.-Ing. Hermann Schaller und Kollegen und auch meine Wenigkeit haben vor nicht allzu langer Zeit im Landtag darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, das Chemikaliengesetz zu verabschieden. Es ist ein Bundesgesetz, schon seit einigen Jahren zugesagt, das letzte Mal ist vom Gesundheitsminister Dr. Steyrer, das war zwischen den Bundespräsidentenwahlen, so um den 20. Mai gelegen, die Zusage gemacht worden, daß in nächster Zeit dieses Chemikaliengesetz im Parlament eingebracht würde. Bis dato noch nicht. Ich sage in dem Zusammenhang eines: Es ist vielleicht noch möglich, in zentralen Gebieten eine Entsorgungsanlage zu errichten mit den notwendigen Schwemmkäufen und mit den notwendigen Kläranlagen und Klärsystemen. Aber draußen in den peripheren Gebieten unseres Landes, wo wir diese Siedlungsdichte nicht vorfinden, ist es unmöglich oder fast unmöglich, diese Klärsysteme bauen zu können, vielleicht wohl noch bauen zu können, aber eine Finanzierung ist der Bevölkerung in diesen Regionen nicht zuzumuten. Es wird daher notwendig sein, so wie wenn es um das Sterben des Waldes geht, den Gaul nicht von hinten aufzuzäumen, sondern das Übel bei der Wurzel anzupacken. Wir haben schon mehrere Male darauf hingewiesen, im Hinblick dessen, daß wir nicht in der Lage sein werden, all diese Gebiete entsprechend zu entsorgen, daß wir trachten und gesetzliche Voraussetzungen schaffen müßten, daß alle Wasch-, Reinigungs- und Putzmittel, alle Sprays und dergleichen auf biologisch einwandfreier Basis hergestellt werden müßten, dann würden wir uns in der weiteren Folge all diese Baumaßnahmen und diese nicht zu finanzierenden Riesenprojekte ersparen. Ich weiß schon, daß es gewisse Lobbys gibt, ich habe das schon einmal bei einer größeren Veranstaltung gesagt, die gar nicht interessiert sind, daß wir biologisch einwandfreie Waschmittel haben. Auch verständlich, ich weiß, wie das ist. Aber wenn die gesetzgebenden Körperschaften nicht in der Lage sind, hier entsprechend durchzugrei-

fen, daß die Waschmittel, Reinigungsmittel, Sprays und Putzmittel und dergleichen auf biologischer Basis hergestellt werden, dann sehe ich aus meiner Sicht, wenn ich den ländlichen Bereich vor meinen Augen habe, keine Möglichkeit, um diese breiten und weiten Regionen entsorgen zu können. Ich sage daher noch einmal, es wird notwendig sein, hier diesbezügliche gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, um nicht, wie gesagt, den Gaul von hinten aufzuzäumen, sondern das Übel bei der Wurzel zu packen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner, dem ich es erteile.

**Abg. Günther Ofner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Wie schon im Vorjahr melde ich mich auch heuer wieder zur Gruppe 5 zum Kapitel Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu Wort. Nach wie vor erscheint mir dieses Kapitel als äußerst wichtig und notwendig. Mit größtem Bedauern muß man nämlich nach wie vor feststellen, daß die Grundwasserverseuchung ständig fortschreitet und daß das Trinkwasser vor allem im südlichen Teil von Graz und im Leibnitzer Feld fast nicht mehr genießbar ist. Immer mehr nimmt die Nitrit- und Nitratbelastung im Trinkwasser zu, ja es geht sogar so weit, daß Säuglinge und Kleinkinder dies gar nicht mehr trinken dürfen, denn man würde sonst mit gesundheitlichen Schäden rechnen müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kennt die Ursachen, man weiß, daß in erster Linie die übermäßige landwirtschaftliche Düngung, die Aufbringung von Gülle und anderem Dünger schuld sind. Zweitens, daß gerade durch die Versickerung von Abwässern der Boden dementsprechend geschädigt ist, und drittens durch das Eindringen von Sickerwässern von Abfalldeponien und dergleichen mehr.

Dieses Problem kennt man schon sehr lange, und trotzdem werden notwendige Entscheidungen nur sehr zaghafte getroffen. So wurde erst vor wenigen Tagen eine Verordnung herausgegeben, in der die Gülleaufbringung geregelt wird, wann und wie man dies am besten machen sollte und wann man darf. Diese Verordnung ist auch nur eine sehr halbherzige Lösung, die das Problem kaum ändern wird. Ich kann verstehen, daß man den Landwirten keine allzu großen Schwierigkeiten machen will. (Abg. Schwab: „Das Problem kann man nicht allein auf die Landwirtschaft reduzieren. Bitte aufpassen!“) Das Problem ist auch mit einem Düngeverbot nicht ganz lösbar. Das ist auch klar. Notwendig wird es eben sein, daß man im ländlichen Raum auch dementsprechende Kläranlagen, und zwar biologische Kläranlagen mit einem dichten Kanalsystem, installiert. Um dies zu erreichen, muß natürlich dem Bauträger, sprich Gemeinden, der dementsprechende finanzielle Rückhalt gegeben werden. Nur so kann man mit vermehrtem Kläranlagenbau in Zukunft rechnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade von den sozialistischen Abgeordneten wurde schon sehr oft gefordert, daß endlich einmal ein neues Abwassergesetz anstelle des alten Kanalgesetzes aus dem Jahre 1955 hier im Landtag gestaltet wird.

Die steirischen Gemeinden sind auf Grund der prekären finanziellen Lage sehr oft gezwungen, sich mit Kompromissen oder durch Lösungen außerhalb des Gesetzes zu helfen und sehr oft mit untauglichen Mitteln die Finanzierung zu bewerkstelligen. Bei der vorjährigen Budgetdebatte habe ich an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, schon darum ersucht, ein solches Gesetz dem Landtag vorzulegen. Jetzt ist ein Jahr vergangen, und noch immer ist in dieser Richtung absolut nichts geschehen. Nachdem die Landtagswahlen vorbei sind, wird man ja hoffentlich rechnen können, daß dieses Gesetz doch in nächster Zeit kommt wird, vorausgesetzt, daß durch den Referatswechsel nicht eine weitere Verzögerung hier eintreten wird. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wovon sprechen Sie?“) Man spricht auch schon sehr lange davon. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Können Sie das präzisieren?“) Es ist wohl anzunehmen, Herr Landesrat, daß Sie in die Regierung einziehen werden und daß ein Antrag kommen wird. Das, glaube ich, ist schon ziemlich klar, egal, welche Regierungsform kommen wird, nehme ich an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man spricht auch schon sehr lange von modellhaften Lösungsmöglichkeiten im ländlichen Raum. Ansätze sind hier sicherlich vorhanden, jedoch fehlt die Umsetzung. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller hat hier schon davon gesprochen, daß neue Technologien in Anspruch genommen werden sollten. Und Kollege Buchberger hat gesagt, daß die Anlagen nicht finanzierbar sind. Ich glaube, gerade alternative Anlagen wären im ländlichen Raum sehr wohl finanzierbar. Wir haben ja schon ausgearbeitete Pilotprojekte, wie die Pflanzenkläranlage, Schönungsteiche und so weiter. Die könnten errichtet werden. Es ist aber bis jetzt nicht geschehen. Ich weiß schon, man muß ein bißchen mit Skepsis diese ganze Sache angehen und sehr überlegt handeln. Aber, meine Damen und Herren, man weiß, daß in Deutschland solche Versuchsprojekte schon längere Zeit laufen, und man könnte diese Erfahrungswerte sehr wohl hier in der Steiermark verwerten. Der Umweltfonds, der im Jahre 1985 errichtet wurde und zur Zeit zirka 80 Millionen Schilling beinhaltet, könnte für solche Projekte herangezogen werden, und diese alternativen Anlagen könnten hier sicherlich damit finanziert werden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Vor mehr als einem Jahr wurde von mir und einigen meiner Kollegen ein Antrag eingebracht, worin die Erhöhung des nicht rückzahlbaren Landesbeitrages von 10 auf 15 Prozent beantragt wurde. Die sehr großen Rückstände, die das Land bei den Baurägern aus dem Bauprogramm A hatte, sind fast zur Gänze abgebaut worden. Ich glaube, bei ein bißchen gutem Willen der ÖVP – ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, im besonderen ansprechen – könnte diese Erhöhung ohne weiteres genehmigt werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, man muß sparen, aber man könnte vielleicht bei anderen Dingen sehr wohl sparen. (Abg. Pörtl: „Laut Dr. Klausers Finanzvorschlag!“)

Ich nenne die Repräsentationsausgaben, dies wäre ein wunderbares Kapitel, wo man wirklich einsparen könnte, und es würde der Umwelt sehr wohl zugute kommen, meine Damen und Herren! (Landeshaupt-

mann Dr. Krainer: „Am Beispiel der Gemeinde, die ich gestern genannt habe. Wir haben 10 Prozent eingespart!“) Auch dort, selbstverständlich. Auch dort, Herr Landeshauptmann, überall. Überall sollte man das machen. Aber ich glaube, es wäre eine so wichtige Sache, daß man es sicherlich hier, Herr Landeshauptmann, wirklich ernst nehmen sollte, und diese Erhöhung auf 15 Prozent würde den Gemeinden sicher sehr wesentlich zugute kommen und letztendlich der ganzen Bevölkerung. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist das berühmte Florianiprinzip. Sie wollen eine Erhöhung, was Sie betrifft. Sie machen es sich sehr einfach. Sie sehen nur Ihr eigenes Problem!“)

Das sicherlich nicht, Kollege Schützenhöfer. Aber gerade hier weiß man, daß es möglich wäre. Und es ist auch schon eine halbe Zusage gemacht worden. Aber gerade das Trinkwasser, Herr Kollege, ist eine der wichtigsten Angelegenheiten, die wir zu vertreten haben. Ich glaube, dafür sollte uns kein Mittel zu gering sein. (Abg. Schützenhöfer: „Das hat mit dem Trinkwasser nichts zu tun!“) Es ist wirklich sehr bedauerlich, meine lieben Kollegen von der ÖVP, daß dieser Antrag nach wie vor noch nicht behandelt worden ist. Man kann nicht nur von Umweltschutz sprechen, sondern man muß auch dementsprechende Taten setzen, das heißt, die notwendigen Mittel den Baurägern zur Verfügung stellen.

Der vierte Punkt, den ich noch ansprechen möchte und der zur Zeit gänzlich ungelöst ist, ist die Entsorgung des Klärschlammes, meine geschätzten Damen und Herren. Es ist nicht damit abgetan, funktionierende Kläranlagen zu besitzen, wo das Abwasser zu 95 Prozent und mehr gereinigt wird. Das Problem ist die Beseitigung des Klärschlammes, der nach wie vor Schwermetalle und andere Schadstoffe aufweist und letztlich über die Deponien und vor allem wieder über die Ausbringung durch die Landwirtschaft in das Grundwasser eindringt und damit das Grundwasser dementsprechend verschmutzt. Ich möchte daher sehr ernstlich die Frage an Sie richten, sehr verehrter Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Was gedenken Sie wirklich zu tun, um auch dieses Problem zu lösen? Auch hier müßten sehr rasch Lösungen gefunden werden. (Abg. Buchberger: „In Mühlen werden wir eine Deponie errichten!“) Denn eines hat sich gezeigt, daß mit der Klärschlammbeigabe bei den Kompostieranlagen sicherlich nicht das Auslangen gefunden werden kann. Es müssen andere Lösungen gefunden werden. Allzuviel Zeit haben wir sicherlich in dieser Richtung nicht mehr. (Abg. Pörtl: „Was machst du mit dem Müll deiner Gemeinde?“) Ich liefere den Müll dorthin, wo drei andere ÖVP-Gemeinden des Bezirkes auch hinliefern, und zwar sehr günstig, lieber Kollege. (Abg. Pörtl: „Warum?“) Und warum, lieber Kollege? Weil wir eine derart günstige Lösung dort haben, die man der Bevölkerung wirklich zumuten kann. (Abg. Pörtl: „Jetzt haben wir dich erwischt!“) Als letztes und zusammenfassend möchte ich aber sagen und ein Lob aussprechen. Gigantische Mittel sind eben gerade vom Wasserwirtschaftsfonds und auch vom Land Steiermark und von den Gemeinden für die Wasserversorgung aufgebracht worden. (Abg. Pinegger: „Zuckerbrot und Peitsche!“)

Man kann aber auch sagen, daß die heutige Abwassertechnik in der Lage ist, einen großen Teil der

Gewässerprobleme zu lösen und damit auch durch die Existenz der Menschen entstehende Umweltbelastungen auf ein erträgliches Maß zu verringern. Es gibt aber eine Reihe von Schadstoffen, die mit den bestehenden Kläranlagen nicht aus den Abwässern entfernt werden können. Die Zukunft des Gewässerschutzes kann aber nicht darin liegen, durch immer weiter entwickelte, modernere und kompliziertere zusätzliche Reinigungsstufen die Leistungen der Kläranlagen an eine immer größer werdende Zahl von Schadstoffen anzupassen. Die Zukunft kann nur darin liegen, daß solche Stoffe, die von heutigen Kläranlagen nicht unschädlich gemacht werden können, gar nicht mehr oder nur in ganz geringem Maße erzeugt und verwendet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wasser ist das höchste Gut, das wir haben. (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Luft nicht vergessen!“) Es ist nicht in unbegrenztem Maß vorhanden. Darum schonen wir auch die Luft, schonen wir diese Güter, meine Damen und Herren!

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader, dem ich es erteile.

**Abg. Mag. Rader:** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wir haben ein so wunderschönes neues Pult, wo einem selbst beim Rednerpult noch ein Licht aufgehen kann, das soll man gelegentlich benutzen. Es ist da ein Zweifel früher aufgetaucht, was mit dem Referatswechsel gemeint war, den der Kollege Ofner genannt hat. Ich nehme an, er nimmt an, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler in die Bundesregierung überwechselt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Bitte klären Sie uns auf!“) Aber es kann schon sein, Herr Kollege Dr. Hirschmann, daß das nunmehr nicht mehr geplant ist. Möglicherweise haben Sie die morgige „Kleine Zeitung“ gelesen, in der drinnen steht, daß die ÖVP auf nunmehr 22 Prozent abgesackt ist, weil die anderen Parteien ihre Stimmenanteile gehalten haben. Vielleicht haben Sie ein Gewissen, sagen, wir haben zu viele Mandate, wählen wir neu nach dem neuen Stand, und reden wir dann über die Regierung. Vielleicht ist das eine Möglichkeit. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist eine Hoffnung!“) Der Herr Landesrat sagt, da ist eine Hoffnung, die ich in mir trage. Sehen Sie, das ist das Schicksal, das wir teilen. Wir sind unter unserem in der Zwischenzeit gegebenen Stimmenanteil im Landtag, und ihr über euren Stimmenanteil im Nationalrat. (Abg. Schützenhöfer: „Bei dem Überhang, den Sie auf die zwei Mandate haben, kann man nicht von Überschluß reden!“) Ihr habt das Positive und wir das Negative. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn ich denke, wie Sie in den Landtag gekommen sind. Da wäre ich auch zufrieden!“) Wir sind nach der in der Zwischenzeit erfolgten Wählerbewegung weit unter unserem Wert vertreten, weil ich ein zufriedener Mensch bin. (Abg. Dr. Hirschmann: „Bemerkenswert!“) Meine Beiträge sind immer bemerkenswert, Herr Dr. Hirschmann, das ist so. Sie werden wahrscheinlich die Verhandlungen jetzt weiterführen, aber ich nehme meinen Ausdruck zurück, den ich in diesem Haus verwendet habe, mit dem Ausdruck des Bedauerns. Es wird keine Elefantenhochzeit geben, weil es nur mehr einen Elefanten gibt, der zweite ist in der Zwischenzeit ein Elefanten

geworden nach dem Stimmenanteil. Wenn es stimmt. (Abg. Schützenhöfer: „Da waren Sie schon stärker!“) Ich war sicher stärker.

So, jetzt gehen wir zur Ernsthaftigkeit über. Ich nehme an, der Referatswechsel wird stattfinden, und ich teile die Meinung des Kollegen Ofner. Ich hoffe, daß damit nichts verzögert wird. (Abg. Schützenhöfer: „Die Stärke der FPÖ war niemals so klein wie diesmal. Ihr seid nicht einmal ein Mäuserl!“) Du weißt, was Mäuserln bewegen können.

Ich darf beginnen damit, weil ich auch ein höflicher Mensch bin, daß ich feststelle, daß mich wie jedes Jahr die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller zu diesem Budgetpunkt sehr beeindruckt haben, vor allem das, was er zur Frage Atom gesagt hat, zur Unverantwortlichkeit, Atomkraftwerke in Gang zu setzen. Ich bin froh, daß die Situation in Österreich jetzt so ist, wie sie beschlußmäßig im Augenblick ausschaut. Ich darf nur auch dazu sagen, weil ich die Entwicklung gekannt habe und weil ich die politischen Meinungen gekannt habe, die vor kurzem noch wirklich geherrscht haben, weil ich die Meinung der Gewerkschaftsfraktion gekannt habe, der Sozialistischen Partei, und weil ich auch weiß, daß an sich in dieser Phase die ÖVP deshalb gegen Zwentendorf war, weil sie nicht in der Regierung war, und nicht, weil sie überzeugt war. Ich hoffe wirklich, daß dieser Schock, der nach Tschernobyl eingesetzt hat und dazu geführt hat, daß alle Parteien in dieser Phase der Atomkraft abgeschworen haben, anhalten wird und daß es nicht dazu kommt, daß es im Zuge der großen Koalition der eine oder andere Noch-Atombefürworter, der im Augenblick nur der Noelle-Neumannschen Schweigespirale unterworfen ist und sich daher nicht rührt, doch wieder kommt und daß es schließlich in dieser Konstellation doch wieder zu einer fröhlichen Auferstehung von Zwentendorf kommt. Es macht mich stutzig, daß es uns allen nicht gelungen ist, auch dem zuständigen Minister nicht gelungen ist, die Dinge so weit zu treiben, daß Zwentendorf wirklich abgewrackt worden wäre, sondern mit jenen Konservierungsbeschlüssen und Ausschreibungen man noch immer hinausgeschoben hat, daß an sich eine Öffnung von Zwentendorf leider noch immer möglich wäre. Ich bin nach wie vor davon überzeugt. (Abg. Dr. Lopatka: „Dr. Steger hat es nicht geschafft!“) Ja, ich sage, er hat es nicht geschafft, das Abwracken sicherzustellen, und das macht mir Sorgen, weil eine Wiedereröffnung quasi wieder möglich ist. Ich bin aber nach wie vor der Meinung, und ich bin auch überzeugt, daß Sie das sind. Wir wissen in der Zwischenzeit, daß eine gefahrlose Endentsorgung von Atommüll nicht möglich ist, daß es nicht mehr verantwortbar ist, auch nur ein einziges Atomkraftwerk in Gang zu setzen, selbst wenn es fix und fertig da steht. Ich hoffe, daß diese Meinung sich in Österreich halten wird und daß es wirklich nicht dazu kommen wird.

Meine Damen und Herren, ich unterstreiche fast alles, was gesagt wurde, und daher möchte ich nichts wiederholen von dem, was schon gesagt wurde. Ich möchte mich auf einen anderen Detailspekt im Umweltbereich konzentrieren, der auch schon behandelt wurde, den ich aber etwas tiefer behandeln möchte, wobei ich nur zum Kollegen Buchberger sagen möchte: Das Problem ist, daß wir natürlich auch im

eigenen Haus die Schwierigkeit zwischen Theorie und Praxis haben. Natürlich hast du recht, wir müssen vorantreiben, daß biologische Reinigungsmittel angekauft werden und keine anderen. Aber dieser Appell verhallt im Wind, wenn man weiß, daß selbst die Landesregierung nicht immer biologische Reinigungsmittel ankauft, sondern auch andere. Das sollte man auch versuchen, im eigenen Haus zuerst durchzusetzen, weil damit ganz einfach die Glaubwürdigkeit solcher Appelle steigt und weil man damit die Theorie ein bißchen wieder mit der Praxis oder umgekehrt die Praxis mit der Theorie in Einklang bringen kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich konzentrieren auf die Frage der Müllentsorgung, die in den letzten Jahren in diesem Haus wirklich sehr lebhaft Debatten hervorgerufen hat, auch beim letzten Mal, wo es darum gegangen ist, wer jetzt eigentlich verantwortlich ist dafür, daß es bestimmte regionale endgültige Müllentsorgungspläne mit Standort noch nicht gibt, ob jetzt – das war die eine Lesart – der Landeshauptmann hier versagt habe, weil er nach dem Gesetz den Auftrag habe, oder ob eigentlich die Gemeinden schuld waren – das war seine Replik –, weil diese sich auf keine Entsorgungsstandorte geeignet haben. Ich glaube in Wahrheit, daß mit der jetzigen Gesetzeslage das Problem unlösbar ist. Und das Ping-Pong-Spiel, das wir haben, wird in Wahrheit auch nie aufhören. Ich meine, und das sehe ich ein bißchen abweichend von dem, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler im Ausschuß in seinen Zielsetzungen dargestellt hat, daß ein Ausweg nur dann gefunden werden kann, wenn man alle Verantwortlichen, nämlich die Gemeinden und das Land Steiermark, zusammenbindet, und zwar unlösbar zusammenbindet in einem gesamtsteirischen Müllverbund, dem alle Gemeinden als Zwangsverbund angehören und dem das Land Steiermark angehört. Wir hätten dann ganz einfach keine Möglichkeit mehr, dieses Ping-Pong-Spiel weiterzuspielen, und damit dieser gesamte Müllverbund, bei dem alle zusammengeschweißt sind, dann auch wirklich die Möglichkeit hat, die Standorte festzulegen. Ich weiß, daß die Tendenz, die es derzeit gibt, eine andere ist, daß mehr regionalisiert werden soll und die Verantwortung wieder hinaus in die Regionen gespielt werden wird und daß es dann dieses Ping-Pong-Spiel weiter geben wird. Wir werden daher, und es hat eine Initiative diesbezüglich aus dem Bezirk Graz-Umgebung gegeben, und ich habe das bei der Wahl der Landesregierung bereits angekündigt, in diese Richtung ein Volksbegehren einleiten, um es allen zu ermöglichen, hier diese Richtung zu unterstützen, weil ich wirklich der festen Überzeugung bin, daß das die einzige Möglichkeit ist, wenn ein gesamtsteirischer Müllverbund wirklich die Verantwortung übernimmt für die Müllentsorgung, unabhängig davon, ob er sich für den Transport oder für den Betrieb verschiedener Entsorgungsanlagen privater Firmen bedient, was ich für möglich halte. Ich glaube nur, daß eine Verantwortung für die schließlich auftauchenden Schwierigkeiten einer Deponie, und das sage ich als lupenreiner Vertreter der Marktwirtschaft, ein Privatbetreiber nicht übernehmen kann und nicht übernehmen wird. Und daher hat die Privatwirtschaft ihre Grenze dort – meiner Meinung nach –, wo es darum geht, die Verantwortung für allfällige Spätfolgen zu übernehmen, und daher meine ich, sollte ein wirklich

gesamtsteirischer Müllverband diese Problematik übernehmen.

Meine Damen und Herren! Müllentsorgungen, vor allem, wenn sie den sogenannten „Mülltourismus“ beinhalten, sind immer Möglichkeiten und Anläßfälle von großen Diskussionen. Der Herr Schöffel kreuzt die Hände in der Befürchtung, er wird getroffen. Es hat jetzt einen solchen Anlaßfall gegeben. Ich habe mir heute vormittag herausschreiben lassen all die Meldungen, die es in diesem Zusammenhang gegeben hat. Sie sind drei Seiten lang. Es ist die Sammlung dieser Überschriften. Begonnen hat es damit, daß ein ausländisches Nachrichtenmagazin, nämlich „Der Spiegel“, uns erst darauf aufmerksam gemacht hat, daß es unter Umständen eine Endlagerung von Stäuben gibt, von denen vermutet wurde, daß sie dioxinhaltig sein könnten. Ich sage das bewußt in dieser Vorsicht. Diese Berichte sind dann weitergegangen; zuerst in der Steiermark in den heimischen Zeitungen, dann hat es einen Beschluß des Tiroler Landtages gegeben, sich einem derartigen Vorhaben zur Wehr zu setzen. In der Steiermark hat es nur immer ein Rätselraten gegeben, wohin diese Stäube eventuell kommen könnten. Dann hat – ungefähr so am dritten Tag der Berichterstattung – die Tiroler Landesregierung ihre Genehmigung für Einfuhr und Zwischenlagerung von Filterstäuben mit einem Gutachten gerechtfertigt, das die Unbedenklichkeit bescheinigt hätte. In der Zwischenzeit hat sich dann schön langsam herausgestellt, daß die Endlagerung nach dieser Tiroler Zwischenlagerung in der Steiermark stattfinden könnte. Es hat sich herauskristallisiert, wo das sein könnte. Dann allerdings über Intervention seitens der Steiermark hat die Tiroler Landesregierung ihre Genehmigung wieder zurückgenommen.

Die Diskussion hat sich dann allerdings auf die Steirische Landesregierung konzentriert, weil ein Gutachten aufgetaucht ist, das – wie ich einer Zeitungsmeldung entnehme – ein verantwortlicher Beamter des Landes Steiermark, nämlich der Leiter des Referates des Ölarlarmdienstes und sonstiger chemisch-technologischer Angelegenheiten der Fachabteilung III c, angeblich als Privatmann gemacht hat, das hier die Unbedenklichkeit bestätigt hätte. Ich lese aus den Zeitungen, es wurde eine Untersuchungskommission seitens des Landes eingesetzt, die herausbekommen hat, daß es sich hier um eine Überschreitung der Kompetenzen gehandelt habe. In diesen Tagen, meine Damen und Herren, haben mich eine Reihe von Anrufen und auch Briefen erreicht, die mich daran erinnern und darauf hingewiesen haben – es wird Ihnen auch so gegangen sein, wenn Sie in diesen kritischen Gegenden, wo über Mülldeponien geredet wurde, auch in Graz-Umgebung, gewesen sind –, daß man schon seinerzeit immer wieder davon gesprochen hat, daß dieser verantwortliche Beamte unter Umständen – ich sage, ich identifiziere mich damit keinesfalls – mit einer Entsorgungsfirma in Verbindung stünde, entweder selbst oder über seine Familie, und damit möglicherweise seine Unbefangenheit in Frage gestellt sei. Das wird Ihnen genauso erzählt worden sein, wie vielen anderen, und diese Anrufe sind wieder gekommen. Ich habe mir lange überlegt, ob ich in dieser Frage hier ersuchen soll, Klarstellung zu treffen auch im Interesse aller, auch im Interesse des Betroffenen.



Die Gerüchte, die Sie möglicherweise auch kennen, lauten, daß entweder der betreffende Beamte oder Angehörige seiner Familie entweder mit der Firma AGS, Allgemeiner Gewässerschutz und Altöldienst Ges. m. b. H., oder mit einer anderen ähnlichen Firma, die als Sammler und Aufarbeiter gemäß Paragraph 3 Ziffer 3 litera a Altölgesetz, oder in der Liste der Sonderabfallsammler und -beseitiger ebenfalls nach Paragraph 3 Absatz 3 und 4 Sonderabfallgesetz aufscheinenden Firmen in irgendeiner Art und Weise beteiligt ist. Ich glaube, daß man diese Frage untersuchen soll und in aller Öffentlichkeit auch klarstellen soll, ob es so ist oder daß es nicht so ist. Ich würde wirklich bitten, daß die betroffenen Referenten der Landesregierung hier Aufklärung geben. Und weil ich gestern die Erfahrung gemacht habe, weil ich in einem anderen Fall, nämlich in der Frage des Prof. Raimann, Aufklärung erbeten habe und diese Aufklärung nicht erfolgt ist, ich lese nur in der morgigen „Kleinen Zeitung“ diese Antwort, die ich da nicht bekommen habe, darf ich bitte diese Frage diesem Haus stellen und mit einem stärkeren geschäftsordnungsmäßigen Mittel untermauern. Ich werde daher im Anschluß meiner Rede dem Herrn Präsidenten eine von vier Abgeordneten des Hauses unterzeichnete schriftliche Anfrage an den Vorsitzenden der Landesregierung, Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, an den zuständigen Landesrat für das Personalwesen, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Haisba, und an den zuständigen Referenten für den Umweltschutz, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, überreichen mit der Bitte um Beantwortung folgender Fragen:

Erstens: Sind Ihnen diese Gerüchte bekannt?

Zweitens: Ist Ihnen in dieser Frage eine offizielle Information zugekommen?

Drittens: Ob Sie im Falle des Zutreffens dieses Faktums der Auffassung sind, daß eine Beeinflussung der Objektivität in der Dienstverrichtung des betreffenden Beamten vorliegt?

Viertens: Welche Konsequenzen hat die durch die Untersuchungskommission der Landesregierung festgestellte und der Öffentlichkeit gegenüber erklärte Überschreitung der Kompetenzen des Obgenannten im Zusammenhang mit der Unbedenklichkeitsbescheinigung der geplanten Ablagerungen von Filterstäuben aus Hessen?

Ich glaube, daß es auch dem Umweltschutz gedient wäre, wenn diese Fragen in aller Offenheit erklärt und geklärt würden. (Beifall bei der FPÖ und VGÖ-AL.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alois Harmtodt, dem ich es erteile.

**Abg. Harmtodt:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte heute nur ganz kurz zum Müllproblem Stellung nehmen. Müll und Abwässer machen uns Gemeinden sehr große Sorgen. Es gibt aber auf regionaler und Länderebene sehr gute Fortschritte. Eine Gemeinde allein wird diese Aufgaben nicht lösen können. Es ist daher notwendig, daß Bund, Land und die Gemeinden bestens zusammenarbeiten. Hauptaufgabe muß es sein, Müll einzuschränken, Müll zu trennen, Müll zu verwerten und auch entsprechende Mülldeponien zu finden. Ich möchte einige Beispiele

nennen. Ich verweise auch auf die Planungsgemeinschaft „Österreich Mitte“. In Verbindung mit unserem Land sind in Aich im Ennstal, Allerheiligen im Mürztal, in Frojach-Katsch und in Liezen vier Müllkompostieranlagen entstanden. Diese Anlagen sollen verbessert werden und hochwertiger Kompost mit Gütezertifikat erzielt werden. Die Planungsgemeinschaft „Österreich Mitte“, bestehend aus den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Salzburg, hat vor, die Entsorgungsmöglichkeit von Klärschlamm und Problemstoffen zu schaffen. Zur Zeit wird eine Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz ausgearbeitet. Kernpunkt dieser Novelle ist die Verstärkung des Prinzips der regionalen Abfallbeseitigung. Für bestimmte Einzugsgebiete sollen bestimmte Deponiestandorte festgelegt werden. Daß Schwierigkeiten da sind in Halbenain, das wissen Sie, und deshalb wollen wir hier sehr vorsichtig sein. Es gibt in ganz Steiermark noch sehr viele positive Entwicklungen. In Feldbach haben wir eine Bezirksmüllentsorgungsgemeinschaft gegründet, und innerhalb von einem Jahr haben wir von den 55 Gemeinden 95 Prozent auf Anrieb entsorgt. Ich muß sagen, das ist wirklich eine sehr große Meisterleistung. Die Abfuhr wird gemeinsam privat durchgeführt, und auch diese private Abfuhr hat sich bestens bewährt. Sie ist auch verhältnismäßig billig. Das alles, meine Damen und Herren, geht nur in Verbindung mit einer Gemeinschaft. Mir wurde sehr oft der Vorwurf gemacht, wir hätten zu viele Wohnungen gebaut, wir hätten Firmen angesiedelt und damit die Umwelt belastet. Ich wurde sogar als Fischtöter hingestellt. Und heute können wir Gott sei Dank sagen, daß wir mit viel Einsatz alles erreicht haben. Wir haben schöne Wohnungen, viele Arbeitsplätze geschaffen, und auch die Umwelt ist bei uns wieder in Ordnung. In Verbindung mit unserem Abwasserverband „mittleres Raabtal“, auch hier bin ich Obmann, haben wir unsere Abwässer wieder in Ordnung gebracht. Wir haben vollbiologische Kläranlagen errichtet, und diese Einrichtungen haben sich sehr, sehr gut bewährt. Wir hatten vom Raabgipfel das Ziel vorgegeben bekommen, daß wir im Jahr 1990 bei der Raab die Güteklasse 2 erreichen müssen, und heute kann ich mit Freude kundgeben, daß wir auf Grund unseres Einsatzes mit Unterstützung der Steiermärkischen Landesregierung dieses Vorhaben – die Güteklasse 2 – schon im Jahr 1988 erreichen werden. Ich möchte heute daher die Gelegenheit wahrnehmen, unserem geschätzten Landeshauptmann sehr herzlich dafür zu danken, und auch unserem Umweltreferenten Dipl.-Ing. Riegler möchte ich ebenfalls Dank und Anerkennung für diese Unterstützung aussprechen. Meine Damen und Herren, wenn die Grünen oft darauf hinweisen, daß sie in Verbindung mit der Umwelt etwas tun, dann muß ich sagen, Worte allein helfen nichts. Wir müssen Taten setzen. Danke fürs Zuhören. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Korber. Ich stelle fest, Herr Dr. Korber ist nicht hier. Als nächsten Redner rufe ich den Herrn Abgeordneten Gennaro auf, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Gennaro:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf vielleicht zum Umweltschutz aus der Sicht vieler Tausender Dienstnehmer sprechen, die grund-

sätzlich sicherlich auch dafür sind, daß wir Sorge dafür zu tragen haben, daß unsere Umwelt positiv beeinflusst wird. Ich glaube und möchte versuchen aufzuzeigen, daß mit extremen Haltungen oft eine Existenzangst bei den Betroffenen entsteht und dadurch der Umweltschutz in eine andere Richtung läuft.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir stehen am Beginn einer neuen Zeit, in der vieles, sehr vieles im Wandel begriffen ist, in der ein neues Bewußtsein bei den Menschen Platz greift. Konflikte zwischen den Anliegen des Umweltschutzes und ökonomischen Interessen gehören heute zum politischen Alltag. Schon seit Jahrzehnten beschäftigt man sich in allen Bereichen mit Umweltfragen. In letzter Zeit haben jedoch Wachstumskritik und Technikfeindlichkeit, verbunden mit einem absoluten Umweltschutz nahezu jede industrielle Investition in Frage gestellt. Beispiele gibt es genügend dafür. Wir können es auf die Dauer nicht hinnehmen, daß es in der Öffentlichkeit immer leichter wird, etwas zu verhindern, und immer schwieriger, etwas zu gestalten. Wir würden damit der Industriegesellschaft, die sicherlich notwendig ist, adieu sagen und die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen unseres Landes gefährden. Was wir im Augenblick erleben, ist eine Diskussion, die sehr stark geprägt ist von der Haltung, daß Umweltpolitik eigentlich nur eine Frage des guten Willens ist. Ich glaube, dem muß man doch einmal entgegengetreten und sagen, wie Umweltpolitik nicht gemacht werden kann. Sie kann nämlich nicht zum Nulltarif gemacht werden, so daß niemandem Belastungen auferlegt werden. Sie kann nicht dadurch gemacht werden, daß Zeitungsartikel, daß Resolutionen verfaßt oder Besetzungen von irgendwelchen Gebieten durchgeführt werden. Die Mittel für den Umweltschutz, die aufgebracht werden müssen, müssen auch erst verdient werden. Und man braucht hier gut ausgearbeitete Konzepte, nicht nur für die technische Durchführung, sondern auch für die Finanzierung all dieser Vorhaben. Es mag interessant und wichtig sein, daß Organisationen, deren Augenmerk auf die Erhaltung spezieller Tierarten oder spezieller Biotope gerichtet ist, sich um Umweltpolitik kümmern, aber eines muß man ganz deutlich sagen: Wir brauchen auch Betriebe aller Art; Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe. Wir brauchen eine florierende Wirtschaft. Wer eine Verhinderungspolitik nach den Rezepten radikaler Ökologen betreibt, gefährdet die Wirtschaft unseres Landes. Nur mit einem stark industriell-gewerblichen Sektor mit steigender Wertschöpfung können sich auch andere Bereiche und Dienstleistungen entwickeln. Wir brauchen auch billige Energie, um unsere Betriebe versorgen zu können. Wir brauchen aber ebenso Investitionen zur Verbesserung der Umwelt. Die Mittel hierfür können jedoch nur in einer wachsenden Wirtschaft ohne Wohlstandsverlust für die Arbeitnehmer bereitgestellt werden. Man kann nicht alles verhindern wollen. Arbeit zu schaffen und die Umwelt zu schützen ist sicherlich möglich. Wenn, und ich zitiere hier den Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Anton Benya, wenn wir bereit sind, die Zusammenhänge zu verstehen und für uns in erster Linie der Bruder Mensch zählt, auch der uns fremde, und erst in zweiter Linie der Bruder Baum vor dem eigenen Haus. Wir brauchen die Entscheidung der Politiker, die dafür gewählt wurden, und keine Hetzjagd der sogenannten Umweltschützer gegen die

Wirtschaft. Die Anliegen der Bevölkerung, meine Damen und Herren, daß alle Vorkehrungen getroffen und alle Forderungen erfüllt werden, um den bestmöglichen Schutz der Umwelt und der Gesundheit zu gewährleisten, sind berechtigt. Trotzdem darf es nicht sein, daß eine falsch verstandene Haltung gegenüber der Technik zu einem Verdammten und Verurteilen der wirtschaftlichen Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres Staates führen. Die Österreicher oder die Steirer wollen sicher nicht der Alpenzoo des modernen Europas sein, sondern ein wirtschaftlich und industriell gleichberechtigter Partner und trotzdem mit Stolz auf ihre schöne und gesunde Heimat blicken können. Eine Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sie ist einfach notwendig.

Und, meine Damen und Herren, welche extremen Auswirkungen oft unsachliche oder voreilige Handlungen im Umweltbereich haben können, zeigte die Stilllegung des Dampfkraftwerkes Zeltweg. Die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft Judenburg im Oktober 1985, das Dampfkraftwerk Zeltweg der Österreichischen Draukraftwerke mittels Bescheid stillzulegen, wurde sicher mit großer Bestürzung aufgenommen. Es geht nicht um die Verhinderung der zu erfüllenden Auflagen, sondern nur um die Möglichkeit, die erforderlichen Maßnahmen auch in einem realistischen Zeitraum treffen zu können, damit dieses Dampfkraftwerk in seinem Fortbestand nicht gefährdet wird. Immerhin sind in diesem Werk 150 Arbeitnehmer beschäftigt, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung eng mit ihrem Arbeitsplatz verbunden ist. Zur Zeit müssen viele Kolleginnen und Kollegen aus diesem Bereich bis nach Kärnten pendeln, weil es derzeit nicht möglich ist, in diesem Betrieb zu arbeiten. Überhaupt nicht geprüft wurden scheinbar die volkswirtschaftlichen Auswirkungen für die Region Judenburg und Knittelfeld, die bei dieser Schließung des Dampfkraftwerkes entstehen könnten. Gerade in dieser Region wissen wir alle, daß die Lage am Arbeitsmarkt sehr angespannt ist. Eine dauernde Schließung dieses Dampfkraftwerkes würde die Situation noch zusätzlich verschärfen. Nur, die Diktion der Bezirkshauptmannschaft Judenburg, die die Stilllegung des Werkes erläßt, ohne zu berücksichtigen, daß die dadurch entstehenden negativen Folgewirkungen für die Menschen dieser Region noch katastrophaler werden, müssen wir zurückweisen, vor allem dann, wenn sich der Spruch des Bescheides im wesentlichen nur auf das Gutachten des Landeshygienikers Prof. Dr. Möse stützt. Eindeutig konnte Prof. Dr. Möse auch nicht belegen, daß die Umweltbeeinflussung durch die ÖDK und die von ihm zitierten aufgetretenen Erkrankungen tatsächlich im Zusammenhang stehen. Seine Feststellungen begründeten sich nur auf seine eigenen subjektiven Wahrnehmungen und auf die Befragung von Ärzten und Kindern in den Volksschulklassen. Wirklich statistische und objektiv beweisbare Argumente konnte auch Prof. Dr. Möse nicht beibringen. Dazu kommt noch, daß seine Ausführungen von Univ.-Prof. Dr. Kofler von der Universität Innsbruck vollkommen widerlegt wurden. In keiner Weise, so Kofler, sei eine deutliche Zunahme von Gesundheitsschäden auf die SO<sub>2</sub>-Emission zurückzuführen.

Eindeutig – ich zitiere hier die Worte des Dr. Kofler – wird festgestellt, daß seit 1982 eine deutliche

Verringerung der SO<sub>2</sub>-Emissionen gegeben ist. Überhaupt sind die Emissionswerte des Winters 1984/85 die niedrigsten im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Auch die Mittelwerte im Sommer 1982 und 1983 waren höher als beispielsweise der Mittelwert des ausgesprochen kalten Jäners 1985. Diese Feststellung ist deshalb interessant, weil das Dampfkraftwerk fast nur in den Wintermonaten in Betrieb ist.

Es stellt sich hier sicherlich, meine Damen und Herren, niemand gegen berechnete Forderungen der Menschen, nur müssen wir alle den Mut aufbringen, ihnen zu sagen, daß entscheidende Maßnahmen nicht von heute auf morgen getätigt werden können, sondern zu ihrer Verwirklichung eben doch angemessene, vernünftige Fristen nötig sind. Der Aufsichtsrat sowie der Vorstand und alle im Unternehmen sind sicherlich bereit, die Auflagen zu erfüllen.

Ich fordere daher auf, daß nach Abschluß und Fertigstellung der neuen Gutachten, welche die Landesregierung neuerlich beantragt hat, ehest die Verhandlung im Rahmen des Verfahrens zweiter Instanz stattfindet, und erwarte, daß Sie, Herr Landeshauptmann, als Behörde zweiter Instanz unverzüglich danach einen Bescheid erlassen. 13 Monate steht dieses Werk, und seit März dieses Jahres ist auch der Probebetrieb beendet.

In einem Schreiben des Herrn Prof. Dr. Möse steht, daß nach seinen Auffassungen – und er hat ja das erste Gutachten erstellt – er keine Veranlassung, man kann es hier nachlesen, sieht, daß dieses Werk nicht in Betrieb gehen kann, daß alles unternommen wurde, und wenn das Werk jetzt in der Form weiterläuft, die Emissionen nicht gesundheitsgefährdend sind.

Obwohl die Landesregierung verpflichtet wäre, diese Sachverständigengutachten zu bezahlen, meine Damen und Herren, hat sich die ÖDK sofort bereitklärt, damit die Angelegenheit schneller erledigt werden kann, die nicht geringen Kosten dafür zu übernehmen und hat damit das Budget des Landes entlastet.

Die ÖDK sowie die Belegschaft vertrauen darauf, daß Ihre Zusagen, Herr Landeshauptmann, bezüglich des Terminablaufes Gültigkeit haben. Jede andere Erledigung würde 150 Arbeitsplätze in Frage stellen und das Vertrauen der politischen Entscheidungskraft schwächen. Danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber, dem ich es erteile.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte entschuldigen, daß ich erst jetzt da bin und die erste Wortmeldung verpaßt habe. Aber der Herr Minister Kreuzer war gestern in Wundschuh, und die Menschen sind dort besorgt. Sie sind besorgt, ob diese Gemeinde zum Sondermüllkübel Europas beziehungsweise in erster Instanz Österreichs wird. Man kann richtig sagen, die Telefone laufen grün an. Und dieser Minister scheint den Steirern noch ein schönes Abschiedsgeschenk zu machen.

Nun zu meinem Referat: „Macht euch die Erde untertan!“ Wohl kein anderes Bibelwort ist so mißbraucht worden wie dieses; als Alibi für blinden Fortschrittsglauben wie auch zur Beruhigung des Gewis-

sens. Ganz so, als stünde in der Bibel: „Beutet die Erde so lange aus, bis ihr sie zerstört habt!“ Menschliche Untertanen wehren sich gegen eine solche Politik mit Revolution. Die Natur wehrt sich leise. Unsere Lebensgrundlagen sterben ab. Waldsterben, Artenschwund, Bodenerosion, Wasserverschmutzung und Zivilisationskrankheiten, das sind die Stichworte, die uns allen den Anfang vom Ende vor Augen führen. Die Bäume wachsen nun einmal nicht in den Himmel. Die Naturgesetze setzen Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

Zur Luftsituation: Die Luftverschmutzung hat besonders in der Steiermark bedrohliche Auswirkungen. Der Wald stirbt. Atemwegserkrankung und Allergie nehmen zu. Der Ausstoß von Schadstoffen aus Industrie, Kraftwerken, Verkehr und Haushalten hält unvermindert an. Die Grünen wollen im steirischen Landtag ebenso vehement wie hartnäckig ein umfassendes Programm zur Schadstoffreduzierung fordern. Dazu gehört ein flächendeckender Emissionskataster für die ganze Steiermark, der sich nicht auf ausgesuchte Belastungsgebiete beschränkt. Die wesentlichen Belastungsgebiete sind die Regionen Köflach-Voitsdorf, Aichfeld-Murboden und der Raum um Graz. Ein dichtes Netz von Meßstationen muß alle in Frage kommenden Schadstoffe erfassen. Die Grenzwerte der Steirischen Smogverordnung müssen geändert werden. Die Beeinträchtigung der Gesundheit aller Menschen, auch der Kinder, muß zukünftig ebenso ausgeschlossen sein wie eine Schädigung der Umwelt.

Zum Boden: 30 Zentimeter Boden, das ist die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Wenn man in die Maismonokulturen schaut, sieht man an und für sich nicht mehr viel von Humus. Der Boden ist auf vielfältige Weise bedroht. Nicht nur durch die zunehmende Versiegelung im Zusammenhang mit dem Straßen- und Wohnungsbau. Auch die stark intensivierte Landwirtschaft beispielsweise fördert den Intensivanbau von Mais. Die Bodenerosion und die Vergiftung aus der Luft tragen dazu bei. Ein umfassendes steirisches Bodenschutzprogramm, wie es bereits im Konzeptzustand vorliegt, muß demnächst auch als Gesetz beschlossen werden.

Zum Wasser: Wasser ist eines der Grundelemente, ohne die Leben nicht möglich ist. Es ist auf der Erde nur begrenzt vorhanden und durch nichts zu ersetzen. Und dennoch wird es bei uns in einer Weise verschwendet und mit Chemikalien verschmutzt, als würden wir unerschöpfliche Reserven besitzen. Das ist jedoch nicht der Fall. Trinkwasser ist auch bei uns kostbar, und seine Qualität nimmt ständig ab. Ein sparsamer und schonender Umgang mit dem Trinkwasser ist deshalb dringend erforderlich. Die Grünen sehen hier einen Ansatz durch entsprechende Tarifgestaltung. Großverbraucher und, besser gesagt, Großverschwender von Trinkwasser dürfen nicht mit Rabatten belohnt werden. Was wir brauchen ist eine Trennung von Wasserversorgung in Trink- und Brauchwassersysteme, angefangen bei den Industriebetrieben. Geschlossene Brauchwasserkreisläufe bei gewässerunreinigenden Betrieben sind ein wichtiger Beitrag zur Reinhaltung des Wassers. Die Liste der Alternativen, die die Grünen vorschlagen, reicht bis zur Anlage von Regenwasserzisternen bei Neubaugebieten, durch die sich zusätzliches Trinkwasser gewinnen ließe. Die

Wasserversorgung aus kommunalen Brunnen muß Vorrang haben vor einer Fernwasserversorgung. Zusätzliche Projekte, wie zum Beispiel die Teigtisch, sind dann überflüssig. Die Grünen lehnen diese Projekte ab. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Möglichkeiten des verantwortlichen Umganges mit dem Wasser gehört die Einleitung ungeklärter Abwässer von Industriebetrieben ebenso verboten wie phosphathaltige Reinigungs- und Waschmittel. Was erreicht werden muß, ist der wirksame Schutz naturnaher Gewässer. Die Grünen setzen sich dafür ein, daß die Verfahren alternativer Wasserreinigung gefördert und weiterentwickelt werden. Die natürliche Selbstreinigungskraft der Gewässer muß erhalten bleiben. Ihre Funktion als natürlicher Lebensraum für Tiere und Pflanzen muß bewahrt und ausgebaut werden. Die Begradigung von Flüssen, die Verrohrung von Bächen wie auch die Trockenlegung der Moore sind nicht wiedergutzumachende Naturzerstörungen. Nach Jahren der Regulierungen und Abflußbeschleunigungen müssen nun Jahre des Rückhaltes folgen. Hier wird auch in der Steiermark durch den Maßnahmenkatalog in Richtung naturnahen Wasserbaus von der Theorie her bereits sehr gut gearbeitet. (Abg. Pörtl: „Aber bitte von der Praxis her auch!“)

Arten- und Biotopenschutz: Zahlreiche Pflanzen- und Tierarten wurden in den letzten Jahrzehnten in der Steiermark ausgerottet. Vom Aussterben bedroht sind heute ein Drittel der Pflanzenarten und fast die Hälfte der Wirbeltiere. Die roten Listen, in denen die vom Aussterben bedrohten Arten angeführt sind, werden immer länger. Die Grünen wollen angesichts dieser Situation ein ganzes Bündel von Maßnahmen in den steirischen Landtag einbringen. Es soll ein umfassendes Arten- und Biotopenschutzprogramm erstellt und verwirklicht werden. Es sollen in verstärktem Umfang neue Naturschutzgebiete ausgewiesen werden.

Ihre Vernetzung mit den bisherigen Naturschutzgebieten, deren Erhaltung sichergestellt werden muß, wird angestrebt. Die Naturschutzbehörden müssen personell verstärkt und ihre Kompetenzen ausgeweitet werden. Es muß erreicht werden, daß die bestehenden Verordnungen und Gesetze des Steirischen Naturschutzgesetzes auch konsequent vollzogen werden. Darüber hinaus setzen sich die Grünen für die Einführung des Verbandsklagerechtes ein. Naturschutzverbände müssen das Recht erhalten, gegen naturzerstörende Projekte gerichtlich vorzugehen. Eine Abteilung für Umweltschutz wäre einzurichten.

Zur Fischerei wäre zu sagen: Die steirische Landschaft ist in den letzten Jahrzehnten sehr viel ärmer geworden. Verschwunden sind vor allem Feuchtgebiete. Naturnahe Fischteiche können Feuchtgebieten bewohnern wertvolle Ausgleichsflächen bieten. Voraussetzung dafür ist eine extensive Bewirtschaftung, die Duldung von Pflanzen und Tieren, die dem Teichbesitzer keinen ökonomischen Vorteil bringen. Um dies zu erreichen, setzen sich die Grünen für eine finanzielle Förderung von Naturschutzmaßnahmen an Fischteichen ein. Wer seinen Fischteich extensiv bewirtschaftet, soll dafür vom Land einen finanziellen Ausgleich erhalten. Darüber hinaus wollen die Grünen, daß während der Brutzeit das Sportfischen generell untersagt ist.

Zum Waldsterben der Waldwirtschaft wäre generell zu erwähnen: Das Absterben unserer Wälder ist ein letztes ernstzunehmendes Signal dafür, daß die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen weit fortgeschritten ist. Durch den Niedergang des Waldes sind nicht nur Hunderttausende Arbeitsplätze in akute Gefahr geraten, gefährdet ist auch unser einziger erneuerbarer Rohstoff und eine wunderbar vernetzte Lebensgemeinschaft von Tausenden Pflanzen und Tieren. Der Wald bietet uns Menschen einen unverzichtbaren Lebens- und Erholungsraum. Wir Menschen sind Teil der Natur, und mit den Wäldern verlieren wir auch einen Teil von uns selbst: die lebendige Stille der Natur, die uns innerlich reich macht. Das Sterben unserer Wälder verläuft im rasanten Tempo. Von den Waldflächen der Steiermark waren 1985 50 Prozent geschädigt. Das heißt, jeder zweite Baum ist krank. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller erwähnte es auch, es hat ein dramatisches Waldsterben eingesetzt. Die Ursachen für die Zerstörung unserer Wälder: Schadstoffe, die bei der Verbrennung ausgestoßen werden, insbesondere Schwefeldioxyd. Stickoxyde gelten als Hauptverursacher. Darüber hinaus sind die giftigen Folgeprodukte der Stickoxyde, vor allem das Ozon, für Pflanzen höchst gefährlich. Hinzu kommt die Wirkung der über 3000 chemischen Stoffe und Schwermetalle, die auch in unserer Atemluft enthalten sind. Auch die Emissionen von Atomkraftwerken tragen zum Niedergang unserer Wälder bei. Die Schadstoffe wirken sowohl direkt auf die Nadeln, die Rinde und die Blätter der Bäume, als auch über komplexe Wechsel, die sich im Boden abspielen. Extreme klimatische Ereignisse haben auch sekundäre Bedeutung. Das ist natürlich je nach Standort unterschiedlich. Es müssen daher, und es ist auch auf dem Gebiet schon manches geschehen, weiterhin steirische Resolutionen gegen grenznahe Kraftwerke gestellt werden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist eine Vorlesung!“) Ich habe schon gehört, daß das eine Vorlesung ist. Ich werde Ihnen dann auch noch etwas frei erzählen.

Die Auswirkungen des Waldsterbens auf unsere Gesellschaft: Die Wälder haben in vielfacher Hinsicht Schutzfunktion. Sie verhindern den Bodenabtrag durch Wind und Wasser. Sie reinigen die Luft, sie speichern und filtern das Wasser. Sie verbessern das Kleinklima und sind Heimat vieler seltener Tiere und Pflanzen. Und abgesehen davon bieten sie uns gestreuten Menschen wohlthuende Erholung. Die finanziellen Verluste der Forstbetriebe in der Bundesrepublik durch Mehraufwendungen und Mindererträge belaufen sich derzeit so wie in Österreich auf Milliarden Schilling. Für viele klein- und mittelbäuerliche Betriebe ist der eigene Wald die Sparkasse. Wenn immer sie investieren müssen, tun sie dies über den Verkauf von Holz. Sinken die Holzpreise weiter, werden bäuerliche Betriebe ihre Existenz verlieren. Wo der Wald stirbt, da wird sich dies auch auf den Fremdenverkehr auswirken. Allein die Schäden an kulturhistorisch wertvollen Bauwerken, die der saure Regen verursacht, gehen in die Milliarden. Und selbstverständlich schädigen die Schadstoffe die Menschen auch direkt. Asthma, Allergien, Atemwegserkrankungen, Pseudokrapp werden durch Schwefeldioxyd und andere Luftschadstoffe verursacht und begünstigt. Wir fordern Maßnahmen gegen Luftbelastung und Waldsterben. Es ist schon zuviel wertvolle Zeit vertan

worden für untaugliche Rettungsversuche und eine Unzahl von Forschungsprogrammen. Wenn es ernst ist mit der Rettung der Wälder, der muß bei den Ursachen des Waldsterbens, nämlich der Luftverschmutzung, ansetzen.

Wir fordern seit langem folgende Sofortmaßnahmen: Die Verschärfung des Bundesemissionsschutzgesetzes und technische Anleitungen für Luftreinhaltung. Ein Verkaufsverbot von verbleitem Normalbenzin, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 80 auf Landstraßen und Tempo 100 auf Autobahnen. Die Stilllegung von Altkraftwerksanlagen, weil diese im Verhältnis zur Leistung einen unverhältnismäßig hohen Schadstoffausweis haben. Die Umstellung der Kraftwerksfeuerung auf Erdgas, solange keine Rauchgasreinigung eingebaut ist. Die Entschwefelung, die Verladung von Transit-Lkws auf die Schiene. Harte und unnachgiebige Verhandlungen mit unseren Nachbarländern und Luftverschmutzern. Die Einführung von Rußfiltern für alle Dieselfahrzeuge. Die Forcierung öffentlicher Verkehrsmittel und Elektrofahrzeuge. Der Teufelskreis, der derzeit herrscht, muß durchbrochen werden. Die Zeit ist viel zu knapp für eine Politik, die nur repariert. Ebenso entschlossen und zielstrebig muß deshalb gegen die Ursachen der Waldzerstörung vorgegangen werden. Ohne saubere Luft gibt es keinen gesunden Wald, keine gesunden Menschen, Tiere und Pflanzen.

Und nun möchte ich zum Vortrag des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller ein paar Worte sagen. Mir hat dieser Vortrag, und auch der von der Frau Präsidentin Zdarsky, sehr gut gefallen. Sie sprechen von der Verdrängung manch unangenehmer Wahrheiten. Ich glaube, das ist nämlich wirklich der Kern, wo sie hineinstoßen. Wir machen eine Verdrängungspolitik und nicht eine langfristige Sanierungspolitik. Sie erwähnen berechtigt das Mißtrauen gegen die Wissenschaftler. Dieses Mißtrauen ist vollkommen richtig, denn wenn man jahrelang die Ursache am Waldsterben sucht und nicht kapiert, daß die Mikroorganismen im Boden vernichtet werden, daß hier Schwermetallionen aus dem Boden ausgewaschen werden und die Mikroorganismen zerstören und ohne Mikroorganismen kein Leben möglich ist, da muß man wirklich sagen, man zweifelt an diesen Spezialisten, die sich als Wissenschaftler bezeichnen. Sie sprechen von der Spitze der Eisberge. Es sind fürwahr spitze Eisberge, und diese Eisberge, die hier herumtreiben, müssen geortet und gesichtet werden. Ich spreche hier vor allem von den ganzen Altlasten. Wir haben südlich von Graz bis Leibnitz etwa 50 alte Deponien im Schotterbereich. Allein die Sanierung dieser Deponien, und da hat mir sehr gut gefallen, was die Frau Präsidentin Zdarsky gesagt hat, diese Untersuchungen in der BRD kosten Milliarden. Und darum verstehen wir nicht, daß der Umweltschutzfonds mit dem Argument, es sind bereits 67 Millionen oben, heuer nicht wieder dotiert worden ist. Denn allein die Sanierung der Mülldeponie im Grundwassergebiet südlich von Graz, sprich Köglberg, und da gibt es aber 50 andere, kostet 70 Millionen Schilling. Und das Grundwasser zieht nach Leibnitz. Wir reden heute davon, wie der Herr Abgeordnete Kollmann, daß unsere Wünsche unfinanzierbar sind. Wenn wir diese Dinge nicht bald in den Griff bekommen und sanieren, dann wird uns das noch

wesentlich mehr kosten. Denn diese Müllkippen verseuchen mit chlorierten Kohlenwasserstoffen, mit Schwermetallen das Grundwasser. Irreparable, langfristige Schäden! Und darum eben hier ein generelles Sonderprogramm zur Sanierung dieser Altlasten. Sie sprechen, daß sehr viel Verlust an Boden und Biotopen bereits geschehen ist, daß der Erholungswert unserer steirischen Landschaft schwindet und damit auch der Fremdenkehrswert, denn wir leben gut und hoffentlich noch lange vom Erholungswert unserer Landschaft. Und es will keiner von uns auf irgendeiner Insel in der Karibik Urlaub machen, wenn im Erzgebirge und in den Luftkrisengebieten der Steiermark bereits der Wald und die Ökologie sterben. Ich erwähne auch, daß hier vom Straßenbau Maßnahmen gesetzt werden, das Ennstal ist ein Beispiel für uns. Man kann nicht auf Wasser, auf Moor eine Straße bauen. Das Sölktales: Die Verbetonierung des Sölktales, wo auch Landesmittel hier eine große Rolle spielen. Sie erwähnen, daß in der Steiermark schon sehr viel geschehen ist. Es ist sehr viel geschehen, aber es ist noch zu wenig, es ist noch viel zu wenig. Der Herr Umweltkoordinator bemüht sich wirklich Tag und Nacht redlich. Aber ein Mann schafft es eben nicht. Er kann nicht koordinieren, er kann nicht Chef einer Rechtsabteilung sein, die selbst Verantwortung trägt, und dann noch Politiker bei Bürgerinitiativebesprechungen vertreten. Das ist eine Leistung, die ich in aller Form einmal würdigen möchte, und trotzdem brauchen wir eine Abteilung für Naturschutz, die speziell auf diese Belange ausgerichtet ist.

Sie erwähnen den ganzen Komplex Wasser; die Sorge um die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum. Hier muß sicher eine neue Strategie stattfinden, und es sind auch hier, das kann ich ganz klar sagen, von der fachlichen Seite Tendenzen, weg von diesen Abwassersauriern zu dezentralen Entsorgungen zur Abrundung der Siedlungsgebiete, was auch auf die Raumordnung einen wesentlichen Einfluß hat, denn wir wollen ja nicht Kanaldörfer werden, wie im Burgenland die Straßendörfer. Wir wissen von der Kommunalpolitik, daß kein Politiker diesem dauernden Druck des Aufreißen von Freiland widerstehen kann, wenn unten im Graben der Kanaldeckel vorbeigeht, wo eigentlich ein naturnaher Bach sein soll. Die Müllbeseitigung ist sicher einer der wesentlichen Punkte. Keiner von uns, der hier im Raum ist, will, daß die Steiermark der Sondermüllkübel, der Giftkübel Europas wird. Wir waren einer der ersten, die auch grüne Minister, diesen Fischer, attackiert haben, eine Presseaussendung gemacht haben und auch gedroht und gefordert haben, daß er diese Entscheidung, diese kurzfristige Müllstationierung in Tirol und dann an ein steirisches Unternehmen, rückgängig macht. Sie sollen daraus erkennen, daß wir auch vor grünen Ministern, wenn sie solche Dinge machen, keine Achtung haben.

Vieles in der Steiermark ist nicht allein lösbar. Das ist sicher nur mit dem Bund lösbar, vor allem dieses ganze Sondermüllproblem. Aber wenn heute der Minister Kreuzer behauptet, Wundschuh wäre für ganz Österreich ein geeigneter Ort, dann muß man sagen, es besteht eine Studie von Seibersdorf, es gibt wesentlich günstigere Möglichkeiten in Österreich, um Sondermüll zu lagern. Sondermüll kann überhaupt nicht eingegraben werden. Es ist einfach notwendig, sich zu überlegen, wie kann das wieder einmal wiederver-

wertet und entgiftet werden. Und wenn ein Minister Kreuzer als scheidender Minister hier noch in die Bresche springt, dann finde ich das ganz, ganz traurig. Eines muß ich auch hier klar sagen. Mir scheint hier vor allem der Sachverständigendienst restlos überfordert zu sein. Denn wenn man behauptet, im Kaiserwald sind sechs Meter Lehm, und daher ist es absolut ungefährlich, dann muß ich als Techniker sagen, Lehm ist nicht dicht, sonst gäbe es in der ganzen Oststeiermark kein Trinkwasser. Die Oststeiermark besteht aus Lehm. Wenn man eine Deponie sechs Meter ausbeutet bis zum sandigen Material und von unten das Grundwasser aufsteigt, dann geht es für mich in die Fahrlässigkeit, hier zu sagen, das ist günstig, weil dort Lehm ist. Genau das ist das, warum ich jetzt mit Bürgerinitiativen gesprochen habe. Wir werden uns auch in der Richtung diese ganzen Bescheide, die unten ausgestellt wurden, überlegen müssen. Vor allem die Ableitung von hochgiftigen Deponiesickerwässern, die fallweise Ableitung in kleine Gerinne, in kleine Bächlein, die im Sommer fast austrocknen, ist für mich vom Sachverständigendienst her äußerst bedenklich. Man kann solche Sachen einfach nicht dulden, denn es ist hier eine Grundwassergefährdung, die praktisch bis Leibnitz reicht. In diesem Sinn habe ich versucht, auch frei zu sprechen, und möchte Sie alle ersuchen, den Umweltschutz – auch wenn ich es vorlese – bitte ernst zu nehmen. Danke. (Beifall bei der VGÖ-AL.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann, dem ich es erteile.

**Abg. Dr. Hirschmann:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Dr. Korber, ich bin sehr froh, daß Sie es noch geschafft haben im letzten Abdruck, denn die Frau Kollegin Kammlander hat mir vorher schon gesagt, ihr ist dieses Thema ein bißchen zu fad. Sie wird hier nicht dazu reden. Es wäre doch peinlich gewesen, wenn Sie zu Ihrem Paradethema hier gar nicht erschienen wären. Ich darf auf einige Ihrer anderen Ausführungen später noch zurückkommen. Ich möchte aber zuerst dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller ganz herzlich für seine von allen gelobten eingänglichen Ausführungen danken. Ich möchte ihm deswegen auch danken, weil er jener ist, der in diesem Haus und in diesem Land im letzten Jahrzehnt am meisten für den Gedanken des Umweltschutzes getan hat, zu einer Zeit, wo es bei Gott keine Lorbeeren und schon gar keine politischen Lorbeeren für diese Dinge zu ernten gegeben hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch auf einige Widersprüchlichkeiten zu sprechen kommen. Denn wir sind uns alle einig, selbst der neue Jugendsprecher der SPÖ, der Kollege Gennaro, der heute hier – das muß man schon sagen – im Sinne von Franz Ileschitz eine besondere „Betonierrolle“ eingenommen hat. Da ist der geschätzte Präsident Ileschitz dagegen ja wahrlich ein „Windradlindianer“, um in seiner Diktion zu sprechen. Aber ich respektiere das sehr, was Sie hier gesagt haben. Ich meine, man muß ja Ihren Standpunkt genau deswegen auch ernst nehmen, weil das, zusammen mit dem, was von der anderen Seite hier gekommen ist, natürlich die Band-

breite der Überlegungen ausmacht, und wir schon wissen, daß der industrielle Fortschritt ein sehr zweischneidiger geworden ist. Aber, meine lieben, geschätzten Damen und Herren von der Grün-Alternativen Partei, ich möchte Ihnen eines sagen, wir müssen mit diesen Widersprüchlichkeiten eben leben und fertig werden. Und da darf ich Sie auf ein paar Dinge jetzt kurz aufmerksam machen: Wir haben gerade heuer, in diesem Jahr, richtigerweise viele sehr katastrophale Umweltereignisse miterlebt. Aber – das möchte ich auch sagen – das, was Sie machen, grenzt ja auch an katastrophiles Verhalten. Sie baden sich ja zum Teil in diesen Problemen und treiben eine ganz enorme Koketterie mit diesen Dingen und betreiben hier auch das gezielte Schüren von Ängsten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich habe nur wiederholt, was der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller gesagt hat!“) Und das, was Sie, Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, soeben über Wundschuh gesagt haben – mir geht es hier nicht um die Gemeinde XY, sondern das finden Sie doch in jeder Gemeinde. Und wenn wir das machen, was Sie wollen (Abg. Kammlander: „Und was machen Sie?“), dann wird es eben nirgends eine Mülldeponie geben. Dann wird es letztlich nirgends einen Umweltschutz geben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Man kann doch nicht eine Sondermülldeponie im Grundwasser machen!“)

Schauen Sie, Wundschuh hin, Wundschuh her, die Gegebenheiten, unter denen wir das, was wir machen müssen, machen sollen, die werden von Ihnen nie diagnostiziert werden können. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich kann den Sondermüll nicht im steirischen Grundwasser baden!“) Ich rede ja nicht vom Baden, ich rede von der Deponie! Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, jetzt folgendes: Ich habe vor zwei Jahren – hören Sie kurz zu (Abg. Kammlander: „Was wollen Sie?“), ich wollte folgendes sagen – die Diskrepanz, die allein zwischen Ihnen und Ihrer Nachbarin auftritt, ist ja schon so grundsätzlich (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Sagen Sie, was Sie wollen. Sie polemisieren!“), daß sie schlimmer nicht sein kann.

Ich möchte jetzt ein Beispiel erwähnen. Ich habe vor zwei Jahren dem Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker in Wien bei einem Gespräch über den Umweltschutz zuhören dürfen. Tun Sie nicht so deuten, Carl Friedrich von Weizsäcker weiß ein bißchen mehr von den Dingen auf dieser Welt als wir beide zusammen, Frau Abgeordnete. Es hat dort jemand die Frage gestellt, „Herr Professor, wie ist denn das mit dem Waldsterben auf dieser Welt, was sollen wir dagegen tun?“. Wissen Sie, was Prof. von Weizsäcker gesagt hat? Er ist bekanntermaßen wohl einer der bedeutendsten Naturwissenschaftler und Philosophen dieses Kontinents. Er hat gesagt: „Ich muß ganz ehrlich sagen, ich weiß es nicht. Ich weiß nicht einmal,“ – dies hat er vor zwei Jahren gesagt – „was das Waldsterben verursacht“. Jeder von uns, von Ihnen, weiß das anscheinend. Aber er hat dort ganz redlich gesagt: „Ich muß Ihnen ganz offen sagen, es gibt mindestens 3000 chemische Substanzen, die auf den Wald einwirken. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Und jeder, der sagt, das und das ist die Ursache, und das und das ist der Lösungsmechanismus, der ist ein Scharlatan.“ Ich wollte das nur deswegen sagen. Nicht, um gegen irgendwelche Lösungsversuche vorzugehen, sondern um zu sagen (Abg.



Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Dann bin ich gern ein Scharlatan!“), wie differenziert die Dinge nun einmal zu sehen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wollte nur das Beispiel von Prof. Weizsäcker auch erwähnen. Eine zweite Geschichte, Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, ich möchte es auch ein bißchen grundsätzlich sehen. Es ist heute zu Recht sehr viel vom Wertewandel zu reden und zu hören und sehr viel vom Themenwechsel in der Politik. Zweifelsohne gibt es den, aber man muß doch auch ehrlich genug sein und sagen, daß der Wertewandel, von dem wir heute so viel sprechen, viel öfter ein kumulativer als ein alternativer ist. Und wissen Sie, was ich damit meine? Ich sage es auch ganz unpolemisch, weil ohnedies niemand davon ausgenommen ist. Die Leute hätten gerne natürlich ihr Haus, sie hätten gerne ihren Fernseher, ihr Auto, ihr Zweitauto, ihre Zweitwohnung und frisches Wasser (Präsident Zdar'sky: „Und auf nichts verzichten!“) und frische Luft und alles das, was es an heiler und unversehrter Welt gibt. Ich sage nicht, daß dies unmenschlich oder unsympathisch wäre, nur, wir müssen diesen Realitäten auch ins Auge blicken und von daher Lösungsansätze und Lösungsversuche probieren. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ-AL.)

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine Geschichte dazu sagen, wenn wir schon dabei sind.

Sie haben ja hier ganz schnell gelernt, wie sich die von Ihnen zitierten „Altparteien“ verhalten. Während Sie gestern hier polemisiert haben, wie gering der Budgetspielraum ist, der freie, aber bitte, die Herren da oben haben noch etwas anderes zu tun, als mit diesen von Ihnen zitierten 970 Millionen Schilling zu jonglieren, da gibt es andere Aufgaben auch noch, da haben Sie gesagt, das allein kostet uns 120 Millionen Schilling an Parteienförderung und ähnlichen Dingen. Richtig. Sie haben aber nicht dazugesagt, daß, während Sie hier reden, drüben in Ihrem Parteilokal Briefe an die Rechtsabteilung 10 geschrieben werden, in denen steht, die Quelle A, B, C und D der Parteienfinanzierung bitte sofort bekanntzugeben, wohin das Geld endlich überwiesen werden soll. Das muß man der Öffentlichkeit auch bekanntmachen. Ich habe den Brief gesehen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das hätte der Herr Dr. Hirschmann gerne gehabt, das ist noch nicht passiert!“ – Abg. Kammlander: „Keine Kontonummer.“) Den Brief, Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, habe nicht nur ich gesehen, sondern den haben mehrere gesehen. Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, das ist schon möglich, daß Sie den Brief nicht gesehen haben, weil Sie vieles nicht sehen, was Ihre Kollegen im Parteilokal drüben machen. (Abg. Kammlander: „Passen Sie auf, was Sie sagen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das stimmt ja nicht!“) Ich habe den Brief gesehen, Frau Abgeordnete. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Reden Sie zum Umweltschutz!“) Ich wollte nur anmerken, Frau Abgeordnete Kammlander, daß die Dinge, die Sie hier sagen, mit dem übereinstimmen müssen, was Sie ein paar Meter weiter draußen sagen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Sie reden vom Umweltschutz anstatt vom Umweltschutz!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ihr habt das Ergebnis der Wahl noch nicht gewußt und habt schon gefragt, wieviel Geld ihr bekommt und welcher Sekretär Ihnen zur Verfügung steht!“ – Landesrat

Gerhard Heidinger: „Zuerst umarmen und dann würgen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte nur ein paar Minuten auch nutzen zu einer Richtigstellung. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Der Abgeordnete Schützenhöfer hat mich zwar aus dem ÖAAB hinausgestoßen, aber die Information war falsch. Das ist Ihre Politik. Sie haben mich aus dem ÖAAB ausgestoßen, weil ich bei den Grünen mitgearbeitet habe!“ – Abg. Schützenhöfer: „Sie haben eine Partei gegründet!“ – Präsident: „Ich bitte, den Redner fortfahren zu lassen. Wortmeldungen können beim Präsidenten eingebracht werden!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns an die Mahnung des Herrn Präsidenten gerne halten. Ich wollte eben nur ein paar Dinge auch anbringen zu einer gewissen Klarstellung. Es wird vorläufig nichts helfen, aber wir werden darauf wieder zurückkommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind froh, daß wir in diesem Land, und das hat der Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber doch freundlicherweise angemerkt, eine Exekutive haben, die Umweltpionierleistungen in den letzten Jahren für ganz Österreich und ganz Mitteleuropa erbracht hat, gerade im Bereich des Umweltschutzes, und das wollen wir hier auch in aller Direktheit festhalten. Es war immerhin der Landeshauptmann persönlich, der sich hier mit der Entschwefelung und Entstickung von Mellach und ÖDK III große Lorbeeren verdient hat, und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat in den letzten Jahren, seit wir die Zusammenführung in einem Ressort vorgenommen haben, eine ganz konsequente Umweltpolitik auch durchgeführt.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber doch darauf zurückkommen, weil der Kollege Ofner so nett war, um auf einige Versäumnisse hinzuweisen, bei aller Widersprüchlichkeit und bei aller Zweischneidigkeit der Dinge auch darauf aufmerksam zu machen, daß es durch die Bundespolitik tatsächlich in den letzten Jahren große Versäumnisse gegeben hat. Ich möchte gar nicht davon reden, daß es bis heute nicht gelungen ist, Kompetenzen wirklich in einer Hand dort zu vereinigen, wo sie gerade dort sehr sinnvoll und notwendig wären. Ich möchte auch ein paar Beispiele bringen, wo es an konkreten Gesetzesvorhaben nur zu Ankündigungen gekommen ist und zu keiner einzigen Umsetzung. Ich gebe zu, wir werden den großen Schritt nicht über Nacht und auf einmal erledigen können, aber es gibt eine Reihe von Dingen, die einfach die Bundesregierung endlich tun muß. Ich möchte nur ein paar in Erinnerung rufen. (Abg. Günther Ofner: „Auch das Land hat es versäumt. Man sollte nicht nur von der Bundesregierung alles verlangen, und das Land versäumt alles!“)

Aber lieber Herr Kollege Ofner, der Unterschied ist der, bei uns sind trotzdem ein paar ganz pionierhafte Schritte gelungen, vom Bund ist solches leider nicht bekannt. Ich werde ein paar Dinge auch erwähnen. Wir haben da zum Beispiel ein Chemikaliengesetz mehrfach angekündigt bekommen, bis heute keine Erledigung. Luftreinhaltegesetz, 3. Durchführungsvorordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz, keine Erledigung. (Abg. Trampusch: „Dafür haben wir den Katalysator!“) Wie viele Autos mit einem Katalysator gibt es, lieber Kollege Trampusch? Es geht auch

darum, wie man dann etwas umsetzt. (Abg. Dr. Strenitz: „Politik der kleinen Schritte ist das!“) Schon immer mehr, aber doch viel zuwenige. Da sind wir uns doch im klaren. Umweltbundesamt: Sie erinnern sich an die große Ankündigung des Ministers. Bis heute nur in Wien, im Wasserkopf Wien, 50 Beamte, insgesamt waren über 200 geplant, mit einer Zweigstelle in Salzburg und in Kärnten. In Salzburg gibt es sechs Beamte, in Kärnten keinen einzigen bis zum heutigen Tag.

Sonderabfallkonzept: Angekündigt, bis heute nicht vorgelegt. Abfallbeseitigungskonzept: Der Minister ist wohl beseitigt, aber das Konzept liegt noch immer nicht vor. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Beseitigt wird nur in einer Diktatur!“) Na, er wird auch durch den Wähler beseitigt. Sei nicht so wehleidig. Du bist ja der letzte, der diese Sprache nicht verstünde. (Abg. Gennaro: „Mock hat gesagt: ‚Wir müssen den Schutt der letzten 16 Jahre wegräumen.‘“) Ich verstehe dich nicht. (Abg. Dr. Strenitz: „Kennst du die neueste Umfrage?“ – Landesrat Gerhard Heidinger: „Ist das die letzte Rede gegen die Bundesregierung?“) Gennaro, das werden wir noch machen. Das wird schwierig genug sein. Du weißt das ganz genau. Umweltverträglichkeitsprüfung, gibt es bis heute nichts. Forstgesetz, gibt es bis heute nichts. Pflanzenschutzmittelgesetz, gibt es bis heute nichts. Gewerbeordnung, gibt es bis heute nichts. Umweltschutzabkommen mit Nachbarländern gibt es kein einziges. Schädlingsbekämpfungshöchstwertverordnung, gibt es bis heute nichts. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Sind Sie nicht so zornig!“) Das ist nur eine Zusammenstellung all jener Dinge, die diese Bundesregierung zuletzt angekündigt hat. (Abg. Günther Ofner: „Wie lange warten wir auf ein Fremdenverkehrsgesetz?“) Keine einzige Geschichte davon ist verwirklicht worden, Herr Landesrat Heidinger. Da haben Sie ja sogar noch viel mehr zur Spitalsreform in der Steiermark beigetragen, als die Bundesregierung zum Umweltschutz in Österreich. (Beifall bei der ÖVP.) Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion – eine Gewissensfrage, Herr Kollege Ofner, muß ich heute noch anbringen. Es paßt nämlich zum Thema Umweltschutz. Wissen Sie, was ist eigentlich jetzt mit dem Draken? Ich möchte gar nicht auf den so tragischen Unfall zuletzt zurückkommen, aber auch unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes, Herr Klubobmann Dr. Strenitz, möchte ich die Frage stellen, wie denn die Position der steirischen SPÖ auch angesichts einer neuen Bundesregierung sein wird? (Abg. Dr. Strenitz: „Nur weiter so, Herr Dr. Hirschmann, damit haben Sie eine ganz traurige Propaganda gemacht!“) Bitte, Herr Dr. Strenitz, tun Sie sich nicht immer so künstlich empören. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Darf er das nicht?“) Schauen Sie, hier geht es um eine ganz ernste Angelegenheit. Herr Dr. Strenitz, wir möchten Sie nur fragen in der Debatte heute, ganz offen und ehrlich: Wie halten Sie es mit dem Draken?

Unsere Position ist klar, und die wird sich auch nicht ändern. Wir hätten gerne gewußt, jetzt sind die Wahlen wieder einmal vorbei, ob die steirischen Sozialisten wieder dort sind, wo sie immer nach Wahlen sind, oder ob sie immer noch unter Umständen dort sind, wo sie immer vor Wahlen waren. Wir hätten dies nur gerne

gewußt. (Abg. Dr. Strenitz: „Sie haben den Tod eines Menschen ausgenützt!“)

Herr Dr. Strenitz, nicht mit dem Finger zeigen, denn dies ist ein sehr ernstes Problem für die Steiermark und für die Republik Österreich. (Abg. Trampusch: „Du bist zu spät dran, die Sicherheit gehört zur Gruppe 1. Jetzt sind wir beim Umweltschutz!“) Nein, nein, das hat mit dem Umweltschutz sehr viel zu tun. Lieber Franz! Du warst auch gestern streckenweise sehr desorientiert. Aber du wirst vielleicht wissen, daß wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert haben, und bis heute hat Prof. Dr. Möse die notwendigen Unterlagen noch nicht erhalten, um diese Umweltverträglichkeitsprüfung überhaupt durchführen zu können.

Das ist nur ein Teil davon, lieber Herr Kollege Trampusch. Das ist ein Teil. Weißt, zur Umweltverträglichkeitsprüfung gehört ein bißchen mehr als der Lärm, der gemacht wird. Da gibt es andere Dinge auch noch. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die Studie des Prof. Dr. Möse ist gegen eure Abfangjäger!“) Wir nehmen auch gerne zur Kenntnis, daß Sie keine Meinung zu dem Thema haben, und wir nehmen gerne zur Kenntnis, daß Sie sich dazu nicht mehr äußern werden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die Studie des Prof. Dr. Möse ist gegen eure Abfangjäger!“) Jetzt auf einmal, ich habe Ihre Stimme vermisst in der Diskussion. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Ich bin gegen alle Abfangjäger, auch gegen Ihre F 5!“) Ich habe keine F 5, Herr Landesrat Heidinger. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Gegen alle Abfangjäger!“) Je älter Sie werden, desto mutiger werden Sie. Vor ein paar Monaten habe ich nichts gehört, daß Sie gegen alle Abfangjäger sind. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Wenn Sie jemals so mutig gewesen wären wie ich! Sie vertrauen sich nur im Schutze Ihres Landeshauptmannes vor!“) Wenn man so einen Landeshauptmann hat, kann man so etwas auch riskieren, richtig, jawohl! (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Wir haben da keine Fragestunde!“ – Landesrat Gerhard Heidinger: „Sind Sie noch immer für die F 5?“ – Abg. Dr. Maitz: „Die wird nicht mehr produziert!“ – Landesrat Gerhard Heidinger: „Ihr wollt den letzten Dreck kaufen!“ [Beifall bei der SPÖ.] – Abg. Schützenhöfer: „Herr Landesrat Heidinger, Sie müßten wissen, daß es einen größeren Dreck als den Draken nicht gibt!“) Eine Geschichte, Herr Kollege Ofner, muß ich Sie noch bitten, innerlich wenigstens für sich selbst zu korrigieren. Sie haben heute hier durchaus ernst auch zum Umweltschutz gesprochen. Aber es war eine Passage drinnen, die habe ich gestern schon beim Kollegen Trampusch gefunden. Ich freue mich ja immer wieder, daß so etwas überhaupt möglich ist, solche Gedankengänge. Die einen wollen mit der Einsparung der Repräsentationsspesen – sie sind zwar alle immer gerne mit dabei – die Verstaatlichte sanieren, die anderen wollen das Sozialnetz reparieren, und Sie wollten heute damit die Umwelt sanieren. Wissen Sie, das glaubt Ihnen nicht einmal Ihr Herr Ficzeko, was Sie hier in diesem Zusammenhang erzählen. Das ist schon möglich, daß es für dies, was dort ausgegeben wird, ein bißchen mehr Trinkwasser gibt, nur, damit werden wir die Umweltprobleme nicht lösen. Ich meine, daß man sich dieses Maß an Demagogie, wofür ich durchaus manchmal ein bißchen Verständnis habe, sparen sollte. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hammer:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem wunderbar ehrlichen Abgang unseres Freundes Hirschi, für die Demagogie Verständnis zu haben, möchte ich nicht anfangen, und ich möchte mich auch nicht einreihen in diese theatralisch behelrenden Vorträge, die er gehalten hat, die gespickt waren von bis so unter die Gürtellinie hinunter, sondern – meine Damen und Herren – ich möchte Sie sehr ernsthaft auf ein Problem aufmerksam machen, das die Menschen in Eisenerz sehr bewegt. Es gibt zwei Themen, über die derzeit in Eisenerz gesprochen wird. Das eine ist die Sicherung der Arbeitsplätze, und das andere ist die Versorgung des Grazer Mülls, die man in Eisenerz vorhat. Meine Damen und Herren! Wenn hier viele meiner Vorredner, von meiner Seite wie von Ihrer Seite, die Müllentsorgung gelobt haben, so kann ich hier nicht ganz zustimmen, denn es kann keine vorbildliche Entsorgung von Müll geben, wenn man ihn nur nach Eisenerz schicken möchte. Es gibt am 17. Dezember ein berghauptmannschaftliches Verfahren über die Kommissionierung einer Müllverrottungsanlage im Bereich des steirischen Erzberges, und danach sollen auf 250 Hektar Müll gelagert werden beziehungsweise Rohkompost gelagert werden, der noch immer alle Schadstoffe enthält, weil es keine Müllsortierung für den Grazer Müll gibt. Und diese Tatsache bewegt die Menschen in Eisenerz ganz einfach sehr wesentlich, weil unter dem Vorwand der Aufforstung von Sturzhalden am steirischen Erzberg dieser Rohkompost aufgebracht werden soll, der angeblich laut Meinung von Fachexperten den ÖNORMEN Österreichs entsprechen soll. Ob er aber auch den Zukunftserwartungen für eine gesunde Umwelt entspricht, das kann jetzt noch nicht gesagt werden. Ich möchte nicht dramatisieren, aber vor zwei, drei Jahren haben wir alle gemeinsam noch eine andere Meinung über Atomkraft, über friedliche Atomenergienutzung gehabt, und wir wurden heuer eines wesentlich Härteren belehrt über die Auswirkungen eines Unfalles in so einem Atomlager. Ich hoffe, daß nicht dieser Rohkompost sich ebenfalls zu einer solchen Zeitbombe in Eisenerz entwickelt, wenn er dort gelagert werden soll.

Meine Damen und Herren! Das Problem beim Müll scheint einfach das zu sein, daß jeder gerne bereit ist, Müll zu produzieren, Müll einfach zu übernehmen und ihn dann auch wieder sorglos wegzugeben. Die große Frage erhebt sich bei allen Reduktionsverfahren des Mülls, daß irgendwann am Ende ein Konzentrat übrigbleibt, das hochgiftig ist und das sicherlich irgendwann und irgendwo entsorgt werden muß. Aber um dieses „irgendwann“ und „irgendwo“ geht es ja ganz speziell. Und die Verunsicherung der Eisenerzer Bevölkerung wird durch die Haltung der verantwortlichen Landespolitiker noch gestärkt, weil hier noch keine eindeutige Aussagen zur Müllentsorgung erfolgt sind. Ich möchte daher in aller Eindringlichkeit die Rechtsabteilungen 7 und 3 und die Fachabteilung III c bitten, bei der kommenden Verhandlung ihre Fachkompetenz in der Form auszunützen, auszuschöpfen und wahrzunehmen, daß für das Trinkwasserreservat und für die Bevölkerung in Eisenerz auf lange Zeit keine Schäden entstehen können. Meine Damen und Herren, der

Raum Eisenerz ist das Trinkwasserreservoir für den zentralen Wasserverband Hochschwab-Süd, dessen Wasser bis nach Graz kommt, und es könnte dadurch passieren, daß etwaige Schäden via Trinkwasser wieder nach Graz transportiert werden. Ich glaube, das kann doch nicht der Sinn dieser Sache sein. Und wenn dem VÖEST-Alpine-Vorstand bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Eisenerz keine andere Alternative einfällt, als Müll am steirischen Erzberg zu lagern, dann kann ich mich nur diesen Aussagen anschließen, die kürzlich bei einem Protest auf einem Transparent gestanden sind: „Arbeitsplätze aus Eisenerz raus, Müll rein.“ Das, meine Damen und Herren, kann sicherlich nicht die Zukunft der Region Eisenerz sein. Danke. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Stoisser:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man soll doch den Menschen keine Angst machen, hat mir ein Professor gesagt, als wir im Gespräch waren über das Wasser in Leibnitz, das der Kollege Ofner heute angesprochen hat. Und das ist auch der Grund, warum ich mich jetzt zu Wort melde. Es bestehen berechnete Befürchtungen, daß es mit dem Nitrit- und Nitratgehalt im Grundwasser von Leibnitz seine Probleme hat. Aber man soll doch den Menschen nicht Angst machen. (Abg. Günther Ofner: „Soll man nicht darüber reden?“) Nein, das soll man nicht. Ich habe Sie ausreden lassen, lassen Sie mich ausreden. Ich habe gesagt, man soll den Menschen keine Angst machen, hören Sie einmal, was ich sage. (Abg. Günther Ofner: „Man soll nicht darüber sprechen!“) Jawohl. Man sollte darüber sprechen, aber man sollte nicht so darüber sprechen, daß man die Menschen in Panik bringt. Und es wird jeder Abgeordnete hier, wir haben es ja gerade vom Kollegen Hammer gehört, seine berechnete Sorge haben, wenn man dort bei ihm den Müll abladet, berechnigt der Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber für den Kaiserwald, und ich weiß nicht, wer alles, wenn bei ihm eine Deponie errichtet werden würde. Nur, meine Damen und Herren, wir müßten dann so leben, wie unsere Vorväter in der Urzeit, ohne irgendwelche Technik und Chemie, und dann wären 5 Milliarden Menschen zuviel auf dieser Welt. Ich glaube, so weit zurückschrauben kann man nicht. Man muß das ganze mit Sachverstand und mit Ruhe behandeln und bearbeiten. Das habe ich damit gemeint, man soll den Menschen keine Angst machen.

Und nun zu Leibnitz. In der Vorwahlzeit war es im Bezirk Leibnitz sehr modern, auf den Bürgermeister und auf die zuständigen Verantwortlichen loszugehen, sie sollten dafür sorgen, daß das Wasser rein ist, wenn sie das Wasser liefern, und, und, und. Warum ist es dazu gekommen? Doch nicht aus Böswilligkeit irgend eines Bürgermeisters, sondern, wie Sie wissen, haben wir im Bezirk Leibnitz eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft, und da hat sich in letzter Zeit der Maisbau in Verbindung mit der Schweinezucht als einigermaßen ertragreich ergeben. Und nun zeigen sich die Folgen. Nun muß man eben dagegensteuern. Hier ist einiges geschehen, was ich hier sagen möchte.

Es hat einmal die Landesregierung von sich aus einen Beschluß gefaßt, daß der nichtrückzahlbare Beitrag, der für Abwässer und Wasseranlagen 10 Prozent beträgt, auf 15 Prozent erhöht wird. Das gilt für sämtliche Ausbauten für die Jahre 1987 und 1988, damit die Kanäle, die dort noch fehlen, im Bereich nördlich von Leibnitz gebaut werden können. Es war bisher ein Aufwand von 540 Millionen Schilling, noch erforderlich sind rund 500 Millionen Schilling. Die höchste Priorität dabei haben die Abwasserbeseitigung von Tillmitsch und Gralla im Abwasserverband Leibnitz-Wagna sowie Lebring-St. Margarethen, das eine eigene Abwasserentsorgung hat. Die Entsorgung für Senkgruben soll über ortspolizeiliche Verordnungen der Gemeinden geregelt werden. Es soll eine Verschärfung der bestehenden Schongebietverordnung aus dem Jahr 1972 durch die Rechtsabteilung 3 entstehen, und zwar: Das Schongebiet wird räumlich ausgedehnt, und eine Einschränkung des Schotterabbaues auf eine bloße Arrondierung im südlichen Bereich der dort bestehenden Schotterteiche soll entstehen. Es wird dort ein absoluter Schotterabbaustopp im südlichen Bereich verordnet werden. Es wird ein Bewirtschaftungszwang für Trockenbaggerungsflächen kommen. Eine Einschränkung der Freizeitnutzung und ein absolutes Gülleausbringungsverbot in einer noch zu bestimmenden Zeitspanne. Der Bürgermeister von Leibnitz hat das für diesen Winter bereits angeordnet.

Landwirtschaftliche Maßnahmen als nächstes, ein Detailkonzept wird in Zusammenarbeit mit der Landeskammer ausgearbeitet. Es beinhaltet im wesentlichen folgendes: Bewirtschaftungsmaßnahme, pflanzengerechte Düngung, Verwirklichung des Güllebankprogrammes und eine Erweiterung des bestehenden Grubenraumes, die Fruchtfolge und was alles dazugehört. Es sollen dafür Mittel des Landesumweltsfonds angesprochen werden. An legislativen Maßnahmen warten wir auf das Steirische Bodenschutzgesetz und eine Verschärfung des Viehwirtschaftsgesetzes.

Als eine ehebdaldigste Maßnahme soll der darunterliegende Grundwasserhorizont erschlossen werden, um in der Zwischenzeit, bis sich das normale Wasser wieder regeneriert, Wasser zu haben. Und was ganz wichtig ist, wir sollen eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit machen, damit den Leuten im Bezirk das Bewußtsein gegeben wird, wie sie das Wasser oft unachtsam gefährden, und damit die Leute wissen, daß man nicht achtlos Abfallwasser einfach in den Boden versickern lassen kann.

Und nun grundsätzlich einiges auch zur Entsorgung von Müll. Die Wirtschaft ist davon ganz wesentlich betroffen, überhaupt vom ganzen Umweltschutz. Ich möchte hier nur am Rande erwähnen, daß die Industrie in den zwei Dezennien der siebziger und achtziger Jahre 80 Milliarden Schilling ausgeben wird und daß man in einem Jahrzehnt 100 Milliarden Schilling in Österreich für Umweltschutz ausgeben wird müssen und daß das rund 100.000 Arbeitsplätze sind. Das Umweltproblem ist also sowohl positiv als auch negativ. Über die positiven Auswirkungen werden wir ja morgen in der Wirtschaftsdebatte ausführlicher sprechen. Aber es gibt für uns auch noch viele andere Fragen. Wir sind im 20. Jahrhundert in der Wirtschaft hochtechnisiert, und es haben sich gewisse Arbeitstechnologien eingeführt, die man nicht so von heute

auf morgen wegbringen kann. Hier gibt es Müll und Sondermüll, der einer besonderen Bearbeitung und Entsorgung harret. Wir warten darauf, und wir wissen oft nicht, wohin mit diesem Müll. Hier müssen wir wirklich an den Gesetzgeber die Frage stellen, wann bekommen wir die erste Sondermüllentsorgung, um mit den Worten der Frau Präsident Zdarsky zu sprechen, eine Hochsicherheitsmülldeponie, die den Menschen wirklich auch die Sicherheit geben kann, daß dort, wenn ein Sondermüll gelagert wird, nichts passiert. Und nun zur Organisation des Mülls, der Müllentsorgung. Wir leben heute in einer organisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist an und für sich ganz selbstverständlich, daß die Waren vom Primär- zum Sekundärsektor fließen. Von der Urproduktion über die Erzeugung zum Konsumenten. Und das hat sich bestens bewährt und ist auch sehr kostengünstig. Und da meinen wir von der Wirtschaft, daß es ebenso klug wäre, diese arbeitsteilige Arbeit auch bei der Entsorgung des Mülls einzuführen. Wir haben dafür ja schon gewisse Branchen, den Lumpensammler von alten Zeiten her, die Altstoffhändler, Kfz-Verwerter und so weiter sind ja hier schon professionell und in aller Ordnung die längste Zeit tätig.

Und es ist auch bei der Abfallentsorgung so, daß sich nicht jeder Abfall für jede Entsorgung eignet. Man kann Mineralabfälle nicht kompostieren und Bauschutt nicht verbrennen. Wir brauchen verschiedene Entsorgungen. Und da ist es nun einmal so, daß verschiedene Entsorgungsvorrichtungen nicht in jeder Region sein können und daß aus diesem Grund – wie man es in den Zeitungen liest und der Abgeordnete Mag. Rader es heute gesagt hat – der Mülltourismus stattfindet. Nur, meine Damen und Herren, diesen Mülltourismus soll man nicht so negativ sehen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Müllroulett heißt das bei uns!“) Man kann es auch so nennen. Man kann es auch positiv betrachten, bitte. Man kann nicht in jedem Bezirk eine Sondermülldeponie installieren, sondern man kann eben, dem Abfall entsprechend, Deponien, Verbrennungsanlagen und Kompostieranlagen in den einzelnen Regionen bauen und auf diese Art und Weise dieses Problem sehr wohl lösen. (Abg. Mag. Rader: „Auch international!“) Auch international. Es muß das ganze natürlich unter Kontrolle sein. Das ist selbstverständlich.

Nun auch zu dem Thema: Sollte man die Entsorgung Privaten oder nur der öffentlichen Hand überlassen? Hier möchte ich mit Hofrat Dr. Ortner, dem Rechnungshofpräsidenten, wohl übereinstimmen, daß es keinen schlechteren Unternehmer gibt als den Staat und die öffentliche Hand. Ich meine, daß – wo es möglich ist – man sehr wohl private Unternehmer in die Entsorgung einschalten sollte. Sie haben in der Vergangenheit schon bewiesen, daß sie das ordentlich und preisgünstig machen können. Es muß eben eine entsprechende Kontrolle dafür vorhanden sein, daß alles in Ordnung ist. Es kann auch eine öffentliche Entsorgung nicht in Ordnung sein. Dazu gibt es genug Beispiele von Deponien. Das möchte ich hier auch noch feststellen. Und wenn hier gesagt wurde, ich weiß nicht, wie viele Milliarden in Deutschland dafür notwendig sind, daß Deponien in Ordnung gebracht werden müssen. Ich möchte nicht wissen, wie viele davon – wahrscheinlich die überwiegende Zahl – von öffentlichen Betreibern geführt wurden. Bitte, es ist sowohl bei der privaten als

auch bei der öffentlichen Entsorgung die gleich gute oder gleich schlechte Gewähr gegeben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Der Private hat zwei Jahre Haftung!“) Was nützt die Haftung bei der öffentlichen Hand, zahlen muß es zum Schluß doch der Steuerzahler. Ich möchte hier nur einer Diskiminierung der privaten Unternehmer bei dieser Sache entgegenwirken. Ich sage ausdrücklich, daß es eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, durch Kontrolle dafür zu sorgen, daß alles ordentlich ist. Es müssen auch öffentlich geführte Deponien kontrolliert werden. Sie werden es auch. Es ist ein großer Wunsch der Wirtschaft, daß die Privaten und die Öffentlichen bei den Gesetzen gleichgestellt werden. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, daß ein Pflanzenschutzmittel bei einem Drogisten, bei einem Einmannbetrieb, den strengsten Gesetzen unterworfen ist, und beim Schrebergärtner oder vielleicht bei einer größeren landwirtschaftlichen Gärtnerei, wo viel größere Mengen gelagert sind, daß diese nicht der gesetzlichen Ordnung unterworfen werden müssen. Wir hätten alle gerne Gesetze, die für alle gleich gelten, für den Staat, für die Wirtschaft und für den Privaten. Wir in der Wirtschaft sind uns der Verantwortung für die Umwelt bewußt, und wir werden auch danach handeln. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zellnig das Wort.

**Abg. Zellnig:** Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren dieses Hauses! Hohes Haus!

Bei der heutigen Umweltdiskussion, und nicht nur bei der heutigen, sondern bei fast jeder Umweltdiskussion gibt es Vorschläge, wie wir die Umwelt besser gestalten können. Bei jeder Umweltdiskussion wird immer von Schuldigen gesprochen, den sogenannten Verursachern. Sehr geehrte Damen und Herren! Und diese Verursacher produzieren Produkte, die unseren täglichen Lebensbedarf decken, unser Leben schöner und angenehmer gestalten. Wenn es aber um die Entsorgung der Abfälle, verursacht durch unser angenehmes Leben, geht, wollen wir von ihnen nichts mehr wissen. Wir schieben unseren Müllberg vor uns her und finden immer Schuldige beziehungsweise Verursacher, die unsere Umwelt belasten und verschmutzen. Daher brauchen wir mehr Bewußtsein in der Basis für die Entsorgung unserer Abfälle und weniger Unterschriften sowie Demonstrationen gegen die Errichtung ordnungsgemäßer Entsorgungsanlagen. Dieses Verhalten, sehr geehrte Damen und Herren, trägt dazu bei, daß der Wald stirbt. Die Steiermark als das waldreichste Bundesland in Österreich ist hier besonders betroffen. Waldsterben, sehr geehrte Damen und Herren, kann nach meiner Meinung nicht nur regional gelöst werden. Durch den Bund wurde im Jahre 1984 ein 10-Punkte-Programm gegen das Waldsterben beschlossen und durchgeführt. Dazu kamen noch Maßnahmen der Steiermärkischen Landesregierung, positive Maßnahmen. So wurde der Schwefelgehalt beim Heizöl leicht im Jahre 1983 mit 0,75 Prozent bis zum Jahre 1986 auf 0,30 Prozent gesenkt, Heizöl mittel von 1,5 Prozent auf 0,6 Prozent, Heizöl schwer von 3,5 Prozent auf 2 Prozent, geplant ist in Zukunft 1 Prozent, Heizöl extra leicht von 0,3 Prozent auf 0,15 Prozent. Der Ausstoß von Schwefeldioxyd konnte von 325.000

Tonnen im Jahre 1980 auf 138.000 Tonnen im Jahre 1985 gesenkt werden. Wir haben leider keine solche Erfolgsmeldung bei den Stickoxyden. Es wird noch sehr lange dauern, bis wir das Waldsterben überhaupt in den Griff bekommen, da beim Waldsterben einfach viele Faktoren zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken. Daher wird der Ursachenforschungsinitiative gegen das Waldsterben durch das Bundesministerium größtes Augenmerk zu schenken sein, sehr geehrte Damen und Herren. Über 60 Einzelprojekte wurden durch diese Ursachenforschungsinitiative bearbeitet. Dazu kamen noch über 30 Projekte, die durch die forstliche Bundesversuchsanstalt im Zusammenhang mit Waldkrankheiten erforscht wurden. Als eine der wichtigsten Maßnahmen gegen das Waldsterben sehe ich die Waldzustandsinventur. Diese zeigt im Jahre 1986 leider einen Zuwachs der Waldkrankheiten auf. Sie liegt im Durchschnitt um 5 Prozent höher bei schwacher bis zu starker Kronenverdichtung gegenüber dem Jahre 1985. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Waldzustandsinventur 1986 sind in Österreich insgesamt rund 1,150.000 Hektar Wald geschädigt, das ergibt zirka 31 Prozent. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich brauche hier in diesem Hohen Haus die Funktion des Waldes nicht mehr aufzuzählen. Das Waldsterben betrifft uns alle, also nicht nur die Waldbesitzer. Ich bin davon überzeugt, daß wir zusätzliche Maßnahmen gegen dieses Waldsterben brauchen. Ich denke hier an ein Emissionsgrenzwertegesetz für neue Kesselanlagen, welches auch für bestehende Altkesselanlagen gelten soll. Die Gespräche über dieses Gesetz sind bereits abgeschlossen. Wir brauchen Immissionsgrenzwerte in den Bundesländern. Derzeit sind nur in fünf Bundesländern Immissionsgrenzwerte festgesetzt. In vier Bundesländern besteht weiters eine Zonenregelung, so daß für belastete und weniger belastete Gebiete unterschiedliche Grenzwerte bestehen. Sehr geehrte Damen und Herren, der Wald braucht Schadstoffgrenzwerte nach seiner Empfindlichkeit, nicht nach Gebietsunterscheidungen. Drittens wird es notwendig sein, daß der Hausbrand als Mitverursacher durch ein besseres Bewußtsein beziehungsweise durch mehr Informationen der Betroffenen durch die Länder, insbesondere im Bereich der Individualheizungen, erfolgen soll. Grenzüberschreitende Luftverschmutzung kann nur im internationalen Bereich einer Lösung zugeführt werden. Wichtig erscheint mir die Erforschung und die Schadenserhebung. Diesen beiden kommt in Zukunft ein besonderer Stellenwert zu.

Sehr geehrte Damen und Herren, beschädigte Waldgebiete können wieder gesunden, wenn die Schadstoffimmissionen ausreichend reduziert werden. Diese Erfahrung wurde in verschiedenen Gebieten in Österreich gemacht und gibt Mut und Hoffnung. Die Schadstoffreduktion muß aber erfolgen, bevor die Wälder geschädigt sind, nicht erst dann, wenn sie sich nicht mehr erholen können. In diesem Sinn ein herzliches Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit. Danke bestens. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander, der ich es erteile.

**Abg. Kammlander:** Ich weiß zwar nicht, ob der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann noch da ist, aber es ist

notwendig, daß ich jetzt darauf reagiere. Es war in erster Linie einmal Polemik und Agitation und teilweise auch Propaganda, wie das einem Landespartei-sekretär zusteht. Ich hoffe nicht, daß er nur der Hofredner der Regierung ist und deswegen auch in Richtung „Grün“ austeilt, weil Umweltschutz scheint auch für den Herrn Dr. Hirschmann nur in Wahlkampfzeiten ein Thema zu sein, denn was er heute dazu zu sagen gehabt hat, war eigentlich nur Gift und Galle. (Beifall bei der VGÖ-AL.) Ich meine, das ist natürlich auch grün; Galle kann man auch als grün bezeichnen. Die Plakatwände der ÖVP waren ja sehr grün, und es wundert mich, daß er da eigentlich nichts dazu zu sagen gehabt hat. Eine Aussage des Herrn Dr. Hirschmann vor der Landtagswahl war auch, die Grünen haben im Landtag nichts verloren. Anschließend hat es dann geheißt, sie sind eine Bereicherung, und ich nehme an, die Bereicherung trifft uns deswegen, weil wir ihm als Schießscheibe dienen. (Beifall bei der VGÖ-AL. – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Nur hat der Herr Dr. Hirschmann nicht getroffen. Das muß man dazusagen!“)

Wenn es darum geht, das anzusprechen, was die Grünen hier an Vorteilen genießen, dann muß ich sagen, daß wir als einzige hier im Landtag vertretene Partei keine Vereinbarung mit dem Herrn Landeshauptmann oder mit den starken Parteien abgeschlossen haben. Wir haben nichts unterschrieben, und das, was man uns gewährt hat, hat man uns aus demokratischer Beteiligung an diesem Landtag gewährt. Es waren keine Geschenke, die wir uns in irgendeiner Weise mit einer Unterschrift erkaufte haben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die Einstellung dazu ist entscheidend!“) Wenn es darum geht, ein Konto zu nennen, dann ist das inzwischen nicht erfolgt, aber wenn wir Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, wie alle anderen Parteien auch, im Verhältnis unserer Stärke, dann ist der Unterschied, daß wir die Mittel öffentlich einsehbar machen, genauso wie die Wartelisten. Das heißt, wir werden offenlegen, was vielleicht für Ihre Konten nicht so selbstverständlich der Fall sein wird. Wenn es darum geht, daß ich gesagt habe, und zwar auch ironisch, zum Herrn Dr. Hirschmann, es ist mir langweilig, dann, weil ich genau gewußt habe, worauf er hinaus will, und ich habe mich heute schon zu Themen zu Wort gemeldet, wenn ich sie nur aufzählen darf; Kunst, Raumordnung, wobei der Herr Abgeordnete Schützenhöfer mich korrigieren wollte, weil er nicht wußte, daß in der Budgetgruppe 0 Raumordnung ist, obwohl er schon länger in diesem Landtag sitzt, dann Soziales, Gesundheit, Wohnbau. Und ich würde jetzt in diesem Moment lieber über Verkehr und Straßenbau reden, als über das, was der Herr Dr. Hirschmann vorher gesagt hat. Ich glaube, daß das ganze eine Reaktion auch darauf war, daß ich mich heute in meiner Wortmeldung über die gescheiterte Mission des Herrn Dr. Hirschmann ausführlich geäußert habe und diese Wortmeldung auch im Rundfunk am Nachmittag gesendet worden ist. Ich glaube, das ist eine ganz normale Gift- und Galle-Reaktion. Ich möchte nur zu den Abfangjägern auch sagen, wenn der Herr Dr. Hirschmann da so groß austeilt, dann soll er einmal offenlegen, wohin die ÖVP mit ihren Abfangjägern denkt. Das sind nämlich ganz tolle technische Dinge, die mindestens so gefährlich sind wie die Draken. Ich halte das Thema der ÖVP über Abfang-

jäger für Heuchelei. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Als nächster Redner in der Gruppe 5 hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Riegler:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist verständlich, daß gerade die Debatte zur Problematik der Umweltpolitik von einer enormen Spannweite gekennzeichnet war. Das gilt für die geistigen Positionen, wenn ich nur beispielhaft nennen darf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, bis zu jenen des Herrn Abgeordneten Gennaro. Es gilt aber auch die Spannweite von einem anderen Gesichtspunkt, nämlich die Spannweite zwischen durchaus verständlichen und auch wohlklingenden Forderungen und Wünschen oder auch kritischen Äußerungen und der Mühsal jener, die die Tagesarbeit im Bemühen um eine Verbesserung der Situation in unserem Land zu tragen haben. Ich meine hier jene in der Beamenschaft genauso wie in der politischen Verantwortung, sei es in der Gemeinde oder auf Landesebene. Es ist überhaupt keine Frage, daß die Sorge gerechtfertigt ist, daß wir uns in einem Wettlauf mit den Problemen befinden, daß zwar sehr vieles nicht nur in Angriff genommen werden konnte, sondern auch einer Lösung zugeführt worden ist, daß aber gleichzeitig immer wieder neue Probleme aufbrechen. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht neue Schwierigkeiten und neue Probleme auf uns zukommen. Deshalb ist es schon sehr entscheidend – vor allem der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller hat dies in seinem Referat sehr deutlich angesprochen –, daß wir auch ein Überdenken brauchen und zu einem Umdenken im gesamten Ordnungsgefüge der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft kommen müssen. Das gilt natürlich für Österreich, das gilt für Europa, das gilt letztlich aber noch in einem viel dramatischeren Ausmaß weltweit gesehen. Aber es ist sicher entscheidend, daß wir alle uns darauf verstehen, als erstes einmal im eigenen Haus Ordnung zu machen, und im eigenen Haus heißt in der Familie und im Haushalt, heißt im Betrieb, ob im kleinen Gewerbebetrieb oder im großen Industrieunternehmen, heißt in der Gemeinde, im Land und im Bund. Es ist bei aller Anerkennung der Problematik auch eine Tatsache, daß unser Bundesland in vielen konkreten Bemühungen der Umweltpolitik österreichweit Pionierleistungen erbracht hat und immer wieder erbringt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Druck der Bürgerinitiativen!“) Wenn es für Sie eine Befriedigung im Bemühen ist, sollen Sie das gerne haben, wobei ich sage, alles, was Initiativen einbringt, ist begrüßenswert. Und das ist für Bürgermeister genauso zutreffend wie für Bürgerinitiativen, wie für Landespolitiker, wie für Beamte, die in diesem Bereich tätig sind. (Beifall bei der ÖVP.) Diskussion ist sicher notwendig, entscheidend ist aber das Arbeiten. Ich glaube, daß wir beides brauchen. Im Aufzeigen der Problematik – um nicht der Gefahr, der manche Gruppen oder Personen zu erliegen scheinen, nämlich nur in das Destruktive oder in die Resignation abzugleiten – muß man auch darüber berichten dürfen, daß es sehr wohl eine Fülle von Erfolgen gegeben hat und gibt. Das gibt uns letztlich auch wieder Motivation, um sich in den uns anvertrauten Bereichen besonders anzustrengen. Ich



möchte es mir angesichts der Stunde ersparen, einen Rechenschaftsbericht zu geben. Wir werden, so wie im abgelaufenen Jahr, auch für das Jahr 1986 in einem Umweltschutzbericht des Landes Steiermark offen Rechenschaft geben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Eine Hochglanzbroschüre!“) Wenn Sie sonst keine Probleme haben, dann tun wir uns ja leicht. Halten Sie mich bitte jetzt nicht auf, außer es sind substantielle Zwischenrufe.

Ich glaube, daß wir als einzige bisher – das gilt für alle Bundesländer, und es gilt auch für den Bund – in der Form eine offene Rechenschaft über das, was geleistet wurde, aber auch über das, was an Problemen vorliegt, gegeben haben. Und das ist auch ein Teil einer Umweltpolitik, die mit der Öffentlichkeit gemeinsam getragen werden soll. Ich möchte nur einige Stichworte nennen: Die Verbesserung der Luftsituation. Wir haben gerade in diesem Bereich und besonders in den Verhandlungen um das Budget 1987, was den Ausbau der Kontrolleinrichtungen für die Verbesserung der Luftreinhaltung anlangt, einen ganz besonderen Schwerpunkt gesetzt. Das gilt für den Bereich der Landeshauptstadt Graz genauso wie für die belasteten Regionen unseres Landes wie auch für die Einrichtungen, die besonders im Interesse unserer Forstwirtschaft liegen. Wir sind in der Entwicklung des Landesumweltinformationssystems einen wesentlichen Schritt weitergekommen. Das gleiche gilt für den Emittentenkataster. Das Ziel liegt darin, die Offenlegung über die tatsächlichen Gegebenheiten sicherzustellen, die Verlautbarungen über den Rundfunk sind beispielsweise ein solcher Schritt, auch einmalig bisher, um damit die entsprechenden Grundlagen für die Sanierung der Betriebe im Bereich Gewerbe und Industrie, aber auch der Maßnahmen im Bereich des Hausbrandes weiterbringen zu können.

Herr Abgeordneter Gennaro, Sie haben, was die ÖDK betrifft, hier eine Argumentation vorgetragen, die um ein Jahr zu spät liegt. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, oder sonst können Sie sich ja mit den Herren der ÖDK in Verbindung setzen, soll am 16. Dezember die Verhandlung durchgeführt werden. Sie ist erst zu diesem Zeitpunkt möglich, weil insbesondere das Gutachten der Bundesanstalt für Meteorologie nicht vorher zur Verfügung stand, das eine wesentliche Voraussetzung für das medizinische Gutachten des Prof. Haider ist. Wir werden damit hoffentlich eine Lösung herbeiführen können, die im Interesse der dort lebenden Menschen, im Interesse der Waldeigentümer der Region ist und die auch eine Sanierungschance für diesen Betrieb herbeiführen kann. Es ist im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Verringerung der Immissionen auch die Möglichkeit geschaffen worden, die Verordnung über die Luftreinhaltung zu ändern, indem die Grenzwerte strenger gezogen werden, indem neue Schadstoffe aufgenommen wurden und indem die für die Immissionsgrenzwerte vorgesehene Übergangsfrist in besonders belasteten Gebieten von Ende 1990 auf Ende 1988 vorgezogen wurde. Daß in dem Bereich der Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsituation die Energiepolitik besonders dazugehört, möchte ich auch erwähnen.

Und, Herr Abgeordneter Mag. Rader, weil Sie hier gemutmaßt haben, ich darf Sie beruhigen, es ist völlige Übereinstimmung, daß das Thema Zwentendorf abge-

schlossen ist. Es ist daher für Österreich der Nichteinstieg in die Atomenergie eine selbstverständliche Sache geworden, natürlich auch unter dem Schock des Ereignisses von Tschernobyl. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation sind insbesondere, was den Bereich der Landeshauptstadt Graz und der Hauptverkehrsadern anlangt, für die Verbesserung der Luftsituation besonders entscheidend. Es ist natürlich anzuführen, daß die bundesgesetzlichen Grundlagen für die Bemühungen im Bereich der Luftverbesserung unabdingbar sind. Und wenn mir die Aufgabe zugekommen ist, auch in diesem Bereich mitzudiskutieren, dann ist völlig klar, daß das Luftreinhaltengesetz, die Novellierung der Gewerbeordnung und des Bergrechtes, die entsprechenden Aufgabenstellungen für den Umweltfonds eine vorrangige Dringlichkeit in der Realisierung haben müssen und daß hoffentlich die kommende Bundesregierung das einlöst, was die inzwischen abgetretene versprochen hat.

Zum Themenbereich „Wasser“: Die Programme zur Mur- und zur Raabsanierung sind zu etwa 80 Prozent der veranschlagten Investitionssummen derzeit im Laufen, und es wird daher in den Jahren 1987 und 1988 der entscheidende Durchbruch in der Sanierung und Verbesserung dieser beiden wichtigen Flußsysteme in unserem Land erfolgen. Natürlich ist das Problem der Abwasserreinigung ein sehr vielschichtiges. Herr Abgeordneter Ofner, Sie haben natürlich recht, es gibt Sonderprobleme im Bereich ländlicher Siedlungsgebiete, aber auch Sonderprobleme im Bereich gewerblicher und industrieller Unternehmen, wenn ich nur das Problem der Zelluloseindustrie hier anspreche. Gerade deshalb haben wir bereits vor eineinhalb Jahren eine Studie für verbesserte Abwasserlösungen im ländlichen Raum in Auftrag gegeben. Auf Grundlage dieser Studie arbeiten wir derzeit und werden dadurch den Gemeinden bessere und vielfältigere Möglichkeiten der Entsorgung anbieten können. Wir haben eine Forschungsinitiative besonders auch für das Problem der Zelluloseindustrie gemeinsam – Land, Bund und die Industrie – eingeleitet.

Zur Finanzierung möchte ich es mir ersparen, Ihnen vorzulesen, welche Antwort auf die Anträge der zuständigen Abteilungen vom Finanzreferenten gekommen ist. Es konnte einiges davon repariert werden in dem Budget, das letztlich beschlossen wurde. Ich gebe aber auch offen zu, daß wir im Bereich der Abwasserentsorgung einige weitere finanzielle Erfordernisse hätten, aber es ist eben – wie ich es vorher schon erwähnt habe – in diesem Jahr oder für 1987 besonders im Bereich der Geräteausstattung für die Luftüberwachung und die Lärmkontrolle investiert worden. Es wird daher für ein nächstes Budget wieder die Frage der Abwasserentsorgung verstärkt zu sehen sein. Wobei ich mir nur wünschen würde, daß auch der Bund und der Wasserwirtschaftsfonds jene Möglichkeiten verstärkt aufgreifen, die mit der Novelle des Wasserbautenförderungsgesetzes ermöglicht wurden, nämlich auch direkte Zuschüsse zu geben. Und in diesen Fällen wird selbstverständlich auch seitens des Landes ein 15prozentiger Beitrag zur Verfügung gestellt werden, so wie wir als erste Initiative für jene Anlagen, die im Bereich des Grundwasserproblemgebietes Leibnitzer Feld getroffen werden müssen, diese 15prozentige Unterstützung gewähren.

Das angesprochene Problem „Eisenerz“ möchte ich auch kurz aufgreifen. Wir haben Vorkehrung getroffen, daß seitens der Rechtsabteilung 3 und der wasserwirtschaftlichen Rahmenplanung die entsprechende fachliche Unterstützung für die Gemeinde Eisenerz gewährt wird und daß unseres Erachtens neben den bergrechtlichen Verfahren auch ein wasserrechtliches Verfahren durchzuführen sein wird, weil es darum geht, die möglichen Auswirkungen auf wichtige Wasservorkommen in diese Fragestellung miteinzubeziehen. Der Herr Abgeordnete Hammer ist jetzt nicht anwesend. (Abg. Kirner: „Ich werde es ihm sagen. Ich bin ja auch interessiert!“) Wenn Sie so lieb sind und ihm das auch ausrichten, damit die Frage zur berechtigten Sorge der Eisenerzer Bevölkerung in dem Sinne auch auf kurzem Wege eine Beantwortung findet. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das steirische Wahrzeichen, der Müllkübel!“)

Ich möchte auch im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgung jene Problematik noch einmal kurz aufgreifen, die unter anderem auch der Herr Präsident Buchberger angesprochen hat, nämlich, alle Bemühungen der Sanierung erfordern es umso mehr, daß bereits an der Ursache angesetzt wird. Deshalb ist die Frage Chemikaliengesetz, Pflanzenschutzgesetz, Verminderung jener Problemstoffe, die uns etwa in der Lösung des Klärschlammproblems wieder ungeahnte Schwierigkeiten bereiten, vordringlich einer Lösung zuzuführen. Es gilt dafür das gleiche, was ich für den Bereich Luftreinhaltegesetz, Gewerbeordnung bereits vorher erwähnt habe. Das heißt, es ist eine vorrangige Aufgabenstellung, der sich die künftige Bundesregierung und die gesetzgebende Körperschaft zu unterziehen haben werden.

Dritter Problembereich, die Frage der Abfallentsorgung. Ich möchte sagen, gerade das Abfallproblem ist in einem gewissen Sinn die Geißel des Wohlstandes und auch die Geißel der Segnungen, die uns die Chemie gebracht hat, geworden. Es ist auch heute wieder angekommen, daß das Florianiprinzip gerade in diesem Bereich immer wieder fröhliche Urstände feiert. Das gilt in viele Richtungen. Das gilt für regionale Gruppen genauso wie für Medien, wie auch zum Teil für politische Auseinandersetzungen. Das Abfallbeseitigungsgesetz aus 1974 hat eine beachtliche Entwicklung in unserem Land möglich gemacht. Ich darf bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen, daß wir in der Steiermark elf regionale Mülldeponien haben, in denen 355 Gemeinden mit 564.000 Bewohnern abfallmäßig entsorgt werden. Dazu kommen fünf lokale Mülldeponien, fünf Gemeinden für 53.000 Einwohner. Weiters vier regionale Müllklärschlammkompostieranlagen für 129 Gemeinden und 250.000 Einwohner. Das Sonderproblem der Stadt Graz und der acht einbezogenen Umlandgemeinden mit 260.000 Einwohnern, 13 Gemeinden; Herr Abgeordneter Oner, entsorgen außerhalb der Steiermark, und 33 Gemeinden haben derzeit noch keine in unserem Sinn verstandene ordnungsgemäße Entsorgung. Das heißt, es ist zwar ein hohes Maß dieser Aufgabenstellung bewältigt worden, aber es sind auch neue Probleme aufgetreten. Zur Stadt Graz, Frau Präsident Zdarsky: Das Hauptproblem ist, daß der Vertragspartner VOEST bisher nicht in der Lage war, die abgeschlossenen Vertragsbedingungen einzuhalten. Dort liegt die Hauptschwierig-

keit. Wir sind sehr bemüht, der Stadt Graz Hilfestellung zu geben. Es ist in einer Reihe von Fragen sowohl fachlich wie auch in Bezug auf die Standortfindung gemeinsam vorgegangen worden. Weil wir diese neue Problematik haben, habe ich vor eineinhalb Jahren begonnen, neue Lösungen einzuleiten. Sie bestehen erstens in der dringend notwendigen Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes. Sie können als Repräsentanten der Gesetzgebung in diesem Haus sehr wesentlich dazu beitragen, wenn Sie helfen, daß diese Novellierung möglichst rasch beschlossen werden kann. Denn damit wollen wir jene Eingrenzung für die Entsorgungsstandorte erreichen, die die Grundvoraussetzung meines Erachtens bietet, um dem angesprochenen Problem des Mülltourismus begegnen zu können und auch wieder mehr Sicherheit zu gewährleisten, damit aber auch mehr Verantwortungsbewußtsein für die einzelnen Regionen zu schaffen.

Parallel zu dieser Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes wird mit Ende dieses Jahres das weiterführende Müllkonzept von der Fachabteilung III c vorgelegt werden, auch als Grundlage für jenes Sachprogramm, das für uns die Voraussetzung bieten soll, daß wir nach meinem Empfinden, Herr Abgeordneter Mag. Rader, in einer partnerschaftlichen Lösung zwischen den Gemeinden und der Landesverwaltung die jeweils maßgeschneiderte regionale Entsorgungslösung weiterentwickeln beziehungsweise sicherstellen können. Ich halte weniger vom Zwangsverbund, der überraschenderweise vom Obmann der Freiheitlichen Partei in dieser Frage hier vorgeschlagen wurde, sondern ich glaube, daß der von uns angestrebte Weg der gemeinsamen, der partnerschaftlichen Lösung zwischen Gemeinden, der jeweiligen Region und den landesverantwortlichen Stellen der richtigere und der effizientere ist. Daß dem Bund hier natürlich auch entscheidende Aufgaben zukommen, muß noch einmal unterstrichen werden. Ich habe es nicht verstanden, daß unsere gemeinsamen Appelle, und zwar von allen Umweltreferenten der Länder, in Richtung Verordnung zur Verpackungseinschränkung, Verordnung in Richtung PVC-Einschränkung weder vom Gesundheitsminister Kreuzer noch vom Handelsminister Dr. Steger umgesetzt wurden. Das sind Dinge, die natürlich auch anzugeben sind, genauso wie die Frage eines Pfandsystems beziehungsweise jener Preiszuschläge für Entsorgungsmaßnahmen, denn ich sehe es nicht ein, daß die öffentliche Hand angesprochen wird, um beispielsweise in der Medikamentenentsorgung Subventionen zu geben, wenn es sich bei den Entsorgungskosten letztlich um Promilleteile der jeweiligen Preise dieser Stoffe handeln würde. Ich glaube, daß hier mehr gemeinsame Verantwortung auch in Richtung der Produktion und des Handels angestrebt werden muß.

Der zweite große offene Bereich ist das Sonderabfallkonzept des Bundes. Wie haben wiederholt angeboten, auch hier eine partnerschaftliche Lösung, Bund und Bundesländer, zu realisieren. Es war genauso erstaunlich, daß der freiheitliche Abgeordnete einen Zwangsverbund verlangt, während der sozialistische Gesundheitsminister in der Frage der Sonderabfallentsorgung unbedingt auf einer rein privatwirtschaftlichen Lösung beharrt hat. Das war nämlich ein maßgeblicher Grund, daß wir in diesem Bereich zu keinem Ergebnis gekom-

men sind. Ich glaube, daß es hier darum geht, eine gemeinsame Konzeption der Entsorgungslösungen für die Standorte zu finden und auch zu realisieren. Ich habe persönlich auch überhaupt kein Verständnis dafür, daß der derzeitige Gesundheitsminister, um wenigstens irgend etwas herzeigen zu können, sich unbedingt auf Wundschuh stürzt und unabhängig von der tatsächlichen Gegebenheit der verschiedenen Verfahren das als die Sonderabfallentsorgungslösung für Österreich proklamiert. Das ist im Widerspruch zum derzeitigen Verfahrensstand und ist auch nicht angehtan, daß eine seriöse Behandlung eines so sensiblen Bereiches erleichtert wird. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ-AL.)

Nun in dem Zusammenhang, Herr Abgeordneter Mag. Rader, nachdem Sie eine Anfrage eingebracht haben, möchte ich auch gleich dazu Stellung nehmen. Ich darf das in Absprache auch mit dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hier mitbeantworten:

Erstens, zu den genannten Fragen, ob Gerüchte bekannt sind: Nein.

Zweitens, ob eine offizielle Information zugekommen ist: Nein.

Die dritte Frage, die erübrigt sich damit aus eins und zwei.

Zur vierten Frage der Konsequenzen durch die Untersuchungskommission darf ich Ihnen aus der Dienstanweisung zitieren, die am 5. Dezember 1986 ergangen ist:

Erstens: Ohne Auftrag hiefür zuständiger Organe dürfen an Private keine Gutachten erarbeitet und ausgefolgt werden.

Zweitens: Auskünfte, Informationen und fachkundige Stellungnahmen haben in der Weise zu erfolgen, daß hierüber der Informationspflicht voll entsprochen wird.

Drittens: Es wird auf die Anweisung bezüglich der Fertigungsformalitäten verwiesen, das heißt, daß nur in bescheidmäßigen beziehungsweise offiziellen Akten „Für die Landesregierung“ beziehungsweise „Für den Landeshauptmann“ zu fertigen ist.

Ich möchte aber Ihre Ausführungen in dieser Frage doch auch zum Anlaß nehmen, um jenem Beamten, der hier öffentlich in einer sehr problematischen Form apostrophiert wurde und der sich hier selbst nicht äußern kann, die Möglichkeit zu geben, hier auch eine Stellungnahme vorbringen zu dürfen. Ich möchte auch dazusagen, daß Hofrat Dipl.-Ing. Zwitnig nicht nur im Bereich des Ölalarmdienstes, sondern auch im Bemühen, das so ungeheuer schwierige Problem der Sonderabfallentsorgung lösen zu helfen, ganz Beachtliches für dieses Land geleistet hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ich verlese daher folgende Stellungnahme, die Herr Wirklicher Hofrat Dipl.-Ing. Leopold Zwitnig zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mag. Rader eidesstattlich abgegeben hat. Ich zitiere: „Als Zuhörer der Landtagsdebatte am 11. Dezember 1986 habe ich vernommen, daß Herr Landtagsabgeordneter Mag. Ludwig Rader an den Herrn Landeshauptmann, den Personalreferenten der Steiermärkischen Landesregierung Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba und Umweltschutzlandesrat Dipl.-Ing. Riegler eine von vier Abgeordneten unterfertigte Fragenliste übermittelte, in der für

mich ungeheuerliche Vorwürfe öffentlich in den Raum gestellt werden. Ich stelle gegenüber meinem unmittelbaren Vorgesetzten, Herrn Wirklicher Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Roger Senarclens de Grancy fest, daß diese Fragestellungen jeder Grundlage entbehren. Ich stelle neuerlich fest, daß ich oder Angehörige meiner Familie an keiner der genannten Firmen beteiligt sind. Ich weise ferner darauf hin, daß ich bereits vor etwa zwei Jahren auf Grund von Gerüchten, gegen die ich mich nicht wehren kann, gegenüber dem Vorstand der Präsidialabteilung Landesamtsdirektorstellvertreter Wirklicher Hofrat Dr. Karl Wüst, über ausdrückliches Befragen zu den damals ähnlichen Gerüchten niederschriftlich erklärt habe, an diesen Firmen nicht beteiligt zu sein. Abschließend stelle ich als Mensch mit Betroffenheit fest, daß ich nach 30jähriger Dienstzeit im Interesse des Landes mich derart haltlosen Vorwürfen ausgesetzt sehe, die in der Lage sind, mich und meine Familie zu schädigen. Ich weise darauf hin, daß ich in meiner langen Dienstzeit an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen oder auch in der Nacht bei den vielen Ölunfällen meine ganze Kraft dem Land und seinen Menschen zur Verfügung gestellt habe. Auf eine direkte Anfrage des Herrn Abgeordneten Mag. Rader an mich hätte ich ihm ebenfalls dieselbe Antwort geben können, und es hätte nicht einer öffentlichen Fragestellung bedurft, die geeignet ist, mich nach dem Motto ‚es wird schon was wahr sein‘ zu diffamieren. Ich werde daher gegen den oder die verantwortlichen Abgeordneten den Klageweg beschreiten.“ (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Sie können sich dafür schämen, Herr Abgeordneter Mag. Rader!“ – Beifall bei der ÖVP.) Dem fügt der zuständige Abteilungsvorstand, Wirklicher Hofrat de Grancy, an: (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist die neue Menschlichkeit!“) „Als unmittelbarer Vorgesetzter und langjähriger Kollege des Herrn Wirklichen Hofrats Dipl.-Ing. Zwitnig bitte ich dringendst, diese Erklärung Hofrat Zwitnigs raschest der Öffentlichkeit bekanntzugeben. de Grancy“. Damit bin ich dieser Verpflichtung, die ich auch als Ressortverantwortlicher einem Mitarbeiter gegenüber sehe, nachgekommen. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn Sie einen Anstand haben, dann entschuldigen Sie sich!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Es gibt Leute, die schämen sich nie!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die weiteren auch noch zu nennenden Problembereiche, die hier angesprochen wurden, nicht mehr im Detail eingehen. Ich darf nur darauf verweisen, daß wir als einziges Bundesland im Bereich „Bodenschutz“ und „Bodenschutzgesetz“ Initiativen ergriffen haben. Ich verweise darauf, daß wir auch als einziges Bundesland seit Anfang November auf den Flughäfen Graz-Thalerhof und Zeltweg eine kontinuierliche Lärmüberwachung eingerichtet haben, auch als Beitrag der Beweissicherung dessen, was kommt oder hoffentlich nicht kommt. Ich darf darauf verweisen, daß es darüber hinaus eine ganze Reihe allgemeiner umweltpolitischer Bemühungen gibt, wie den Antrag für das Umweltschutzgesetz mit dem Umweltschutz und den Mitsprachemöglichkeiten auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene, die Bemühungen um Verfahrenskoordination, die Umweltgespräche, die ich persönlich in diesem Jahr in allen steirischen Regionen mit einer Vielzahl von Menschen, gerade auch den Umweltengagierten, durchgeführt habe, und auf den bereits

erwähnten Umweltschutzbericht. Das alles sind Bemühungen, die beitragen sollen, nicht nur das Problembewußtsein zu festigen, sondern auch die gemeinsame Arbeit im Dienste unserer Heimat und der Zukunft unserer Menschen zu verbessern. Ich darf Sie auch um diese gemeinsame Arbeit ersuchen. Selbstverständlich gehören kritische Diskussionen zu einer solchen gesetzgebenden Körperschaft. Aber noch entscheidender wird es sein, daß jeder in seinem Verantwortungsbereich mitträgt. Und in diesem Sinn danke ich allen, die als Umweltschutzaktivisten im gesamten Land tätig sind, als Einzelpersonen genauso wie als Organisationen und Gruppierungen. Ich danke allen Mitarbeitern, stellvertretend dem Herrn Umweltschutzkoordinator Hofrat Dr. Rupprecht, dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Ertl als dem Chef der Fachabteilung Ia, dem Herrn Hofrat Dr. de Grancy und allen, die in den zuständigen Fach- und Rechtsabteilungen, in den Bezirksverwaltungsbehörden mitwirken, daß von Umweltschutz nicht nur gesprochen, sondern daß in erster Linie im Sinn des Umweltschutzes gehandelt wird. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Zur Gruppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Erhart:** Ich wiederhole meinen Antrag, indem ich um Zustimmung zur Gruppe 5 ersuche.

**Präsident Klasnic:** Meine Damen und Herren, sollten Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezucken.

Die Gruppe 5 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Grillitsch:** Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 umfaßt die Kapitel Straßenbau, Wasserbau und Verkehr und hat ein Volumen an Einnahmen in der Höhe von 31,207.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 1.302,177.000 Schilling. Ich ersuche um die Diskussion über dieses Kapitel.

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gottlieb. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gottlieb:** Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Was den Straßenbau im allgemeinen, im besonderen aber den Ausbau unseres überregionalen Straßennetzes, welches so wichtig für die Entwicklung unserer Wirtschaft und des Fremdenverkehrs ist, betrifft, müssen wir in größeren Zeiträumen denken. Zu groß und oftmals zu zeitraubend sind die Schwierigkeiten, die in der Vorbereitungs- und Planungsphase erst überwunden werden müssen, bis mit dem Bau überhaupt begonnen werden kann. Man denke nur an die Beispiele in der Vergangenheit. Pyhrnautobahn hier im Raum der Landeshauptstadt Graz. Meine Damen und Herren, der Straßenbau in unserem Land ist, wie ich in den letzten Jahren auch als Zuhörer feststellen konnte,

in diesem Haus kein Streitthema mehr, was zwar für die Debatte abträglich, aber sonst natürlich von großem Vorteil ist. Der bescheidene Wohlstand und ein immer stärker werdendes Verkehrsaufkommen prägen lange Jahre hindurch die Straßenplanung und damit den Straßenbau. Dies, meine Damen und Herren, sei deshalb vermerkt, weil aus heutiger Sicht Kritiker im nachhinein oft allzu leichtfertig von Planungssünden, Bausünden, von verantwortungslosem Planen sprechen, ohne auf die Rahmenbedingungen der damaligen Zeit einzugehen. Ein Reizthema ist es da und dort für Umweltschützer und solche, die sich dafür halten. Aber man muß feststellen, daß sich dies bei uns in durchaus vertretbaren Grenzen hält. Nicht zuletzt deshalb, weil sowohl vom Bund als auch vom Land berechtigten Einwänden in großzügiger Weise Rechnung getragen wurde und wird. Meine Damen und Herren, manche Bürgerinitiativen versuchen, unter dem vordergründigen Deckmantel „Umweltgerechtes Bauen“ die Straßenplanung in einem erheblichen Maße zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang heißt dies, daß die Unterschriftenliste den Sachverständigen nicht ersetzen kann. Das Urteil von vielen ist ohne Zweifel demokratische Kontrolle. Verkehrsgerechte Planung kommt aber damit noch lange nicht zustande.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, feststellen zu können, daß in den letzten Jahren im steirischen Straßenbau viel geschehen ist. Die zwei großen überregionalen Straßenzüge sind in Planung, im Bau und teilweise bereits fertig. Die Südautobahn ist durchgehend von Wien über den Wechsel, die Pack bis Wolfsberg nach Kärnten befahrbar. Es war eine richtige und daher gute Entscheidung, daß auf der Strecke von Gleisdorf nach Hartberg der Halbausbau durch einen Vollausbau durchgesetzt wurde. Eine einige und starke Vorgangsweise gegenüber dem Ministerium hat zu diesem berechtigten Ergebnis geführt.

Meine Damen und Herren, im Sommer des nächsten Jahres ist die im Raum Graz so umstritten gewesene Pyhrnautobahn durchgehend von Traboch im Liesingtal bis Spielfeld an der österreichisch-jugoslawischen Staatsgrenze befahrbar. Damit tritt eine spürbare Entlastung des Durchzugsverkehrs in der Landeshauptstadt Graz ein.

Meine Damen und Herren, in der Wiener Straße, am Gürtel, in der Kärntner Straße werden dies die schwer betroffenen Anrainer dankbar zur Kenntnis nehmen. Da im oberösterreichischen Bereich der Pyhrnautobahn Bürgerinitiativen Planungsziele in Frage stellen, können wir mit einem bevorzugten Ausbau der Strecke durch das Palten- und Liesingtal rechnen. Mit dem Ausbau der Pyhrn- und Südautobahn ist unser berechtigter Wunsch nach weiterer Schließung des Verkehrsdreiecks Graz–Wien–Linz–Graz in Erfüllung gegangen. Die für die Obersteiermark so wichtige Verkehrsverbindung durch das Mürztal und Murtal befindet sich im richtigen Zeitplan. In wenigen Wochen, meine Damen und Herren, wird von der ASAG das Baulos St. Michael vergeben. Man kann damit beruhigt feststellen: Bis Ende dieses Jahrzehnts wird die Mürztal- und Murtalschnellstraße vom Semmering bis Judenburg durchgehend befahrbar sein. Dieser Straßenbau bringt natürlich Impulse für die Bauindustrie und das Bau-

gewerbe. Mit einem besseren Verkehrsangebot werden wir sicher leichter Investoren für diese so schwer geprüfte Region der Obersteiermark finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit einigen Zahlen, welche ich persönlich im Ministerium angefordert habe, möchte ich unterstreichen, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik im österreichischen Straßenbau unserem Bundesland den Vorrang eingeräumt hat. Der Aufwand der Bundesstraßenverwaltung im Jahr 1987 beträgt für ganz Österreich rund 11.300.000.000 Schilling. Davon entfallen auf die Steiermark 2.720.000.000 Schilling. Im Jahr 1988 werden für die Steiermark noch rund 1.717.000.000 Schilling, in den Jahren 1989 und 1990 jeweils 1.250.000.000 Schilling zur Verfügung stehen. Nicht miteingerechnet, meine Damen und Herren, sind die Ausgaben der Sondergesellschaften. Im Vergleich dazu werden im laufenden Haushaltsjahr 3.220.000.000 Schilling verbaut werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man sieht daraus die vorgesehene Fertigstellung unserer Autobahnen und Schnellstraßen und damit auch die Reduzierung des Aufwandes um rund 2 Milliarden Schilling bis zum Jahr 1990.

Abschließend zum Straßenbau möchte ich zum Ausdruck bringen, daß wir gemeinsam stolz sein können auf diese Leistungen, welche in einer gemeinsamen Kraftanstrengung Bund und Land zum Wohle unserer Bevölkerung, zum Wohle unserer Wirtschaft und zum Wohle unserer steirischen Heimat erbracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesen Zahlen wollte ich aber auch aufzeigen, daß sich der Aufwand des Bundes für den steirischen Straßenbau bis zum Jahr 1990 um mehr als 50 Prozent verringern wird. Eine verantwortungsbewußte Interessensvertretung, wie es die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter nun einmal ist, muß dieser Entscheidung ins Auge schauen und gleichzeitig Lösungsvorschläge für zukünftige Beschäftigungsimpulse erarbeiten.

In einem Programm, welches sich „Bauen und Umwelt“ nennt, haben Fachleute aus der Wirtschaft, Wissenschaft und den Kammern mit uns gemeinsam Vorschläge erarbeitet. Sie haben dabei nach Lösungen gesucht, die das umweltpolitisch Notwendige mit dem beschäftigungspolitisch Sinnvollen verbindet. Dabei haben wir uns zum Ziel gesetzt, jenen Ausgleich im Konflikt zwischen Umweltpolitik und Bautätigkeit zu suchen, welcher in den letzten Jahren zu einer Reihe von gesellschaftspolitischen Konfrontationen und Mißverständnissen in der breiten Öffentlichkeit geführt hat. Der oft zitierte Widerspruch von Ökonomie und Ökologie, der in vereinfachter Form unterschiedliche gesellschaftliche Positionen umschreibt, war ebenso Inhalt der Überlegungen, wie die Entwicklung und Stellung des Bausektors im gesamten Wirtschaftsgefüge. Ausgehend von den Problemen, die ein schrumpfender Wirtschaftsbereich für Arbeitnehmer mit sich bringt, soll der Versuch unternommen werden, mögliche und – nach Meinung unserer Gewerkschaft – sinnvolle Alternativen für eine künftige langfristige Entwicklung aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren! Als Alternativen stellen wir uns bis Ende dieses Jahrhunderts für ganz Österreich den Ausbau unserer gesamten Eisenbahnstrek-

ken in Österreich vor. Sie wissen, in welchem Zustand der Unterbau ist, und es soll eine Hochleistungsstrecke errichtet werden. Wir schätzen den Aufwand je nach Variante, meine Damen und Herren, zwischen 65 und 80 Milliarden Schilling. Für Umweltschutzmaßnahmen in ganz Österreich, wie Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung, 90 bis 100 Milliarden Schilling. Immissionsschutz ein Betrag von zirka 20 bis 25 Milliarden Schilling, für die Abfallbeseitigung 17 Milliarden Schilling, für die Sanierung städtischer und ländlicher Bausubstanz ein Betrag zwischen 155 und 161 Milliarden Schilling. Und für den gesamten Straßenbau der öffentlichen Hand, das heißt Bund, Länder und Gemeiden, einen Betrag von 160 bis 175 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Insgesamt ist also ein Finanzierungsbedarf zwischen 610 bis 650 Milliarden Schilling bis zum Ende dieses Jahrhunderts erforderlich, um diese von mir genannten Projekte in die Wirklichkeit umzusetzen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie von dieser Stelle gleichfalls einladen, sich Gedanken zu machen, wie man diesen großen Brocken auch finanzieren kann. In diesem Sinne darf ich für die mir geschenkte Aufmerksamkeit sehr herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Er ist nicht hier. Dann würde ich der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort erteilen.

**Abg. Kammlander:** Zum Unterschied von vorher wieder ein Entwurf, den ich lese. Seit Jahren wird unter Verkehrspolitik die einseitige Förderung des Autoverkehrs zu Lasten der öffentlichen Verkehrsmittel sowie des Fußgänger- und Radfahrerverkehrs verstanden. Die Kosten für das System „Straße“ tragen die Autofahrer nur zu einem Teil selbst. Den Rest tragen die Steuerzahler, Umwelt und die kommenden Generationen. Bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben und der Bundesbahn werden die Fahrpreise mit der Begründung erhöht, daß durch die sinkende Zahl der Fahrgäste die Kosten nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt werden können. Sogenannte Nebenstrecken und zweite Gleise wurden wegen unrentabler betriebswirtschaftlicher Kosten stillgelegt. Alles in allem hat die einseitige Orientierung auf den Straßenverkehr einen Teufelskreis ausgelöst. Der Attraktivitätsvorsprung des Autoverkehrs führt zu einer Abwanderung vom öffentlichen Verkehr, daraus folgt Angebotseinschränkung, welche weitere Abwanderung verursacht. Mehr Autos verstopfen Straßen, also werden Straßen gebaut mit dem Ergebnis, wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Unter den Folgen dieser Autopolitik leiden wir alle. Der Straßenbau selbst und die Nutzung der Straßen rufen erhebliche Schäden hervor, die das ökologische Gleichgewicht gefährden und die Lebensqualität der Bevölkerung senken. Die Beispiele kennen Sie, die Gastarbeiterroute und die Südautobahn und so weiter. Die durch den Autoverkehr verursachte Luftverschmutzung führt zu Gesundheitsschäden und hat einen erheblichen Anteil an den Waldschäden zu verantworten. Die soziale Ungerechtigkeit zwischen Motorisierten und Nichtmotorisierten bedeutet längere

und beschwerlichere Wege für Nichtautofahrer. Das Kernproblem, das zu dem aufgeblähten Straßenverkehrsvolumen und damit zu den genannten Belastungen führt, liegt darin, daß die ökologischen und sozialen Belastungen bei verkehrspolitischen Maßnahmen nicht berücksichtigt werden. Die gesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs werden nicht annähernd durch das Mineral- und Kraftfahrzeugsteueraufkommen gedeckt. Wir können uns vorstellen, daß eine umweltorientierte und soziale Verkehrspolitik regionale Benachteiligungen abbauen wird. Im Rahmen des Budgetvoranschlages müssen deshalb offensichtlich zu hoch dotierte Mittel für den Straßenbau, für Maßnahmen zur Verbesserung und Neuplanung des öffentlichen Verkehrs umgewidmet werden. Darüber hinaus muß sich das Land Steiermark verstärkt um die zweckdienliche Verwendung der Mittel der Nahverkehrsmilliarden bemühen. Ich weiß, daß dieser Punkt unter der Gruppe behandelt wird, aber er paßt genau zum Verkehrssystem, das wir vorschlagen. Darüber hinaus muß sich das Land Steiermark verstärkt um die zweckdienliche Verwendung der Mittel aus der Nahverkehrsmilliarden bemühen, sonst kehrt der Landesbeitrag an der Bundeskraftfahrzeugsteuer wie in der Vergangenheit nur zu einem geringfügigen Teil – das sind 2 Prozent von 1,6 Milliarden Schilling – wieder in die Steiermark zurück. Wie in einem Vorschlag der Technischen Universität Graz, Institut für Eisenbahnenwesen, vom Juni 1986 festgestellt wird, sind in der Steiermark wirklich günstige Voraussetzungen für den schienengebundenen Verkehr vorhanden. Mobilitätsbedürfnisse von Berufstätigen, Schülern, Einkaufenden und so weiter werden teilweise durch unkoordinierte Fahrpläne und Tarife mißachtet. Für die Durchtarifierung, für einheitliche Verbundsysteme und zusätzliche Bahn- und Bushaltestellen zur besseren Verknüpfung der Verkehrsmittel werden Mittel zu veranschlagen sein. Die Reaktivierung des zweiten Gleises von Puntigam nach Leibnitz und die Neuplanung des zweigleisigen Ausbaues der Schoberpaßstrecke zählen zu den kurzfristig notwendigen Maßnahmen zur Beschleunigung des Fernverkehrs. Durch die Bereitstellung der entsprechenden Landesmittel für die Planung als Voraussetzung zur Inanspruchnahme von Mitteln aus der Nahverkehrsmilliarden können Projekte, wie die Zugverbindung Werndorf–Preding und die Drehscheibe Hauptbahnhof Graz, in Angriff genommen werden. Wir erwarten uns von den verantwortlichen Landesregierungsmitgliedern, daß für die Zukunft gedacht und geplant wird. Das heißt, daß die Probleme des aufgeblähten Straßenverkehrsvolumens durch eine Schwerpunktsetzung in Richtung öffentlicher Verkehr zu lösen sind. Ich möchte nur noch dazusagen, daß wir nicht, wie üblich, alles verurteilen, sondern wir sind sehr wohl auch für etwas. Das, was ich heute im Laufe dieses Tages gesagt habe, waren in sehr vielen Teilen auch Vorschläge, die sich mit konstruktiven Sachen beschäftigt haben. Und ich lasse das nicht so einfach auf mir ruhen, daß wir alles, was hier geschieht, immer nur verurteilen und immer nur etwas dagegen zu sagen haben. Wer da nicht zugehört hat, tut mir leid, aber irgendwo komme ich mir vor, als ob ich in den leeren Raum geredet hätte.

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

**Abg. Weilharter:** Werte Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geschätzte Damen und Herren!

Die Steiermark ist im Straßen- und im Wasserbau im Österreichschnitt nicht im Spitzenfeld zu finden, sondern hinterläßt oft den Eindruck der Verbetonierer. Sehr geehrter Herr Landesrat, Hohes Haus, dieser Eindruck wird oft durch Zeitungsmeldungen bestätigt. Naturnaher Wasserbau scheint nur ein Schlagwort zu sein. Sie, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, wurden ja von einem Ihrer eigenen Männer, und zwar vom Herrn Vizebürgermeister Huber aus Judendorf, im Februar über die Vorkommnisse bei der Rötzbachverbauung informiert. Ich habe in diesem Zusammenhang am 6. Dezember einen Brief erhalten, und ich darf darin das Ergebnis des Briefschreibers zitieren: „Sämtliche Bäume und Sträucher wurden heruntergeschlagen, die Wurzelstöcke solange im Freien gelassen, daß sie überhaupt nicht mehr anwachsen konnten. Die eine Seite des Baches wurde zu einem Schutzdamm in Richtung Gratwein ausgebaut, der weder eine Humusschicht noch eine Grasnarbe aufweist, geschweige denn von einer Bepflanzung gesprochen werden kann.“ In fast zehnjähriger Bauzeit hat man dort die Uferverbetonierung zustandegebracht mit dem Ergebnis, daß es keinerlei Vegetation an der Böschung gibt. Diese Beispiele an Bachverbetonierungen ließen sich zimal fortsetzen. Ich darf nur ein paar Beispiele anführen. Zum Beispiel im obersteirischen Bereich, beim Seifritzbach im Sölketal oder beim Auersbach in Mürzzuschlag oder beim Schinderbach in Fischbach. Ihre Zeitung, Herr Landesrat, die „Tagespost“, hat am 21. Oktober 1986 und am 25. Oktober 1986 darüber berichtet. Die „Tagespost“ schreibt als Schlagzeile: „Wilder Streit um Wildbach-Kanal – sind solche Opfer notwendig?“. Ich frage Sie daher, Herr Landesrat, wenn Sie schon den Initiativen der Betroffenen und Anrainer, aber auch dem Gutachter und Sachverständigen Iglar, den ich sehr schätze, nicht rechtgeben, nach welchen Kriterien treffen Sie diese Entscheidungen?

Dasselbe gilt für unser steirisches Straßennetz. Der Weiterausbau der Gleinalm Autobahn ist genauso notwendig wie der Ausbau der ehemaligen 17er-Bundesstraße, und zwar das Teilstück zwischen Judenburg und Dürnstein. Ein diesbezüglicher Antrag liegt in diesem Hohen Haus vor. Eine Entscheidung über den Ausbau der Ennstalstraße wäre höchst an der Zeit. Scheinbar zählen die Verkehrstoten in der Obersteiermark zum Alltag. Ich darf in diesem Zusammenhang die Zeitungsmeldung der Abendausgabe der „Kleinen Zeitung“ vom 12. Dezember zitieren: „108 Verkehrstote zwischen Liezen und Trautenfels.“

Geschätzte Damen und Herren, machen wir es uns in diesen Fragen nicht so leicht. Jeder Verkehrstote auf den steirischen sowie auf allen Straßen ist zuviel.

In der Hoffnung, daß künftighin der naturnahe Wildbachverbau genauso wie der Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes mit dementsprechender ökologischer Berücksichtigung erfolgt, wobei zu bemerken ist, daß eine Verbetonierung oft kostspieliger ist als ein naturnaher Ausbau des Verkehrs- und Straßennetzes, in dieser Hoffnung werden wir der Budgetgruppe Straßen unsere Zustimmung geben. Wir knüpfen aber auch daran, und das ist, glaube ich, das Recht einer jeden hier in diesem Haus vertretenen Partei und



darüber hinaus vieler Initiativen, daß wir darauf Bedacht nehmen werden, ob ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernitz:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte mich doch auch noch zu diesem Problem Straßenbau melden, weil ich glaube, daß der Ausbau der Pyhrnautobahn, wie es von meinem Vorredner, dem Abgeordneten Gottlieb, bereits erwähnt wurde, gerade für unseren obersteirischen Raum und damit auch für unseren Bezirk Liezen von so großer Bedeutung ist und ich Sie nicht nur von der wirtschaftlichen Seite her um Ihre Unterstützung bitte, sondern auch davon überzeugt bin, daß es für den Fremdenverkehr eine besondere Bedeutung hat, nämlich den Schwerverkehr aus dem Ennstal auf die Pyhrnautobahn umzuleiten. Wir wissen doch alle, daß die Obersteiermark einen wesentlichen Wirtschaftsraum mit seiner traditionsreichen Industrie darstellt, daß derzeit um den Weiterbestand ihrer Modernität gekämpft wird, und wir wissen auch um die Konkurrenzsituation in diesem Industriezentrum eigentlich genau Bescheid. Wir kennen auch alle jene Strukturschwächen und ihre Probleme, die natürlich daraus entstehen, und es wird sicherlich viel unternommen, um auch in diesem Bereich neue Industrie- und Gewerbebetriebe zur Ansiedlung zu bringen. Es gibt viele Kriterien, die heute für eine Standortentwicklung maßgeblich sind. Das sind die Fragen der Rohstoffe, der Energie, der Ausbildung der Fachkräfte, finanzielle Förderungen und vieles mehr, und ich persönlich glaube, daß eben die Verkehrsverbindungen eine ganz entscheidende Rolle in dieser Sache spielen. Und wenn die Steiermark weiterhin einen wesentlichen Teil der industriellen Wertschöpfung erbringen will, so ist diesen Verkehrsverbindungen größtes Augenmerk zu schenken. Wenn das äußere Standortproblem der Steiermark einer massiven Verbesserung zugeführt werden muß, so sind Verkehrsbauten vor allem in Richtung Norden im großen Umfang immer wieder nötig, wobei alle Maßnahmen noch dadurch erschwert werden, daß eben alle Verkehrsbauten und Verbesserungen nach allen Seiten von anderen Bundesländern mitgetragen werden müssen, wie zum Beispiel auch bei der Pyhrnautobahn. Es ist auch schon gesagt worden, daß Oberösterreich ebenfalls hier mitziehen muß, um diese durchgehende Strecke der Pyhrnautobahn fertigstellen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rhein-Main-Donau-Kanal wird 1992 fertiggestellt sein, und wir wissen, daß gerade dieser Rhein-Main-Donau-Kanal vor allen Dingen den Donauebenen weitere zusätzliche Vorteile bringen wird. Darum glaube ich und darf Sie alle gemeinsam, meine Damen und Herren, um Ihre Unterstützung bitten, daß wir stärker denn je auf diesen raschen Ausbau der Pyhrnautobahn drängen müssen, um nicht eine verschlechterte infrastrukturelle Situation unter Umständen in Kauf zu nehmen, weil wir wissen, daß gerade diese internationalen Verbindungen entscheidend für die Arbeitsplatzsicherung und vor allen Dingen für den kostengünstigen Absatz steirischer Produkte sind.

Ich möchte wirklich alle Verantwortlichen dieses Landes ersuchen, daß wir gemeinsam versuchen, diesen günstigen Anschluß an diese kommende Wasserstraße so bald als möglich fertigzustellen und daß man sich auch Gedanken machen soll, welcher Donauhafen eigentlich für die steirischen Produkte der beste Hafen sein wird, um nicht noch einen weiteren Standortnachteil dieses Landes zu haben beziehungsweise zeitgerecht einen besseren sicherzustellen. Ich glaube, daß diese Fertigstellung der Pyhrnautobahn im Interesse der gesamten Obersteiermark und der gesamten Steiermark mit allen Mitteln vorangetrieben werden muß, um somit ein effektives Anschließen der Steiermark auch nach außen hin sicherzustellen. Die Pyhrnautobahn ist natürlicherweise auch von der internationalen Seite her von großer Bedeutung. Sie ist die kürzeste Straßenverbindung von Deutschland, vom Großraum Nürnberg nach Jugoslawien, Griechenland bis in die Türkei. Auch viele Staus an den Grenzübergängen könnten vermieden werden. Es wird vor allen Dingen jener Strecke Radstadt-Liezen, die die größten Unfallzahlen aufweist, ausgewichen. Hier glaube ich, daß es jene große Bedeutung im Sinne des Fremdenverkehrs hat, wenn man aus diesem Gebiet, wo es nun bereits Initiativen, ein Nachfahrverbot in diesem Bereich für Lkws einzuführen, gibt, diesen Schwerverkehr umleiten kann. Und wenn gerade heute eine Pressekonferenz am Vormittag stattgefunden hat, wo wieder ein Teil des Ennstales gesagt hat, wie man es jetzt in der Presse lesen kann, wir lassen uns die derzeitige Verkehrsbelastung nicht länger gefallen, so darf ich wirklich auch für dieses Gebiet – es ist die B 308, die Ennstalersatzstraße zwischen Trautenfels und Liezen – den Herrn Landeshauptmann ersuchen, daß er gemeinsam mit den Bund versuchen sollte, hier doch eine endgültige Entscheidung zu treffen. Es ist auf der ganzen Strecke Radstadt bis Graz nur noch der Ort Stainach, der von diesem Schwerverkehr und den Pkws durchfahren wird, wo man im Durchschnitt 16.000 Fahrzeuge pro Tag gezählt hat und wo man feststellen muß, daß davon 30 Prozent Lkws sind beziehungsweise es der Transitverkehr ist. Ich glaube, daß hier dringend Maßnahmen notwendig sind. Ich glaube, es ist nicht nur für die Menschen, die dort wohnen, eine enorme Belastung. Und wenn man weiß, daß eine normal ausgebaute Bundesstraße die Grenze ungefähr mit einer Tagesbelastung von 8000 Fahrzeugen erreicht und hier im Durchschnitt 16.000 erreicht werden, Spitzen bis 20.000, die über diese Straße und durch Stainach rollen, darf ich hier wirklich die Bitte an alle Verantwortlichen richten, gemeinsam mit dem Bund schnell in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen. Ich glaube, es ist erfreulich, wenn die Summen genannt wurden, die vor allem im steirischen Raum verbaut werden, und wenn man weiß, daß gerade für die Obersteiermark erst vor sehr kurzer Zeit weitere Mittel für kleinere Verbesserungen zur Verfügung gestellt wurden, so glaube ich, daß man gerade im Rahmen des Straßenbauprogrammes für das kommende Jahr sicherlich positive Ergebnisse erwarten kann. Ihnen allen herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Pinegger:** Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ganz leis' erklingt Musik, möchte ich angesichts dieser späten Stunde einleiten.

Meine Damen und Herren, es wurde hier bei diesem Kapitel sehr viel in Moll vorgetragen, wenn man sich an die Jahre vorher zurückerinnert. Es hat heute bei der Schlußrede zum Kapitel 3 Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth gesagt, daß sich die sängerische Tätigkeit von den Straßen auf die Landesausstellungen verlagert habe. Ich bestätige das voll und ganz. Meine Damen und Herren! Ich werde also auch Durtöne anschlagen. Aber ich muß jetzt eine Molluntermalung dennoch anbringen. Ich bedaure es sehr, daß die geschätzte Kollegin der Alternativen Liste es vorgezogen hat, sich zurückzuziehen. Aber ich kann den VGO-Vertreter ansprechen. Ich verstehe es eigentlich kaum. Sie hat auch dieses Zehn-Jahres-Programm hier praktisch in Händen gehabt. Aber sie hat es im negativen Sinn erhoben. Das erinnert mich auch an ein Kärntner Lied, das lautet „Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch“, und so ähnlich klang es auch bei ihr. Ich glaube, sie hat unisono eingestimmt in den Budgetentwurf des geschätzten Finanzreferenten Dr. Christoph Klausner, der – meine Damen und Herren – ja wirklich dem Bedürfnis, ohne es zu kennen, der alternativen Gemeinschaft entsprechend, gewaltige Reduzierungen auf dem Sektor Straßenbau im Entwurf vorgenommen hat. So hat er zum Beispiel 134,2 Millionen Schilling, allein was den Ausbau von Landesstraßen anbelangt, herabgestrichen. Das sind insgesamt gemessen am Budget des Jahres 1986 minus 35 Prozent. Es hätte, wenn das realisiert worden wäre, zur Einstellung laufender Bauvorhaben geführt und darüber hinaus auch zu einem Ausschreibungsstopp. Gott sei Dank konnte das verhindert werden. Sie werden erst zustimmen, sie haben ja auch, liebe Kollegin von links, damit auch das erkennend, uns beim Verhindern geholfen. Lassen Sie mich aber noch eines sagen, denn diese Ansätze sind ja im echten Widerspruch, meine lieben Kollegen von links. Ich kann mich so gut an die letzten Jahre erinnern, es hat kaum eine Landtagssitzung gegeben, wo nicht Kollegen ihrerseits mit aller Vehemenz draußen in den Regionen verkündet haben, ich werde dafür sorgen, ich werde den Antrag einbringen, daß diese überregionale Gemeindestraße übernommen wird. Oh, welcher Widerspruch, meine Damen und Herren! Hier antragstellend mit aller Vehemenz, und dann von oben her reduzierend tätig.

Meine Damen und Herren! Ich überlasse es Ihnen, das zu beurteilen. Sogar beim agrarischen Wegebau – als Bürgermeister einer Landgemeinde bewegt mich das, Kollege Hammer, du kennst meine Situation – hat man auch sehr deutliche Kürzungen praktisch vorgenommen. Dort hat es sogar 48 Prozent minus gegeben.

Meine Damen und Herren, nun lassen Sie mich eine ganz bescheidene Übersicht über diese Programmatik geben. Die zehn Jahre sind abgelaufen. Dieses Programm von 1975 auf 1985 wurde erfüllt. Nunmehr schreiten wir, eben was den Straßenbau anlangt, in die nächste Dekade, die dann 1995 – so Gott will – ebenso erfüllt wird, wie die vergangenen Jahre in dem Sinne erfüllt wurden. Wir haben gegenwärtig – lassen Sie mich eine kurze Übersicht anbringen – in der Steiermark 300 Kilometer Autobahnen. Es könnten ruhig

noch mehr sein. Wir haben auch, meine Damen und Herren, als Land Steiermark eine gewaltige Vorleistung erbracht. Nennen Sie mir ein Bundesland, das 1,5 Milliarden Schilling in dem Sinn erbracht hätte, für eine Verpflichtung, die dem Bund unterliegt. Lieber Herr Landeshauptmann, herzlichen Dank. Ich glaube, wir bedanken uns alle auch. (Beifall bei der ÖVP.) 160 Kilometer Schnellstraßen, schade, daß der Kollege Ofner nicht im Haus ist. (Abg. Günther Ofner: „Ich bin da!“) Nein, es gibt ja einen schöneren Ofner, entschuldige, das ist der Franz Ofner, bitte, mein Freund.

Wir würden uns sehr wünschen, bezogen auf diese 160 Kilometer Schnellstraßen, daß auch vom Bund her die Mittel verstärkt kommen für die Schnellstraßen aus dem Zentralraum Voitsberg in Richtung Autobahnauffahrt Mooskirchen. Wir wünschen es uns. (Abg. Günther Ofner: „In den nächsten fünf Jahren 8,5 Milliarden Schilling für die Steiermark!“) Deine Botschaft höre ich wohl, allein mit fehlt der Glaube.

Darüber hinaus haben wir 1600 Kilometer Bundesstraßen und 3330 Kilometer Landesstraßen. Sie erfüllen im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine immens wichtige Aufgabe, schon einmal hinsichtlich dessen, daß diese Landesstraßen, das ist sicher nicht im Nahbereich der Ballungszentren so wichtig, auf Grund der Arbeitsplatzsituation den Pendlern dienen, um rascher ihren Arbeitsplatz erreichen zu können. Das Bauprogramm, ich habe es angedeutet, von 1976 bis 1985 wurde erfüllt. Im Sinne der Dringlichkeit wurden die Landesstraßen ausgebaut. Die Prioritätenreihung wäre, und ich glaube, die Ankündigung habe ich vom Kollegen, auch Bürgermeister, Abgeordneten Gottlieb aus Frohnleiten erfahren, bezogen auf die Steiermark, so ähnlich, wie wir es zehn Jahre auf Landesebene angewandt haben, auch von Bundeseite anzuwenden.

Meine Damen und Herren, es gibt mit gegenwärtigem Stand nur mehr 35 Kilometer Landesstraßen, die nicht mit einer Asphaltdecke versehen sind. Und diese 35 Kilometer, die noch fehlen, sind praktisch auch in die Ausbauphase gelangt. Meine Damen und Herren, es gilt also nun in diesen zehn Jahren nicht in dem Sinn, ein Ausbauprogramm zu erfüllen. Ich bekomme einen Zettel, die Straßen mögen kürzer werden. Ja, ich komme zum Abschluß. (Abg. Meyer: „Die Reden mögen kürzer werden!“) Sie haben das mißverstanden, Frau Kollegin Meyer. Würde ich in manche Gleise Ihrer Rednerzeiten fahren, dann könnte es ruhig Mitternacht werden, darf ich Ihnen zurufen. Aber ich mache es kurz.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, dem Landeshauptmann in seiner Eigenschaft als Straßenreferent, auch anno dazumal als Landesrat, herzlich Dank zu sagen für dieses Bemühen, aber darüber hinaus möchte ich auch herzlich danken dem Landesbaudirektor Hofrat Dipl.-Ing. Andersson, und einen herzlichen Dank auch dem Straßenkoordinator Hofrat Dipl.-Ing. Theußl. (Allgemeiner Beifall.) Miteinbezogen, meine Damen und Herren, sind alle die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Fachabteilung Straßenbau.

Meine Damen und Herren, wir hoffen also, Sie mit mir, daß sowohl der Ausbau der Landesstraßen, was die Verbesserung, Verbreiterung und Belagserneuerung anbelangt, als auch darüber hinaus der Ausbau der Bundesstraßen forciert in unserem Bundesland

voranschreitet. Eine leise Hoffnung habe ich auch noch, und damit möchte ich schließen, daß es schön wäre, wenn der Bund in die Lage versetzt werden könnte, Landesstraßen zu übernehmen, daß unter Umständen dann als Folgerung das Land in die Lage versetzt werden könnte, auch überregional bedeutungsvolle Gemeindestraßen in die Obhut des Landes zu übernehmen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Günther Ofner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Günther Ofner:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich hätte eigentlich bei dieser Rede, die mir sehr gut gefallen hat, Kollege Pinegger, erwartet, daß du auch den Dank an den Bund aussprichst, an den Bautenminister (Beifall bei der SPÖ.), weil ich glaube, von dort ist hauptsächlich das Geld für den Straßenbau gekommen. (Abg. Schrammel: „Wird schon kommen bei der nächsten Budgetdebatte!“) Das glaube ich gar nicht.

Meine geschätzten Damen und Herren, ein gut ausgebautes, den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechendes Straßennetz ist eine notwendige Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Funktionieren des Wirtschaftslebens. Das gilt im besonderen Maß für die Obersteiermark, in deren Industrieregionen gerade jetzt die erforderlichen Umstrukturierungen und Anpassungen eine rasche und für die Bevölkerung dringend notwendige Lösung erfordern. Bautenminister Heinrich Übleis hat beim Steirischen Straßentag in Leoben, bei dem auch Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross auswesend war, erklärt, daß im Rahmen des Fünf-Jahres-Investitionsprogrammes für den Bundesstraßenbau ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 8,3 Milliarden Schilling für die Obersteiermark vorgesehen ist. Und ich glaube sehr wohl, Kollege Pinegger, daß diese Summe stimmen wird, wenn nicht vielleicht durch die Koalition Kürzungen eintreten werden. Das weiß man natürlich nicht. Aber würde eine sozialistische Regierung weiter sein, wären sehr wohl diese 8,3 Milliarden Schilling für den Straßenbau vorgesehen. Es ist noch nie so viel im steirischen Straßenbau gemacht worden als unter einer sozialistischen Regierung. (Beifall bei der SPÖ.) Werte Damen und Herren, diese 8,3 Milliarden Schilling stellen zirka 15 Prozent des gesamtösterreichischen Bundesstraßenbauvolumens für diesen Zeitraum dar, wodurch der Ausbau der A9, Pyhrnautobahn, bis 1992/93 und der Schnellstraßen im Mur- und Mürztal bis 1988 gesichert ist. Die Straßen in der Obersteiermark dienen aber nicht nur der lebenswichtigen Erschließung der steirischen Industrieregion beziehungsweise deren verkehrsmäßigen Anschluß an die Absatzmärkte im übrigen Österreich und dem benachbarten Ausland. Sie sind auch ein wichtiger Teil der Verbindung zwischen den bedeutenden Wirtschaftsräumen Linz – Wels und Graz. Auch für den steirischen Fremdenverkehr stellen sie einen unverzichtbaren Bestandteil dar. Mit dem Ausbau des hochrangigen Straßennetzes in der Obersteiermark wird auch ein erheblicher Beitrag für die Beseitigung der Unfallschwerpunkte geleistet. Insbesondere die Gastarbeiterroute, die zu den unfallträchtigsten Straßenabschnitten ganz Österreichs gehört, wird mit dem Bau der A9, Pyhrnautobahn, über den

Schoberpaß verkehrssicher werden. Viele Straßenprojekte wurden bei diesem Straßentag in Leoben vorgestellt, deren Aufzählung sicherlich zu weit führen würde. Was mich aber dabei besonders freut, und das möchte ich hier erwähnen, ist, daß ein gewisser Teilausbau für die B96 von Judenburg bis Scheifling und der B83 von Scheifling bis zur Kärntner Landesgrenze enthalten ist. Wie ja die meisten wissen, kann in Kürze mit der Fertigstellung der S6 und der S36 gerechnet werden, das heißt, daß es nicht mehr allzulange dauern wird, daß man von Wien bis nach Judenburg und von Graz bis nach Judenburg durchgehend auf einer Autobahn beziehungsweise Schnellstraße fahren wird können. Auch von der Kärntner Landesgrenze bis nach Triest kann man durchgehend auf einer schönen Autobahn fahren, vor allem jetzt, wo die Kanaltalautobahn fertiggestellt wurde. Nur, im schlechtesten Straßenstück, wo es einen Großteil der Unfälle gibt, das ist von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze, ist bis heute leider Gottes kein Ausbau erfolgt. Ja, warum nicht? Es gibt eigentlich keine richtige Gesamtplanung für dieses Stück.

Erst gewisse Detailplanungen sind in letzter Zeit hier fertig geworden. Gerade dieser Abschnitt, meine Damen und Herren, liegt aber im Bezirk Murau. Er heißt eigentlich nicht umsonst – die Zeitungen haben das ja schon einige Male verwendet – der vergessene Bezirk Murau. Laut Bautenminister Übleis sind für 1987 daher der Baubeginn der Bahnunterführung Dürnstein mit 45 Millionen Schilling und der Ausbau des Scheiflinger Ofens mit 78 Millionen Schilling vorgesehen. Leider weiß man nicht – das hat der Herr Landeshauptmann in der Fragestunde selbst gesagt und mitgeteilt –, daß es bei den Scheiflinger Öfen nach wie vor kein baureifes Projekt gibt. Es wird daher wohl das zweite Mal vorkommen, daß mit dem Bau dieses Teilstückes nicht begonnen werden kann und die zugesagten Mittel woanders hingehen werden, wie es ja schon im Jahr 1981 der Fall war. Seit 1978 wird nämlich an diesem Straßenstück geplant. Acht Jahre sind seither vergangen und nach wie vor gibt es keine Lösung. Der Naturschutzbeirat hat es bis jetzt verstanden, das so wichtige Straßenstück, den so wichtigen Ausbau, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller, zu verhindern. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Im Gegenteil, wir haben beide Varianten positiv beurteilt!“) Man muß wirklich mit Bedauern feststellen, acht Jahre, sechs Varianten sind hier durchgeführt worden, bis jetzt gibt es keine Entscheidung. Ich finde das einfach fürchterlich, Kollege Dipl.-Ing. Schaller.

Mich wundert es eigentlich, und wir wissen, daß der Naturschutzbeirat mit Mehrheit der ÖVP zusammengestellt ist, daß der Herr Landeshauptmann diesem Treiben so lange zugeschaut hat, meine Damen und Herren. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich werde dir die Protokolle morgen vorlegen!“)

Nicht viel anders ist es mit der Umfahrung von Neumarkt. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Eine glatte Unwahrheit!“) Auch hier hat man eine Trasse gewählt, die von einem großen Teil der Bevölkerung in berechtigter – ich muß auch sagen in verständlicher – Weise nicht angenommen werden kann. Man sollte nicht gegen den Willen der Bevölkerung planen, man sollte die Betroffenen miteinbeziehen. Nur so, glaube ich, kann eine vernünftige Lösung eben stattfinden. Meine

sehr geehrten Damen und Herren, die Straßenplanung soll natürlich weitsichtig und vorausdenkend und für den zukünftigen Straßenbau gemacht werden. Es tut mir daher wirklich sehr leid, daß die Schnellstraße E 36 nicht bis Scheifling geführt wird, wie es eigentlich einmal gedacht war, sondern nur bis Judenburg und von dort mit einer vierbahnigen Bundesstraße weiter. Auch die Straße von Scheifling bis Neumarkt müßte als vierbahnige Bundesstraße ausgelegt werden. Man weiß, daß der Schwerverkehr auf der ehemaligen B 17 ständig zunimmt. Auf Grund der topographischen Gegebenheiten wird daher diese Strecke über den Semmering nach Triest weiterhin überdurchschnittlich angenommen werden. Der Bezirk Murau ist einer der strukturschwächsten Bezirke unseres Landes. Die Arbeitslosigkeit, die Zahl der Auspendler, Jugendarbeitslosigkeit und vieles mehr sind überdurchschnittlich hoch im Bezirk. Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind daher einmal gut ausgebaute Verkehrswege. Deshalb ist der leistungsfähige Ausbau der B 96 und B 83 für die zukünftige Entwicklung des Bezirkes von immenser Bedeutung. Ich ersuche Sie daher, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, als zuständiger Straßenbaureferent raschest für eine baureife Gesamtplanung Sorge zu tragen. Es ist nur zu hoffen, daß sich auch der neue Bautenminister, wenn es nicht wieder Dr. Übleis sein sollte, auch an dieses Bauprogramm halten wird. Den Herren im Naturschutzbeirat möchte ich wirklich nahelegen, endlich mit dieser Verhinderungspolitik aufzuhören. Menschenleben müßten eigentlich mehr wert sein als alles andere. Sie müßten an erster Stelle stehen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schwab:** Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Einige kurze Anmerkungen zum bisher Diskutierten aus meiner Sicht. Herr Kollege Ofner, ich muß klar und entschieden zurückweisen, den Naturschutz als den großen Verhinderer hinzustellen. (Abg. Günther Ofner: „Warum ist es nicht gebaut worden bis jetzt? 1981 schon waren die Mittel vorhanden!“) Laß mich ausreden! So einfach bitte geht das nicht, um die Worte des Kollegen Weilharter zu verwenden. Mühsames, monatelanges und sogar jahrelanges Ringen geht voraus. (Abg. Günther Ofner: „Aber es muß auch die Zeitspanne raschest eingehalten werden!“) Das Problem haben auch die Straßenbauer, dieses Problem hat natürlich auch der Naturschutzbeirat. Lustig ist das Geschäft in keinem der beiden Fälle. Da geht es um ein menschliches Zusammenfinden, um bestmögliche Lösungen, die letztlich auch gemeinsam getragen werden können. Und zwar aus Überzeugung getragen werden können, nicht so, daß einer das Gefühl hat, jetzt ist er niedergeführt worden. Ich habe das wirklich klarstellen müssen, wobei auch von eurer Seite maßgebliche Leute mit dabei sind. Kollege Hans Brandl, der ein guter Vertreter ist, der immer gut mitgearbeitet hat, und der Kollege Hammer. So einfach sind die Dinge nicht. Wir haben immer um gemeinsame Lösungen gerungen, auch im Naturschutzbeirat bei aller Problematik. Das wissen wir gut genug.

Ich wollte aber auch ein paar Anmerkungen machen zu einigen Bereichen. Ich habe mir schon gedacht, mir fehlt der Gegner. Aber die Frau Kollegin Kammlander ist wieder gekommen. Sie haben einige Male den Schutzwasserbau angezogen. Schlagworte wie Rückbau statt Regulierung und Kanalisation und Verbetonierung fallen immer wieder. Ich glaube, auch hier machen wir uns es nicht so einfach. Die Frage ist, wie man baut. Ich bin fünf Meter mit meinem Hof von einem Wildbach weg, Gumpentalbach heißt er. Damit dies alles nachvollziehbar ist. Wir haben im Jahr 1965 ein gewaltiges Hochwasser gehabt. Das Dorf war bis zu drei Meter unter Schutt, Schlamm, Geröll, Bäumen und so weiter verschüttet. Es ist ein Haus dem Erdboden gleichgemacht worden. In unserem Stall sind die Schweine und Hühner erstickt. Die Feuerwehrleute haben unter Einsatz ihres Lebens die acht Kühe aus dem Stall geholt. Die Mutter vom Schifahrer Höflechner Helmut ist 200 Meter, im siebenten Monat schwanger, mit dem Auto mitgerissen worden und hat dies fast unverletzt überstanden. Das Kind ist nach zwei Monaten geboren worden. So einfach sind die Dinge nicht. Da geht mir wirklich fast die Sicherung durch. (Abg. Kammlander: „Was werfen Sie mir vor?“) Sie generalisieren ununterbrochen. Ich würde Sie bitten, wenn Sie uns ununterbrochen etwas vorwerfen, bitte, wirklich zu differenzieren. Ich sage auch, daß in einzelnen Fällen dort und da einmal zuviel gemacht worden ist. Da sind wir uns durchaus einig. Nur noch einmal: ja nicht generell darüberfahren. Und das ist immer die Gefahr bei Ihren Wortmeldungen. Ich möchte dies gar nicht gehässig sagen.

Wir haben dort eine Verbauung hinbekommen, die anständig gemacht worden ist. Wirklich! Es wurde auf Begründungen Wert gelegt, die Uferböschungen sind bepflanzt worden, und wir können zur Zeit der Schneeschmelze wieder relativ sicher schlafen. So ist das.

Nur zwei Sätze zur Abwasserbeseitigung. Ich glaube auch, da haben wir einen Lernprozeß hinter uns gebracht, alle miteinander. Ich möchte es nur unterstreichen. Bitte auch in Zukunft keine Mammutanlagen mehr zu planen, sondern die Belastungen verdaubar zu verteilen und nicht entlegene Objekte miteinzubeziehen, die sagenhafte Kosten verursachen in der Zuleitung, die niemand mehr zu bezahlen in der Lage ist. Ich sage es nochmals, Belastungen verdaubar verteilen. Es ist wirklich sehr einfach, alle die Maßnahmen zu kritisieren und in Frage zu stellen, gerade in der Sache Schutzwasserbau, wenn man selber im Trockenen sitzt im wahrsten Sinne des Wortes.

Abschließend zum Straßenbau. Ich möchte mich mit der unendlich schwierigen Materie im Ennstal gar nicht beschäftigen. Natürlich wurden von beiden Seiten auch Fehler begangen. Ich sage das durchaus. Nur, ich habe Sorge, daß sich das letztlich, und wir haben ja Anzeichen, fast zu einem Kampf der einen Talseite gegen die andere entwickelt. Herr Kollege Tschernitz, du kennst das. Ungemein sensibel. Es ist sehr einfach für herüber, zu sagen, Burschen, eine Umfahrung brauchen wir, und auf der anderen Seite drüber sagen sie, warum sollen wir sie nehmen. Schon wieder Florianiprinzip, ganz dasselbe. Der Straßenbau im Sölketal ist namentlich angeschnitten worden. Auch dort ist es so. Das ist kein Bosheitsakt gewesen. Die Menschen dort brauchen eine anständige Zufahrt,

speziell im Winter. Die Bergbauerngemeinde St. Nikolai, zusätzlich 130 Pendler, die alle Tage brav herausfahren und wieder hineinfahren, 45 Kilometer insgesamt, und im Winter bei eineinhalb und mehr Meter Schnee. Von der Wochenendromantik allein können wir und können vor allem die Bergbauern dort in dem Gebiet nicht leben. Machen wir es uns wirklich bitte nicht so leicht. Es ist in der Sölk auch, und dazu stehe ich, sehr solid gebaut worden. Natürlich schaut es während der Bauzeit nicht sehr schön aus, das wissen wir; wenn die Fundamente frei dastehen, wenn der Schutzanstrich noch nicht drauf ist, die Erde noch nicht darübergeschüttet ist, noch nicht begrünt ist. Es wurde beim Sölkbach kein einziges Ufer mit Beton verbaut. Es sind Natursteine verwendet worden. Auch da hat man einen Lernprozeß durchgemacht. Ich wollte das nur mit aller Entschiedenheit aufzeigen und würde wirklich sehr bitten, daß man in diesen Bereichen die Dinge sehr differenziert betrachtet. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Vollmann:** Frau Präsident, Herr Landeshauptmann, Hoher Landtag!

Ich will all jene Dinge, die schon besprochen worden sind, weglassen, weil ich glaube, daß in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sicherlich jeder froh ist, wenn er sich von diesen Sitzen erheben kann. Aber, Herr Landeshauptmann, Sie haben in dankenswerter Weise allen Bürgermeistern und Abgeordneten das Zehn-Jahres-Bauprogramm für die Landesstraßen 1986 bis 1995 zukommen lassen. Und es ist sicherlich nicht abzuleugnen, daß hier an den Bundesstraßen, Autobahnen und Schnellstraßen in der Obersteiermark sehr viel geschehen ist in den letzten Jahren. Ich kann das gerade als einer derjenigen – Adalbert Sebastian hat die Straße Bruck/Mur–Graz immer den Ho-Tschiminh-Pfad genannt –, der auf dieser Strecke hin- und hergefahren ist und weiß, was es heißt, daß es heutzutage anständige Straßen gibt, beurteilen. Aber man muß auch sagen, daß hier bei den Landesstraßen sicherlich viel geschehen, aber noch immer einiges ausständig ist. In diesem Katalog ist eine große Anzahl von Straßen aufgezählt. Ob sie im Endeffekt wirklich in diesem Zehn-Jahres-Bauprogramm Platz haben, bezweifle ich, aber der gute Wille ist in dieser ganzen Erstellung der Landesbaudirektion sicherlich ersichtlich. Ich habe aber eine große Bitte, Herr Landeshauptmann, gerade an Sie, als denjenigen, der für den Landesstraßenbau im Endeffekt auch zuständig ist. Wir haben im Mürztal ein neuralgisches Stück. Die S 6 wird im Jahr 1988 auch auf dem letzten Stück zwischen Kindberg und Krieglach fertiggestellt sein. Es bereitet uns hier vor allem die L 102, die sogenannte Veitscher Straße mit ihrer Umfahrung Mitterdorf, große Sorgen. Es ist also derzeit so, daß dort ein Bahnschranken besteht, wo es große Wartezeiten gibt, auch durch den steigenden Bahn- und Zugsverkehr. Der Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger kann das sicherlich auch sagen, weil wir öfters dort stehen, wenn wir zu unseren Sprechtagen fahren. Außerdem entsteht hier eine ganz große Belastung durch den Schwerverkehr der Veitscher Magnesit-Werke-AG. Ich hatte vor kurzer Zeit

die Möglichkeit, mit dem Herrn Vorstandsdirektor Dr. Hödl zu reden, und es wäre natürlich für alle, die auf dieser Straße fahren müssen, eine große Erleichterung, vor allem auch für die Pendler, aber vor allem für die Bewohner des Ortes Mitterdorf, die hier im Ortskern wohnen und an dieser Straße, wenn hier etwas geschehen würde. Und ich weiß, daß hier schon Vorarbeiten geleistet worden sind. Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, zu überprüfen, ob es doch nicht möglich wäre, hier im Bereich der Rotkreuzsiedlung eine Unterflurtrasse anzusetzen. Ich weiß, daß es Schwierigkeiten gibt in der Frage der Rotkreuzsiedlung und hier in der Anlegung der Trasse, aber bei einer Überlegung der Unterflurtrasse ließe sich hier ein vernünftiger Weg finden und somit eines der letzten neuralgischen Stücke lösen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich kann natürlich diesen Vorwurf nicht im Raum stehenlassen und zwar deswegen nicht, weil es schwer genug ist, Naturschutzpolitik in dem Land zu machen. Der Herr Kollege Hubert Schwab hat es bereits gesagt, mit welchen Problemen wir uns auseinandersetzen haben. Ich bin schon gewohnt, daß der Naturschutz für alles verantwortlich gemacht wird. Aber ich kann Ihnen, Herr Kollege Ofner, den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie hier entweder wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt haben oder sich nicht informiert haben. Die Wahrheit ist die, daß wir uns in einer sehr gewissenhaften Weise mit dem Projekt auseinandergesetzt haben. Es stimmt, daß wir die erste, die Brutalvariante, die den Scheiflinger Ofen praktisch weggeräumt und weggesprengt hätte, abgelehnt haben. Wir haben dann aber sehr wohl eine Trasse gemeinsam mit dem Straßenbau erarbeitet, die die Zustimmung des Naturschutzbeirates gefunden hat. Daß diese Trasse, die von uns abgesegnet worden ist, nicht die Zustimmung des Bautenministers gefunden hat (Abg. Günther Ofner: „Weil es die teuerste ist!“) – bitte, das dürfen Sie nicht dem Naturschutzbeirat zum Vorwurf machen. Ich sage Ihnen noch etwas. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben uns noch einmal, nachdem diese Trasse vom Bautenminister abgelehnt worden ist, im Naturschutzbeirat mit diesem Problem beschäftigt. Wir sind dabei zum seinerzeitigen Beschluß gestanden, haben aber auch betont, daß es uns lieber wäre, wenn eine schonendere Variante geplant würde, wie sie der Bautenminister vorgeschlagen hat und die eine Teilung der Straße vorgesehen hat, wobei eine Richtungsbahn unten und eine oben geführt werden sollte. Das ist die Wahrheit. Wir haben nichts abgelehnt, außer die erste Trasse, und zu diesem Beschluß stehe ich, weil diese erste Variante dieses einmalige Naturdenkmal „Scheiflinger Ofen“ völlig zerstört hätte. Jede weitere Planung wurde von uns positiv begutachtet. Das möchte ich sagen, damit hier nicht einfach Behauptungen aufgestellt werden. Sie wissen ganz genau, Kollege Ofner, wir haben bisher, seit ich Vorsitzender des Naturschutzbeirates bin, keinen einzigen Mehrheits-

beschluß gefaßt. Es wurden alle Beschlüsse einstimmig gefaßt, es sind auch die Vertreter Ihrer Partei dabei, und wir haben so lange gerungen, bis wir eine Lösung gefunden haben, die dann von allen mitvollzogen werden konnte. Insoweit finde ich es unfair, wenn man dann im Landtag den Naturschutz verantwortlich macht für Dinge, für die er wirklich nichts dafür kann. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Ofner hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

**Abg. Günther Ofner:** Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte wirklich etwas klarstellen. Ich habe schon einige Jahre über dieses Problem geredet, aber es war für die Katz. Eines ist klar, und das hat der Herr Landeshauptmann selbst in der Beantwortung in der Fragestunde gesagt. Seit 1978 wird an diesem Teilstück geplant. Ich glaube, da gibt es keine Diskussion. 1981 wurden vom Bautenminister Sekanina Mittel bereitgestellt. Diese Mittel konnten nicht verwendet werden, weil es dort keine Lösung gegeben hat zum Bauen, keine baureife Trasse vorhanden war, kein baureifer Plan. Und seither, seit 1978, sind wieder fünf Jahre vergangen, und auch bis jetzt gibt es keinen baureifen Plan. Ich hoffe, daß es wirklich im kommenden Jahr so weit sein wird. Aber, meine Damen und Herren, jeder, der dieses Straßenstück von Graz oder von Wien bis Triest befährt, weiß, daß das das schlechteste Stück ist. Und so viele Unfälle sind dort passiert. Tödliche Unfälle. Ich glaube, man kann sich das nicht so leichtmachen, indem man sagt, wir prüfen die Trassen, wir versuchen alles, und dann nimmt man die teuerste Variante, mit einem Tunnel von 130 Millionen Schilling in etwa. Ich lasse mich gerne berichtigen auf ein paar Millionen, aber so in etwa ist es. Und ich glaube, so kann man das nicht machen. Es ist sehr leicht gesagt, jawohl, wir wollen naturschutzmäßig alles genau machen, aber uns muß das Teuerste gerade gut genug sein. So, glaube ich, geht es nicht. Man sollte endlich einmal eine Lösung finden, damit die Menschen dort wirklich ordentlich fahren können und damit das Unglücksfeld endlich einmal ausgeschaltet wird. Ich glaube, es wäre nicht nur für die Autofahrer sehr wesentlich, sondern für alle Bewohner des Bezirkes Murau. Ich würde mich nicht so engagieren, wenn nicht wir alle schon derartig nervös in dieser Angelegenheit wären. (Beifall bei der SPÖ – Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Aber bitte, mache nicht den Naturschutzbeirat dafür verantwortlich!“)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort erteile ich nun dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Kammlander hat nicht in den leeren Raum geredet. Ich muß ihr leider im Eilzugs- und Telegrammstil ein paar Antworten zu ihrer Meinung geben.

Erster Irrtum: Die Kraftfahrer bezahlen den Straßenbau, die Straßenerhaltung mit ihren Steuern weit mehr, sogar die Rückzahlungen, weil Sie nämlich übersehen haben, daß in jedem Liter Benzin, den

wahrscheinlich auch Sie tanken, 20 Prozent Mehrwertsteuer enthalten sind. (Abg. Kammlander: „Ich habe kein Auto!“) Dann wird in Ihrer Familie sicher jemand sein. Jedenfalls hat Ihr Fraktionskollege ein Auto, das weiß ich zufällig genau, und so ist es. Man redet gegen das Auto und fährt selber damit. Man zahlt mit jedem Liter Benzin 20 Prozent Mehrwertsteuer. Und wenn Sie den Teil herausrechnen, dann erhält sich der Straßenbau sozusagen durch die Autofahrer. Erstes Faktum!

Zweites Faktum: Nahverkehrsmilliarde! Wir sind mit der Aufteilung nicht zufrieden, weil ein großer Teil dieser Nahverkehrsmilliarde in den Ballungsraum Wien geht. Wir haben auch Änderungsanträge gestellt, weil in unseren Zufahrtsmöglichkeiten für den Ballungsraum Graz der Autobus als öffentlicher Verkehrsträger eine große Rolle spielt, der in der Aufteilung der Nahverkehrsmilliarde nicht berücksichtigt ist.

Drittes Faktum: Wir sind in Verhandlungen mit dem Bund bezüglich Nahverkehr auf der Eisenbahn. Leider hat die Bundesbahn uns geschrieben, daß nach einer Ministerweisung – das ist bitte auch für das Haus wirklich interessant – auch die Folgekosten berechnet werden müssen. Und über die Aufteilung der Folgekosten muß auch Klarheit geschaffen werden. Zu deutsch heißt dies, wir sollen zum Bundesbahnbetriebsdefizit dann auch noch dazuzahlen. Das wird ein sehr harter Punkt in den Verhandlungen nach 15a sein, wo grundsätzlich vor Jahren schon Einvernehmen mit dem Bund bestand, aber leider nur grundsätzlich.

Vorletzter Punkt: Wir haben seit 1. Juli, wie Ihnen sicher bekannt, einen Verkehrsverbund tarifmäßig in Graz, der leider wesentlich schlechter angenommen wird, als auch wir angenommen haben. Es sind, glaube ich, genau 746 Karten verkauft worden. Wir hoffen, daß es im Winter mehr werden und daß sich die Leute daran gewöhnen. Es werden laufend technische Verbesserungen, Übergangsmöglichkeiten, Fahrplan und so weiter gemacht.

Letzter Punkt: Schoberpaßstrecke. Ein altes Verlangen ebenfalls in den 15a-Verhandlungen. Leider ist das wieder im neuen Bundesbahnprogramm als großer Hit stehend. Wir hoffen, daß nach der Strecke Gaishorn-Trieben, an der furchtbar lange gearbeitet worden ist und die jetzt endlich zweigleisig in Betrieb ist, auch etwas weitergeht. Sie können versichert sein, daß die Landesregierung sich sehr um die positiven Aspekte des Nahverkehrs bemüht. Es wird aber sehr daran liegen, und ich möchte hier keine philosophische Diskussion vom Zaun brechen, es ist so, daß das Auto die Freiheit vermittelt und daß die Mehrheit der Österreicher ein Auto hat und mit diesem Auto auch fahren will. Daher haben fast alle anderen Abgeordneten zu diesem Kapitel sehr heftig berechnete Wünsche angemeldet. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist das 15. Mal, daß ich zu diesem Kapitel das Schlußwort zu sprechen habe. Es war eigentlich noch nie so spät, muß ich feststellen, obwohl es von Jahr zu Jahr später geworden ist. Nichtsdestoweniger, dachte



ich, würde ich Ihnen auch einen Dienst erweisen, wenn ich dieses Schlußwort noch heute halte und nicht morgen die Chance Ihnen nehme, noch am Abend fertig zu sein mit uns zusammen in dem Sinne, als daß wir dann am Samstag nicht unbedingt eine Fortsetzung der Budgetdebatte hier haben müßten, obwohl das grundsätzlich für möglich gehalten wurde. Ich will mich kurzhalten, aber trotzdem versuchen, auf die wichtigsten Fragen einzugehen, die heute hier angeschnitten wurden, und mir auch einige grundsätzliche Vorbemerkungen, alle Jahre wieder, sozusagen, erlauben. Ich habe es in den letzten Jahren immer so gehalten, daß wir mit dieser Art von Schaubild am ehesten die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten Grunddaten zeigen konnten. Es zeigt sich, daß das Wirtschaftswachstum dieser Kurve im Jahr 1986 – das geht aus dieser Darstellung nicht hervor – nach der Juniprognose um ein halbes Prozent zurückgenommen werden mußte. Ursprünglich war eine 2,5prozentige Wachstumsrate vorgesehen, prognostiziert, faktisch haben wir eine zweiprozentige erreicht, und für das nächste Jahr sagen sowohl Wirtschaftsforschungsinstitut als auch das Institut für Höhere Studien gleich ein zweiprozentiges voraus. Was im Hinblick auf die Tatsache einer erhöhten Inflationsrate – die heurige liegt bei 1,7 Prozent, die nächstjährige ist nach dieser Prognose bei 2,3 Prozent anzusetzen – und der Arbeitslosenrate anstatt wie heuer 5,2 mit 5,5 Prozent Probleme für das nächste Jahr signalisiert, wenngleich der Konjunkturverlauf gerade auch in diesen beiden Jahren relativ stabil und konsolidiert erscheint. Das bedeutet aber de facto, daß natürlich gerade auch in der Bauwirtschaft die Problematik sich eindeutig im nächsten Jahr wiederum in Richtung auf eine abwärts geneigte Kurve im Zusammenhang mit dem Beitrag der Bauwirtschaft zum Wirtschaftswachstum zu sehen sein wird. Wir haben eine sehr beachtliche Entwicklung im heurigen Jahr mit diesem Wachstum von 3,5 Prozent über der allgemeinen Wachstumskurve liegend. Wir werden aber nach der Prognose der beiden Institute im nächsten Jahr ein Wachstum von 1,5 Prozent in der Bauwirtschaft haben und eben die vorhin genannten 2 Prozent für das allgemeine Wirtschaftswachstum. Die Tatsache nun, daß hier mehrfach darüber gesprochen wurde, und zwar zu Recht, daß in den letzten Jahren erhebliche Investitionsmittel vor allem auch seitens des Bundes, insbesondere im Bundesstraßenbau, sowohl bei den Autobahnen wie auch bei den Schnellstraßen und den Bundesstraßen erfolgt sind, steht völlig außer Diskussion. Wie ebenso außer Diskussion steht, daß auf der Basis dessen, was man über die Budgetentwicklung des Bundes im nächsten Jahr überhaupt seriös sagen kann, nämlich auf der Basis dieses Budgetprovisoriums, diese Anteile beachtlich geringer sein werden insbesondere auch bei uns in der Steiermark. Ich möchte das, Herr Kollege Ofner, deshalb sagen, weil Sie mehrfach darauf hingewiesen haben. Ich habe Sie schon verstanden. Wir sind lange genug miteinander in diesem Hohen Haus, wenn am Ende der Minister Übleis nicht mehr käme. Auch er war nicht in der Lage, noch in diesem Budgetprovisorium eine talwärtsneigende Trasse in der Entwicklung der Bundesausgaben für Bauangelegenheiten zu verhindern. Ich stehe nicht an, ich habe das auch immer wieder getan, zu sagen, er hat eine große Bemühung gesetzt, er hat insbesondere

auch für die Steiermark nach vielen, vielen Bemühungen unsererseits immer wieder auch seinerseits sehr erfreuliche Bemühungen gesetzt. Nur ist auch dieses in Leoben von Ihnen verkündete über 8-Milliarden-Programm natürlich kein Fünf-Jahres-Programm in der Realisation, sondern in der Realisation eher ein Sieben- bis Zehn-Jahres-Programm, wobei immer hinzugefügt werden muß, daß bei all diesen Plänen, das gilt auch für das Landesstraßenbauprogramm der nächsten zehn Jahre, die Problematik der Budgetentwicklung vollends nicht vorhergesehen werden kann. Aber daher vernünftige Planer, vernünftige Prognostiker mit schätzwerten Arbeiten, von denen man annehmen kann, daß sie einigermaßen vorsichtig geschätzt sind und trotzdem auch unter schwierigen Budgetbedingungen solche Programme eingehalten werden können. Beim letzten Zehn-Jahres-Landesstraßenbauprogramm ist es tatsächlich gelungen. Ich habe mehrfach auch in diesem Haus gesagt und auch bei den Pressekonferenzen, die ich in dem Zusammenhang gehalten habe, es war für mich selber sehr erstaunlich, daß es gelungen ist, und ich habe aber wirklich auch bei diesen Gelegenheiten meinen Herren der Landesbauverwaltung und der zuständigen Straßenbauabteilung meinen Respekt dafür bekundet, daß die mit dem „Blechtrottel“ ausgearbeiteten Pläne, nämlich EDV im besten Sinn des Wortes – auch durch Hofrat Gunther Hasewend eingeleitet –, offenkundig so gute Voraussetzungen für die Planung geboten haben, daß sie tatsächlich realisiert werden konnten. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang eine kurze Ziffer geben. Sie wissen wahrscheinlich, vor allem die Herren, die aus der Baugewerkschaft auf Ihrer Seite des Hauses sitzen: Wir haben jahrelang im Abgeordneten Josef Loidl einen ganz hervorragenden Bausprecher der sozialistischen Fraktion auch als den Landessekretär der zuständigen Gewerkschaft hier im Hohen Haus gehabt, und ich hoffe sehr, daß eine solche Entwicklung auch bei Ihrem neuen Herrn zu erwarten steht, wenngleich verständlicherweise die langjährige Erfahrung des Abgeordneten Loidl natürlich nicht von heute auf morgen erworben sein kann. Ich möchte aber, gerade weil auch Herren Ihrer Gewerkschaft hier sitzen, Ihnen sagen, daß das Plus im steirischen Bauprogramm für das Jahr 1987 2,6 Prozent beträgt und daß das Minus des Bundesbudgets fast 9 Prozent beträgt nach dem vorliegenden Entwurf dieses Budgetprovisoriums. Und das Erfreuliche an unserer Budgetentwicklung für das nächste Jahr ist, daß wir trotz Sparbudgets gesagt haben, wir wollen schwerpunktmäßig dort nicht bremsen, wo die Wirtschaft, und in diesem Fall in Sonderheit die Bauwirtschaft, einen solchen Impuls auch bei dem sehr geringen Budgetspielraum, den wir haben, nötig hat, und haben daher eine echte Verlagerung im Hinblick auf den Hochbau zu registrieren, der bekanntermaßen von der Beschäftigtenseite her viel bedeutender ist als alle Tiefbauinvestitionen insgesamt, und haben daher im Straßenbau, insbesondere im Landesstraßenbau, eine geringfügige Absenkung des Budgets auch für das nächste Jahr in Kauf genommen, weil der Multiplikator im Hochbaubereich sicherlich für die Wirtschaft und für die Beschäftigten von größerer Bedeutung ist. Das war das, was ich ganz allgemein sagen wollte.

Was nun die Fragen im einzelnen anlangt, die hier angesprochen wurden: Der Herr Abgeordnete Weil-

harter hat neben seiner Lobpreisung für die Gleinalm-autobahn, in die, glaube ich, alle in diesem Hohen Haus einstimmen, vor allem auch das Problem Judenburg-Dürnstein angesprochen, ebenso wie der Abgeordnete Ofner. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Kollege Ofner, bei Ihrer zweiten Wortmeldung waren Sie in dieser Frage, erlauben Sie mir, das zu sagen, es ist das in aller Freundschaft gesagt, sehr viel überzeugender als in der ersten. Ich sage Ihnen auch warum: weil nämlich auch in Ihrer zweiten Wortmeldung zum Ausdruck gekommen ist, wie dramatisch die Situation dort wirklich ist und wie sehr das trotzdem stimmt, was der Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller gesagt hat, nämlich daß das erste gemeinsam in diesem Naturschutzbeirat, auch mit Ihren Fraktionskollegen erarbeitete Projekt die Zustimmung des Bautenministeriums auf Grund der Kosten nicht gefunden hat. Ich frage mich sehr im nachhinein, auch ganz ehrlich, ob man diese Kosten damals nicht hätte in Kauf nehmen sollen und das Problem auf diese Weise gelöst hätte. Ich mache Ihnen aber einen konkreten Vorschlag und auch dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller. Ich bin gerne bereit, zusammen mit dem Straßenbaukoordinator Hofrat Theußl und Ihnen beiden, mich sofort, wir können das morgen ausmachen, zusammensetzen und zu besprechen, was wir tun, um endlich wirklich zu einem Ergebnis zu kommen. Denn das sage ich, das Anliegen sowohl der Naturschützer als auch natürlich der politischen Repräsentanten dieses Gebietes, aber auch der Straßenbauer ist gleichermaßen von Bedeutung. Das hilft uns aber nichts, wenn wir zu keinem Ergebnis kommen. Ich hoffe, daß uns das in so einem Gespräch gelingen könnte.

Zur Ennstal-Schnellstraße, die hier auch angesprochen wurde in dieser Frage des Herrn Abgeordneten Tschernitz: Wir haben oft, lieber Freund, über dieses Thema miteinander diskutiert und sind auch miteinander im Ennstal gewesen, auch noch zu Zeiten des Ministers Sekanina, der Ball ist derzeit wirklich beim Herrn Bautenminister. Ich hoffe, daß er noch vor Ende des Jahres die fertiggestellte Studie wirklich auch vorstellt, wie er das angekündigt hat, und daß die Regierungsverhandlungen ihn nicht daran hindern, das zu tun. Denn auch dort gibt es eine Entscheidung nach jahrelangen Planungsbemühungen und einem Ringen aller dort Betroffenen und Beteiligten. Der Abgeordnete Schwab hat das ganz handfest und ganz glaubwürdig gesagt, hat mich persönlich auch sehr beeindruckt. So ist es nämlich. Ich kenne das Problem 15 Jahre, seitdem ich Landesstraßenbaureferent bin. Und ich erinnere mich an eine Sitzung in Liezen im Jahr 1972, wo ich den Leuten gesagt habe, einigt euch heute, denn die Sache kommt. Und die Einigung ist nie wirklich möglich gewesen, und jetzt muß entschieden werden. Die Varianten sind alle ausdiskutiert. Die Kosten-Nutzen-Rechnungen liegen alle vor. Ich hoffe, daß das noch geschehen kann in diesem Ministerium und daß keine weitere Zeitverzögerung eintritt. (Abg. Tschernitz: „Gibt es einen Brief, wo diese Unterlagen noch nicht in Wien waren, der im Oktober geschrieben wurde?“) Das ist aber relativ lange her, den haben wir im Oktober geschrieben. Inzwischen ist die Zeit, Gott sei Dank, nicht nur weitergegangen, sondern auch die Arbeit. Es ist zu hoffen, daß der Herr Minister, ich möchte keine Prognose stellen – (Abg. Vollmann: „Das war vorgestern!“) Nicht vorgestern. Wir sind sehr

präzise, und ich kann gerne sagen, wann das geschehen ist. Es ist leider eine ernste Sache. Das, was geredet wird über die Ablöse des Ministers oder gar die Auflösung des Ministeriums, soll uns im Augenblick jedenfalls in dieser Frage nicht sehr berühren, würde ich vorschlagen, weil das alles wirklich auch Spekulationen sind. (Abg. Tschernitz: „Dürfte ich Sie bitten, daß Sie mir das morgen sagen könnten!“) Jawohl, sage ich dir gerne.

Die ökologischen Gesichtspunkte im Straßenbau, Herr Kollege Weilharter, sind zu einem Zeitpunkt bei uns realisiert worden, da viele Leute das Wort noch nicht gekannt haben, geschweige denn die Probleme gesehen haben. Wir haben in der Frage des Plabutschunnels vor über zehn Jahren den ersten großen Krieg zugunsten einer bürgerfreundlichen und ökologischen Lösung durchgetragen. Und es hat keine Sitzung gegeben in diesem Hohen Haus zu dem Thema, in dem das nicht diskutiert worden wäre. Ich möchte das gar nicht aufführen, dazu ist die Zeit heute einfach zu kurz. Wir werden ihn nächstes Jahr erfreulicherweise zur Verfügung haben.

Ich möchte auf die Frage des Abgeordneten Pinegger nur im Hinblick auf die Landesstraßenübernahme und sonst das schöne Lied des Straßensängers sozusagen in der Form des Minnesängers, hat ja auch mit einem, wie wir alle gehört haben, schönen musikalischen Einstieg begonnen, etwas sagen. Ich möchte, abgesehen von einer Wertschätzung dieser Form der Präsentation, sagen, ich würde diese Hoffnung auch gerne nähren, weitere Straßen übernehmen zu können. Wir haben 1974 450 Kilometer übernommen. Ich glaube aber, daß das leider auf die nächsten Jahrzehnte verschoben werden muß. Denn so, wie sich die Situation jetzt darstellt, ist kaum damit zu rechnen, daß in diesem Jahrhundert der Bund noch Straßen vom Land übernehmen wird. Und das ist die damals gemeinsam vereinbarte Voraussetzung dafür gewesen, neuerdings Gemeindestraßen in das Landesstraßennetz übernehmen zu können. Ich verstehe aber sehr wohl den Wunsch, und der ist ja nicht das erste Mal hier geäußert worden.

Was die Frage anlangt, die der Herr Abgeordnete Weilharter an den Landesrat Dipl.-Ing. Riegler eigentlich gestellt hat, er hat mir die Unterlage hergegeben, damit er nicht extra noch sich melden muß: Die Sache ist so mit dem Rötzbach, daß wegen des engen Ortsgebietes die Bepflanzung erst im Frühjahr 1987 wirklich wieder vorgenommen werden kann. Alles andere, was Sie hier angesprochen haben, betrifft die Wildbachverbauung, das ist eine reine Bundesbehörde, er wird aber gerne bemüht sein, auch in diesem Zusammenhang Ihre Wünsche anzubringen.

Was die Frage des Kollegen Vollmann anlangt, eine wichtige Frage, die ich auch gerne beantworten möchte, weil wir uns mit dieser Frage lange schon sehr gründlich auseinandersetzen. Der letzte Bericht sagt mir: Im Zuge der Projektierungsarbeiten für eine ortsnahe Umfahrung wurden zahlreiche Anrainerbesprechungen durchgeführt und versucht, den Wünschen der Bewohner im Bereich der Rotkreuzsiedlung, die du auch angesprochen hast, durch eine Straßenführung in Tieflage mit beidseitigen Lärmschutzdämmen Rechnung zu tragen. Diese haben sich auch gegen eine solche Lösung ausgesprochen und eine weiträumige

Umfahrungslösung, die nur mit dem Bau eines Tunnels möglich ist, gefordert. Derzeit werden an Hand einer inzwischen durchgeführten Flugbildauswertung die Möglichkeiten einer weiträumigen Umfahrung geprüft, parallel dazu wird auch eine Verkehrsuntersuchung mit Umlegungsprognosen durchgeführt, um die Verkehrswirksamkeit der bestehenden Umfahrungsvariante im Hinblick auf die Ortsentlastung feststellen zu können. Nach Vorliegen dieser Unterlagen wird die Bevölkerung zu einer öffentlichen Diskussion neuerdings zu diesem Thema eingeladen werden. Es ist also hier ein Planungsprozeß zusammen mit den Bürgern im Gang. Es ist zu hoffen, daß es zu einem Ergebnis kommt, das tatsächlich auch akzeptiert werden kann. Ich möchte, weil in der Diskussion zu den Hochschulen der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz sich gestern auch über die diversen Projekte an den steirischen Universitäten geäußert hat, etwas auch nicht verschweigen, was leider eingetreten ist, nämlich die Tatsache, daß es zu ganz massiven Kürzungen des Budgets seitens des Bautenministeriums gekommen ist, gerade in diesem Bereich zu ganz massiven Kürzungen. Von diesen Kürzungen werden eine ganze Reihe von Instituten betroffen sein. Ich möchte sie nicht im Detail hier zur Verlesung bringen, die schon die Meinung hatten, es würde das, was ihnen der Minister zugesagt hat, auch tatsächlich realisiert werden können. Das ist nicht der Fall. Ich habe über den Rektor der Grazer Universität eine detaillierte Antwort auf seine Fragen in diesem Zusammenhang gegeben. Es ist mir aber ganz klar, daß die Antwort in keiner Weise eine erfreuliche sein kann. Das liegt offenkundlich auch im Bereich dessen, was leichtfertig versprochen wurde. Sicherlich in guter Absicht, aber von den Realitäten des Budgets her nicht erfüllbar gewesen ist.

Darf ich zwei Dinge abschließend noch kurz ansprechen. Es ist heute hier ein Beamter frontal vor unseren Augen in einer Weise, ich sage, herausgefordert worden, die bisher in diesem Hohen Haus eigentlich nicht üblich gewesen ist. Ich war sehr froh, daß dieser Beamte selber hier anwesend war und durch eine rasche Antwort auch in der Lage gewesen ist, eine rasche Aufklärung zu geben und außerdem erfreulicherweise auch rechtliche Schritte angekündigt hat. Ich hoffe sehr, daß man uns als politische Verantwortliche es nicht antut, in einer solchen Frage als privilegierte dazustehen, sondern sich tatsächlich auch diesen Verfahren zu stellen. Denn ich füge eines hinzu, ich kenne diesen Beamten persönlich seit sehr vielen Jahren. Ich weiß, was er auf seinem Gebiet an ganz Außerordentlichem geleistet hat. Das wissen alle, die länger in diesem Hohen Haus sind, und das wissen vor allem unsere Bürgermeister draußen. Das heißt nicht, daß nicht auch ein solcher Beamter der Kritik unterzogen werden dürfte. Ich sage das ausdrücklich, aber seien wir zurückhaltend, wenn es um die Ehre eines Menschen geht. Denn wir alle haben selber auch unsere, und wir sind im Regelfall etwas stärker in der Abwehr als gerade auch Beamte. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß wir guten und getreuen Mitarbeitern diese Fairneß schuldig sind, auch wenn sie da und dort – das ist in diesem Fall von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler deutlich auch in Ordnung gebracht worden – seit Jahren in gutem Glauben in einer Weise gutächtig tätig gewesen sind, die bei Gott keine böse Absicht impliziert. Ich möchte auch das sagen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang der vier Bediensteten des Baubezirksamtes Graz gedenken, die in Ausübung ihres Dienstes in diesem Sommer bei einem Bootseinsatz auf der Mur bei der Stauwand in Rabenstein tödlich verunglückt sind, der Herr Oberbaurat Dipl.-Ing. Klaus Groh, Josef Stattegger, Franz Weiß und Gottfried Weiß. Ich möchte das gar nicht mit einem falschen Akzent der Dramatik belegen. Aber sie haben tatsächlich das so oft zitierte Leben auch für ihre Arbeit und ihren Dienst an diesem Land eingesetzt, wie das viele auch immer wieder tun. Ich möchte in Dankbarkeit und mit Respekt dieser Herren gedenken und damit meinen Dank auch verbinden an alle jene, die mit großem persönlichen Einsatz auch im vergangenen Jahr für uns alle in einer Weise tätig gewesen sind, auf die wir – nehmt alles in allem nur – auch wirklich mit gutem Grund stolz sein können. Ich danke Ihnen sehr herzlich, vor allem auch meinen Mitarbeitern in der Landesbaudirektion. Das gilt für den Kleinsten und den Größten, ebenso für den Jüngsten und für den Ältesten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Grillitsch:** Ich verzichte auf das Schlußwort.

**Präsident Zdarsky:** Ich schreite nun zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 einverstanden sind, um ein Händezucken. Das ist die Mehrheit.

Die Gruppe 6 ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche nun die Spezialdebatte. Es wird morgen um 8.30 Uhr mit der Gruppe 7 begonnen. (Unterbrechung vom 11. Dezember 1986, 23.15 Uhr, bis 12. Dezember 1986, 8.30 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Hohes Haus!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Kollmann:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt die großen Untergruppen Landwirtschaft, darunter land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, die land- und forstwirtschaftlichen Interessensvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei sowie alle sonstigen Maßnahmen; weiters die Förderung der Energiewirtschaft, die Förderung des Fremdenverkehrs, die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die Budgetansätze lauten bei den Einnahmen 124,758.000 Schilling, bei den Ausgaben 607,950.000 Schilling. Die Gruppe 7 wurde im Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezial-

debatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen also mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger, dem ich es erteile.

**Abg. Buchberger:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist an und für sich bei Beginn der Agrardiskussion hier im Haus keine Überraschung mehr, daß wir von der grünen Seite, von der Seite der Landwirtschaft, es uns wiederum erlaubt haben, Ihnen eine kleine Aufmerksamkeit auf den Tisch zu stellen. (Allgemeiner Beifall.) Diesmal sind es steirische Äpfel, ausgewiesen als frisch, steirisch und saftig, die momentan fast unverkäuflich sind, um auch das in dem Zusammenhang zu sagen. (Abg. Erhart: „Herr Präsident, das Verhältnis paßt nicht!“) So ungefähr paßt es. Aber wir sind der Zukunft voraus. Könnte sich so entwickeln.

Wir haben uns im vorigen Jahr, wenn Sie sich erinnern, erlaubt, Ihnen eine Flasche Welschriesling zu kredenzen. Das haben wir damals deshalb gemacht, weil wir es mit der Weinproblematik im besonderen zu tun gehabt haben. Vielleicht hat auch dieses Flascherl Wein im vergangenen Jahr dazu beigetragen, aber das war sicherlich nicht der entscheidende Moment, daß es dann in der weiteren Folge im heurigen Jahr erst möglich gewesen ist, das Österreichische Weingesetz unter Dach und Fach zu bringen, in unserem Sinn und nicht nach den Vorstellungen des früheren Ministers Dr. Haiden. Vorgestern, bei Beginn der Diskussion hier im Haus, hat Kollege Kirner im Zuge seiner Ausführungen im besonderen auf die Situation des Jahres 1945 hingewiesen, wie schwierig es damals gewesen ist, die Bevölkerung mit den notwendigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Aber, weil ich schon den Namen Kirner apostrophiert habe, darf ich eine positive Anmerkung machen, daß die Bauern in der Obersteiermark im speziellen zur Stadt Leoben und im besonderen zu deiner Person einen recht guten Kontakt haben, und zwar deshalb, weil es im Bereich der Versteigerungshalle noch nie zu einer direkten Konfrontation, sondern nur zu einer sehr positiven Zusammenarbeit gekommen war. Ich darf dir dafür einen recht herzlichen Dank sagen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Es ist gesagt und darauf hingewiesen worden, welche schwierigen Zeiten wir nach dem Jahr 1945 miterlebt haben. Das haben die Kollegen aus den Industriebereichen genauso miterlebt wie die Bevölkerung des ländlichen Bereiches und aus der bäuerlichen Region. Die Nahrungsmittelversorgung war äußerst schwierig, daher war es damals die Aufgabe der bäuerlichen Bevölkerung und vor allem der Berufsvertretung, die Bevölkerung mit den notwendigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Wir haben die Entwicklung der letzten 40 Jahre miterlebt. Ich darf gerade diese Zeiten, diese Epoche der letzten 40 Jahre vielleicht in drei Teile teilen. Vom Jahr 1955 bis 1960 war, wie gesagt, die Hauptaufgabe die, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. In der Folge hat die

Technisierung in der Landwirtschaft im besonderen eingesetzt, und schon seit dem Jahre 1945 begann eine Abwanderung aus dem ländlichen Bereich, die es an und für sich noch nie gegeben hat. Und wenn wir heute zurückblickend diese Entwicklung näher betrachten, müssen wir sagen, daß wir an und für sich die strukturellen Maßnahmen, die notgedrungen seit dieser Zeit her notwendig gewesen waren, im richtigen Zeitpunkt eingeleitet haben. Es sind in den letzten Jahrzehnten aus der Landwirtschaft ungefähr 650.000 bis 700.000 Menschen abgewandert. Also eine strukturelle Entwicklung, wie es sie an und für sich in keinem anderen Berufsstand irgendwo einmal gegeben hat. Wir haben uns in den Jahren 1960 bis 1965 dann in der weiteren Folge der Spezialisierung und der Mechanisierung im besonderen zugewandt, und ein Jahrzehnt später, um das Jahr 1975, waren wir vor der Situation, daß wir es im Gegensatz zum Jahr 1945, wo es noch eine totale Knappheit von Nahrungsmitteln gegeben hat, mit einer Überproduktion zu tun hatten, die wir nicht früh genug in den Griff bekamen. Ich darf eines sagen in dem Zusammenhang: Vor allem Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, als Agrarsprecher der Österreichischen Volkspartei, und wir von der Kammerorganisation her haben schon zur damaligen Zeit im besonderen darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Umstrukturierung in der Landwirtschaft vorzunehmen, weil wir am Getreidesektor, am Viehsektor, am Milchsektor und in einigen anderen Produktionsbereichen immer deutlicher wahrnahmen und verspürten, daß es immer schwieriger wird, diese Produkte auch verkaufen zu können. Das waren schwierige Verhandlungen, allerdings sind sie immer auf taube Ohren gestoßen, um das in aller Deutlichkeit zu sagen. Ich bin immer der gewesen, der sich zur Objektivität bekannt hat. Es war nicht verwunderlich, meine sehr Verehrten, daß wir, weil Minister Dr. Haiden zur damaligen Zeit die notwendigen agrarpolitischen zukunftsorientierten Aspekte nicht gesetzt hat, logischerweise bei jeder Gelegenheit auf diese Umstände hingewiesen haben. Als verantwortlicher Minister in der Regierung hat Dr. Haiden in keiner Weise die notwendigen zukunftsorientierten Rahmenbedingungen gesetzt. Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, befinden wir uns in einigen Produktionsbereichen gegenwärtig in Österreich in einer äußerst schwierigen und ungünstigen Situation. Ich denke vor allem an die Getreidesituation. Wir haben früh genug auf diesen Umstand hingewiesen. Wir haben im vergangenen Jahr österreichweit ungefähr eine Million Tonnen Getreide in den Osten exportiert. Und ich sage mit Sicherheit eines voraus, daß wir in einigen Jahren überhaupt nicht mehr in der Lage sein werden, Getreide irgendwohin exportieren zu können. Wir erleben in der letzten Zeit, und die letzte Meldung war die, daß die Getreideproduktion in Rußland, ein Abnehmer österreichischen Getreides immer gewesen, in den letzten Jahren und auch im heurigen Jahr ständig zugenommen hat, und es ist heute schon vorauszusehen, daß Rußland in einigen Jahren auch am Getreidesektor autark sein wird. Genauso wie es China ist, wie es Indien ist, wie es einige andere Oststaaten auch bereits sind. Vor allem deshalb wissen wir es, weil Gorbatschow vor einigen Jahren verkündet hat, daß er den Kolchobauern zu dem einen Joch, das er als Privatgrund bewirtschaften darf – die Russen ernähren sich zu einem Drittel aus

diesem einen Joch, das der Kolchosebauer besitzt –, noch zwei Joch dazugeben wird. Aus dem heraus ist ersichtlich, daß in einigen Jahren die Russen sich selber mit Getreide versorgen können. Wir haben eine Überproduktion von 800.000 Tonnen jetzt schon. Daher diese Problematik. Es ist ja volkswirtschaftlich unverantwortlich, wenn pro Kilogramm Getreideexport 2,50 Schilling und mehr als Stützung bezahlt werden müssen, zur Hälfte vom Bauern und zur Hälfte vom Steuerzahler. Daher haben wir früh genug auf diese Entwicklung hingewiesen. Minister Dr. Haiden hat für diese Dinge taube Ohren gehabt. Und daher war es höchste Zeit, daß Minister Dr. Haiden mit seinem Staatssekretär abgelöst worden ist. Ich sage das in aller Klarheit. Es war für uns höchst angenehm, um auch das zu sagen als einer, der im Nahbereich bei vielen Verhandlungen dabeigewesen war, daß dann in der weiteren Folge mit dem Nachfolger von Minister Dr. Haiden, mit dem Minister Schmidt, das Verhandlungsklima ab sofort ein anderes gewesen war. Ich darf nur an die Beschlußfassung des Weingesetzes erinnern. Für Minister Dr. Haiden war jede Frage eine Prestigefrage, eine parteipolitische scheinbar. Schmidt hat gemeint, macht mir Vorschläge und das Weingesetz wird dann einer Beschlußfassung unterzogen. Und Dipl.-Ing. Riegler war bei den letzten Verhandlungen dabei, 60 Änderungsvorschläge konnten in das neue Weingesetz eingebaut werden. Einige Fragen sind noch offen, um auch das zu sagen. Aber auf jeden Fall war durch den Ministerwechsel ein entsprechender Fortschritt für diesen Bereich möglich. Wir befinden uns daher auf Grund dessen, weil in den letzten Jahren vieles auf der Ebene der österreichischen Agrarpolitik nicht gemacht worden ist, in einer äußerst schwierigen Situation. Wir wissen heute, daß in Ungarn und in den Oststaaten, im speziellen auch im Westen, die Alternativproduktionen bereits zum Tragen gekommen sind. Ölsaatenprojekte, Eiweißfuttermittelproduktionsflächen in riesigen Massen, nur in Österreich nicht. Ein Nachholbedarf auf dem Gebiet wird in verstärktem Maß notwendig sein.

Ich darf in dem Zusammenhang auch im speziellen darauf verweisen, daß an und für sich in der Steiermark schon seit Jahrzehnten die Agrarpolitik gemacht wird, wie es österreichweit sein müßte. Wir haben in der Steiermark die einzelnen Produktionsbereiche eingeteilt, beratungsmäßig darauf hingewiesen, wie die Produktionsbereiche liegen sollen. Wir haben die Viehwirtschaft in die Grünlandgebiete verlagert und haben in den Flach- und Hügellgebieten, in den klimatisch günstigen Regionen, die verschiedenen Bereiche der Sonderkulturen zum Tragen gebracht. Ich darf hier in dem Zusammenhang nur erinnern, daß wir also Obst- und Weinbau betreiben, Tabakbau, Kürbisbau, Gemüsebau, Arzneipflanzen. Es wächst bei uns sehr viel auf Grund der klimatisch günstigen Verhältnisse. Nur die Orangen und die Bananen noch nicht. Aber wir haben diese Möglichkeiten voll genutzt. Die Agrarpolitik, die in der Steiermark gemacht worden ist, wäre auch auf Bundesebene notwendig. Wir haben beratungsmäßig auf die landwirtschaftlichen Betriebsführer Einfluß genommen, um die Produktion so hinzuorientieren, wie es notwendig wäre. Wir haben die Vieh- und Fleischproduktion und die Milchproduktion schwerpunktmäßig in die Bergbauerngebiete verlagert. Wir haben uns im Land Steiermark – das

möchte ich im besonderen herausstreichen – um die Bergbauern gekümmert, auch im besonderen um die Grenzlandregionen, wo der Wein und die diversen Sonderkulturen im besonderen gefördert worden sind, weil wir der Überzeugung sind und genau wissen, daß es notwendig ist, vor allem in den Bergbauerngebieten, die auch als Fremdenverkehrsregionen ausgewiesen werden, die Siedlungsstruktur aufrechtzuerhalten. Das wird ja unsere große Sorge für die Zukunft sein, daß wir die bisherige Struktur erhalten. Wir haben in der Steiermark ungefähr 60.000 bäuerliche Betriebe, in der Masse kleinbäuerliche Strukturen. Das betrifft weite Gebiete der Hügellregionen, auch in den obersteirischen Gebieten, aber im besonderen der Grenzlandregionen. Hätten wir nicht vor Jahren schon in der Steiermark uns auch der Problematik der Grenzlandgebiete angenommen, dann befänden wir uns unter Umständen in der gleichen Situation wie die Grenzlandregionen in anderen Bundesländern, wo wir wissen, daß im niederösterreichischen Bereich, zur tschechischen Grenze hin, eine Entsiedlungsentwicklung stattgefunden hat, wo bis zu 20, 30 Prozent der Bevölkerung abgesiedelt sind. Wir können aber in der Steiermark auf Grund der Maßnahmen, die über die Grenzlandförderung gesetzt worden sind, feststellen, daß sich ein sehr reges Leben entwickelt hat bis hin an die Grenze, daß die Besiedlungsdichte aufrechterhalten werden könnte und daß die vielen kleinbäuerlichen Betriebe in diesen Regionen, weil der Weinbau gefördert worden ist, dort noch eine entsprechende Existenzmöglichkeit haben. Ich sage eines, ich bin nicht unbedingt der, der den Subventionen das Wort redet. Das ist ja das, daß man sagt: „Was wollt ihr mehr? Die Bauern reden ja von sonst nichts, wie nur von den Subventionen, die wollen nur Geld vom Steuerzahler haben.“ Meine Herrschaften, es geht nur darum, daß man die Strukturen und die Infrastruktur entsprechend verbessert, daß man diese entfernt gelegenen Regionen in jeder Hinsicht den zentralen Gebieten gleichstellt. Man muß sich vorstellen, was wäre eine Grenzlandregion oder die entlegenen Siedlungsgebiete bei uns im Land, wenn man dort nicht entsprechende Verkehrsverbindungsmöglichkeiten geschaffen hätte. Und jeder Hofzufahrtsweg und jede Hinfahrmöglichkeit sind die Lebensader für ein Einfamilienhaus oder einen bäuerlichen Betrieb. Das ist die Lebensader. Ich verstehe oft nicht, daß man davon spricht, daß man zubetonieren will. Ich verstehe das schon aus der Sicht eines Städters, wo es nur mehr Asphalt und Beton gibt, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß das auch für die ländlichen Regionen gelten sollte, wenn man meint, nicht mehr zu asphaltieren. Dann lassen wir den Bauern ohne Zufahrtsmöglichkeit hängen. (Abg. Kammlander: „Das haben wir nicht gemeint!“) Dann müssen Sie es aber auch sagen. Ich bin immer dafür, daß man nicht generalisiert und eine generelle Aussage macht, daß das alles miteinander ein Käse oder ähnliches ist. Dann muß man sagen, dort gehört etwas gemacht und dort nicht. Dann werden Sie auch glaubwürdig für die Zukunft sein. Lassen Sie sich das von einem älteren Mann sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin dem Hohen Hause dankbar, daß die Möglichkeit gegeben ist, daß wir die Grenzlandförderung haben. Es war ein harter Kampf, und wir haben es miterlebt. Mit Dr. Haiden haben wir diesbezüglich

Kämpfe ausgefochten, um zu den 30 Millionen Schilling Bundesmitteln zu kommen. Die Steiermark hat es lange angeboten, und erst im Nachziehverfahren war es in der weiteren Folge möglich, auf die je 30 Millionen Schilling aufzustocken. Im Namen der Grenzlandbauern darf ich Ihnen einen herzlichen Dank sagen. Es ist bei uns Usus, daß man sagt, dem Herrn Landeshauptmann und dem Landesrat einen herzlichen Dank. Das macht ein jeder, das gehört scheinbar dazu. Ich möchte es auch. Dipl.-Ing. Sepp Riegler, du bist mir nicht böse, wenn ich dir das auch sage, daß wir dir zum Dank verpflichtet sind.

Ich sage Ihnen eines, meine sehr Verehrten, wir werden auch in Zukunft trachten müssen, die Bevölkerungsdichte und die Strukturen in den Grenzlandgebieten aufrechtzuerhalten. Wir erleben das immer deutlicher, wenn in diesen Regionen irgendwo Grund und Boden frei wird. Ich sage noch nichts, wenn sich dort wieder ein Österreicher ansiedelt. Ich bin kein übertriebener Nationalist, aber ich war auch nie ein Internationalist, um das klar zu sagen. Es wäre für uns alle erschütternd, wenn unsere Leute wegziehen und sich dort fremde Leute ansiedeln. Versteht mich schon, was ich meine! Das gehört dazu, das ist die Grenze des deutschen Sprachraumes, ob Sie mir das abnehmen oder nicht, aber das war immer so gewesen, meine sehr Verehrten. Und daher wird es notwendig sein, die Besiedelungsdichte aufrechtzuerhalten. Und durch den Weinbau im speziellen war es notwendig, das überhaupt tun zu können. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß es eine Grenze bei uns im Süden gäbe, wenn der Wein dort nicht durch die Buschenschanken kultiviert wäre oder würde. Wer fährt nicht gern hinunter! Ich bin selbst kein Weinbauer, sondern nur ein ganz bescheidener Konsument. Der steirische Wein ist Klasse und große Spitze. Ich darf Ihnen mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der 83er war auch nicht schlecht, das war der Jahrhundertwein, aber die Weinbauern haben mir gesagt, der 86er ist überhaupt der 200-Jahr-Wein – hohe Qualität, beste Qualität. Der Weinbauplan hat ja wesentlich dazu beigetragen bei uns im Land. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Wo bekommt man den?“) Da muß ich eines sagen, der Herr Landesrat Dr. Heidinger, der selber – (Landesrat Gerhard Heidinger: „Ich möchte den südsteirischen Bauern kennen, wo es den gibt!“) Dein Namenskollege Heidinger, der liefert dir jede Qualität in jeder Menge. Ich bin überzeugt davon. (Landesrat Gerhard Heidinger: „Dann muß er gut sein!“)

Man darf eines nicht übersehen: Die steirischen Weinproduzenten befinden sich im Vergleich zu jenen im Burgenland und in Niederösterreich in einer äußerst schwierigen Situation. Man braucht nur zu schauen, im Seewinkel oder sonst irgendwo, riesige Flächen, breittleben, die Bewirtschaftung äußerst günstig, im Gegensatz zu unseren Weinbaugebieten. Ich brauche Ihnen das auch nicht zu sagen, mit einer Hangneigung von 80 Prozent, mehr oder weniger, wie problematisch und schwierig es ist. Daher bin ich dankbar dafür, daß wir den Bergweinbaukataster einführen konnten, und in der weiteren Folge müßte es auch eine Erschwerniszulage für jene Produzenten geben, eine Zulage, wie es sie in anderen Bereichen der Wirtschaft und im Leben auch gibt. Ich darf aber eines sagen, nicht nur

die Grenzlandregionen, sondern auch die Bergbauerngebiete. Österreich ist ein Fremdenverkehrsland und die Steiermark im besonderen auch. Die Fremden aus aller Herren Länder kommen in die Steiermark und nach Österreich. Im vermehrten Maße auch in die Steiermark. Sie kommen deshalb, weil sie bei uns im Land ein gepflegtes Kulturland bis in die Gletscherregionen vorfinden. Die Problematik und die Schwierigkeiten, meine sehr Verehrten, brauche ich Ihnen auch nicht zu sagen. Ich bin nicht der, der bei jeder Gelegenheit eine Jammermelodie zu spielen versucht, aber ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie schwierig es für einen kleinen und mittelbäuerlichen Vollerwerbsbetrieb ist, seine Existenz zu finden. Ich darf Ihnen sagen, ich war oft schon bei Hausbesuchen oder bei Familienbesuchen, welch bescheidenes Leben diese Leute dort führen. Anspruchslos! Die Leute sind oft zu bewundern. Im Gegensatz dazu jene, denen es unter Umständen gar nicht so schlecht geht, die jammern am meisten. Scheinbar ist das überhaupt so Usus oder war es immer so gewesen oder es wird immer auch so sein. Daher wird es auch notwendig sein, die Bergbauerngebiete entsprechend zu fördern. Wir haben von der Steiermark her ein entsprechendes Förderungsprogramm, auch von der Bundesebene her ein Förderungsprogramm, um eine gewisse Flächenprämie, um gewisse Ausgleichszahlungen leisten zu können, um die Existenzen in diesen Regionen zu sichern. Die Problematik, meine sehr Verehrten, ich will mich nicht im Detail mit diesen Dingen beschäftigen, liegt ja bei uns in der Steiermark oder in der österreichischen Landwirtschaft darin, daß wir es mit einer äußerst kleinbäuerlichen Struktur zu tun haben, mit vielen kleinbäuerlichen Betrieben. Und da liegt meine Sorge für die Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn wir uns die weltpolitische Situation betrachten, wenn ich denke der Osten, Kolchосewirtschaft, kennen wir zur Genüge, bäuerliche Betriebe gibt es dort nicht, in einigen Gebieten vielleicht jetzt, in Polen zum Teil oder in Jugoslawien wieder. Aber ansonsten die Kolchосewirtschaft. Und im Westen, meine sehr Verehrten, eine hochkapitalistische Entwicklung. Reden wir einmal so darüber. (Abg. Erhart: „Die Genossenschaften!“) Die Genossenschaft, das ist ja eine andere Frage. Meine Herrschaften, ich muß euch eines sagen. Es hat den Anschein, daß jeder zur Genossenschaft hingezwungen wird. Das stimmt ja nicht. Ich kann zur Warengenossenschaft gehen, meinen Traktor kaufen, oder, um einen Namen zu nennen, zum Gady Franz oder zu einem sonstigen Privaten. Da hindert mich überhaupt keiner. Ich bin auch Funktionär einer Genossenschaft, meine sehr Verehrten, und habe mein Spritzgerät beim Bierbauer in Hartmannsdorf gekauft. Da hat mir keiner etwas nachgesagt, meine Herrschaften. Es ist ja nicht so, daß ein jeder in die Genossenschaft hineingezwungen wird. Die Genossenschaft ist ja auch nicht dazu da, meine sehr verehrten Freunde, um den gewerblichen Bereich umzubringen, sondern eine der Konkurrenzen, die es halt im breiten Bereich der gesamten Wirtschaft gibt. (Beifall bei der ÖVP.) Bei jeder Wahl wird gesagt, meine Herren, und das ist das Paradoxe, der Bauer arbeitet und die Genossenschaft verdient. (Abg. Reicher: „Ihr müßt bei der Milchgenossenschaft kaufen!“) Meine Herrschaften, Sie brauchen ja auch nicht bei der Konsumgenossenschaft zu kaufen. (Landesrat



Dipl.-Ing. Riegler: „Ihr wollt es wie in den dreißiger Jahren!“ Die Molkereiwirtschaft. Meine Herrschaften, da müßten wir einmal ein paar Schulungstage einführen. Gerade den jüngeren Herren muß ich sagen, und der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat darauf hingewiesen, seinerzeit hat es die Molkereiwirtschaft nicht gegeben. Die sind in den dreißiger Jahren gegründet worden, oder vor 60 bis 70 Jahren sind diese gegründet worden. Meine Herrschaften, was würden wir machen, wenn wir die Molkereien nicht hätten? Was sollen wir machen? Wissen Sie, wie es in den dreißiger Jahren gewesen war? Da hat es noch keine Milchmarktordnung gegeben. Da haben die neben der Stadt gelegenen Bauern die Möglichkeit gehabt, ihre Milch zu verkaufen. Aber der in Fischbach oder im Treibachgraben hinten drinnen oder sonst irgendwo, der hat überhaupt keine Chance gehabt, auch nur einen halben Liter irgendwo zu verkaufen, weil er keine Möglichkeit gehabt hat. Das waren die Zeiten der dreißiger Jahre, meine Herrschaften. Ich will diese nicht heraufbeschwören, wie es damals den Bauern gegangen ist. Ich sage es auch hier im Hohen Haus, das achtunddreißiger Jahr durch die Umschuldungsmaßnahmen hat dann viele Bauern wieder gerettet. Ich will aus meiner Seele keine Mördergrube machen, aber so war es gewesen. Nur durch die Milchmarktordnung, durch die Ausgleichsbestimmungen, bekommt der, der neben der Stadt wohnt, den gleichen Milchpreis wie der in Fischbach oben. Das setzt voraus, daß eine gewisse Ordnung sein muß. Wenn wir die Ordnung nicht mehr haben, meine sehr Verehrten, dann trete ich am nächsten Tag als Präsident der Kammer zurück, weil ich das Schlamassel dann nicht miterleben will. Ich muß noch etwas zu den Genossenschaften sagen. Nur auf Grund der Milchmarktordnung ist die Molkerei verpflichtet, jeden Liter Milch anzunehmen. Die Molkerei ist verpflichtet, jeden Liter Milch vom Bauern zu kaufen. Der Bauer ist aber auch verpflichtet, jeden Liter Milch dort anzuliefern. Die Ordnung ist notwendig, meine Herrschaften, sonst sind die halben Bauern bei uns in der Steiermark und in Österreich weg. Für mich völlig klar. Der gesamte Bereich aller anderen Genossenschaften ist total auf freiwilliger Basis aufgebaut. Ich muß das in aller Klarheit sagen. Ich kann kaufen, wo ich will. Da gibt es keine Problematik oder keine Schwierigkeiten. (Abg. Schrammel: „Es gibt ein Arbeitsamt. Man kann sich die Arbeit auch sonst wo suchen!“ – Abg. Hammer: „Ein schlechter Vergleich!“ – Abg. Schrammel: „So leicht kann man sich das nicht machen!“)

Darf ich noch einmal etwas sagen. Der Kollege Trampusch ist nicht da. Er hat in seiner Hauptrede auch darauf hingewiesen, die Genossenschaften verdienen nur. Meine Herrschaften, ich werde veranlassen, daß bei allen nächsten Generalversammlungen die Herren Abgeordneten der Sozialistischen Partei dort eingeladen werden (Beifall bei der SPÖ.), um mitzuerleben vor allem den Bereich Bilanz und so weiter. Da werden Sie sehen, wie die Bilanzen ausschauen, meine Herrschaften. Das ist nicht so, daß die Genossenschaftsfunktionäre oder die dort Angestellten, vielleicht gibt es ab und zu in einer Genossenschaft einen kleinen Gewinn, diesen verputzen oder aufteilen auf ein paar Leute, die ihn irgendwo im Süden verblasen. Meine Herrschaften, da müßt ihr einmal dabei sein. (Abg. Reicher: „Warum?“) Weil oft

die Meinung ist, da werden Gewinne gemacht, und das Geld wird irgendwo verbraucht. Meine Herrschaften, da wird Bilanz gestellt, ausgewiesen, und so schaut es aus. Meistens ist ein Abgang ausgewiesen. Aber ich werde das genau registrieren, ob die Herrschaften der Einladung Folge leisten. Nur große Sprüche klopfen ist zu wenig, meine Herrschaften, da muß man dabei sein und sich das anhören, um sich überzeugen zu können. Das werden wir in der Form machen. (Präsident Zdarsky: „Keine Sorge, wir kommen!“) Ich werde mir ein kleines Register anlegen und jedes Mal anhaken, wenn einer da war oder nicht. Meine Herrschaften, ich mache das ganz genau. Darauf können Sie sich verlassen. Aber, meine Herrschaften, ich bin froh über den Einwurf, weil du die Genossenschaft erwähnt hast. Meine Herrschaften, schauen wir uns den Westen an, um das ganz objektiv zu betrachten. In Amerika kann ein Bauer oder Farmer von 200 Hektar aufwärts existieren. In der Steiermark haben wir nur wenige solche. Im EG-Bereich werden die Probleme immer größer. In Holland wird bäuerlichen Betrieben die Erlaubnis erteilt von 1500 Mastplätzen aufwärts. Das sind EG-Normen. In der Steiermark liegt die Höchstzahl der Mastplätze bei 400. Wir begrenzen nach oben. Wir sagen bis zu 400, um die Strukturen aufrechtzuerhalten. (Abg. Kohlhammer: „Vielleicht sollte man die Genossenschaften begrenzen!“) Ich bin auch für überschaubare Einheiten. Aber das ist ähnlich gelaufen wie bei euch im Konsum. Das ist zentralisiert und liegt in Wien. Meine Herrschaften, so liegen die Dinge. Wir kennen sie auch. (Abg. Tschernitz: „Haben wir eine gute Landwirtschaftspolitik gemacht?“) Bitte! So ist es. Meine Herrschaften, ich will mich mit der Thematik nicht direkt beschäftigen, bei uns ist es auch so, daß ich nicht unter Umständen 500 Schilling bezahlen muß.

Zum Abschluß muß ich folgendes sagen: Meine Herrschaften, ich bin für jede Schuldzuweisung. Das ist die Problematik bei uns im Land in den letzten 15 Jahren gewesen, daß einer dem anderen die Schuld zuschiebt. Das ist vernichtend! Ich sage Ihnen das. (Abg. Vollmann: „Das war eine gute Aussage!“) Eines muß ich dazu sagen. Wo es Opposition und Regierung gibt, ist klar, daß die Opposition die Mängel der Regierung aufzeigt, dies ist völlig klar. Es wäre auch gut, wenn die von der Opposition aufgezeigten Mängel auch von der Regierung zur Kenntnis genommen würden (Beifall bei der SPÖ.), was leider Gottes in den letzten 15 Jahren nicht geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich wollte sagen, wir in Österreich befinden uns von der Sicht der Landwirtschaft in einer äußerst schwierigen Situation, um das einmal klarzustellen. Wir haben im Osten das marxistische System, Kolchosesystem, im Westen das hochkapitalistische, wo es diese kleinbäuerlichen Strukturen nicht mehr gibt oder immer weniger. Und das ist meine Sorge. Und der Herr Mansold hat vor einigen Jahren schon gesagt, vor über einem Jahrzehnt, die österreichischen Bergbauern oder die Bauern, die unter 20 Hektar sind, brauchen wir zur Ernährung der Bevölkerung überhaupt nicht. So wird im Westen Agrarpolitik betrieben. Für mich ergibt sich die Frage, wo wir eine Masse von kleinbäuerlichen Betrieben haben. Was machen wir mit den kleinen Bauern, wenn wir sie zur Nahrungsmittelversorgung, zur Nahrungsmittelproduktion nicht mehr brauchen? Was machen

wir mit diesen Leuten? Daher habe ich eine große Bitte. Es wird von der künftigen Regierung an das ganze österreichische Volk die Frage zu stellen sein, brauchen wir die vielen Bauern bei uns im Länd noch oder nicht? (Abg. Sponer: „Brauchen wir!“ – Abg. Tschernitz: „Freilich brauchen wir sie!“) Ich bin dankbar für diese Zustimmung jetzt schon. Denn wir brauchen von der künftigen Regierung ein nationales Agrarkonzept (Abg. Kammlander: „Bravo!“), um eine Orientierung für die Zukunft zu geben. Meine Herrschaften, wir werden auch auf die Import- und Exportfragen schauen, daß wir die in den Griff bekommen. Wenn man auf den Jakominiplatz geht, meine Herrschaften, da gibt es Mandarinen, Südfrüchte in reichlichem Maße. Ich habe nichts dagegen, die soll es auch geben. Aber wenn es so weit kommt, wie es jetzt ist, die Äpfel, die wir hier kredenz haben, sind momentan unverkäuflich. Die Nachfrage ist nicht gegeben. Die Leute sind übersättigt mit Mandarinen und mit Trauben und sonstigen Dingen. Das ist für mich die entscheidende Frage (Präsident Zdarsky: „Wir bedanken uns!“), daß wir alles importieren. Frau Präsident, meine Herrschaften! Ich bin ja nicht der, der sagt, es darf nichts mehr importiert werden. Das ist doch paradox! Aber alles mit Maß und Ziel. Es führt volkswirtschaftlich zu einer Katastrophe, wenn unsere Leute die Produkte nicht mehr verkaufen können. Wir verbrauchen unsere nicht mehr vorhandenen Devisen für diverse Importe aus dem Ausland. (Abg. Erhart: „Am besten wäre es, man verbietet die Einfuhr!“ – Abg. Sponer: „Mandarinen wachsen bei uns keine!“) Dann muß ich sie nicht unbedingt essen, wenn sie bei uns im Land nicht wachsen, und esse einen steirischen Apfel. Dann sperren wir die österreichische Landwirtschaft zu, meine sehr Verehrten. Und dann muß jede Gemeinde für sich in ihrem Bereich besorgt sein, Landschaftspfleger anzustellen, die dann die Aufgabe haben, das Land entsprechend in Ordnung zu halten. Dann möchte ich sehen, welcher Bürgermeister in der Lage ist, das überhaupt noch tun zu können. Das ist die Frage. (Präsident Zdarsky: „Bitte mit dem Herrn Dr. Dorfer zu sprechen. Der Handel wäre zuständig!“) Für was? (Präsident Zdarsky: „Für den Import der ausländischen Waren!“) Meine Herrschaften! Da muß der Bund entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, ob man das darf oder nicht, weil sonst kommen wir in des Teufels Küche.

Meine Damen und Herren! Wenn sich die Gemüter wieder halbwegs beruhigt haben, darf ich zum Schluß kommen und noch einmal unterstreichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir es in Österreich wollen, daß wir die bisherige Agrarstruktur aufrechterhalten wollen, daß wir die industriellen und gewerblichen Arbeitsplätze nicht noch zusätzlich strapazieren wollen mit Abwandernden aus der Landwirtschaft, dann wird es notwendig sein, ein nationales Agrarkonzept zu erstellen, wo die Möglichkeit gegeben ist, die heimischen Produkte entsprechend preiswert an den Mann zu bringen (Präsident Zdarsky: „Und die Frauen?“), und vom Ausland her einen gewissen Schutz aufzubauen. Das ist eine Notwendigkeit, sonst werden wir nicht zu Rande kommen. Frau Präsident! Ich muß leider zum Schluß kommen. Aber gesetzt den Fall, daß Sie in der Folge noch eine Frage haben, ich stehe Ihnen dann in der weiteren Folge gerne zur Verfügung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zellnig, dem ich es erteile.

**Abg. Zellnig:** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Herr Präsident Buchberger, ich war heute außerordentlich beeindruckt von deinen Ausführungen (Abg. Dr. Hirschmann: „Das glaube ich!“), und ich war mir bewußt, daß es heute schwieriger ist als Präsident der Steirischen Kammer und als Obmann des Bauernbundes, die Agrarpolitik zu interpretieren, da Minister Dr. Haiden als Buhmann, der für alles schuld war, in der letzten Zeit nicht mehr zur Verfügung stand. (Abg. Buchberger: „Schmidt ist im Vergleich zu Haiden ein Goldjunge!“) Ich habe mich weiters gefreut, das ist wirklich eine schöne Geste, daß die Kammer jedes Jahr bei unserer Budgetdebatte ein landwirtschaftliches Produkt auflegt. Und meine Freunde meinten, daß die Farbe nicht ganz stimmt. Sie haben es nur zu wenig kritisch betrachtet. Schaut die Aufschrift an. Die Aufschrift ist rot. Ich glaube, daß die farbenmäßige Zusammenstellung, bezogen auf die Ergebnisse der Landwirtschaftskammerwahl in Kärnten, stimmt. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Sie sehen nur das Rote. Es steht etwas anderes auch oben!“) Und noch einen Satz dazu, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist vom ÖVP-Bauernbund immer aufgezeigt worden in den letzten 16 Jahren, daß Minister Dr. Haiden für die schlechte Agrarpolitik verantwortlich ist. Alle, die dies gesprochen haben, haben genau gewußt, wer in Österreich die Agrarpolitik macht am Getreidesektor, am Milchsektor, am Fleischsektor. Das waren die Sozialpartner. Zu allem Schlechten, was passiert ist, haben die Präsidentenkonferenz, der Bauernbund seine Zustimmung gegeben. Der Direktor des Steirischen Bauernbundes, der in Wien für diese Agrarpolitik gestimmt hat, hat den steirischen Bauern gesagt, die Wiener Agrarpolitik, der er die Zustimmung gegeben hat, macht uns in der Steiermark die großen Schwierigkeiten. (Beifall bei der SPÖ.) Was ich damit sagen will ist, daß die doppelbödigen Aussagen dem ÖVP-Bauernbund in Kärnten politisch geschadet haben. Der Verlust von zwei Mandaten bei der letzten Landwirtschaftskammerwahl fällt besonders ins Gewicht, da der Spitzenkandidat Präsident Valentin Deutschmann in den letzten Jahren Nationalrat und gleichzeitig Obmann des Agrar-Ausschusses im Parlament war. (Abg. Buchberger: „Du mußt nicht Kärntner Verhältnisse heraufbeschwören!“) Herr Präsident Buchberger, ich schätze dich persönlich, und das weißt du. Wenn du heute da am Rednerpult als der Ausgleichende innerhalb der Bauernschaft gesprochen hast, möchte ich nur folgendes in Erinnerung rufen: Gar so ausgleichend warst du voriges Jahr nicht beim Aufruf an die Bauernschaft zur Straßenblockade et cetera, damit es einmal richtig wirbelt, weil es parteipolitisch für die ÖVP in der Steiermark ein Vorteil war. (Abg. Buchberger: „Mit dem Herrn Dr. Haiden war sonst nicht zu reden!“) Die ständige Schuldzuweisung ist auch ein Spiel, das in den letzten 16 Jahren immer, aber nicht von uns, gespielt worden ist, teilweise auch mit politischen Erfolgen. (Abg. Buchberger: „Sonst hätten wir noch kein Weingesetz. Das muß ich auch sagen!“) Das wollte ich einleitend sagen, sehr geehrte Damen und Herren.

Und jetzt zur Situation der Landwirtschaft. Ich betrachte die Landwirtschaft genauso als einen Wirtschaftszweig wie alle Produktionsstätten. Wir werden auf Zeit gesehen, und da können wir so oder so diskutieren, nur das produzieren können, was wir auf der anderen Seite wirtschaftlich absetzen können. Und mit allem, was darüber hinausgeht, werden wir unsere Probleme beim Absatz bekommen. Ein Beispiel: Wenn ein Dorftischler drei Tische produziert und nur zwei verkaufen kann, wird er auf dem einen sitzen bleiben, oder er wird für die drei Tische weniger Einkommen erreichen als für zwei, wenn die Nachfrage nicht vorhanden ist. Und die Situation in der Landwirtschaft ist beileibe nicht angenehm. Der Weltmarkt ist gesättigt. Das wissen wir, obwohl gleichzeitig Welthunger vorhanden ist. Aber jene, die diese Lebensmittel brauchen, und das ist die Tragik der Menschheit, leisten sich die teuersten Panzer, die modernsten Kampfflugzeuge, aber nicht das notwendige Brot. Ich bin der Meinung, wir sollen daran arbeiten, daß der Welthunger abnimmt. Wir werden es auch in der nächsten Zeit nicht schaffen.

Am Inlandsmarkt, sehr geehrte Damen und Herren, haben wir ebenfalls einen Sättigungsgrad; bei der Milch um ungefähr 480.000 Tonnen über dem Inlandsbedarf, beim Getreide 800.000 bis eine Million Tonnen, und beim Fleisch sind es ungefähr 320.000 Stück Rinder, die jährlich exportiert werden müssen. Ich habe hier ein Beispiel aus meiner Jugend. Ich bin im 32er Jahr durch die Kinderfreunde nach Kärnten auf Erholung geschickt worden, mit noch 39 schmalen Buben und Dirndl. Als wir in das Erholungsheim hineingekommen sind, haben sie uns gewogen, und als wir nach vier Wochen herausgekommen sind, ist unseren Eltern berichtet worden, soundso viele Kilo haben wir pro Bub und Dirndl hinaufgefüttert. Wenn nicht weiß Gott was passiert im nächsten Jahr, dann kommen wir durch mit unseren Kindern. Ich bin Mitglied der Sozialversicherung der Bauern im Landesstellenausschuß. Wir schicken seit Jahren, sehr geehrte Damen und Herren, Kinder von der Bauernschaft auf Erholung, auch 30 bis 40, wenn sie hineingehen ins Erholungsheim werden sie gewogen, und wenn sie zurückherauskommen werden sie wieder gewogen. Uns wird berichtet, soundso viele Kilo haben sie abgespeckt, hoffentlich füttert es die Großmutter nicht wieder hinauf, sehr geehrte Damen und Herren. Und wir wollen mehr produzieren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, das Butterbrot hatte bei uns einfach einen höheren Stellenwert. Dieses Butterbrot findet man heute in jeder Mülltonne vor jeder Schule, und daraus ersieht man, daß eigentlich dieses Brot nicht mehr den Wert hat. Die Vermarktung, sehr geehrte Damen und Herren, der Bauernfleiß, der über den Inlandsmarkt hinausgeht, der kostet uns sehr, sehr viel Geld. Die Preisausgleiche betragen im Jahr 1970 bei 2.726.000.000 Schilling. Sie sind im Jahr 1986 auf 7.226.000.000 Schilling angewachsen. Das ist nicht alles Steuergeld, wie es manchmal diskutiert wird, sondern da sind über 2 Milliarden Schilling Bauerngeld mit drinnen. Auf Zeit gesehen muß die Bauernschaft von der Überproduktion wegkommen.

Jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, einige Worte zur Milchmarktordnung. Ich habe mir erlaubt, das Flugblatt vom Bauernbund aus dem Jahr 1978, wo es

um die Einführung der Milchmarktordnung gegangen ist, mitzubringen. In diesem Flugblatt kommt klar zum Ausdruck, wie damals eigentlich diskutiert worden ist. Der sogenannte landwirtschaftsfeindliche Landwirtschaftsminister hat ein Milchkontingent haben wollen, das den Inlandsmarkt deckt, plus 16 Prozent Krisenvorsorge. Der Bauernbund hat gesagt, das geht nicht, wir brauchen eine Flexibilität, wir brauchen zusätzlich noch eine Produktion, die wir Bauern als Solidaritätsbeitrag selbst abdecken wollen. Das ist jetzt der allgemeine Absatzförderungsbeitrag. Der Bauernbund hat weiters gesagt, daß jene Bauern, die über 121 Prozent produzieren, die Exportkosten allein durch einen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag abdecken sollen. Sehr geehrte Damen und Herren, dieses System, das der Bauernbund damals innerhalb der Sozialpartnerschaft durchgesetzt hat, ist den Milchbauern einfach auf den Kopf gefallen und kostet die Milchbauern jährlich ungefähr 1400 Millionen Schilling. Wenn wir dieses System durch die Zurücknahme der Milchproduktion ändern, und wir SPÖ-Bauern haben diesbezüglich Vorschläge gemacht, hat die Bauernschaft um 520 Millionen Schilling mehr Einnahmen (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich außerordentlich gefreut, daß der ÖVP-Bauernbund auf einer Pressekonferenz am 6. November 1986 in Wien die Angleichung der Milchproduktion an den Inlandsmarkt verlangt hat. Das ist eine alte Forderung der SPÖ-Bauern. Wichtig ist, daß wir nachdenken und diesen Weg gemeinsam gehen. Es ist noch etwas gesagt worden, „mehr frischen Wind in die Molkereien hinein“. Der Herr Präsident Buchberger hat auch davon gesprochen. Ich halte nicht viel davon, Herr Präsident, weil ich nicht davon überzeugt bin, daß sich die Molkerei in Neumarkt mit der Molkerei in Knittelfeld konkurrenzieren wird. Der Direktor von Neumarkt wird mit dem Direktor in Knittelfeld ein kameradschaftliches Verhältnis haben, der Obmann in Neumarkt und der Obmann in Knittelfeld auch, und wird logischerweise sagen: „Seien wir doch nicht so dumm und machen wir uns gegenseitig Schwierigkeiten.“ Ich glaube, das ist Ankündigungspolitik. Ich bin aber davon überzeugt, wenn wir Konkurrenz wollen, dann muß man jenem einen Freiraum geben, der den Rohstoff hat. Das ist der Bauer. (Beifall bei der SPÖ.) Und der Bauer muß in diesem System als Konkurrent in der Wertschöpfung auftreten. Ich bin aber gleichzeitig der Meinung, daß ich nicht falsch verstanden werde, innerhalb dieses Milchsystems. Das geht, Herr Präsident Buchberger! Und es sind diesbezüglich Vorschläge hier, wo die Bergbauern in der Zone zwei und drei als die diesbezüglichen echten Konkurrenten auftreten können. Nur ein Beispiel: Dem Konsumenten wird es egal sein, ob er die Teebutter von Neumarkt oder die Teebutter von Knittelfeld am Frühstückstisch hat. Aber für den Konsumenten wird es nicht egal sein, wenn er auf die Almhütte kommt, daß er dort auch die Teebutter ißt. Dort sucht er die Almbutter. Und diese Möglichkeiten sollen wir suchen, und diese Möglichkeiten würden nach meiner Meinung zwischen Molkerei und Bauernschaft eine gesunde Konkurrenz sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Buchberger: „Der Hauptfaktor liegt darin, daß wir in der österreichischen Molkereiwirtschaft 1500 Beschäftigte

haben. In Wien gibt es Molkereien, für die es kein Einzugsgebiet mehr gibt. Die Gewerkschaften haben beschlossen, daß keiner entlassen werden darf!") Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Präsident Buchberger hat schon recht, daß es in den Molkereien Arbeitsplätze gibt. Aber alle, die in diesen Betrieben Bescheid wissen, die wissen, daß die Rationalisierung der Milch mit derzeitigen Technologien einen Grad erreicht hat, daß man nichts mehr wegrationalisieren kann, weil die Milch überall hinrinnt, wo man sie als Rohstoff verarbeitet. Trotzdem sind Arbeitsplätze wichtig. Ich möchte aber noch etwas sagen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Zwischenrufe werden in die Redezeit nicht eingerechnet, sehr geehrte Damen und Herren! (Abg. Grillitsch: „Vielleicht hast du Zeit gehabt, nachzudenken!“) Es schadet dir auch nicht, wenn du nachdenkst.

Ich möchte auf noch einen Aspekt dieser Pressekonferenz vom 6. November 1986 hinweisen. Dort wurde angekündigt, wenn die ÖVP die Mehrheit bei den Nationalratswahlen bekommt – was nicht ganz geklappt hat, sie ist aber stark genug geworden –, dann werden die Förderungsmittel für die Landwirtschaft verdoppelt. Ich habe mir gedacht, solche Leistungen soll man dort messen, wo man selber welche bringen kann, und das ist im Land Steiermark. Ich habe ein Beispiel herausgelichtet, sehr geehrte Damen und Herren! Zum Beispiel der Bergbauernzuschuß. Im Jahr 1976 wurde die Flächenprämie in der Steiermark eingeführt. Sie war damals mit zirka 24 Millionen Schilling dotiert. Wir können diskutieren darüber, ob das System richtig ist. Im Jahr 1986 haben wir noch immer die 24 Millionen Schilling gehabt. Also innerhalb von zehn Jahren keine nominelle Erhöhung. Real, sehr geehrte Damen und Herren, haben wir mindestens 20 Prozent Verlust durch die Kaufkraftverdünnung gehabt. Jetzt vergleichen wir mit der schlechten Agrarpolitik des Bundes. (Abg. Buchberger: „Lieber Freund, ich bin dir dankbar, daß du mich aufmerksam gemacht hast. Ich werde mit Dr. Klauser ein ernstes Wort reden!“) Herr Präsident, darauf habe ich gewartet. Wir haben heuer ein ÖVP-Budget. (Beifall bei der SPÖ.) Es sind genauso 23,9 Millionen Schilling. Warum haben Sie es nicht erhöht? Ich hätte mich wirklich gefreut! (Abg. Sponer: „Was sagst du jetzt?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Sie wissen, was der Finanzreferent vorgesehen hat. Eine Kürzung zwischen 20 und 40 Prozent!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Er weiß es nicht!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Erkundigen Sie sich, bevor Sie gescheite Zwischenrufe machen!“) Ich habe keinen Zwischenruf gemacht, einen Zwischenruf hat der Herr Präsident Buchberger gemacht. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesbergbauernförderung ist in dieser Zeit von 24 Millionen Schilling auf 90 Millionen Schilling angehoben worden. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, ich hätte gerne die Zahlen von Dr. Klauser, die kenne ich nicht. Für die Bauernverwaltung – sprich Kammer – wurden für das Jahr 1986 Beratungsmittel zur Verfügung gestellt. In der Zeit von 1976 bis 1986 wurden die Mittel für die Bediensteten der Landwirtschaftskammer von 75 Millionen Schilling auf 121 Millionen Schilling angehoben. Das ist ein Plus von 61,5 Prozent oder 46 Millionen Schilling. Hat hier Herr Landesrat Dr. Klauser auch 20 oder 40 Prozent gestrichen? Ich kenne die Zahlen nicht. Ich würde es nur gerne wissen,

Herr Landesrat. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Sie sind Landeskommerrat. Wissen Sie nicht, was im Landwirtschaftsförderungsgesetz enthalten ist? Sie müssen die Dinge vollständig darstellen. So geht das nicht!“) Ich bin nicht dazugekommen. Ich habe es sagen wollen. Es wird eben vorher wegdiskutiert. Ich habe genauso hinweisen wollen, daß diese Beratermittel vom Bund von 90 auf Null Schilling einfach im letzten Budget nicht mehr aufschienen. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, Sie wissen genauso wie ich, daß es mittlerweile noch immer Gespräche gibt, daß in der Budgetumschichtung die Möglichkeit besteht, für das Jahr 1986 den Landwirtschaftskammern Beratungsmittel zur Verfügung zu stellen. Mir ist bekannt, daß zwischen Tür und Angel noch Gespräche geführt werden. Für das Jahr 1987 bin ich zuversichtlich, daß es durch das Bundesbudget wieder eine Beraterfinanzierung geben wird. (Abg. Pörtl: „Ich bin kein Parteivertreter!“) Ich habe dich noch nie anders getroffen, als als ÖVP-Bauernbundvertreter in Sankt Anna oder in deinem Bezirk. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist ja auch keine Schande, wenn man die Partei vertritt, aber die Interessen der Bauern auch nicht vergißt. (Abg. Pörtl: „Ich werde es dir beweisen, lieber Freund!“) Noch einen Satz, sehr geehrte Damen und Herren, zu den Marktordnungen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Schaut euch an, wie es den Bauern wirklich geht. Traurig, daß ihr so redet!“)

Die Marktordnungen muß man als Einheit sehen, und, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin kein Genossenschaftsfeind, sondern ich zeige immer nur dort auf, wo Verbesserungen möglich wären. Aber dieses Marktordnungssystem, das bevorzugt den Vermarkter. Das ist die Genossenschaft und zu einem kleinen Teil auch die privaten Vermarkter, weil jene, die den Bauernfleiß transportieren, schälen, trocknen, kühlen, lagern, lang genug natürlich, und dann irgendwo mit dem Nulltarif am Weltmarkt absetzen auf Kosten der Steuerzahler und der Bauern, die haben immer das Geschäft dabei. Und daher bin ich der Meinung, daß wir einfach Marktordnungsgesetze brauchen, aber Marktordnungsgesetze, die mehr auf den Produzenten und auf den Konsumenten Bezug nehmen. (Abg. Buchberger: „Das ist eine Sprüchelei!“) Habe ich von dir auch schon gehört, Herr Präsident. (Abg. Buchberger: „Der Inhalt ist nicht da!“) Ich wiederhole jetzt und zitiere deine Aussage sinngemäß. Du hast gesagt, es geht auf Zeit nicht mehr so, daß man die Milch in Knittelfeld pasteurisiert und homogenisiert, nach Wien führt, pasteurisiert und homogenisiert, und dadurch in Wien eine schlechte Milchqualität verkauft auf Kosten der Bauern und auf Kosten der Konsumenten. Ich habe jetzt nichts anderes gesagt, nur daß es diese Probleme gibt. Und diese Probleme gehören meiner Meinung nach diskutiert und gehören einer Lösung zugeführt. Daß der Bauernbund da die Lösung zu bringen hat, ist meiner Meinung nach richtig, weil Ihr habt ja die Funktionäre dort sitzen. Nehmt die SPÖ hinein, dann wird sie euch ein bißchen helfen dabei. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Mein lieber Freund, ich bin für diese Aussage dankbar. Wir werden die Aussage weiterführen. Nimm Einfluß auf den Gewerkschaftsbund der Wiener Molkereiarbeiter. Mit der Wirtschaftspolitik werden wir nicht weit kommen, wenn die Parteipolitik im Vordergrund steht!“)

Ich bin aber zuversichtlich, daß wir da weiterkommen und daß wir zum richtigen Weg kommen. Natürlich mit dem Gewerkschaftsbund, natürlich mit dem Bauernbund. Ihr werdet es schwieriger haben als der Gewerkschaftsbund, aber ich glaube, daß wir da einen Weg finden werden. Davon bin ich überzeugt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Bitte uns das nicht übelzunehmen, wenn im Wiener Bereich 800 Leute entlassen werden!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ihr macht mit euren Zwischenrufen die Bauern lächerlich!“ – Glockenruf des Herrn Präsidenten.) Wenn bei den Bauern draußen 1000 Bauernhöfe hin sind, ist uns das egal.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Ich hätte noch so manches zu sagen gehabt, aber ich sage es nicht mehr. (Abg. Dr. Strenitz: „Nicht so sparen, Franz!“) Ich bin der Meinung, daß wir Produktionsalternativen brauchen. Wir haben gute Ansätze jetzt. Ich glaube, es ist eine gemeinsame Leistung. Wir haben uns gemeinsam bemüht. Wir werden im Jahr 1987 70.000 Hektar Produktionsalternativen haben. Darf ich hier eine Bitte aussprechen in dem Haus, eine Bitte an die rechte Reichshälfte. Machen wir nicht den gleichen Fehler, wie wir ihn jetzt gemacht haben bei der Getreidemarktordnung, daß wir für die Produktionsalternativen wieder Lagerkosten, Transportkosten einbauen, sondern versuchen wir, den Weg zu gehen, daß man einfach durch Flächenprämien den Bauern abstützt mit der Produktion, und der Vermarkter, der soll sich mit den Preisen nach Nachfrage und Angebot begnügen. Ich möchte wirklich bitten darum. Ich sage euch ganz offen warum. Ich bin Mitglied der ERP-Kommission und habe seit Jahren immer miterleben können, daß man draußen die Silobauten durch ERP-Mittel finanziert, gebaut und dadurch verbilligt hat. War der Silo fertig gebaut, bekam der Betreiber auf Grund der Getreidemarktordnung Lager- und Transportkostenzuschüsse, natürlich die Handelsspanne und den Exportkostenzuschuß, also es ist ein kalkulierbares sicheres Einkommen auf Zeit gesehen. Sie brauchen nur darauf zu achten, daß das Getreide einige Monate im Silo drinnen war. Und da soll man bei den Produktionsalternativen den anderen Weg gehen. Wir sollen keine Marktordnung machen, sondern wir sollen einfach durch Direktbeihilfen an die Bauern, also die Förderungsmittel zum Bauern, versuchen, das auf Grund der Erfahrungen, die wir vorher gemacht haben, besser zu machen. Wir haben in der letzten ERP-Sitzung keine Silobauten mehr genehmigt, sinnvollerweise nicht mehr.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen in Zukunft eine differenzierte Agrarpolitik. Wir Sozialdemokraten haben dies in den 16 Jahren vordemonstriert durch differenzierte Förderung der Gunstlage, Ungunstlage, Grenzlandförderung, Hügellandförderung, Bergbauernförderung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Du machst die österreichische Wirtschaftspolitik lächerlich!“) Grillitsch, du redest nach mir, du wirst das alles richtigstellen. Ich möchte bitten, daß wir das in Zukunft versuchen, gemeinsam weiterzuführen. Ich bin der Meinung, daß die Produktionsalternativen sinnvoll sind. Ich möchte nur noch auf etwas hinweisen, und ärgert euch jetzt nicht. Ein sozialistischer Landwirtschaftsminister, ein Nicht-

bauer, ein Gewerkschafter, hat den Raiffeisenfunktionären sagen müssen, daß sie bei den Bauern bei dem AI-Kredit um ein Prozent zuviel Zinsen verrechnet haben, also ein Außenstehender hat das tun müssen (Beifall bei der SPÖ.), obwohl eigentlich die Funktionäre der Raiffeisenkassen zuständig gewesen sind. (Abg. Meyer: „Das ist die Wahrheit!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, noch etwas. Wir brauchen in der Landwirtschaft, auf Zeit gesehen, kombinierte Einkommen, weil die Betriebsstrukturen so sind, daß die Vollerwerbsbetriebe abnehmen. Steiermark 56 Prozent Nebenerwerbsbauern. Die Vollbeschäftigungspolitik der SPÖ-Regierung in den letzten 16 Jahren hat um 400.000 Arbeitsplätze mehr geschaffen in dieser Zeit. Das war die beste Agrarpolitik (Beifall bei der SPÖ.) in der Form, daß man die kombinierten Einkommen in der Landwirtschaft ausbauen konnte. Wir brauchen in der Veredelung die Wertschöpfung, das habe ich schon vorher gesagt, die Flächenprämien und die Direktzuschüsse. Dem neuen Landwirtschaftsminister, sehr geehrte Damen und Herren, ein besonderes Glückauf. Er wird, und das hat die Pressekonferenz schon gezeigt, die er gehalten hat, die sozialistische Agrarpolitik in der nächsten Zeit realisieren, was der Bauernbund 16 Jahre verhindert hat, zum Nachteil der Bauernschaft. Ein herzliches Dankeschön. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Ich bin ein unempfindlicher Mensch, aber bei dem letzten Spruch ist mir die Spucke weggeblieben!“)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Weilharter, dem ich es erteile.

**Abg. Weilharter:** Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Die Wechselrede zwischen der rechten und zwischen der linken Hälfte veranlaßt mich eigentlich zu einer Feststellung. Nämlich zu der Feststellung – und die ist belegbar –, daß ich in diesem Haus, in diesem Gremium, der höchstgelegene und der höchste Bauer von der Seehöhe her bin, in 1300 Meter. Ich finde, daß man die Probleme der steirischen Bauern nicht mit polemischen Äußerungen und lächerlichen Wechselreden lösen kann, ob es jetzt um die Farbe der Verpackung dieser steirischen Äpfel geht oder ob es darum geht, wer mehr Fehler in der Vergangenheit gemacht hat, sei es der Bund oder sei es das Land. Die Probleme, meine Damen und Herren, sind sicherlich viel zu ernst.

So hat die Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahren sicherlich die Problematik mit sich gebracht, daß wir eine Überschußproduktion haben. Die Gesamteinnahmen der österreichischen Landwirtschaft und auch speziell der steirischen Landwirtschaft waren dadurch sicherlich rückläufig. Diese Einnahmenrückläufe sind ja oft so weit gegangen, daß es in einzelnen Fällen sicher zu betriebsgefährdenden, aber vor allem in neuen Betrieben zu erschwerten Bedingungen gekommen ist. Und daher, meine Damen und Herren, glaube ich, war es von beiden Seiten – vom Bund und vom Land – notwendig, daß Mittel zugeführt werden. So wurde zum Beispiel vom Bund in die Steiermark als Bergbauernförderung ein Betrag von 90 Millionen Schilling bezahlt. Demgegenüber steht eine steirische Bergbauernförderung von seiten des

Landes, welche seit mehreren Jahren konstant auf 24 Millionen Schilling geblieben ist. Das Bundesagrarsbudget hat sich in den letzten drei Jahren gesamt um 25 Prozent erhöht. Das steirische Agrarsbudget weist schwerpunktmäßig – das habe ich dem ordentlichen Voranschlag entnommen – eine Mittelerhöhung für die Beiträge an die Land- und Forstwirtschaftskammer auf. Widersinnig scheint mir dabei, daß die Kammermittelerhöhung sich bei den Zuwendungen für Personalerfordernisse zu Buche schlägt. (Abg. Buchberger: „Weißt du nicht, daß vom Bund 27 Millionen Schilling gestrichen worden sind. Frag' den Muhrer, er wird dir das sagen. Das möchte ich in aller Bescheidenheit sagen!“) Herr Präsident Buchberger, ich glaube aber trotzdem, mit noch so guten, aber noch so aufgeblähten – das sage ich auch in aller Deutlichkeit – Kammern wird man die schwierigen Situationen der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark nicht lösen können. (Abg. Buchberger: „Ich bin jederzeit dankbar, wenn Sie sagen wie!“) Herr Präsident Buchberger! Ich komme noch einmal auf das zurück. Ich sage noch einmal, die Situation der österreichischen Bauern und speziell der steirischen Bauern ist viel zu ernst, als daß man sie in diesem Haus mit Wechselreden lösen könnte. Daher, Herr Landesrat, darf ich Ihnen vorschlagen, es ist höchste Zeit, daß Alternativproduktionen in die Wege geleitet werden. (Abg. Buchberger: „Offen sagen wo und wie. Ich bin ein sehr zugänglicher Mensch in allen diesen Dingen!“) Alternativproduktionen deshalb in die Wege leiten, damit wir die Überschussproduktion, die in vielen Bereichen in der Landwirtschaft vorhanden sind, in den Griff bekommen. Ich denke dabei als Beispiel nur bei den Alternativproduktionen an Eiweißfutteranbau, an Ölsaatenbau und vieles mehr. (Abg. Pörtl: „Du redest von der Bauernbundzeit. Wir haben das schon, als du dabei warst, vor zehn Jahren betrieben!“) Herr Kollege Pörtl, vielleicht zuwenig. Ich gebe Ihnen recht insoweit, es gibt gerade in der Landwirtschaft sehr viele Extremlagen, wo nur die zwei Beispiele, die von mir zitiert wurden, der Eiweißfutteranbau und der Ölsaatenanbau, nicht machbar sind. Aber es gibt auch für diese Gebiete Alternativen. Und diese Alternativen sind zum Beispiel Flächenstillegungsprogramme. Und genau bei diesem Flächenstillegungsprogramm ist mir persönlich als praktizierendem Bauern eines unerklärlich. Die Österreichische Präsidentenkonferenz hat eine gegenteilige Stellungnahme zum Flächenstillegungsprogramm abgegeben. (Abg. Buchberger: „Ökoflächen sagen wir!“) Richtig, Herr Präsident! Ich behaupte auch und es ist bewiesen, die Grünbrachen als Alternative haben sicherlich eine biologische Bedeutung als Bodenverbesserer. Da gebe ich Ihnen recht. Aber nur die Frage steht im Raum, warum die Präsidentenkonferenz sich dafür nicht ausspricht. Warum man sich in dieser Frage querlegt. (Abg. Buchberger: „Die verdammen Sie wirklich schon seit Jahren. Du mußt falsch informiert sein. Ich habe nicht die Möglichkeit, mit Muhrer zu sprechen!“)

Herr Präsident Buchberger! Ich schätze Ihre Tätigkeiten, und ich weiß, daß Sie viele Probleme kennen. Nur, mit den Lösungen bin ich in vielen Bereichen nicht ganz einverstanden, oder denke ich vielleicht anders? Da darf ich Sie wirklich darauf ansprechen. Wir haben uns im Vorjahr auf einem großen obersteirischen Viehmarkt getroffen. (Abg. Buchberger: „In

Schöder!“) Beim Roßmarkt in Schöder, genau! Und gerade beim Viehmarkt, das darf ich wirklich in aller Deutlichkeit sagen, da sind die Probleme genauso groß und vielseitig und ist genauso das Problem der Überschussproduktion vorhanden. Wobei ich aber wieder eines sagen muß. Genau in dieser Sparte, was die Viehhaltung betrifft, war es notwendig, öffentliche Mittel zuzuführen. Für die Viehexporte zum Beispiel hat der Bund auch im letzten Jahr 1,7 Milliarden Schilling zugesprochen. Die Landesförderung – das habe ich wieder dem ordentlichen Voranschlag entnommen – ist in einer Höhe von 92 Millionen Schilling veranschlagt, wobei in einer Fußnote dabei steht, diese Zuwendung wird gleichzeitig von der Bundesförderung abhängig gemacht. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Welche Förderung haben Sie gemeint?“) Und jetzt frage ich Sie etwas und auch Sie, Herr Landesrat, Viehabsatz, die 92 Millionen Schilling für den Viehexport werden abhängig gemacht von den 1,7 Milliarden Schilling Bundesförderung im ordentlichen Haushalt. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Darf ich Ihnen etwas sagen. Vielleicht wissen Sie das wirklich nicht. Es ist im Dezember 1985 eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern abgeschlossen worden, in der eine genaue anteilmäßige Finanzierungsverpflichtung bei Nutztvieh, Schlachtvieh, Fleisch in bestimmten Relationen festgelegt worden ist, daß Bundes- und Landesverpflichtungen nach diesen Anteilen vorliegen. Sonst gar nichts!“) Ich gebe Ihnen recht, Herr Landesrat, ich gebe Ihnen recht, daß dieser Vertrag vorhanden ist. Trotzdem verstehe ich es jetzt als praktizierender Bauer nicht, daß eigentlich budgetäre Spekulationen auf dem Rücken unserer Bauern ausgetragen werden. Das verstehe ich nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das stimmt nicht!“) Ich behaupte nämlich folgendes, und da werden Sie mir sicher recht geben, Herr Präsident Buchberger. Die Rinderexporte könnten sich effizienter auswirken, wenn die Abschöpfung, und das scheint mir wesentlich, die Abschöpfung im Inland bleibt. (Abg. Buchberger: „Das können wir der EG nicht vorschreiben, was sie mit dem Geld macht!“) Wobei zur Inlandsabschöpfung noch etwas dazugehört, und zwar eine verstärkte Inlandswerbung für die landwirtschaftlichen Produkte und gleichzeitig die Hervorhebung der gesundheitspolitischen Bedeutung. Ich glaube, daran hat es sicherlich auch in der letzten Zeit gemangelt. (Abg. Buchberger: „Wir haben Ochsenfleischaktionen. Das ist auf Kosten der Schweinefleischproduktion gegangen!“) Ich glaube, Herr Präsident, in einem Punkt gehen wir völlig konform, und zwar mit der Anhebung des Inlandsmarktes, mit dem Anteil der im Inland konsumierten Agrarprodukte würden sicherlich manche Agrarimporte in Frage gestellt oder sich als nicht notwendig erweisen.

Ich hoffe aber trotzdem, damit will ich in dieser Agrarrede zum Ende kommen, ich hoffe trotzdem, daß Sie, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler und vielleicht künftiger Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, die Probleme der steirischen, aber auch der gesamtösterreichischen Bauern in den Griff bekommen, damit in den Griff bekommen, daß die Entscheidungen künftighin für unsere Bauern nicht von Bürokraten und Technokraten allein getragen werden, sondern, daß man eine vernünftige Agrarpolitik macht über die Parteigrenzen hinweg. Und ich freue mich



schon auf diesen Moment, sollten Sie der künftige Landwirtschaftsminister sein, und ich werde mit Vergnügen auch in diesem Haus jene Forderungen und jene Wunschvorstellungen von seiten des Bauernbundes genau hier deponieren und an Sie weiterleiten und richten. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Prieschl, dem ich es erteile.

**Abg. Prieschl:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist vielleicht etwas verwunderlich, daß jemand zu Agrarproblemen spricht, der aus einer typischen Industriegemeinde kommt. Aber ich glaube, daß die Zusammenhänge zwischen Industrie und Landwirtschaft sehr eng verknüpft sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Ist aber erfreulich. Ja, wirklich!“ – Abg. Mag. Rader: „Bist du neuer Parteiohmann?“)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, der Herr Präsident Buchberger hat uns aufgefordert, daß wir auch Generalversammlungen der Landforst besuchen sollten. Ich habe die Gelegenheit gehabt, bei der letzten Generalversammlung der Kapfenberger Landforst anwesend zu sein. Wie Sie sich vorstellen können, war ich natürlich ein interessierter Zuhörer, weil ich den Dingen auf den Grund gehen wollte, wie ist die Situation der Landwirtschaft aus einer objektiven Sicht wirklich. Es hat bei dieser Generalversammlung der Universitätsdozent Dipl.-Ing. Dr. Matthias Schneider vom Wirtschaftsforschungsinstitut in Wien einen sehr interessanten Vortrag gehalten. Er beschäftigte sich nicht nur mit der landwirtschaftlichen Situation in Österreich, sondern in Westeuropa überhaupt. Dabei hat er drei besonders interessante Darstellungen gebracht. Auf einer riesigen Projektionswand zeigte er sehr eindrucksvoll diese Zahlen auf. Er sagte, daß nicht nur in Österreich, sondern überhaupt in den westlichen Demokratien seit Jahren ein stagnierender Absatz in der Landwirtschaft besteht. Wer aufmerksam im Fernsehen verfolgt hat, da war in den letzten Wochen ein Bericht über die EG, in dem dargestellt wurde, daß Tausende Tonnen an Rindfleisch und Südfrüchten lagern und praktisch unverkäuflich sind. Die Überschussprodukte der Landwirtschaft der gesamten EG bereiten erhebliche Schwierigkeiten. Diese Überschüsse sind praktisch nicht mehr finanzierbar. Das heißt, die Situation stellt sich nicht nur in Österreich so dar, sondern eigentlich in ganz Westeuropa. Wenn der Präsident gesagt hat, man sollte weniger Mandarinen importieren, so glaube ich, muß man auch fairerweise dazusagen, daß es sich dabei oft um Kompensationsgeschäfte handelt. Wer internationale Handelsabkommen kennt, weiß, daß viele Importe aus wirtschaftspolitischen Gründen notwendig sind, da man verschiedene eigene Produkte im Ausland gar nicht absetzen könnte, wenn nicht durch Kompensationsgeschäfte mit anderen Staaten. Zum Teil hat Universitätsdozent Matthias Schneider auch vermerkt, daß die Produktion der Landwirtschaft am Markt vorbeigeht. Ich sehe, und dies möchte ich überhaupt nicht polemisch sagen, verschiedene Parallelen zur Grundstoffindustrie in Österreich. Ich habe selbst einen Onkel in Arnfels, der Bauer ist, und ich weiß, wie schwierig diese Arbeit tatsächlich ist, wie viele Stunden aufge-

wendet werden müssen. Der Bauer, der an und für sich schwer arbeitet, ist als Grundstoffproduzent etwa in der gleichen Situation wie unsere Grundstoffindustrie überhaupt in Österreich. Wenn ich mir überlege, wie schwierig die Strukturereinigungen vor allem auch in der verstaatlichten Industrie sind, so kann ich mir auch vorstellen, daß man zwar theoretisch weiß, wie Umstrukturierungen möglich sein könnten, aber daß es natürlich in der Praxis unheimlich schwer ist, jahrzehntelange Produktionen radikal zu verändern. Das ist sicher nicht leicht möglich. Zum dritten glaube ich, auch dies war sehr interessant bei diesen Aussagen, daß sich das Gesundheitsbewußtsein der Menschen in den letzten Jahren stark verändert hat. Gerade die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky hat gestern in ihrer Wortmeldung für mich einige sehr interessante Details gebracht. Und das Beispiel unseres Abgeordneten Zellnig, der gesprochen hat, daß früher die Kinder hinaufgefüttert worden sind und heute eigentlich vielfach abnehmen sollten, sind Beweise eines geänderten Konsumverhaltens. Die Konsumgüter, die von der Landwirtschaft produziert werden, können nicht mehr in jenem Maß abgesetzt werden, wie wir uns das eigentlich wünschen würden. Ich glaube, daß ein gewisser Umstieg in die Veredelungsindustrie – ich bin kein Fachmann der Landwirtschaft, aber ich kann mir das wie in der verstaatlichten Industrie vorstellen –, doch eine Entspannung der Situation bringt.

Ich möchte eigentlich in meinem Debattenbeitrag auch auf etwas anderes hinweisen. Es gibt ein enges Verhältnis zwischen Bauern und Konsument. Ich glaube, daß jeder, der am Markt Produkte kauft, interessiert ist, gute Produkte zu kaufen, und wir in Österreich sind in einer glücklichen Situation, gute Produkte zu bekommen. Nur glaube ich, und hier spreche ich den Landeshauptmann an, daß es notwendig wäre, die Lebensmittelkontrolle oder die Lebensmittelpolizei in Zukunft attraktiver zu gestalten. Ich erinnere mich an die Situation, und da gebe ich offen zu, daß das Lebensmittelgesetz des Bundes hier eine Verschlechterung gebracht hat, daß vor Jahren die Gemeinden die Möglichkeit gehabt haben, eigene Lebensmittelpolizisten anzustellen. Wir in Kapfenberg und auch die Bezirksstadt Bruck an der Mur bemühen sich seit Jahren – es gibt in diesem Gesetz Möglichkeiten, eine Dispens vom Landeshauptmann zu bekommen –, daß den Gemeinden wieder die Lebensmittelpolizei übertragen werden. Ich habe mir das bei unseren Zahlen angeschaut. Als die Gemeinden früher selbst die Lebensmittelkontrollen durchführten, war das für die Konsumenten äußerst positiv. Seit es nur mehr einen Lebensmittelpolizisten gibt, der in der BH Bruck sitzt und für die Bezirke Bruck und Mürz-zuschlag allein zuständig ist, kann man sich vorstellen, wie schwierig die Situation jetzt ist, daß es praktisch gar nicht mehr möglich ist, eine optimale Lebensmittelkontrolle durchzuführen.

Das wollte ich, meine Damen und Herren, in dieser Situation aufzeigen, weil ich glaube, die besten Gesetze, die wir beschließen, sind wertlos, wenn es uns nicht gelingt, eine dementsprechende Kontrolle durchzuführen. Wir können uns erinnern, es sind sicher die Gesetze nicht so schlecht gewesen, und trotzdem hat es in der Vergangenheit verschiedene Vorkommnisse – ich möchte das Wort „Skandale“ nicht verwenden –

gegeben, die uns Österreichern insgesamt sicher nicht gedient haben, auch nicht im Ausland. Und darum möchte ich bitten, daß die Möglichkeit neuerlich geprüft wird, daß die Städte Bruck und Kapfenberg in Zukunft selbst wieder ihre Lebensmittelpolizeiagenten durchführen können. (Abg. Buchberger: „Ich hätte eine Bitte: Du bist eine objektiver Mensch und du hast das Bilanzergebnis der Landforst im Kopf. Ist das positiv oder negativ gewesen?“) Das Landforstergebnis war negativ. Danke, meine Damen und Herren.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Fuchs, dem ich es erteile.

**Abg. Fuchs:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich versuche als praktizierender Landwirt wieder, die Probleme und auch einen Maßnahmenkatalog hier aufzuzeigen. Denn, Kollege Zellnig, wie Sie immer nur den Genossenschaften eines darüberwischen – die Produktionsgemeinschaften sind wir Bauern. Ich habe mit Bestürzung feststellen müssen und wahrgenommen, daß dies Ihren Freunden gegenüber eine schöne Geste ist, einfach darüberzuwischen und den Kollegen und Kolleginnen der Sozialistischen Partei fest Applaus zu geben und darüber zu lachen. Für uns ist das nicht zum Lachen. Die Lage in der Landwirtschaft und die Sache der Bauern sind sehr ernst. Ich möchte eines ganz klar und deutlich sagen. Altlandeshauptmann Josef Krainer hat es im Jahr 1957 ganz klar erkannt, daß unbedingt eine Grenzlandförderung notwendig ist und daß Grenzlandpolitik auch ein staatspolitisches Anliegen ist. Ich möchte dazu eines sagen: Gerade am Anfang der siebziger Jahre ist auch Altbundeskanzler Dr. Kreisky in unsere Grenzlandregion gekommen und hat gesagt, er will einen breiten Gürtel des Wohlstandes schaffen. Es ist dies schon oft gesagt worden, aber man kann es nicht oft genug wiederholen, weil doch in den 16 Jahren sozialistischer Regierungsverantwortung der Bauernstand auf einen Tiefstand gekommen ist. (Abg. Kohlhammer: „Seit wann gibt es eine Grenzlandförderung des Bundes?“) Das gibt es seit dem vorigen Jahr, die Aufstockung mit langem Drängen auf 30 Millionen Schilling. Aber immerhin, eingeführt ist sie. (Abg. Kohlhammer: „Seit wann gibt es diese überhaupt?“) Das eine möchte ich sagen: Im Jahr 1957 hat sie Landeshauptmann Krainer eingeführt. Die Landesregierung und vor allem unser jetziger Landeshauptmann haben sich eingesetzt, daß sie aufgestockt wurde, und der Bund hat nach langem Drängen nachgezogen. (Abg. Kohlhammer: „Wieder aufgestockt!“) Auch in unserer Grenzlandregion erfolgte eine Abwanderung in den letzten 16 Jahren, die Arbeitslosigkeit beträgt 14 bis 17 Prozent, 37 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Das kommt ja nicht von ungefähr. Und wohin die Abwanderung? In die Ballungszentren, in Industriegebiete, wo auch die Problematik und die Probleme sind. Es hat mich ganz entfremdet, und ich weiß nicht, haben Sie damit angefangen, daß mein Kollege Prutsch und auch Dr. Wabl vom Grenzland als Abgeordnete abgezogen wurden. Jetzt haben wir gar keinen mehr. Die haben mir ab und zu ein bißchen geholfen, weil sie die Problematik und die Schwierigkeit erkannt haben. Wir haben jetzt wohl, was ich in den Zeitungen gelesen habe, den Kollegen Zellnig für

die Oststeiermark. Aber man hat es heute früh schon im Radio gehört, der Dr. Martin Wabl meldet sich.

Ich möchte jetzt ein paar Alternativen aufzeigen, das habe ich bis jetzt von Ihrer Seite her vermißt. Was können wir machen, was können wir tun? Schauen Sie, wir haben versucht, vor allem über die Landeskammer, über die Präsidentenkonferenz, Alternativprodukte aufzubauen. Ich denke nur an das Jahr 1978, als wir versuchten, den steirischen Kürbiskern, der nur für Selbstverbrauch und Selbstvermarktung war, zur Handelsware zu machen. Im Jahr 1981, weil es uns nicht gelungen ist – und gerade unser Agrarsprecher Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat sich Jahre eingesetzt, um die Möglichkeit für ein Obst- und Gemüsegesetz zu schaffen. Das heißt, einen Zollschutz zu finden, daß nicht die Importe mit Dumpingpreisen hereinkommen. Endlich ist es am 1. Juli 1983 gelungen, eine Abschöpfung bei Kürbiskernen von 10 Schilling und bei Kren von 4 Schilling zu erreichen. Aber wie lange hat das gebraucht. Es war so weit, daß wir im Jahr 1981 fast vor dem Ruin gestanden sind, weil aus Ungarn, Jugoslawien Kerne zu Billigstpreisen hereingekommen sind. Nur dauert das alles so lange, und wir mußten so lange warten. Heute sind wir so weit. Ich weiß nicht, warum der Minister das nie erkannt hat. Heute sind wir so weit, daß es möglich ist, 560.000 Kilogramm Kürbiskerne im heurigen Jahr in Vertrag gebracht zu haben, in 26 Länder zu exportieren und für viele Grenzlandbauern, die an der Grenze wohnen, für kleine Betriebe ein Einkommen zu schaffen. Wir wollten dies auch bei Johannisbeerern und verschiedenen anderen Produkten versuchen. Ich war des öfteren beim damaligen Landwirtschaftsminister Dr. Haiden, der uns einfach so darübergewischt hat und gemeint hat, „wir werden ja sehen und werden versuchen, das zu erreichen“.

Nur ein Wort zum Weinbau in der Grenzregion, der eine gute Einnahmequelle für die Süd-Ost-West-Steiermark ist. Wir brauchen noch die Abschaffung der Alkoholsondersteuer – das müßten wir erreichen – und die laufende Anpassung des neuen Weingesetzes. Es ist ja heute schon gesagt worden, es ist novelliert worden. Es sind noch immer Dinge, die dazu notwendig sind. Da möchte ich auch einen Dank an die linke Reichshälfte aussprechen, die sich vehement mit uns zusammen eingesetzt hat. Aber wie lange es gebraucht hat, bis der Minister Dr. Haiden damals eingestiegen ist und gesagt hat: „Wir müssen das ändern.“ Er wollte ja das strengste Weingesetz der Welt machen. Aber heute wären unsere kleinen Weinbauern weg. Die Praxis zeigt, was notwendig ist. Und da müßten wir schauen, daß wir die Möglichkeiten schaffen. Ein wichtiger Faktor sind die Spezialkulturen, Sonderkulturen und Heilkräuter. Hier müßten wir alles daransetzen, daß die Möglichkeit geschaffen wird, eine Einkommensbasis zu schaffen. Ansiedlung von Betrieben – da sind wir einer Meinung –, die landwirtschaftliche Rohprodukte verarbeiten. Zum Großteil ist es bei uns so, daß wir die Produkte, die wir produzieren, exportieren. Im Ausland werden sie verarbeitet und um teures Geld wieder ins Inland importiert. (Abg. Zellnig: „Zum Beispiel beim Raps!“) Ich glaube, hier müßten wir alles daransetzen, daß es möglich sein wird, das zu bekommen. Ich will über den Weinbau nicht viel sprechen, meine Zeit läuft mir sonst davon.

Aber immerhin eines möchte ich dazu sagen, daß es hier vor allem gepflegte Buschenschenken gibt, die

Gastronomie in der Grenzregion in Ordnung ist und daß zusammen mit dem Weinbau hier auch eine Einkommensquelle für viele Landwirte geschaffen wurde. Besonders erwähnen möchte ich aber die Landesversuchsanlage in Wies, die vom Land Steiermark, von der Landesregierung geschaffen wurde, die in guter Zusammenarbeit mit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, vor allem mit der Gartenbauabteilung, floriert. Wir haben in der letzten Zeit wieder 19 Gemüsesorten geschaffen, die jetzt im Vertrag sind und zur Produktion freigegeben wurden. Wo wir noch einen Ansatz sehen, das sind vor allem die Heilkräuter. Bei den Heilkräutern haben wir die Chance, da wir noch um mehr als 100 Millionen Schilling Kräuter importieren, für kleinere Betriebe ein Einkommen zu schaffen. Ob das die Zitronenmelisse, die Kornblumen, das Ackerstiefmütterchen, Johanniskraut, Tausendguldenkraut, Holunderkraut, Pfefferminze, Goldmelisse uns so weiter sind, sind alles Dinge, die die Natur schafft und den Menschen Heilung bringen können.

Ein Wort vielleicht noch zu Produktionsalternativen und zur Förderung und Bildung, insbesondere der Beratung. Es ist heute schon angeklungen, daß hier die Beratung ein wichtiger Faktor für die Landwirte und für die Weiterbildung ist. Für die Bevölkerung war sie seit 1945 ein besonderer Schwerpunkt in der Kammerarbeit. Die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis, Neuerungen in der Agrartechnik, sowie ein angepaßtes Bildungsprogramm waren gang und gäbe und werden in Zukunft notwendig sein, um das in die Praxis überzuleiten. Die Landwirtschaftskammer bemüht sich seit jeher und besonders auch jetzt mit den Beratungskräften, Hilfestellung zur Berufsausbildung in der Landwirtschaft und vor allem auch den Nebenerwerbslandwirten zu geben, um die jungen Bauern zum richtigen Weg zu führen. Aber da gerade für diese vielen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in der Grenzregion die Beratung von großer, großer Wichtigkeit ist, müssen wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen – und das wurde heute schon gesagt, ich möchte das in der Graphik darstellen –, daß 1985 91,3 Millionen Schilling vom Bund für die Beratungskräfte zur Verfügung standen in Österreich, im Jahr 1986 5,2 Millionen Schilling und 1987 nur mehr 4,2 Millionen Schilling. Ich glaube, das ist ein Einschnitt, der hier getroffen wurde, den wir einfach nicht zur Kenntnis nehmen können. Abschließend möchte ich vermerken, daß in der Agrarförderung des Bundes bewußt ein Aushungern unserer Kammern bewirkt werden soll. Das zeigt sich in einigen Sparten ganz deutlich. Hoffen wir, daß mit der Neuzusammensetzung der Bundesregierung auch auf die Landwirte wieder Bedacht genommen wird. Einen gesunden Bauernstand brauchen wir alle. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch, dem ich es erteile.

**Abg. Grillitsch:** Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich muß Ihnen sagen, ich war angenehm überrascht in dieser Agrardebatte, daß man nach der Wortmeldung des Herrn Präsidenten verspüren konnte, daß es auch innerhalb der SPÖ einen jungen, vernünftigen Geist gibt und man zu den Problemen Stellung nimmt. Und

ich muß Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Prieschl, Sie haben eigentlich die Probleme richtig gehört und hier auch wirklich richtig wiedergegeben. Ich habe eine große Bitte, vielleicht könnten Sie doch die Zeit auch aufbringen, um Ihren Banknachbarn in einigen Nachhilfestunden diese Problematik auch wirklich deutlich zu machen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich sage es allen Ernstes, wenn wir so weitertun, daß wir agrarpolitische Fragen mit Demagogie und Polemik, so wie es Ihr Hauptredner heute gemacht hat, behandeln, dann darf einen einfach nichts wundern. Ich bin ein sehr aufmerksamer Leser der „Agrarzeitung“, habe dort manchen Artikel in bester Erinnerung, lese auch sehr deutlich die „Neue Zeit“ und habe auch dort manchen Artikel Ihres Agrarsprechers in bester Erinnerung, wo man immer nur, einmal ist es Dipl.-Ing. Riegler, einmal ist es Präsident Buchberger, obwohl er in beiden gesetzlichen Körperschaften tätig ist, im Hauptausschuß der Landeskammer mit höchster Verantwortung, und hier am Rednerpult die Mittel kritisiert, die für die Landeskammer kommen und eigentlich auf Grund des Landwirtschaftsförderungsgesetzes von Ihnen mitbeschlossen wurden, meine Damen und Herren. Und auf der anderen Seite ist es der Herr Landesrat, der fallweise entsprechend behandelt wird. Aber, meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, daß es auch die Bevölkerung schon gemerkt hat, daß man so nicht agieren kann. Und wenn ich die Ergebnisse der letzten drei Wahlen in der engeren Heimat anschau, dann glaube ich, nicht nur in der Steiermark, ich bin in Judenburg zu Hause und kenne Obdach sehr gut, dann braucht man sich über vieles nicht zu wundern. Ich glaube, die Zeit ist einfach zu ernst, und auch die Bauernschaft verdient eine andere Behandlung, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben es Ihnen, und ich habe es Ihnen vor allem im Vorjahr sehr deutlich gesagt, daß die Einkommensrückgänge in der Land- und Forstwirtschaft alarmierende Zustände annehmen. Wenn wir heuer den Grünen Bericht haben, so ist das nur bestätigt worden, was von unseren Rednern hier gesagt wurde, daß es voriges Jahr schon 17 Prozent waren und in einigen Produktionsgebieten sogar noch mehr und daß wir vor allem im Viehbereich die größten Einbrüche hatten und daß wir hier nur durch ständiges Treiben des Landes auch zu einer entsprechenden Absatzförderung gekommen sind. Meine Damen und Herren, nicht umsonst ist der jetzige designierte Bundeskanzler darauf gekommen, daß wirklich die von der sozialistischen Politik in den letzten 16 Jahren sehr geschädigte und betroffene Land- und Forstwirtschaft einen Minister, wie es Dr. Haiden war, nicht mehr verdient. Gerade in der Bauernschaft haben sich die Auswirkungen der guten Wirtschaftspolitik, wie es Zellnig gemeint hat zu seinem Abschluß, am deutlichsten gezeigt. Du hast recht in deinem Artikel vom Sommer, der kommende Landwirtschaftsminister, ganz gleich, wie er heißt, wird es sehr schwer haben. Er kann es nicht nur besser machen, er wird sicher vieles besser machen (Abg. Zellnig: „Wir werden sehen!“), weil die Vorschläge, meine Damen und Herren, die heute vom neuen Landwirtschaftsminister in die Öffentlichkeit getragen werden, sind die Vorschläge des Agrarkonzepts des Österreichischen Bauernbundes, und diese Vorschläge enthalten die Alternativproduktion, und diese Vor-

schläge –, wir haben es jährlich immer wieder gesagt –, haben auch im besonderen Blick auf die Strukturentwicklung, auf die Absatzentwicklung und auf die ganze Einkommensentwicklung innerhalb der Land- und Forstwirtschaft Bezug genommen.

Der Herr Minister hat auch gesehen, der heutige und auch jüngere, und scheinbar ist in Ihren jüngeren Reihen wirklich mehr Geist, daß man gesprächsbereiter sein muß mit dieser Bevölkerungsgruppe. Nur außer einem Gespräch ist bei ihm auch noch nichts gekommen. Und die Wahrheit kommt erst. Die Dinge werden dahingeschoben. Es fehlt an Mitteln, um die Getreideabsatzförderung zu finanzieren. Es fehlt an Mitteln, um die Rückstände in der ganzen Milchwirtschaft aufzufüllen. Warum wurden diese Dinge hier nicht gesagt, warum nur in einer polemischen Art, gerade wie es der Bauer heute nicht verdient? Für mich erhebt sich die Frage, für uns alle, für die gesamte Bevölkerung für die Zukunft: Brauchen wir einen Bauern oder brauchen wir ihn nicht? Ich sage Ihnen sehr deutlich, wir brauchen den Bauernstand in jeder Hinsicht, für die Erhaltung des ländlichen Raumes, in der Frage der Arbeitsplätze und vor allem auch in der Versorgungsfrage. Und wenn ich bei der Versorgungsfrage beginnen darf, dann glaube ich, hat man es heuer sehr deutlich gemerkt, was passieren kann und könnte, wenn in einem Land nicht die entsprechende Vorsorge für eine Eigenvorsorge getroffen wird.

Meine Damen und Herren, dort möchte ich beginnen. Seit 1970 hat sich das Außenhandelsdefizit verzweifacht. Und wenn heute immer gesagt wird, wir produzieren zuviel, dann haben wir sicher in einigen Bereichen die Kapazitäten voll ausgeschöpft. Aber wir haben auch noch Möglichkeiten für unsere bäuerlichen Betriebe, wenn endlich Importschutzmaßnahmen getroffen werden, so daß die heimische Produktion nicht in dem Ausmaß getroffen wird, wie sie zur Zeit getroffen wird. Es wird heute sicher über die Qualität noch gesprochen. Und der Herr Abgeordnete Prieschl hat es auch hier ganz klar gesagt. Qualitätskontrolle nicht nur für die heimische Produktion, sondern auch für die Importproduktion. Auch das würde der heimischen Landwirtschaft viele Möglichkeiten eröffnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und meine sehr geschätzten Damen und Herren, zur Entwicklung der ganzen Budgetsituation. Ich glaube, man muß dem Land Steiermark sehr dankbar sein, daß es gerade die Fragen der Bauern, die Fragen der Land- und Forstwirtschaft und ihrer Einrichtungen in der Budgetentwicklung so gesehen hat, wie es sich dieser Berufsstand verdient. Und wenn wir die Vorschläge des Finanzreferenten zur Kenntnis genommen hätten, dann wäre die Bauernschaft so bedient worden, wie es Ihr Agrarsprecher hier gemeint hat. Gott sei Dank ist das nicht passiert.

Meine Damen und Herren, Sie kennen alle die Budgetentwicklung auf Bundesebene. Wir haben heute immer den Vorwurf, und es wird Ihrerseits immer sehr stark das Genossenschaftswesen auch mit viel Demagogie und Polemik hier in die Öffentlichkeit geworfen mit viel Unwahrheiten, sehr viel Unwahrheiten, weil Sie immer verschweigen, daß in der ganzen Entwicklung selbstverständlich die Genossenschaften auch die großen Kostensteigerungen in den letzten Jahren, sei es auf sozialem Bereich oder Sachberei-

chen, zur Kenntnis nehmen mußten. Und die Genossenschaften sind natürlich bemüht, soweit es geht, aktive Bilanzen zu liefern. Aber Sie verschweigen in der ganzen Entwicklung, daß es letztlich 1978 auch die Bundesregierung war, die 1,8 Milliarden Schilling, die für die landwirtschaftlichen Produkte zur Produzentenstützung im Budget vorhanden waren, diesem Budget entzogen hat. Und das macht uns eben die Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Ländern etwas schwieriger. Meine Damen und Herren, lesen Sie nach, was hier andere Länder wie die Schweiz, was die EG tun und welche Absichten hier vor allem in Übersee und in Amerika im Hinblick auf die europäische Landwirtschaft bestehen. Hier glaube ich, kommt noch einmal die Frage der Eigenversorgung, und da muß natürlich auch von der Budgetseite die Möglichkeit geschaffen werden. Und wenn sich das österreichische Gesamtbudget um mehr als 400 Prozent erhöht hat und die agrarische Absatzförderung sich nur um 125 Prozent erhöht hat, so darf es hier auch nicht unerwähnt bleiben, daß man in dieser Zeit auch dem Bauern die Absatzförderungsbeträge seiner Produkte um 651 Prozent erhöht hat. Um 651 Prozent mehr muß ab 1970 in der Entwicklung der Produzent selbst bezahlen, in den Absatz seiner Produkte, in die Überverwertung. (Abg. Zellnig: „Trotzdem ist ein Schuldenberg da!“ – Abg. Rainer: „In der gesamten europäischen Gemeinschaft ist in der Marktordnung die selbe Situation!“) Schauen Sie bitte das Budget an. Aber Ihre Bundesregierung hat die Mittel herausgenommen, weil sie einfach in der guten Wirtschaftspolitik, wie es Zellnig meinte, nicht mehr weitergekommen ist, und man hat den ersten Schnitt bei den Bauern gemacht. Jetzt sind sie so weit, daß es überhaupt keine Bereiche mehr gibt, wo man noch ordentlich steichen kann. Ich freue mich, wenn die Übergabebilanz, die sicher der designierte Bundeskanzler schon kennt, dann endlich in die Öffentlichkeit kommt, und vielleicht kommt bei Ihnen auch der Vernunftstandpunkt, daß man dann weiß, wie es weitergeht.

Ich möchte abschließen, meine Damen und Herren, und Ihnen noch einmal sagen, mit vernünftiger Arbeit wird vieles erreicht werden können. Vorschläge sind unsererseits immer dagewesen, nur hätten wir in der Regierungsverantwortung auch jemanden gebraucht, der in der Lage gewesen wäre, auf Bundesebene diese Vorschläge rechtzeitig umzusetzen, dann wäre vieles nicht passiert. Nur, so kann es nicht weitergehen, und wie schon gesagt wurde, der Bauernstand ist ein Stand im Volk, der alle Anerkennung verdient und der es auch verdient, in politischen Auseinandersetzungen nicht so behandelt zu werden, wie es heute wiederum in einer „Löwinger“-Vorstellung von Ihrer Seite geschehen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander. Ich erteile es ihr.

**Abg. Kammlander:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Mich würde derselbe Vorwurf treffen wie den Herrn Abgeordneten Prieschl, nämlich daß er aus Kapfenberg kommt. Ich komme aus Bruck an der Mur. Der Zusammenhang Landwirtschaft und Industriegebiet der Obersteiermark ist wahrscheinlich – (Abg.

Prieschl: „Ich bin vom Herr Landesrat gelobt worden!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Wir freuen uns, wenn sich jemand von außerhalb der Landwirtschaft mit diesen Problemen befaßt!“) Schön! Ich habe nicht nur Freunde in der Untersteiermark, sondern in der ganzen Steiermark, die sich sehr intensiv mit der Landwirtschaft beschäftigen und sie auch ausüben.

Der Herr Abgeordnete Buchberger hat gemeint, wenn die Steiermark mit ihrer Agrarpolitik ein Beispiel wäre für das ganze Bundesland, für ganz Österreich, dann würde es in Österreich auch anders ausschauen. Ich kann diese Meinung nicht so ganz teilen und möchte es auch näher ausführen. (Abg. Buchberger: „Das habe ich auch nicht anders erwartet!“) Wenn das eine Frage des Alters ist, die Sie angeschnitten haben, daß Sie schon älter sind als ich und deswegen mehr verstehen, dann möchte ich das auch in Frage stellen. Alter als Argument ist meiner Meinung nach nicht das beste.

Über die Überschußpolitik in der Landwirtschaft wurde heute schon sehr viel und sehr breit geredet. Trotzdem verwundert es, daß auch in dem vorliegenden Budgetentwurf nicht jene Maßnahmen gesetzt werden, die das Übel an der Wurzel packen, sondern die am Ende des Problems ansetzen und versuchen, dort oder da die berühmten Löcher zu stopfen. Damit werden im Bereich der Landwirtschaft – und ich meine vor allem die Vermarktungszuschüsse – ähnliche Vorgangsweisen angewandt wie bei allen anderen Problemen, mit denen wir heute konfrontiert werden. Auch bei der Müllproblematik wird vor allem versucht, den Müll irgendwo zu deponieren. Beim Trinkwasserproblem wird versucht, es nachträglich wieder aufzubereiten, und so fort.

Wir fordern aber, daß dieses Problem an der Wurzel anzupacken ist und das Budget in diese Richtung umzubauen wäre. Das heißt konkret, die Mittel für Drainagierung, Regulierung, Rutschhangsicherung, das heißt, die Mittel für die Ausweitung von Produktionsflächen sollen umgeschichtet werden in den Rückbau, das heißt, in den ökologischen Rückbau der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Wasserbauhöfe sollen dementsprechend ebenfalls neue Aufgaben im Bereiche des Rückbaues von Gewässern erhalten. Für absatzfördernde Maßnahmen auf dem Viehmarkt wurden 1987 – davon hat der Herr Abgeordnete Weilharter schon geredet – 92 Millionen Schilling veranschlagt. Wir wissen, daß es sich dabei um Maßnahmen handelt, die mit Förderungen des Bundes zusammenhängen. Wir wissen, daß die wesentlichen Möglichkeiten für eine Umorientierung auf Bundesebene liegen und nicht auf Landesebene. Trotzdem sind absatzfördernde Maßnahmen im Landesbudget nur als Feuerwehrmaßnahmen zu verstehen.

Für die Zukunft, und die beginnt mit dem Vorschlag 1987, sollte eine Umorientierung erfolgen, die zwar das gleiche Ziel hat, das heißt die Beseitigung der Überschüsse, aber nicht durch Förderung von Exporten, sondern durch Umstellung von intensiven Produktionsmethoden auf weniger intensive. Der Herr Abgeordnete Fuchs hat da schon einige Beispiele aufgezählt. Der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Maßnahmen ist bedeutend höher, weil damit unter anderem auch die Bereiche Bodenschutz und vor allem die Verminderung der Belastung des Grundwassers mit

Nitrat und Spritzmitteln erreicht werden kann. Besondere Aufmerksamkeit verdient unserer Meinung nach die Förderung der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, speziell in der Form der Pauschalkostenabdeckung. Das Ausmaß dieser Förderung im Verhältnis zum gesamten Budget der Kammer erreicht ein Ausmaß, daß im Grunde genommen von einer Abteilung beziehungsweise Unterabteilung der Landesregierung gesprochen werden kann. Es stellt sich daher zu Recht die Frage, ob in diesem Forum, das heißt im Landtag, nicht darüber gesprochen werden muß, ob die Ziele, die in der Praxis von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft verfolgt werden, mit dem öffentlichen Interesse vereinbar sind. Die Förderung einer Interessensvertretung im Bereich der Landwirtschaft wird niemand abstreiten. Nur, die konkreten Auswirkungen der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer, insbesondere im Bereich der Beratung, wird von uns angezweifelt. Wir kritisieren den nach wie vor bestehenden unhaltbaren Zustand, daß die Düngemittelberatung der Kammer von der Chemieindustrie mitfinanziert wird und daß Berater der Landwirtschaftskammer nebenbei Provisionen im Bereich des Verkaufs von landwirtschaftlichen Maschinen verdienen. Wir fordern daher, daß stärker als bisher vom Land Steiermark Ziele der Beratung für die Kammer vorgegeben werden, und schlagen vor, den vorliegenden Entwurf für ein Bodenschutzgesetz als Ansatzpunkt für eine Umorientierung der Beratung der Landwirte zu nehmen.

Ein weiteres Beispiel für eine Umorientierung unserer Agrarpolitik bietet der Bereich Milchleistungskontrolle. Auch hier werden Mittel eingesetzt, die unserer Meinung nach in die falsche Richtung gehen. Es ist fragwürdig, ob noch weitere Produktionssteigerungen das Ziel unserer Agrarpolitik sein sollten. Durch Höchstleistung in der Milchproduktion wird schließlich wieder nur der Kraft- und Importfuttereinsatz gefördert.

Noch ein Punkt: Im Vergleich zu den 92 Millionen Schilling für die Viehabsatzförderung nehmen sich dagegen die 24 Millionen Schilling für Bergbauernausgleichszahlungen und die 6 Millionen Schilling für Almwirtschaftsförderung geradezu lächerlich aus. Man sollte zum Beispiel die 24 Millionen Schilling-Bergbauernausgleichszahlungen, die an über 11.000 Bauern gehen, einmal vergleichen mit den im gleichen Vorschlag enthaltenen Förderungen für die politischen Parteien, aber auch mit den Gehältern der Abgeordneten. Es ist zwar lobenswert, wenn in Budgetdebatten auf die Leistungen der Bergbauern hingewiesen wird, nur davon hat der Bergbauer sehr wenig. Wenn seine Leistung so wichtig ist, dann sollte er auch entsprechend abgeregelt werden. Natürlich im Rahmen der Möglichkeiten des Landes und ohne den Bund aus seiner Verantwortung zu entlassen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber:** Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir hören von der Landwirtschaftspolitik, aber für uns ist es klar, es gibt reiche Bauern, aber es wird arme

Söhne geben. Schon der Vergleich mit dem Kalk, eigentlich ein harmloser Dünger gegenüber den heutigen Handelsdüngern, zeigt, daß man einen Raubbau mit dem Boden betreibt. Wir haben in der Steiermark eine Düngeberatung, die halb von der Chemie bezahlt wird. Es sind hier Interessenskonflikte, und ich möchte hier gar nicht den jeweiligen Beamten oder Leuten, die dort arbeiten, etwas unterschieben, aber das hat die Landwirtschaft sicher nicht notwendig. Wir kennen die Situation von den Kürbisbauern in der Steiermark, die sich geplagt haben, auf Kürbis umgestellt haben und versucht haben, in den USA einen Preis zu machen. Ein Großteil dieser Kürbiskerne ist retour gekommen in die Steiermark, und zwar mit dem Argument, es sind Giftrückstände in diesen Kernen. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist der beste Dienst, den Sie den steirischen Bauern erweisen!“) Auf der anderen Seite haben die Bauern geschworen, diese Kürbisse nicht gespritzt zu haben. Und hier kommt genau der Punkt, daß der Boden heute derart voll mit Giften ist, daß man wahrscheinlich jahrelang nicht mehr zu spritzen braucht und trotzdem die Nahrungsmittel vergiftet sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist ein Witz!“) Wenn der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hinter mir sagt, das ist der größte Witz des Jahrhunderts, dann werde ich den Beweis antreten. Ich will keinen Dienst an den reichen Bauern, sondern ich will einen Dienst an den Söhnen, die einmal diese Betriebe gesund und intakt und biologisch-organisch übernehmen wollen und übernehmen müssen, denn die Flucht von den Bauernhöfen, und glauben Sie mir, ich habe genug Kontakt zur Landwirtschaft, ist derart gravierend, daß manche Eltern nicht einmal mehr wissen, ob einer der Söhne oder Kinder diesen Hof übernimmt. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist der größte Dienst, den Sie den steirischen Bauern erweisen. Jedes Jahr wird eine Untersuchung durchgeführt!“) Die Problematik des Klärschlammes in der Steiermark, die Problematik ist derart eklatant, daß man praktisch den Bauern diesen Klärschlamm, meist hochvergifteter Sondermüll, anbietet. Ich denke hier vor allem an die Situation in Graz-Gössendorf. Ich kenne Unternehmen, die haben das photographisch festgestellt, daß man dort den Klärschlamm holt und man den Leuten sagt, das ist ein ganz harmloser Dünger. Die Leute sind nicht informiert, und ohne wasserrechtliche Bewilligungsverhandlung wird der Klärschlamm in Höhen aufgebracht, die nicht im Zentimeterbereich sind, sondern wo die Bauern dann mit ihren Traktoren steckenbleiben. Diese Fälle sind uns bekannt, und die können wir Ihnen aufzeigen. Wir sind gegen diese ganzen Monokulturen, vor allem, was sich hier bei den Fichtenplantagen abspielt, ist ganz klar. Monokulturen sind anfällig auf die Luftverunreinigung und sind die ersten, die hier einmal Wirkung zeigen werden. Aber es ist natürlich auch traurig, daß bereits der Laubwald Schäden zeigt. Die starke Eiche, die starke steirische Eiche wankt unter der Giftbelastung aus der Luft. Der Boden ist krank. Die Mikroorganismen sterben, die ganze Tätigkeit im Boden funktioniert nicht mehr, wie sie funktionieren soll. Ich habe schon einmal gesagt, diese Situation hat mit Sterben nichts mehr zu tun, sondern das ist eine krebsartige Erscheinung. Der Schaden verdoppelt sich von Jahr zu Jahr. Und wenn wir heute 30 Prozent, eine nieder angesetzte Zahl, geschädigte Bäume in der Steiermark haben, so werden es nächstes

Jahr 60 Prozent sein. Und das doppelte von 60 Prozent sind über 100. Sie können sich also ausrechnen, daß es bei uns ähnlich schnell gehen wird, wie im Erzgebirge und in Krisengebieten in der BRD. Und wer hier noch mit Scheuklappen durch die Gegend schaut, für den ist sowieso die Landwirtschaft nicht das, was sie für uns alle sein soll. Die Landwirte sind jene, die die Landwirtschaft pflegen, die wirklich heute mit Existenzproblemen zu kämpfen haben. Immer stärkere Maschinen, der Boden ist immer mehr verdichtet, immer mehr Handelsdünger. Die Schere zwischen Gewinn und was sie hineinstecken müssen wird immer kleiner. Und genau dieser Stand, der ganz klar für die Verwaltung und für unsere Sozialleistungen am meisten zu tragen hat, für den Stand müssen wir einfach mehr Mittel aufbringen, und vor allem können wir dem Bauernstand nicht mehr helfen, als wenn wir ganz klar sagen, was zu geschehen hat, damit dieses Waldsterben und Bodensterben nicht eklatant weitergehen. Ich erinnere noch einmal an die Worte des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, der sagt, es ist eine dramatische Entwicklung, und die Frage, ob das überhaupt noch in den Griff zu bekommen ist, stellt er hier in den Raum. Und wenn dann der Herr Dr. Hirschmann sagt: „Da gibt es viele, die widersprüchlicher Meinung sind, einer sagt so, der andere sagt so“, das interessiert uns heute nicht mehr. Die Eichen wanken, und beim Laubbaum ist es leider so, wenn sich ein Schaden zeigt, ist es zu spät. Der Nadelbaum hat die Chance, wenigstens von den fünfjährigen Nadeln auf zweijährige zu kommen, mit Angsttrieben und Nestern. Da müssen Sie eben, Herr Abgeordneter von der ÖVP, auch einmal mit einem Bauern reden, der in so einem Krisengebiet wohnt. Und wenn ich hier an die Situation in Aichfeld-Murboden denke, wo bereits der Bund Flächen durch eine Auffanggesellschaft aufkauft, weil es einfacher und billiger ist, das aufzukaufen, als die Entschädigung zu zahlen wie im Drautal, wo das Stift und ein paar starke Bauern sich durchsetzen konnten, dann zeigt es, daß es unter Umständen so weit kommt, daß der Bund der reichste Grundbesitzer in Österreich sein wird. Denn wenn der Boden krank ist, wenn der Wald verkarstet, wenn wir vom Wasserkreislauf her in Situationen kommen wie in Dalmatien, dann schauen Sie einmal hinunter, wie schnell es gegangen ist und wie lange das braucht, bis sich hier wieder eine normale Humusdecke aufbaut.

Und das Klärschlammproblem: Daß man praktisch sagt, den Erzberg werden wir mit Klärschlamm humusieren, das ist für die Landwirtschaft sicher nicht sinnvoll. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist alles bekannt!“) Das ist alles bekannt. Darum sage ich es hier noch einmal, damit es endlich auch einmal in einem Protokoll einer Landtagssitzung steht, und wenn es bekannt ist, dann muß auch etwas geschehen. Ich möchte aber hier, nachdem gestern der Herr Dr. Hirschmann gezeigt hat, daß man auch von einem anderen gewissen Stil hier reden kann beziehungsweise auch kaum zur Sache spricht, möchte ich einmal von der Sache abkommen und hier klipp und klar sagen, daß das, was sich gestern der Parteisekretär der ÖVP hier geleistet hat, eine glatte Themenverfehlung ist. Zur Umweltschutzpolitik hat er nichts gesagt. Er hat nur gesagt, „wir wissen es bis heute nicht“. Ich glaube es ihm, daß er nichts weiß. Dann muß er eben mit Leuten reden wie dem Herrn Dr. Maitz, dem das schon lange bekannt ist.



Vorschläge von uns zur Geschäftsordnung: Ich würde bitten, auch einmal darüber zu reden. Wir haben uns zu sehr vielen Themen gemeldet, weil wir auch manches zu sagen haben. Es ist aber für uns fast nicht möglich, nachdem der Druck der Bürgerinitiativen, was draußen geschieht, so groß ist, daß wir alle Minuten zum Telefon gerufen werden – Rettenegg, Fohnsdorf, Kaiserwald, Wundschuh, Halbenrain, das sind alles Dinge, und die Leute haben ein gewisses Vertrauen, daß wir hier im Landtag etwas weiterbringen –, und daher ist es für uns untragbar, daß wir praktisch vier Tage ununterbrochen hier sitzen, wobei ich sage, es sind sehr wertvolle Referate. Aber es ist auch manches, wo ich gerne hinausgehe und es mir draußen vom Mikrofon anhöre. Daher der Vorschlag an das Präsidium beziehungsweise zur Geschäftsordnung, man möge, wenn jemand genannt wird, sagen, wer der nächste Redner ist, damit man sich auch vorbereiten kann. Das ist nur ein Vorschlag von mir. Für uns bleibt trotzdem dieser Landtag hier ein showbedingtes Absegnungsinstrument, weil wir praktisch keinen Antrag mehr einbringen können. Daher wollen wir auch nur einmal unsere Themen hier anbringen.

Zu dem anderen jungen Löwen des Herrn Landeshauptmannes: Schützenhöfer. Wenn er behauptet, wir hätten noch nicht einmal das Wahlergebnis gewußt und uns schon ums Geld gerauft (Abg. Zellnig: „Was hat das mit der Landwirtschaft zu tun?“), dann muß ich sagen, der Herr Schützenhöfer ist mir eigentlich erst vor drei Tagen bekannt geworden beziehungsweise beim Gespräch mit Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich kenne ihn aber schriftlich, weil er mit dem Argument, daß ich bei den Grünen mitarbeite, mich von einer Interessensvertretung, die sich überparteilich versucht zu bezeichnen, dem ÖAAB, wo ich außerordentliches Mitglied war nach dem Salzburger Programm, mit einem Schreiben ausgeschlossen hat. (Abg. Grillitsch: „Was hat das mit der Landwirtschaft zu tun?“) Ich habe das Schreiben, als Obmann der Partei Graz-Umgebung. Der Herr Schützenhöfer betreibt hier eine ganz klare Parteipolitik, wenn es geht, Grüne auszuschalten. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Der Herr Kollege Rainer wird sich über den überparteilichen ÖAAB wundern!“) Noch etwas! (Präsident: „Ich ersuche Sie, wieder zum Thema zu kommen.“) Danke.

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl das Wort.

**Abg. Pörtl:** Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

So geht es uns Bauern eigentlich sehr oft. Wenn es zur Sache kommt, bleiben wir einfach sehr oft allein auf unseren Höfen mit unseren Entscheidungen. Aber wehe, wenn irgendwelche Folgen auf Grund unserer Handlungsweise an den Tag treten, dann ist man wieder sofort an allen Dämmen, verurteilt uns, beurteilt, kritisiert uns, und man kann in Bausch und Bogen die Behauptung aufstellen, das Interesse an der Landwirtschaft ist ganz enorm. Aber für die Landwirtschaft, da schaut die Welt ganz anders aus. Da ist das Florianiprinzip ganz akut, es paßt genau zur gesamten Umweltdebatte, meine Damen und Herren. Ich brauche mich nicht künstlich aufzuregen, ich habe noch

genug in mir. Es war ja auch ganz klar, man hat ja die zwei Typen der Agrarpolitik auch in der Sozialistischen Partei gespürt, der Haiden-Typ Zellnig und der Schmidt-Typ Prieschl. Das war eine ganz klare Geschichte. (Beifall bei der ÖVP.)

Der eine polemisiert flott, lachender Zynismus wird uns hingemixt, ich kann das alles beweisen und werde das alles beweisen. Das ist heute demonstriert worden, wunderbar dargestellt, das mit der Löwinger-Bühne ist gar nicht so schlecht, weil Politik ist nur Unterhaltung, daß man die Lacher auf seiner Seite, speziell im Bereich der Gewerkschaftsvertreter, hat, die auch Agrarpolitik machen, meine Damen und Herren. Wir werden zuerst ausgehungert. Welche Berufsgruppe läßt sich das gefallen, in aller Ruhe 17 Prozent minus beim Einkommen? Die sucht mir in Österreich! (Beifall bei der ÖVP.) Wo gibt es diese, meine Damen und Herren? Wir versuchen auf demokratische Weise, mit Eigeninitiative Fluchtwege zu beschreiten. Nebenerwerbslandwirte, nächster Bereich Verschuldung. Das sind ja alles Fakten, die da sind. Überstundenzuschläge: Wo gibt es sie in der Landwirtschaft? Samstag-, Sonntagzuschläge: Wo sind sie? Und wehe, wir bauen uns ein neues Haus oder kaufen uns eine große Maschine, dann sind wir sofort im Bereich der Kapitalisten, plus 5 Prozent Einheitswert, der die Basis für die Bewertung ist, der Lohn für minus 17 Prozent im heurigen Jahr Einkommensgrundlage, meine Damen und Herren.

Ich möchte aber noch eines erwähnen, die ganze Frage der Betrachtung im Bereich der Genossenschaften. Der Herr Kollege Grillitsch hat das sehr überzeugend gemacht. Aber es hat den Anschein, meine Damen und Herren, daß nur jene Vereinigungen, jene Genossenschaften, jene Konzerne und Verbände sozial gut sind und angenommen werden, die Defizite machen, weil ein Minus drinnen ist. Wer erhält uns unsere eigenen Betriebe? Der Herr Präsident hat das klar gesagt, wir wollen eine gesunde Konkurrenz als freie Bauern, den Handel, das Gewerbe, aber auch die Genossenschaft. Und daher glauben wir, daß es ganz selbstverständlich auf dieser Ebene eine echte Solidarität im wahrsten Sinn des Wortes gibt. Und jetzt zu dieser konkreten Frage, weil ich das auch untermauern möchte. Wenn wir Alternativen und neue Wege beschreiten oder wenn wir die Voraussetzungen für diese neuen Wege schaffen wollen, zum Beispiel im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung, damit das auch äußerlich sichtbar ist, haben wir als Unterstützung von diesem wunderbaren Minister Dr. Haiden, der 16 Jahre im Bereich seiner Partei mitgewirkt hat und als Hauptakteur gewirkt hat, keine Unterstützung bekommen. Und blitzartig bekommen wir vom Kollegen Zellnig, wenn die Steiermärkische Landesregierung versucht aufzufangen, um den Umstieg und den Einstieg in die Alternativen über eine gute Beratung zu erreichen, eine Kritik, und vor allem das ist diese Frechheit, die mich so erregt, Landesrat Dipl.-Ing. Riegler einen Schreibtischbauern zu nennen, der vom Bergbauernhof, von der schweren Bauernarbeit weggeht, in die Fachschule, in die Mittelschule, in die Hochschule geht und einer der profiliertesten Vertreter unseres Bauernstandes ist, wenn er als Schreibtischbauer abqualifiziert wird, weil er für unsere Freunde und Kollegen in der Landwirtschaftskammer die finan-

zielle Basis schafft, bis diese Klarstellung endgültig erreicht ist, ob wir nicht zusätzlich 50 bis 60 unserer Kollegen kündigen müssen. Wir haben in den letzten zehn Jahren über 100 Mitarbeiter von den Landwirtschaftskammern weggegeben, und, meine Damen und Herren, das reicht uns, da ist bei uns Ende der Vorstellung, das lassen wir uns auch nicht bieten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man dann weiter die Dinge betrachtet. Unser Kammeramtsdirektor, einer der profiliertesten Spezialisten in vielen Bereichen der Agrarwirtschaft, aber ganz speziell im Bereich der ganzen Entwicklung für die Umlenkung der Nahrungsmittelproduktion, wo wir alle die Situation kennen, in der Erzeugung von Biomasse: Wieder der flotte Kommentar von Zellnig, ein Steckenpferd mit diesen Energiewäldern. Da werden wir angehängelt. Und daher bist du ein parteipolitischer Vertreter und kein Bauernvertreter. (Abg. Sponer: „Was bist du?“) Das behaupte ich da im Steiermärkischen Landtag. Ganz klar, laut Zeitung, ich kann das alles berichten, laut „Kleine Zeitung“. Das ist dringendst notwendig, diese Dinge ganz offen in einem öffentlichen Forum endgültig zu sagen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage dies auch deshalb, weil der Generalredner Trampusch von einer neuen Glaubwürdigkeit in der Politik gesprochen hat. Meine Damen und Herren, ich muß mich einfach beschränken, der Kollege Zellnig ist ein glaubhafter Vertreter der Haiden-Politik. Da wird es mir einfach zu viel. (Abg. Kohlhammer: „Das ist deine Meinung!“)

Noch einige inhaltliche Beiträge für diese Politik, die angeblich sozialistische Politik gewesen sein soll, die unser Landesrat eventuell verwirklichen soll. Ja, meine Damen und Herren, es hat bereits der Kollege Grilitsch gesagt. Die allgemeine Budgetentwicklung in Österreich von 1970 bis jetzt plus 401 Prozent, und für die Landwirtschaft 184 Prozent. Ja, da soll mir einer noch sagen, daß das der Segen für diese Agrarpolitik ist. Und was haben die Bauern gemacht? (Landesrat Gerhard Heidinger: „Davongelaufen sind sie!“) Jawohl, sehr richtig, Herr Kollege Heidinger, du bist an der Wurzel der Tatsachen, wenn wir denken an Neudau und Wörth, wir haben also 60 bis 70 Prozent Nebenerwerbsbauern. Meine Damen und Herren, wir haben ja nur drei Möglichkeiten, entweder mehr produzieren, das geht, solange der Markt da ist, oder einen höheren Preis erzielen, da brauche ich Konsumenten, wie zum Beispiel beim alternativen Landbau, der in einer echten Partnerschaft mit diesen Bauern, der Handarbeit leistet, der ganz gezielt diese Produkte erzeugt, auch mehr bezahlt, statt der zweiten Wohnung, statt dem zweiten Auto. Sind wir jederzeit bereit, nur, wenn es dort zu viele werden, dann sind das die Sklaven der heutigen Zeit. Das muß genau passen, weil sonst funktioniert das sicher nicht. Und den nächsten Aufwand senken, das soll mir einer zeigen, wie das jetzt geht bei der ganzen Preis-Kosten-Entwicklung in bezug auf diesen Rohproduzenten, wie es der Kollege Prieschl gesagt hat, daß wir Urproduzent sind, auf der anderen Seite hochqualifizierte, mit Hochlohnniveau produzierte Betriebsmittel. Meine Damen und Herren, wir wissen ganz genau, daß die vierte große Alternative, die Nebenerwerbslandwirtschaft, zum Glück der Bauer selbst in die Hand genommen hat, und wir glauben vor allem, daß das ein Weg ist.

Nur eines dürfen wir nicht vergessen, wenn wir in unseren Regionen Arbeitsplätze schaffen wollen im Bereich der Industrie und des Gewerbes, dann, bitte, dürfen wir auch eine Kosten-Nutzen-Rechnung anstellen. Ich möchte einen Vergleich herstellen, meine Damen und Herren. Wir haben in der oststeirischen Bezirken einen Verlust von 1971 bis 1979 von 14.018 Arbeitskräften aus der Landwirtschaft. Ostliberalisierung, kein Obst- und Gemüsegesetz, die ganze Spezialisierung. (Abg. Sponer: „Warum?“) Moment, ich erzähle noch weiter; Sog der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. (Abg. Zellnig: „Was ist mit dem Dreiphasensystem?“) Moment, laß mich ausreden. Überhaupt den ganzen Bereich des Schutzes von Importen. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Nicht für Verarbeitungsprodukte, Herr Abgeordneter. Das werden Sie wohl wissen!“) Stellt euch hinunter an die Grenze zu Ungarn, dort gehören die Lebensmittelkontrolloren hinunter, was sich dort im konkreten wirklich abspielt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn wir heute, 1986, den Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen anschauen, haben wir einen Bedarf von 14.095. Daher bitte eine Agrarpolitik für den Klein- und Mittelbetrieb, daß er Rahmenbedingungen hat, damit er nicht aus der Landwirtschaft hinausgepreßt wird. Eine Produktion in die Tiefe, da steht überhaupt nichts dagegen, Bauernmärkte, so viele wie möglich, Direktvermarktung, soviel es geht. Wir haben Mitarbeiter in der Kammer, die umfassend beraten und betreuen, meine Damen und Herren, wie man das macht. Ihr könnt das in Anspruch nehmen. Wir können einmal eine Exkursion machen wie beim Straßenbau. Ich stehe jederzeit zur Verfügung. Mir ist nur heute aufgefallen, daß die alternative Gruppe viel natürlicher agiert hat als die Giftmischerei, daß alles so schlecht ist, wie es der Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber dargestellt hat. So schlecht sind die Lebensmittel bitte nicht. Manche sagen in der heutigen Zeit, weil sie einen Bewegungsmangel haben, weil sie einen Streß haben, weil sie am Abend nicht schlafen gehen, weil sie zu viel trinken und weil sie unkontrolliert essen, daß das Nahrungsmittel des Bauern immer schuld ist, und dann sagen sie Gift. Und wenn sie das Nachtkastenladl aufmachen, ist der Gifthaufen da, und wenn sie ins Bad hineingehen, Spray und Schmiere und was es da alles gibt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ-AL. – Abg. Buchberger: „Gestern ist über den Medikamentenverbrauch geredet worden. Ich bin kein Kurpfuscher, aber in der Früh ein Stamperl Schnaps und am Abend ein Achterl Wein, und man schläft viel besser!“) Es ist nur schade, daß die Kollege Dr. Kalnoky nicht da ist, daß sie diese Vorschläge einfach sieht. Nur, eines wissen wir auch, damit der Kollege Zellnig nicht glaubt, ich bin nicht am Boden der Wirklichkeit. Die Nebenerwerbslandwirtschaft ist eine natürliche Form der Landbewirtschaftung nach unseren Strukturen. Wir dürfen nicht vergessen, es gibt ja auch die kürzere Generationenfolge. Früher haben die jungen Bauern um die 30 Jahre geheiratet, und heute um die 20 Jahre. Dann wissen Sie genau, wie der Hase rennt. Mit 45 Jahre ist der Sohn bereits – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Der Handelsdünger treibt ein bißchen!“) Das ist nicht der Handelsdünger, das sind einfach die klassischen Lebensbedingungen. Unsere Nahrungsmittel, von der Landwirtschaft erzeugt, und unsere Kulturlandschaft wirken sich anregend aus. Der

Bezirk Hartberg ist eigentlich der jüngste Bezirk. Dort ist eigentlich alles noch so klaß vorhanden, daß das anregt, obwohl wir eine Pendlerregion sind. Ist auch ganz interessant, was eine regionale Stimulierung ausmacht.

Jetzt steige ich gleich ein in die zweite Alternative. Wir haben in unserem Regionalverband ganz schwerpunktmäßig gesagt, wie können wir die Rohstoffe veredeln, wie können wir die Wertschöpfung anheben, wo haben wir eine Möglichkeit, die Eigenversorgung zu verstärken? Ich erzähle euch nur ein Beispiel.

Ringzentrum Hartberg – Bioshop: französische Brennessel, getrocknet, ein Packerl 57 Schilling. Wir haben gesagt, im nächsten Jahr haben wir genug hinter der Wagenhütte, biologisch von den Hunden gedüngt, wunderbar, selber produziert. Das wäre es also, eine Marktlücke im konkreten wirklich auszunutzen. Biomasse: Wir haben ein Fernheizwerk, über das zum Beispiel der Kollege Zellnig abfällig geredet hat, als wenn das nichts wäre, was in diesem Programm produziert und entwickelt worden ist. Es wurde alles ganz konkret durchgerechnet, und wir könnten langfristig in 20 Jahren 14.000 Arbeitsplätze schaffen. Wir haben der Atomenergie erst nach Tschernobyl endgültig die Absage erteilt. Gott sei Dank, meine Damen und Herren. Ich fürchte, daß es uns passiert, daß man die Bauernsituation erst entdeckt, wenn man daraufkommt, daß man Landwirtschaft nicht importieren kann. Dann werden manche erst daraufkommen, wie wertvoll eine gesunde Landwirtschaft ist. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sponer: „Hältst du heute eine Profilerungsrede?“) Das ist ein Faktum, das man nicht außer acht lassen darf.

Und, meine Damen und Herren, zur Sonnenenergie. Ich möchte gerade für die Wirtschaft etwas sagen, und speziell zu den Investitionsauswirkungen. Wir wissen ganz genau, daß die Aufwendungen für eine Bioheizanlage dreimal so groß wie für eine normale Ölheizung sind. Aber die Wertschöpfung selbst, allein was die Produktion betrifft, dann vor allem das Schaffen dieser Hackschnitzel, den natürlichen Kreislauf, meine Damen und Herren, wir fangen die Sonnenstrahlen ein, wir trocknen vor, wo das Wasser weggeht. Wir liefern eine gesunde Energie. Wir geben CO<sub>2</sub> raus, welches die Pflanze zur Assimilation braucht. Das ist ja die Kreislaufwirtschaft, die vernünftig ist. In den Ballungsräumen, meine Damen und Herren, ist ja leider der ganze Verbrauch von Bioenergie abhandgekommen, weil wir einfach nicht mehr die Voraussetzungen haben, daß wir das Holz abladen, wie ich es in Hartberg noch erlebt habe, und dann mit der Kreissäge stundenlang schneiden, weil dann hätten wir schon eine Bürgerinitiative. Heute kauft man ja schon Buchenholz in Meindl-Märkten, in Plastik verpackt. Da möchte ich wissen, wie die Rechnung ausgeht. Aber das ist heute Gott sei Dank ein Weg der vernünftigen Alternativen. Meine Damen und Herren! Ein Weg vor allem auch speziell zur Wirtschaft. Wenn wir in Österreich in diese Entwicklung einsteigen, meine Damen und Herren, haben wir die Möglichkeit, 208.000 Hektar Grünland und Ackerland umzuwandeln in die Energieproduktion. Meine Damen und Herren, eine Reduzierung von 14 Prozent in der Rinderproduktion, von 8,4 Prozent in der Milchproduktion, speziell genau durchgerechnet. Meine Damen und

Herren, ich sage nur die Schlagworte, sonst fürchte ich den Harntod, daß er mir die Uhr zeigt – ich bezahle den Hunderter, ich kann nicht aufhören, meine Damen und Herren. Trotzdem eine Einkommensverbesserung in Prozenten von plus 7,5 Prozent mit diesem Konzept. Da soll mir noch einer erzählen, meine Damen und Herren, daß nicht ein mutiger Schritt zu Alternativen im ganz konkreten wirklich sinnvoll ist und auch Vorleistungen fordert. Meine Damen und Herren, vor kurzem in einer Zeitung: Wir brauchen für die Ketten-sägen in unseren Wäldern, wo Quellen sind und Wasser ist, Kettenöl, weil es sonst raucht, es blau wird und kaputt wird. Es hätte nur die Kettenindustrie, die Schwerindustrie das Geschäft, und wir würden nicht zum Holzschneiden kommen. Wir brauchen 2 Millionen Liter Öl in Österreich zum Kettenschmieren. Das sind 3000 Hektar Rapsöl, das funktioniert wunderbar. Bei 25 Grad funktioniert das. Das sind die neuen Wege in der Landwirtschaft. Die müssen wir beschreiten. Wir haben laufend Vorschläge gemacht, und alle Experten und die Lobbys haben sich hingehaut, und jetzt werden wir diesen Schritt gehen, wenn uns dieser Einstieg wirklich gelingt.

Ich möchte aber abschließend folgendes noch sagen, weil ich vor allem aus dem Bereich der Regionalpolitik einen Teil herausgepickt habe. Wir müssen vor allem auch solche Chancen nützen. Ich muß noch einmal zurückkommen wegen meiner Kollegin – ich vertrage mich relativ gut, aber ganz haut es nicht hin, das ist das Problem, wir haben viele Nachdiskussionen. Ich weiß nicht, ob sich die Jäger auskennen. Wenn man beim Schießen einen Versager hat, darf man nicht schnell abbrechen, dann geht es erst später los. So geht es uns meistens – wir haben nach der Rede eine Nachdiskussion, und da hat sie ganz locker in den Raum gestellt, daß Verkehrsverbindungen eine Sogwirkung haben für die ländlich-peripheren Gebiete. Das stimmt schon, wenn man dort nichts tut. Aber wenn man eine dynamische Regionalpolitik macht, wenn man dort das Angebot an guten Arbeitskräften präsentiert, wenn man dort sehr vernünftig auch im Bereich des Fremdenverkehrs versucht, Dinge umzusetzen, die den Gästevorstellungen entsprechen, dann funktioniert das. Wir mit unserer Landesausstellung haben eine Chance gehabt, das muß ich ganz offen sagen, mit unseren Regierungsmitgliedern, Landesrat Heidinger, Landesrat Prof. Jungwirth und auch der Kollege Cwienk, speziell auch im kulturellen Bereich, was gestern im Schlußwort angesprochen wurde, wo wir eine Rohstoffveredelung wirklich erreichen und Arbeitsplätze tatsächlich schaffen. Alle Aktionen in Ehren, aber wenn der Arbeitsplatz nicht auf Dauer ertragreich ist, dann ist Arbeitsplatzsicherung ein frommer Wunsch. Daher bin ich persönlich überzeugt, daß das Warten auf den warmen Regen keine Chance für die Zukunftsbewältigung ist. Ich bin überzeugt, daß wir genug Wissen haben, aber in Wahrheit uns vielfach die Fähigkeit fehlt, das Richtige zu tun. Wir sind überzeugt, daß wir oft das Richtige tun, daß wir aber das Richtige nur dann tun können, wenn wir das auch gemeinsam richtig tun. Nicht nur wir Bauern, sondern gemeinsam, wie wir dieses Budget beschließen, müssen wir auch den Mut haben, richtige Dinge zu tun und Polemik, Untergriffe und Tiefschläge in Zukunft zu vergessen (Abg. Sponer: „Das merke dir auch!“ – Abg. Kirner: „Gute Selbsterkenntnis!“), weil sonst